DM 6,–
Österreich 50,– öS
Schweiz 6,– sfr

Nr. 1 Januar 1987 9. Jahrgang E 8080 E

Diagnosen

Das zeitkritische Magazin

Holocaust:

Israels Atombomben-Arsenal für Weltuntergang

Nicholas Daniloff:

Spion oder Journalist – seine Rolle bei der Aufklärung des Kennedy-Mordes

Letzter Ausweg aus Schuldenkrise



Weltwirtschaft braucht pseudo-sozialistische Weltregierung

US-Präsident preist die alten Pläne der Banker, Kommunisten und Zionisten für eine neue Weltordnung

Neue Serie über Gold:

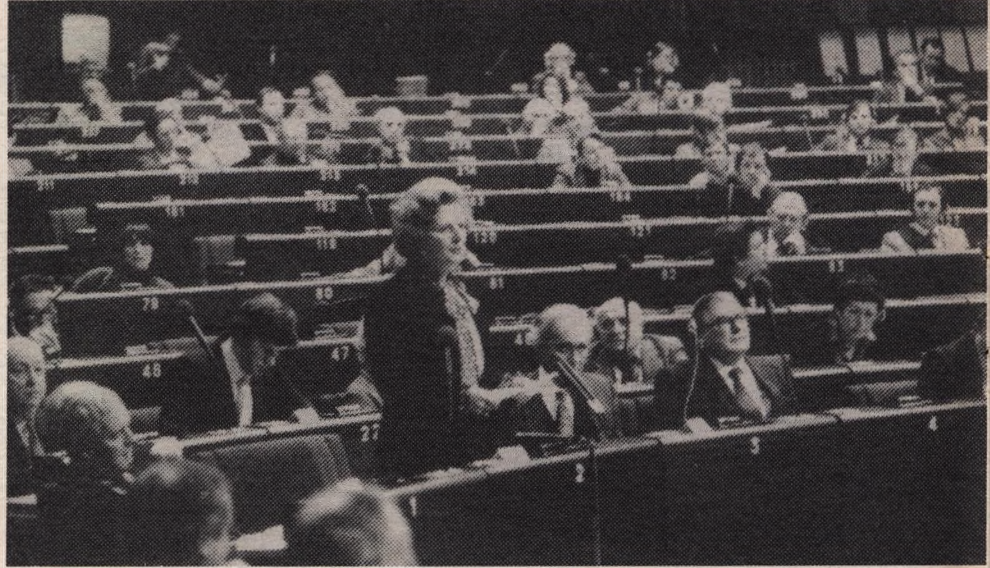
Wie sich die Banker den US-Goldschatz ergaunerten



Europäische Gemeinschaft:

Margaret Thatcher finanziert Japans Auto-Industrie mit Millionen-Krediten

In diesem H



▲ Margaret Thatcher, britische Premierministerin, hat der Europäischen Gemeinschaft einen Bärendienst erwiesen, als sie 200 Millionen Dollar für den Bau des japanischen Automobilwerkes Nissan in Nordengland zur Verfügung stellte. **Seite 18**



Klaus Barbie ist am Leben, doch es geht ihm nicht gut. In Frankreich ist er zu einer Affäre geworden, die französische Regierung wagt ihn nicht vor Gericht zu stellen. Sein Anwalt behauptet, die Behörden hätten bereits einmal versucht, ihn stillschweigend zu töten und werden es zweifellos wieder versuchen, denn sie müssen den Fall Barbie irgendwie abschließen. ▶ **Seite 17**

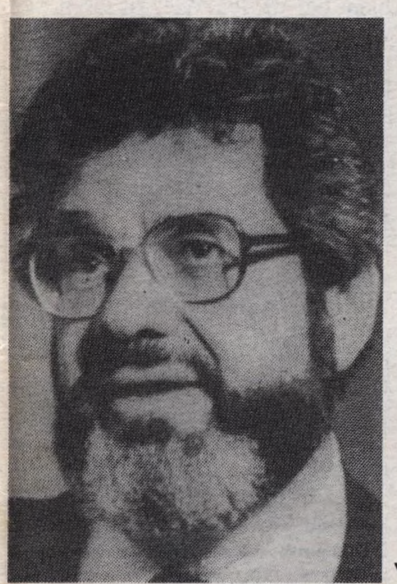
In der neuen Serie »Der gelbe Götze« geht es um Gold. In der ersten Folge um das verschwundene Gold aus Fort Knox, das offenbar heimlich an internationale Banker verschoben wurde. ▼ **Seite 22**



eft lesen Sie:

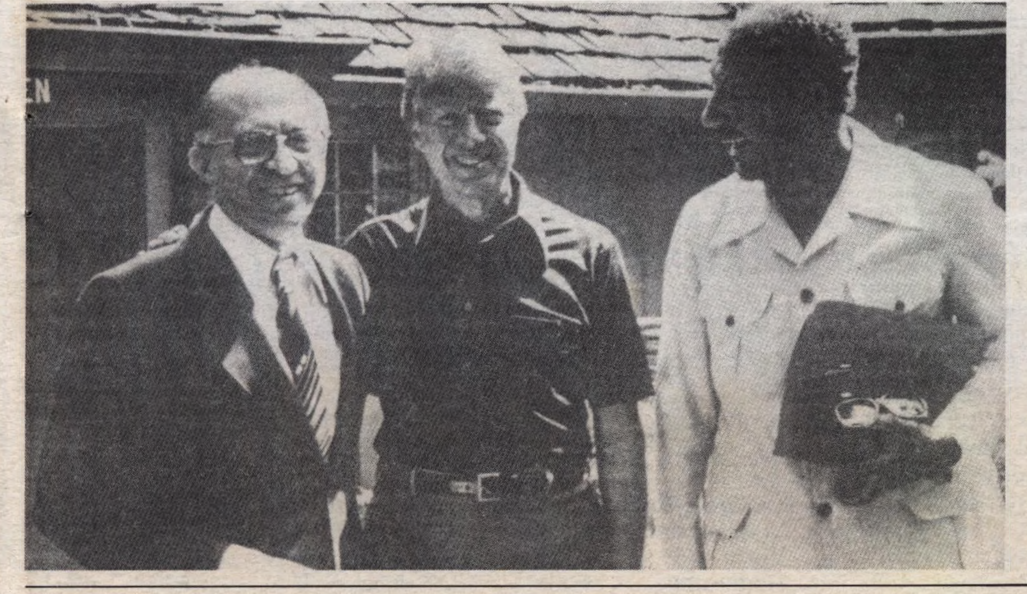
Für jene, die planen, die Welt zu kontrollieren, ist der Nahe Osten wahrscheinlich das strategisch wichtigste Gebiet. Hier laufen nicht nur drei Kontinente zusammen, sondern er birgt auch die Quelle für die größten, bekannten Vorkommen eines der gegenwärtig wichtigsten Rohstoffe, das Öl. Die Gründung des Staates Israel liefert den Weltkontrolleuren zwei wichtige Vorteile: Erstens, geographisch betrachtet ist Israel das Schlüsselgebiet, von dem aus seine Anrainer-Staaten unter Kontrolle gebracht werden können; zweitens, psychologisch betrachtet liefert ein Konflikt zwischen Israelis und Arabern einen Brennpunkt, einen Sammelpunkt für Glaubensgenossen dieser Leute in allen anderen Ländern, so daß man sie aus der Assimilation herausholen und ihre Rolle in den Endphasen der Welt-»Eroberung« spielen lassen kann. ▶
Seite 29





◀ Mark Lane kommentiert die Freilassung des amerikanischen Journalisten Nicholas Daniloff. Wer war dieser Reporter, der in Moskau für »US News & World Report« berichtet hat? Lane hatte seine erste Begegnung mit ihm im Zusammenhang mit dem Mord an US-Präsident John F. Kennedy. Hat Daniloff bereits damals für den amerikanischen Geheimdienst gearbeitet?
Seite 45

Das berühmte Camp-David-Abkommen ist teilweise von führenden US- und ägyptischen Beamten ausgehandelt worden, die insgeheim aus den großzügigen Geschenken der USA, die aus dem Vertrag folgten, Schmier- und Bestechungsgelder in Millionenhöhe eingesteckt haben. Diese alarmierende Entdeckung ergab sich aus einer Untersuchung, die über die geheime Vorgeschichte des bekannten Paktes ▼ angestellt wurde.
Seite 52



Zu diesem Heft

Auf dem Weg zur Weltkontrolle

Ekkehard Franke-Gricksch

Die Vereinigten Staaten haben abgewirtschaftet, sie erleben heute das Schicksal wie viele Länder vor ihnen, die den Zionisten mit ihrem marxistischen Gesäusel über die Möglichkeiten der One-World in die Hände gefallen sind. Selbst wenn der Dollar nur eine Deutsche Mark kostet, ist das für die USA keine Exportgarantie mehr, da niemand sich nach US-Produkten reißt. Wer will schon aus Mitleid mit der US-Wirtschaft Coca-Cola trinken oder einen Anzug aus Plastik »made in USA« tragen? Wer gibt schon sein Geld aus Mitleid für Ramsch und Kitsch aus Amerika aus? Die tägliche Abwertung des US-Dollar ändert nichts an unserem Achselzucken gegenüber Produkten aus den USA.



US-Dollar: Amerika sucht Hilfe, Seite 15

Die Umstände verändern die Sachlage. Noch vor einem Jahr haben sich die zuständigen Stellen in den USA wie verrückt gegen die Vorstellung gewehrt, mit anderen Ländern zusammenzuarbeiten, um eine Lösung für die Wirtschaftsprobleme im eigenen Land und in den anderen westlichen Industrienationen zu finden. Diese Dinge, so hieß es, sollte man am besten sich selbst überlassen.

Ganz im Gegensatz fleht man die übrigen Länder jetzt geradezu an, sich an der Erarbeitung und Durchführung eines Weltwirtschaft-Belebungs-Programmes zu beteiligen. Dieser Sinneswandel fand bestimmt nicht aufgrund einer plötzlichen Anwandlung von Altruismus in den amerikanischen Korridoren der Macht statt. Es ist in der Tat kein Geheimnis, daß sich die Erklärung dafür vor allem in der Entdeckung der Reagan-Regierung finden läßt, daß die Wirtschaft des Landes praktisch von allen Seiten her geschwächt ist. Sie ist in einem solchen Ausmaß geschwächt, daß Hilfe jeglicher nur denkbarer Art nötig sein wird, wenn sich ein Ausweg aus diesem Schlamassel finden soll. Es besteht kein Zweifel, es sieht von Tag zu Tag düsterer aus.

Das Defizit im amerikanischen Bundeshaushalt hat auf die Maßnahmen, die ergriffen wurden, um damit fertig zu werden, nur leicht angesprochen. Inzwischen ist hier noch ein weiteres Problem von möglicherweise umfangreicherer Bedeutung hinzugekommen: das ungeheure Defizit in der amerikanischen Außenhandelsbilanz.

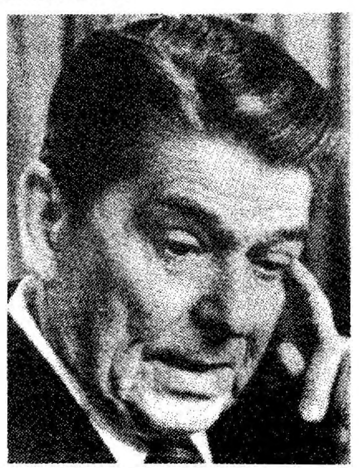
Bei der Suche nach einer »natürlichen Antwort« für dieses große Loch in der Zahlungsbilanz tauchen erhebliche Schwierigkeiten auf. Eine davon ist, daß die wichtigsten Länder über die Vorstellung, den Dollar im Verhältnis zu ihrer eigenen Währungen sinken zu sehen, gar nicht so glücklich sind, wie noch vor einem Jahr, denn sie fürchten das amerikanische Problem plötzlich vor ihrer eigenen Haustür wiederzufinden.

Gold: Der gelbe Götze, Seite 22

Gold hat den Menschen schon von jeher fasziniert. Trotz oder vielleicht wegen dieses Interesses weiß der Mann auf der Straße jedoch nur wenig über dieses gelbe Metall. Vor allem, wo ist das ganze Gold geblieben, das über die Jahrhunderte gewonnen und weiter verarbeitet wurde? Wem gehört es? Wie sind die Eigentümer dazu gekommen? Würden die Antworten darauf die größten Betrügereien in der Geschichte aufdecken? Außerdem, was ist mit dem Gold in Fort Knox? Die Mehrzahl der Amerikaner ist der Meinung, daß die US-Regierung dort einen riesigen Schatz hortet. Wieviel ist davon wahr und wieviel ist erfunden?

Ist das Gold, was einst dem amerikanischen Steuerzahler gehörte, angestachelt durch finanzielle Interessen, gestohlen worden? Ist hier eine große Vertuschung im Gange? Mit diesem Artikel beginnt eine neue Serie, die die erstaunliche Wahrheit über diesen fiebererregenden, weithin angebeteten »gelben Götzen« Gold enthüllen wird.

Jene, die in einer so korrupten Welt wie dieser, das Gold anbeten, haben zumindest eine Sache, die sie als Begründung für ihre Vergötterung vorbringen können: die Macht ihres Götzen, der sich der Besonderheit rühmen kann, daß er überall auf der Welt verehrt wird, ohne auch nur einen Tempel zu besitzen und das durch Menschen aller Gesellschaftsschichten, ohne daß auch nur ein Heuchler unter ihnen wäre.



US-Präsident Ronald Reagan plädiert, um das Schuldenproblem zu lösen, für eine Welt-Regierung.

Weltkontrolle: Nächster Schritt Welt-Regierung, Seite 26

Die Verwirklichung des Traums der Banker, Kommunisten und Zionisten von einer Weltregierung ist noch nicht ganz Wirklichkeit. Um so erstaunlicher ist die Tatsache, daß US-Präsident Ronald Reagan in seiner letzten Rede anläßlich der jährlichen Versammlung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds nach einer »wahren Weltwirtschaft« verlangte, eine Sache, die nur Sinn und Bestand hat, wenn sie von einer Weltregierung überwacht wird.

Reagans jüngste Äußerung erinnert viele Beobachter an die Bestrebungen der internationalistischen Linken. In Reagans Vortrag kam zum Ausdruck, daß alle Nationen zusammenarbeiten müssen, um das Schuldenproblem der dritten Welt zu lösen, weltweites Wachstum zu fördern und die Handelsschranken zu beseitigen.

Die angebotene Lösung für die Schuldenkrise und alle anderen wirtschaftlichen Mißstände ist Wirtschaftswachstum. Angeblich werden die Schulden »verschwinden«, wenn die Volkswirtschaften der einzelnen Länder expandieren; sie werden aus den Exporterlösen bezahlt werden können.

Der Trugschluß dieses Arguments liegt in der Tatsache, daß die verschuldeten Länder Zugang zu ausländischen Märkten bekommen müssen. Die Vereinigten Staaten mit dem größten nationalen Markt auf der Welt sind natürlich Zielscheibe aller anderen Völker, die an Amerika verkaufen müssen, um die Devisen zu verdienen, mit denen Sie die Zinsen für ihre Schulden bezahlen können.

Damit wiederum werden die US-Industrien geschädigt, die ihre eigenen Anteile am amerikanischen Markt verlieren und entweder bankrott machen oder sich in Länder der dritten Welt verlagern, wo die Arbeitskräfte billig und in Hülle und Fülle vorhanden sind.

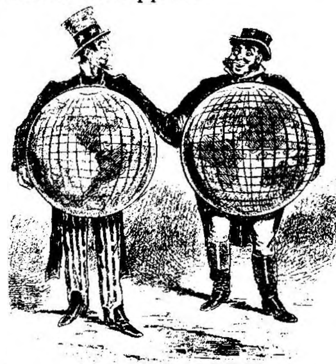
Während Reagan behaupten kann, »die Zuwachsrate an Staatsausgaben verringert zu haben«, was eigentlich die

»Diagnosen«, die Zeitschrift mit dem Vogel Phönix als Symbol. In Zusammenarbeit mit der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight« versucht dieses zeitkritische Magazin die Leser sehr eingehend und fundiert über aktuelle politische und wirtschaftliche Belange mit Kommentaren und Analysen zu informieren. »Diagnosen« steht dafür ein weltweiter Mitarbeiterstab zur Verfügung. Neben der täglich veröffentlichten Meinung in den Medien des Establishments hat der deutsche Leser zum ersten Mal die Möglichkeit, die andere Seite der Ereignisse und Nachrichten kennenzulernen. Er hat somit die Chance, sich besser eine eigene objektive Meinung zu bilden, und er kann nun besser die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Deutschland, Europa und der Welt beurteilen und einordnen.



Staatsschulden sind, sieht es so aus, daß sich die Schulden der amerikanischen Bundesregierung unter seiner Amtszeit mehr als verdoppelt haben, nämlich von einer Billion Dollar auf über zwei Billionen angestiegen sind.

Es hat fast 200 Jahre gedauert – von der Gründung der Republik der Vereinigten Staaten von Amerika bis zu Reagans erstem Jahr der Präsidentschaft, daß die öffentliche Schuld eine Billion Dollar erreichte. Nur vier Jahre danach hat sich diese Summe unter einem konservativen Präsidenten verdoppelt.



»Wir werden die Welt beherrschen!«

Weltkontrolle: Ein kommunistischer Plan, Seite 26–33

In diesem Heft sind verschiedene Beiträge, die sich weitergehend mit der Weltkontrolle beschäftigen, die in der Einrichtung einer Weltregierung ihre Vollendung findet. Weltregierung bedeutet nichts weniger als die Beseitigung der Verfassung und der nationalen Souveränität aller Länder. Es bedeutet die Unterwerfung der Menschen aller Nationen unter eine fremde Kontrolle, die Befehle einer Kommandostelle entgegennimmt, die speziell dafür geschaffen wurde, auf »altmodische Loyalität« und »altmodischen« Patriotismus ein Auge zu haben.

Weltregierung bedeutet Einschränkung oder Beseitigung der Macht der einzelnen nationalen Regierungen, das Ende der Unabhängigkeit der einzelnen Völker und Aufhebung des Rechtssytems der einzelnen Staaten.

Die Weltregierung ist ein kommunistischer Plan, doch er hat immer bei einer Vielzahl von Menschen mit verschwommenen Vorstellungen, die nicht klar sehen wollen, daß er zwangsläufig das Ende der Freiheit in den einzelnen Staaten bedeutet, große Zustimmung gefunden.

Warum setzt sich der US-Präsident, der kein Kommunist oder Sozialist ist, für eine solche Weltkontrolle ein? Einfach aus dem Grund, weil er ein Sprachrohr und Handlanger für jene ist, die seine Regierung kontrollieren: die internationalen Banker?

Die internationalen Banker sind an einer Weltkontrolle interessiert, ihnen geht es letztendlich um Profite. Während die Marxisten und Internationalisten der verschiedensten Schattierungen die Weltregierung aus unterschiedlichen ideologischen Gründen haben wollen, wird sie von den Banken allein aus dem denkbar praktischen Grund angestrebt: wegen der riesigen Profite.

Für die Leser dieser Zeitschrift sollte es keine Überraschung sein, wenn sie feststellen, daß der amerikanische Präsident dem Plan der Banker seit seiner Amtsübernahme gewissenhaft und treu gefolgt ist.

Zionismus: Der totale Krieg, Seite 35

Zur Weltkontrolle gehören auch die Probleme des Zionismus. Es ist leider eine immer wieder festzustellende Tatsache, daß jegliche Fragen über Juden, Judenschaft und jene mysteriöse internationale Kraft, der politische Zionismus, auf keinem öffentlichem Forum erörtert werden dürfen. Sobald sich eine Diskussion über jüdische Fragen ergibt, geben die Tonangebenden aller Schichten der Gesellschaft, einschließlich der Wortführer der Christenheit, sämtliche Vernunft, Urteilskraft und moralische Courage auf – von der intellektuellen Integrität ganz zu schweigen. Jegliche Diskussion der jüdischen Frage wurde effektiv aus dem Bereich der rationalen, offenen Erörterungen herausgenommen und ist heute auf private Gruppen beschränkt, da man ansonsten des Antisemitismus verdächtigt wird.

Der stete und ständige Aufschrei vom »Antisemitismus« haben es auch unmöglich gemacht, das überwältigende Rassenprobelm in Augenschein zu nehmen, eine Tatsache, die den Niedergang der westlichen Nationen beschleunigt, und zwar nicht nur in die Anarchie, sondern auch in den unwiderruflichen Verlust der europäischen Kultur und des Rassengutes.

Die Rassenfrage darf heutzutage nur im Rahmen eines rechtlichen, verfassungsmäßigen, moralischen, psychologischen oder soziologischen Problems gesehen werden. Niemals darf sie in ihrem eigentlichen und eigenen Rahmen betrachtet werden, nämlich als ein biologisches und politisches Problem. Denn dies, so behaupten einheitlich alle »Experten« und »führenden Denker« der Welt, ist »Rassismus« und natürlich »Apartheid«.

Und sind nicht »Rassismus« und »Apartheid«, die der weiße Mann betreibt – aber nie der schwarze Mann und die Juden – eben die Markenzeichen des »Nazi« und des »Antisemiten«, mit ihrem Begleitumstand des »Genozid«?

In der Tat ist der Westen durch die Verleumdungen von »Rassismus«, »Antisemitismus«, »Nazismus« und »Apartheid« dermaßen eingeschüchtert, daß die Menschen des Abendlandes heute unterwürfig den Mund halten. Diese Begriffe werden nie definiert, wodurch sich das Opfer dagegen verwahren oder verteidigen könnte, sondern sie werden stets als die Anklage eines gemeinen Verbrechens hinausgeschleudert, die den Beklagten jenseits der Gerichtsbarkeit stellt und seine automatische Verurteilung ohne Gerichtsverfahren vorwegnimmt.

In diesem Klima der Einschüchterung ist ein üppiger Wildwuchs gediehen, und der unaufhörliche Kriegsschrei des »Antisemitismus« ist heute zu einer der wirksamsten Waffen in dem Arsenal der Zionisten geworden. Und wie leicht haben sie es damit in den letzten 40 Jahren und mehr gehabt.

Der Mensch des Abendlandes muß immer noch lernen, und das schnellstens, daß erstens der Zionismus schlicht und einfach Rassismus ist; zweitens, daß der weiße Mann, wo immer er lebt, sich in einem Rassenkrieg befindet – nicht in einem »Klassenkampf« oder einer nationalen Konfrontation – und zwar mit den Kräften des Zionismus, die nicht nur ihre eigene »Rassenüberlegenheit« predigen, sondern deren Ziel auch die Kontrolle und die Vorherrschaft über alle anderen Rassen der Menschheit beinhalten.

Amerika und der Westen – und auch Südafrika – befinden sich im Niedergehen; ihre Energien werden zur Förderung externer Interessen absorbiert, die nicht ihre eigenen sind. Tatsächlich beteiligen sie sich eifrig am eigenen Selbstmord als Rasse und Nation. Eine große Menge Mut ist von den Abendländern aufzubringen, um diese Fakten bis zu Ende durchzudenken und öffentlich zu ihnen Stellung zu beziehen. □



Vertrauliches

Japan

Vorwurf wegen der Politik der Banker

Akio Morita, Vorsitzender der Sony Corporation, erklärte vor einem Kreis führender Banker, daß ihre Politik des Monetarismus und der Spekulation Chancen für die Industrie in der ganzen Welt vernichtet habe.

»In meiner 40jährigen Tätigkeit als Wissenschaftler bei Sony habe ich niemals meinen Banker gefragt, was oder wie ich ein Produkt herstellen soll. Ich bin ein Mann der Industrie. Doch ist die Situation heute, mit ihren Zinssätzen und Wechselkursschwankungen, die, daß die Industrie von den Finanziers gelenkt wird, nicht von Industriellen.

Industrieunternehmer müssen heute das Spiel der Geldspekulation betreiben, um sich über Wasser zu halten. Sie sind gezwungen, Firmen zu kaufen und zu verkaufen, geradeso als seien sie eine Ware wie jede andere. Wie kann dann unter solchen Bedingungen eine Industrie stark sein? Die Industrie ist schließlich doch der Grundstein der Wirtschaft.

Nur wenn es zu einem Wiedererstarken der Industrie und der Industriellen kommt, kann es Wachstum geben.« □

USA

Berliner Mauer an der Grenze zu Mexiko

»Wir sollten unsere Hintertür abschließen«, ist der Titel eines Blau-Buches zur Militarisierung der amerikanisch-mexikanischen Grenze, und zwar entweder dadurch, daß drei Armee-Einheiten aus Europa geholt werden oder die National Guard und die Marine-Reserve in den USA eingezogen werden. Dieses Szenario für ein Verlassen Europas machte die Runde in amerikanischen Marinekreisen.

Der Autor ist Konteradmiral William P. Mack. Er schreibt: »Wir müssen Vorbereitungen treffen, um kurzfristig eine ununterbrochene Barriere entlang der gesamten 2000 Meilen langen Grenze zwischen Amerika und Mexiko aufzubauen. Die Grenze ist etwa 2000 Meilen lang, die Hälfte davon ist Flußlauf, der größtenteils nicht leicht zu durchwaten ist. Angenommen, daß es alle zwei Meilen einen Wachtturm gibt, brauchen wir 1000 davon, die mit je zwei Mann besetzt werden, die über Ferngläser, Suchscheinwerfer und Sensoren für Personenbewegung verfügen.

Bei einem Bemannungsverhältnis von eins zu fünf werden also 10 000 Mann gebraucht. Angenommen, es gibt 1000 Abfangeinheiten mit je einem Lkw und zwei Personen im rückwärtigen Bereich zwischen den Wachttürmen, dann braucht man noch einmal 10 000 Mann. Plant man weitere 20 000 für Verwaltung, Logistik, Palisadenbemannung und andere Eventualfälle, so hat man den Großteil von drei Armee-Divisionen verbraucht.«

Was schlägt der Autor vor, das gegen das Eindringen von Drogen in die USA getan werde? »Drogen sind zu legalisieren und zu kontrollieren, wie es heute bei Alkohol der Fall ist.« □

Mexiko

Privatkrieg an der Grenze zur USA

Der Zweigstellenleiter der »Civilian Material Assistance« (CMA) im US-Bundesstaat Arizona, J. R. Hagan, erklärte, daß die Gruppe vorhat, ihre »Patrouille« an der Grenze nach Mexiko fortzusetzen und auszuweiten. Darauf folgte sofort eine Erklärung des Anführers des faschistischen Ku-Klux-Klan, Bill Alberts, aus dem kalifornischen Modesto, der drohte: »Wenn die Regierung die Mexikaner nicht draußenhalten kann, wir können es.«

Im Juli 1986 hat eine Gruppe der CMA-Organisation eine Gruppe mexikanischer Bürger drei Meilen nördlich der mexikanischen Grenze in Arizona mit angelegten Gewehren aufgehalten, bis der Grenzschutz erschien und den Mexikanern die Rückkehr nach Mexiko gestattet wurde.

Die CMA wurde vor drei Jahren von vier ehemaligen Ku-Klux-Klan-Mitgliedern gegründet. Sie ist für ihre engen Verbindungen zu den Contras in Nicaragua bekannt. Sie soll auch die im Drogengeschäft tätigen Contras mit gut ausgebildeten amerikanischen Söldnern beliefern. 1985 soll die Gruppe den Contras angeblich 4 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt haben.

Thomas Posey, nationaler Anführer der CMA, hat im September 1985 an der internationalen Konferenz der »World Anti-Communist League« in Dallas, Texas, teilgenommen. Außerdem waren mehrere Contras-Anführer, Mitglieder des mexikanischen Paramilitärs und der Hitler verehrenden Tecos-Gruppe dabei. Die CMA von Posey lieferte die »Sicherheit« für diese Konferenz. □

USA

Drogenproduktion auf Rekordhöhe

In Amerika befindet sich die inländische Produktion von Marihuana und Kokain auf einer neuen Rekordhöhe, wie Schätzungen mehrerer amerikanischer Bundesbehörden ergeben.

Die Nettoproduktion von Marihuana, nach Auswurzelung, lag 1978 bei etwa 750 Tonnen, stieg 1981 auf 1050 Tonnen und beträgt seit 1982 jährlich rund 1900 Tonnen. Der Forest Service schätzt, daß mehr als 100 Tonnen Marihuana auf dem Boden des Forest Service im Jahr 1985 angebaut und geerntet wurden.

Die Kokainproduktion ist ebenfalls gestiegen. Wie Anthony Senneca von der Drug Enforcement Administration sagte, richten Kokain-Dealer aus Kolumbien zunehmend Produktionslabors in den USA ein. Zum Teil gibt es dort viele abseits gelegene Gebiete und zum anderen »ist es in Kolumbien für sie schwieriger geworden, die benötigten Chemikalien zu kaufen«, vor allem Ester, das in Amerika leicht erhältlich ist. □

UdSSR

Sowjets beim Drogenschmuggel erwischt

Ein sowjetisches Schiff, die »Captain Tomson«, wurde in aller Stille im Hafen von Rotterdam beschlagnahmt, es befanden sich 220 Kilo Heroin an Bord. Es ist dies das erste Mal, daß bekannt wird, daß westliche Behörden sowjetische Staatsbürger direkt in Verbindung mit dem Drogenhandel erwischt haben.

Jedoch wurde die Beschlagnahme in Rotterdam mit einem allgemeinen Mantel des Schweigens verdeckt. Die holländische Polizei gab keine Einzelheiten bekannt, und die Medien erwähnten ihrerseits nur die Festnahme von drei Holländern.

Daß auch die Sowjets darin verwickelt waren, wurde zuerst in der italienischen Zeitung »Il Giornale« aufgedeckt. Zitiert wurde aus einem Bericht des italienischen Hochkommissars für Mafia-Bekämpfung, Präfekt Riccardo Boccia: »Aus vorläufigen Untersuchungen ergibt sich, daß diese bemerkenswerte Menge Heroin, der größte Fang aller Zeiten in Europa, aus Kabul, Afghanistan, und auf dem Landweg durch sowjetisches Territorium gekommen ist. Es war an die Ostseeküste in Lettland zum Hafen von Riga transportiert und dort an Bord des genannten Schiffes zum Weitertransport nach Holland gebracht worden.«

»Il Giornale« deckte ebenfalls auf, daß eine Top-secret-Direktive des sowjetischen KGB, unter der Bezeichnung »M-120/00-50«, den westlichen Geheimdiensten von dem bulgarischen Überläufer Stefan Swerdlev übergeben worden ist. Diese aus dem Jahr 1967 stammende Direktive soll angeblich Pläne für den Einsatz von Drogen zur Destabilisierung der westlichen Länder enthalten. Die Strategie, mit der die Korruption im Westen zu bewerkstelligen sei, wurde 1967 bei einem Gipfeltreffen der östlichen Geheimdienste in Moskau gestartet. Später wurde in Sofia, Bulgarien, eine detail-

liertere Strategie ausgearbeitet, und dabei war der Drogenschmuggel ein Hauptthema.

»Il Giornale« berichtete auch, daß der Anbau von drogen-erzeugenden Pflanzen auf sowjetischem Staatsgebiet weit verbreitet ist: »In Usbekistan scheinen die Drogen das hauptsächlichste Naturvorkommen zu sein. In Sowjetasien gibt es unendliche Plantagen; in Kazakistan, Tadschikistan, Turkmenien sowie in Georgien und im europäischen Rußland« lassen sich Drogenplantagen finden. □

Raumfahrt

Sabotage im Spiel

Beim französischen Geheimdienst ist man zu dem Schluß gekommen, daß die jüngste Explosion beim Ariane-Raumstart wahrscheinlich die Folge von Sabotage war, wie in einem Artikel der »Los Angeles Times« von Tad Szulc angegeben wird. Die Franzosen haben diese Informationen an die Vereinigten Staaten weitergegeben, wie Szulc unter dem Hinweis berichtet, daß der französische Verteidigungsminister Giraud zu Gesprächen in Washington weilte.

Die Unglücksfälle, die das amerikanische Raumfahrtprogramm schwer getroffen haben, angefangen mit der Explosion der Raumfähre Challenger, könnten ebenfalls durch sowjetgelenkte Sabotage verursacht worden sein, wie Szulc impliziert.

Es habe ein »bizarres Muster« für die französischen und amerikanischen Unfälle gegeben, die »von merkwürdigen Zufällen und unerklärten Ereignissen umgeben« waren, einschließlich des »offenbar 1983 erfolgten Überlaufs in die Sowjetunion des führenden Experten für die Raketenselbstzerstörungstechniken bei der US-Air Force«. Der Experte, Captain William Howard Hughes jr., sei »den Russen sein Gewicht in Gold wert, soweit es um zukünftige ›Star-Wars‹-Waffen geht, falls wir sie bekommen«, meinte Szulc.

Er berichtete auch, daß sowjetische Spionage-»Frachter« vor der Küste von Cape Canaveral vor dem Challenger-Start am 28. Januar 1986 ein »merkwürdiges Verhalten« gezeigt hatten, das heißt, sie standen bei Flankengeschwindigkeit vier Stunden lang im Nordosten unter Dampf, und das unmittelbar vor dem Start.

Die Verluste der Franzosen und Amerikaner bedeuten, daß die »Vereinigten Staaten nicht mehr in der Lage sind, Satelliten auf Erdumlaufbahn zu bringen und so die sowjetischen Nuklearaufstellungen zu überwachen und als Frühwarnsystem für einen Raketenangriff zu dienen«. □

Philippinen

Verlegung der US-Basen

Mitglieder einer philippinischen Kommission haben vorgeschlagen, die strategisch lebenswichtigen amerikanischen Stützpunkte auf den Inseln abzuschaffen. Die Kommission, die mit dem Entwurf einer neuen Verfassung beauftragt ist, berät eine Vorlage, wonach die Abkommen mit den USA nicht erneuert werden sollen, die den Betrieb der US-Basen in Clark Field und Subic Bay gestattet haben.

Von 50 Mitgliedern der Kommission sollen 17 die Vorlage befürwortet haben. Die Ergebnisse der von der Kommission durchgeführten öffentlichen Anhörungen sollen gezeigt haben, daß das Volk für die Abschaffung der Stützpunkte ist.

Es hat zwischen den Vereinigten Staaten und den Philippinen Unstimmigkeiten über die Natur der Basen-Abkommen gegeben. Die Vereinigten Staaten zahlen jährlich 900 Millionen Dollar für den Betrieb der Stützpunkte. Die USA bezeichnen dies als Hilfe, die Philippinen nennen es Miete. □

Bangladesch

Vitaminmangel macht Millionen Kinder blind

Rund eine Million Kinder im Alter unter sechs Jahren in Bangladesch sind blind, und zwar aufgrund einer durch Vitaminmangel verursachten Erkrankung, wie aus einem Bericht des Gesundheitsministeriums von Bangladesch hervorgeht.

In dem Bericht heißt es, daß die Mehrzahl der Kinder an Xeropthalmia leidet, die durch den Mangel an Vitamin A hervorgerufen wird. Ein anderer Bericht von Helen Keller International, einer unabhängigen Organisation, erklärt, daß mindestens 30 000 Kinder im Jahr ihr Augenlicht aufgrund von mangelhafter Ernährung verlieren.

In beiden Berichten heißt es, daß die Erkrankung vor allem in armen Gebieten auf dem Land vorherrscht. Der Gesundheitsminister M. A. Matin sagte, mindestens 50 Prozent könnten durch erhöhte Vitamineinnahme geheilt werden. □

Raumfahrt

Europa könnte eine Weltraummacht werden

Europa sollte im 21. Jahrhundert eine Weltraummacht werden, und vor allem die Bundesrepublik Deutschland sollte mehr an Raumflügen teilnehmen, so schließt ein Bericht, der von einer Sondermission der »Deutschen Außenpolitischen Vereinigung« veröffentlicht wurde.

Zu dem vorgeschlagenen europäischen Weltraumprogramm gehören die Entwicklung einer Raumstation, Startrampen sowie Anlagen zur Erdüberwachung und für militärische Zwecke. Gleichzeitig wurde dem bundesdeutschen Forschungsminister Riesenhuber ein Konzept für ein neues Weltraum-Transportsystem vorgelegt: der Raum-Gleiter Sänger, ein komplett wiederverwendbares, zweistufiges Fahrzeug für den Transport in die Erdumlaufbahn.

Der Raum-Gleiter wird vom »Deutschen Institut für Experimentelle Luft- und Raumfahrt« sowie von Ingenieuren der Münchener Firma MBB entwickelt. Das Grundkonzept, das ursprünglich 1943 entwickelt und in den Jahren 1960 bis 1963 von dem Raumfahrtpionier Eugen Sänger verbessert wurde, hat die Konstruktion der amerikanischen Raumfähre inspiriert. □

Südafrika

Thatcher: »Was ist an Sanktionen moralisch?«

Die englische Premierministerin Margaret Thatcher hat erneut ihre Kritiker in der Frage der Sanktionen gegen Südafrika angegriffen.

Sanktionen würden »der erfolgreichsten Volkswirtschaft in ganz Afrika« schaden, meinte Frau Thatcher. Diejenigen, die die »Symbole und Emotionen« von Sanktionen gutheißen, sind eine ernsthafte Bedrohung für das Wohlergehen der schwarzen Mehrheit in Südafrika.

»Was ist moralisch daran, vorsätzlich und absichtlich vielen schwarzen Menschen – sowie Weißen und Farbigen – den Lebensunterhalt zu rauben, den sie sich ehrlich verdienen?« so fragte sie und beharrte darauf, daß die südafrikanische Volkswirtschaft erhalten bleiben muß, damit, »wenn die Apartheid vorüber ist, alle Menschen in Südafrika eine brauchbare Wirtschaft erben können«. □

Argentinien

Gemeinsamer Markt in Lateinamerika

In der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires hat der brasilianische Präsident José Sarney ein einmaliges Wirtschaftsabkommen unterzeichnet, das eine Zollunion einschließt und den Handel zwischen Brasilien und Argentinien erweitern soll – nämlich von 200 Millionen Dollar im Jahr 1985 auf jährlich 1,4 Milliarden Dollar im Jahr 1990.

Brasilien schloß ein ähnliches bilaterales Abkommen mit Uruguay. Die Rioer Tageszeitung »O Globo« schrieb dazu, daß Uruguay »Teil der Spitze eines Dreiecks ist, um den lateinamerikanischen Gemeinsamen Markt zu errichten«.

In einer Rede des argentinischen Präsidenten Raúl Alfonsín hieß

es, daß die Integration Lateinamerikas der einzige Weg sei, um eine »absurde Diskriminierung zu überwinden, der wir uns im Außenhandel gegenübersehen, weil die höher entwickelten Länder eine Politik verfolgen, die unsere Entwicklung verhindert und versucht, uns in der Stagnation zu halten«. □

Aids

Insekt als Überträger

Zwei Forscher des nationalen Virologie-Instituts von Südafrika haben nachgewiesen, daß Wanzen den Aids-Virus übertragen. Der Entomologe Peter Jupp und die Virologin Sue Lyons haben zum ersten Mal bestimmt, daß ein blutsaugendes Insekt die Krankheit übertragen könnte.

Vorläufige Versuche haben gezeigt, daß der Virus aus einem verseuchten Blut ein paar Stunden überlebt, wenn das Blut von einer Wanze geschluckt wurde. Diese Entdeckung deutet an, daß das Insekt eine gesunde Person anstecken könnte, wenn sie einige Stunden nachdem das Insekt verseuchtes Blut von einer kranken Person aufgesogen hat, gebissen wird.

Die beiden Forscher bemerkten auch, daß der Anteil von Kindern, die mit dem HTLV-III/LAV-Virus infiziert werden, in den Entwicklungsländern größer ist als in den Industrieländern, und daß dies anzeigt, daß »die Krankheit auch auf anderen Wegen als nur durch sexuelle Kontakte übertragen werden könnte«. □

Kirche

Ausländische Kirchen zahlen Südafrikanischen Kirchenrat

Der Südafrikanische Kirchenrat (SACC) erhält mehr als 97 Prozent seines Einkommens aus dem Ausland, vorwiegend von den evangelischen Kirchen in Deutschland. Die Mitgliedskirchen des SACC zahlen nur 1,2 Prozent seines Gesamteinkommens. □

Holocaust

Rattenplage in Afrika

Zusätzlich zur Heuschreckenplage gab es in diesem Jahr eine Invasion von Millionen Ratten im Gebiet von Senegal bis zum südlichen Tschad. In der Londoner »Times« werden Experten zitiert, nach deren Meinung die Ratten weite Teile der Ernte vernichten werden. Diese Rattenplage war völlig vorauszusehen, nachdem infolge der vorangegangenen Dürre viele Tiere ausgerottet wurden, denen die Ratten normalerweise zum Opfer fallen.

Als sie auf diese Gefahr hin angesprochen wurden, gab das Hauptquartier der UNO-Organisation für Nahrungsmittel und Landwirtschaft folgenden Kommentar: »Wir sorgen uns nicht um die Ratten, sondern nur um die Heuschrecken.« Zu der Zeit schlugen französische Experten des Anti-Heuschrecken-Forschungszentrums in Südfrankreich Alarm bezüglich der ökologischen Katastrophe, die durch mehrere Dürrejahre, gefolgt von starken Regenfällen, verursacht werde.

Das westafrikanische Land Niger hat um internationale Hilfe für seine Bemühungen gebeten, die diesjährige Ernte vor der Verwüstung durch Ratten und Heuschrecken zu retten.

Der Landwirtschaftsminister Allela Elhadj Habibou sagte, die Sahel-Region brauche Unterstützung, um mit der Bedrohung auch noch bei den nächsten beiden Ernten fertig zu werden. Über 198 000 Acre wurden in den Gebieten Niamey und Dosso im westlichen Niger per Flugzeug oder Lastwagen mit Insektiziden besprüht, teilte er mit. Weitere 119 000 Acres wurden auch in anderen Landesteilen behandelt.

Habibou meinte auch, man habe zwölf Tonnen Rattengift in ganz Niger verbraucht, um die Vernichtung der Ernte durch die Nagetiere zu verhindern. Das Land plant, 5000 Dorfbrigaden zu trainieren, die die Regierungsmannschaften bei der Lösung dieses Problems unterstützen. □

England

Babys sterben infolge Kosteneinsparung

Ärzten in England wird gesagt, sie sollen weitaus zu früh geborene Babys sterben lassen, weil die Behandlung zu teuer ist. Der britische Arzt Dr. Peter Fleming, der am Bristol Royal Hospital (Kinderkrankenhaus) arbeitet, hat Anklage erhoben.

In einem Artikel der Londoner »Times« mit dem Titel »Babys sterben, weil der ›staatliche Gesundheitsdienst‹ Kosteneinsparungen vornimmt«, behauptet Fleming, in den Säuglingsstationen würde die Aufnahme schwer-erkrankter Babys verweigert.

Er sagte, von den Verwaltungsbeamten auf diesen Stationen würde er Vorwürfe bekommen, wenn er darauf besteht, daß man sich um diese Babys kümmert. Es heißt«: »Wenn Sie die Kinder sterben lassen, brauchen sie nicht so lange eine intensive Pflege. Der Verlust eines kleines Kindes verursacht weniger Kummer in der Gesellschaft als der Verlust eines anderen.« □

UdSSR

Der Kampf gegen Drogen

Nachdem sie Jahrzehnte die Dekadenz des westlichen Kapitalismus angeprangert und die Probleme des Westens mit Drogen verhöhnt haben, erscheinen jetzt in der sowjetischen Presse häufig Enthüllungen über die Drogentätigkeit in der UdSSR mit nahezu täglichen Berichten über Helikopter-Razzias auf Rauschgiftfeldern, über Drogenringe und Diebstähle aus Krankenhäusern. Führende sowjetische Zeitungen wie »Izvestia«, »Literaturnaya Gazeta«, »Sovietskaya Rossiya« und »Sobesednik« bringen Artikel, um zu zeigen, daß die Sowjets, die seit dem Jahr 1976 Drogen in den Westen geleitet haben, eher zum Opfer von Drogen geworden sind.

Der »Literaturnaya Gazeta« zufolge werden in vielen Gebieten der Sowjetunion Drogen angebaut. Der Anteil des Landes, der für die Drogenherstellung genutzt wird, ist immens, insbesondere in den Provinzen von Kirgisian, heißt es in der Zeitschrift, und 300 Parteifunktionäre sind wegen Handels auf dem »privaten« Drogenmarkt verurteilt worden.

Ein landwirtschaftlicher Experte sagt in dem Artikel, es gäbe zehn Hauptgebiete im Land, in denen Drogen produziert werden, was nicht illegal ist, da es kein Gesetz gibt, das eine solche Produktion verbietet.

Im gleichen Artikel heißt es, die Sowjetunion habe ein großes Drogenmißbrauch-Problem. Laut des sowjetischen Gesundheitsministers Potapov würde sich der Drogenkonsum unter den Jugendlichen ausbreiten und Boris Yeltsin, der Führer der Moskauer Parteisektion, gab zu, daß allein in Moskau 3000 Drogensüchtige bekannt seien, wobei die Dunkelziffer sicher noch höher liege. □

Armand Hammer

Geheime Diplomatie des roten Milliardärs

Der sowjetische Premierminister Nikolaj Ryzhkov hat den Milliardär Armand Hammer im Kreml empfangen. Hammer, eine Führungskraft bei Occidental Petroleum, ist ein führender Vertreter der sowjetischen Kollaborateure im Westen, »allgemein als »Trust« bekannt, dessen finanzielle Interessen ursprünglich der bolschewistischen Revolution dienten und die sich jetzt den weltweiten imperialen Ambitionen der Sowjets widmen.

In der Öffentlichkeit pries Ryzhkov Hammers »persönliche Bemühungen« bei der Förderung des »gegenseitigen Verständnisses« zwischen Moskau und den Vereinigten Staaten. Hammer

sprach von »vielversprechenden neuen Formen wirtschaftlicher Verbindungen«, die Occidental Petroleum dabei ist zu erforschen. Der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS zufolge »stimmten beide Seiten darin überein, daß die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den USA und der UdSSR weit unter den objektiven Möglichkeiten der beiden Länder liegen würden«.

Wenige Tage zuvor hatte Hammer an der Tel Aviver Universität in Israel seinen Plan für die Verhandlungen über die »Emigration« sowjetischer Juden nach Israel dargelegt – und seine Reise nach Moskau kann sehr wohl eine »Berichterstattung« der israelischen Reaktion gewesen sein.

Nach Israels Zeitung »Semana« hat Hammer »eine Forderung zugunsten der geheimen Diplomatie verlauten lassen. Er ist dabei dem Beispiel der Nixon-Ära gefolgt, wo 50 000 sowjetische Juden das Land verlassen konnten.«

Hammer machte deutlich, daß diesen Juden keine »Emigration« im üblichen Sinn gestattet werden würde. Sie würden – wie in verschlossenen Güterwagen – nach Israel geschickt. »Hammer meinte, es müßten Vorkehrungen getroffen werden, um zu verhindern, daß diese Juden, die die Sowjetunion verlassen, in andere Länder außer Israel reisen.«

Der »rote Milliardär« äußerte auch, ungarische Behörden hätten ihm gegenüber vor kurzem die Möglichkeit erwähnt, Budapest könne sich als der Transitplatz für Juden, die von der UdSSR nach Israel reisen wollten, anbieten. Die Rumänen hätten das gleiche Angebot gemacht, sagte Hammer. □

Sudan

Sowjets stecken hinter Volksmord

»Volksmord im Sudan« lautete die Schlagzeile der katholischen italienischen Tageszeitung »L'Avvenire«. Unter diesem Titel wird über die Berichte des katholischen Bischofs des Sudan und eines weiteren Missionars berichtet, die von sudanesischen Guerillakämpfern freigelassen worden waren.

»L'Avvenire« zufolge entspricht das, was im Sudan passiert, absolut nicht dem, was die Medien über einen Krieg zwischen dem »christlichen« Süden und dem »islamischen« Norden berichten. In Wirklichkeit werden die Rebellen im Süden von Moskau bezahlt und unterstützt, um gegen die Bevölkerung in dieser Region Krieg zu führen.

Nach den Erzählungen der Missionare schließen die Guerillas Städte ein, schneiden Lebensmittellieferungen ab und treiben die Bevölkerung so in einen Hungertod. Eine Stadt mit 20 000 Einwohnern, Rumbek, wurde auf diese Art völlig zerstört.

»L'Avvenire« zitiert den Rebellenführer John Garang aus dem südlichen Sudan: »Wenn die Kinder sterben, nun, es werden wieder neue geboren.« Garangs Bruder, so »L'Avvenire«, war bis zu seinem Tod der Führer der sudanesischen kommunistischen Partei.

Inzwischen werden Garangs Guerillas von den Sowjets in äthiopischen Lagern geschult. Die einzige Art, wie die Menschen an Lebensmittel herankommen können, besteht darin, sich den Guerillakämpfern anzuschließen.

Ein Missionar: »Die Guerillakämpfer haben eine heidnische, keine christliche Mentalität.« Und ein anderer: »Der Kolonialismus in Afrika ist nicht beendet, er fängt erst an. Lebensmittel sind eine Waffe in den Händen der Regierung und der Guerillakämpfer.« □

Atomkraft

Schwedischer Premierminister übt Kritik

Der schwedische Premierminister Ingvar Carlsson hat sich gegen die Atomkraft ausgesprochen und erwähnte dabei das Unglück im sowjetischen Reaktor von Tschernobyl im April 1986 als ein Beispiel für die Gefahren, die mit der Erzeugung von Atomenergie verbunden sind.

»Die Atomkraft ist eine der größten Gefahren für unsere Umwelt«, sagte der Sozialdemokrat auf einer Labor-Versammlung. Er meinte, der sowjetische Atomunfall habe Schweden bisher 160 Millionen Dollar gekostet, weil er der Nahrungsmittelindustrie des Landes großen Schaden zugefügt hat und nahezu 100 000 Rentiere getötet worden seien, von denen die Lappen leben.

Durch den Unfall in Tschernobyl haben sich radioaktives Jod und Cäsium über »unsere Felder, Wälder, Mooren und Seen ausgebreitet«, sagte Carlsson. »Die Kühe durften nicht hinaus ins Freie. All das, um zu verhindern, daß die Menschen schädliche Stoffe zu sich nehmen. Wir müssen die Atomkraft beseitigen.«

Seltsamerweise fand Carlsson kein hartes Wort gegen die Sowjets oder deren mangelnde Sicherheitsvorkehrungen, obwohl die Reaktoren von Tschernobyl von einem Typ sind, der im Westen schon seit den fünfziger Jahren nicht mehr gebaut wird. □

Israel

Shultz fordert Umstrukturierung der Wirtschaft

Israel muß seine staatseigenen Firmen privatisieren und eine gründliche Wirtschaftsreform durchführen, wenn es weiterhin amerikanische Wirtschaftshilfe in Anspruch nehmen will; das war der Inhalt einer privaten Botschaft von US-Außenminister George Shultz an israelische Politiker. Daraufhin hat die israelische Regierung beschlossen, zwei separate Ausschüsse zu berufen, die »Shultz' Wirtschaftsvorschläge untersuchen sollen«.

Solange keine Umstrukturierung der »vom Staat beherrschten israelischen Wirtschaft« erfolgt ist, wird die amerikanische Regierung keine wirtschaftliche Soforthilfe mehr an Israel leisten, heißt es in der Botschaft.

Der britischen Nachrichtenagentur Reuter zufolge berichtete der Sprecher des US-Außenministers, Charles Redman, Journalisten, George Shultz würde eine Reise in die Region in Erwägung ziehen, wenn ein »Durchbruch« bevorstände, und daß die US-Regierung jüngste »positive Entwicklungen« im Nahen Osten prüfen würde, die die Hoffnungen auf einen Fortschritt im arabisch-israelischen Frieden erhöhten. □

Vatikan

Ratzinger und die Homosexualität

Die in Rom erscheinende Zeitschrift »La Repubblica« kommentierte den Brief von Kardinal Joseph Ratzinger über die Homosexualität, den er an die römisch-katholischen Bischöfe verschickt hat:

»Was dabei ins Auge fällt, ist weniger der spezielle Inhalt des Briefes als die Kritik jeglicher Gesetzgebung, die bereit ist Reformen durchzuführen, die das Recht der Homosexuellen sie selbst sein zu dürfen, anerkennen. Das ist ein ausdrücklicher Aufruf zur Intoleranz auf gesellschaftlicher Ebene hinsichtlich des Zustandes der Ausübung der Homosexualität.

Der Zustand der Homosexualität ist ein biologischer und psychologischer Zustand und deshalb jenseits jeder persönlichen Entscheidungsfreiheit. Es ist jetzt zehn Jahre her, seit die Kirche dies zuerkannt hat und damit eine Haltung änderte, die sie fast 1000 Jahre lang vertrat. Die gesellschaftliche und öffentliche Diskriminierung des Homosexuellen hat nur einen historischen Präzedenzfall: die Diskriminierung der Juden, die unter dem Nazi-Regime in Deutschland am größten war.

Kardinal Ratzinger hat gerade wegen dem Land, aus dem er stammt, mehr als irgendein anderer die Pflicht, bei einem solch delikaten Thema sehr vorsichtig zu sein. Homosexuell zu sein kann man sich ebensowenig aussuchen wie die Tatsache Jude zu sein. □

Zitate

Opportunist

Hermann Josef Abs, Banker: »Ich stehe nach wie vor dazu, daß die Kernenergie unverzichtbar ist. Die Angst, die nach Tschernobyl die Bevölkerung ergriff, wurde bewußt verstärkt ihr einzuimpfen versucht. Indem man der Bevölkerung Angst einjagt, macht man sie am leichtesten empfänglich für politische Versprechungen, die nie gehalten werden. Viele Deutsche haben eine seltsame Eigenschaft. Sie glauben den Versprechungen nicht, die Politiker machen, aber sie verzichten nie darauf, sie sich machen zu lassen. Das ist eine Schwäche dieses Landes. Man nimmt Tatsachen nicht zur Kenntnis und gibt Stimmungen und Gefühlen nach.«

Weltdiktatur

Barber B. Conable, Präsident der Weltbank: »Es ginge auf Kosten der Qualität unserer Darlehen, wenn wir uns in einigen Fällen nicht zu konditionierten Reformprogrammen entschließen würden. Zu berücksichtigen ist jedoch dies: Unsere Konditionalität unterscheidet sich stark von der des Währungsfonds. Dessen Auflagen zielen auf Preise, Korrektur der Zahlungsbilanzen und fiskalischen Probleme, um eine Stabilisierung zu erzwingen. Wir geben dagegen Anreize und zielen auf Wirtschaftswachstum. Ich glaube deshalb nicht, daß die Weltbank jemals so unter Beschuß geraten wird wie der IWF. Außerordentlich erfolgreich sind die Reformprogramme in Afrika, die aus der Afrika-Fazilität finanziert werden. Die Politiker dort lernten schnell.«

Bundeswehr

Wolfgang Altenburg, Generalinspekteur der Bundeswehr: »Wer die Bundeswehr abbaut, schwächt die Allianz. Gleiches gilt für die Implementierung alternativer Strategien, die dem Anspruch, jede Art von Krieg zu verhindern – auch den konventionellen –, nicht gerecht werden. Kriegsverhinderung, verbunden mit der Fähigkeit zu einem wirksamen Kriegsmanagement, ist und bleibt die grundlegende Zielsetzung deutscher Sicherheitspolitik. Dies bindet die Bundesrepublik Deutschland an das Atlantische Bündnis und verlangt, daß unsere Vorstellungen von der Sicherheit des Friedens in Freiheit auch in der NATO konsensfähig bleiben.«

Wende

Kurt Waldheim, Österreichs Bundespräsident: »Man kann nicht immer nur in der Vergangenheit leben und in der Vergangenheit bohren. Damit löst man keine Probleme. Die Jugend darf nicht aufgrund der tragischen Ereignisse der Vergangenheit die Gegenwart und die Zukunft vernachlässigen.«

Apartheid

Gatsha Buthelezi, Ministerpräsident des Homelands KwaZulu und Präsident der größten Anti-Apartheid-Bewegung »Inkatha«: »Die Zusammenstöße zwischen Schwarz und Weiß sollte man nicht überbewerten. Die Mehrheit der Schwarzen glaubt noch daran, daß die Apartheid durch gewaltlose Strategien beseitigt werden kann. Es gibt heute mehr Gewalt unter den Schwarzen als zwischen Schwarz und Weiß. Diese Form der Gewalt wird von jenen gesteuert, die nicht an einer Mehr-Parteien-Demokratie interessiert sind, sondern einen sozialistischen Ein-Parteien-Staat wünschen. Ich befürworte eine westlich orientierte, industrielle Demokratie, in der die freie Marktwirtschaft die Möglichkeit erhält, den Wohlstand zu schaffen, den unser von Armut heimgesuchtes Land so dringend braucht. Ich setze mich für eine Demokratie ein, die von einem parlamentarischen System verschiedener Parteien getragen wird. Dieses Ziel kann nur durch Verhandlungen und eine machtvolle, aber gewaltlose Politik verwirklicht werden, die dann auch die letzten Reste der Apartheid beseitigt.«

Hilfswerke

Emil Rahm, Herausgeber des Schweizer Informationsdienstes »Memopress«: »Das nackte Überleben kommt vor dem Zukker im Kaffee oder vor dem Schauspiel oder dem Sinfoniekonzert. Solange Millionen auf der Welt hungern und Tausende, vor allem Kinder, Hungers sterben, wäre es ein Verbrechen, die landwirtschaftliche Produktion einzuschränken und den Bauern – wie schon vorgeschlagen – Prämien, das heißt Almosen, für Produktionsverzicht zu bezahlen. Mit vermehrter freiwilliger und/oder staatlicher Förderung von Hilfswerken, die den Bauern aus ihrer Überproduktion zum Beispiel Getreide und Käse abkaufen und so die Produktion lenken, würde das Überschußproblem auf menschliche Weise gelöst und primär Kultur der Nächstenliebe gefördert.«

Tschernobyl

Pawel Timonin, Moskauer Bürgerrechtler: »Von der Katastrophe erfuhren wir aus ausländischen Rundfunksendungen. Am gleichen Tag zeigte das Moskauer Fernsehen die Feierlichkeiten zum 1. Mai in Kiew. Uns wurde klar, daß diese Menschen nichts von der tödlichen Gefahr wissen, in der sie sich befinden. Fröhlich bummelten sie durch die Straßen, Kinder spielten im Sand. Der Anblick war unheimlich. Es ist schrecklich, wenn alle Informationsmittel in der Hand der staatlichen Organe sind.«

Italien

Oberst Muammar el-Gaddafi, libyscher Staatspräsident: »Italien braucht einen neuen Garibaldi, der es von den amerikanischen Basen befreit. Wir werden zu einem Stützpunkt der Jugend und derjenigen italienischen Volkskräfte werden, die dafür kämpfen, das Land von der Kontrolle durch die USA zu befreien.«

Mission

Hosni Mubarak, ägyptischer Staatspräsident: »Die USA und die Sowjetunion sind Weltmächte. Für mich gibt es keinen Grund für ein schlechtes Verhältnis zu Moskau. Früher hatten wir dorthin besonders enge Beziehungen. Heute pflegen wir gute Beziehungen zu Amerika und normale Beziehungen zu Moskau. Um das zu erläutern, erinnere ich an Indien. Neu-Delhi hat enge Beziehunge zu Moskau, besonders auf dem Gebiet der Rüstung und in vielen anderen Hinsichten. Obwohl die Inder ausgezeichnete Beziehungen zur östlichen Supermacht unterhalten, haben sie auch gute Beziehungen zu den USA. Wir haben jetzt sehr gute Beziehungen zu den USA und Europa – und gute Beziehungen mit der Sowjetunion. Das ist unsere Politik.«

Vaterland

Ernst Jünger, deutscher Autor: »Das Vaterland gehört zu unserem Schicksalskostüm. Man kann es nicht umtauschen.«

Sozialismus

Norman Tebbit, Vorsitzender der Konservativen Partei Großbritanniens: »Der Sozialismus mag behaupten, eine moralische Theorie zu sein, aber aus Erfahrung wissen wir, daß er in der Praxis korrupt ist.«

Worte

Richard von Weizsäcker, Bundespräsident: »Noch nie zuvor in der Geschichte hat jeder einzelne Mensch so große Ansprüche an unseren Mutterplaneten gestellt, ihn für das eigene materielle Wohlergehen so weitgehend ausgenutzt. Jeder Bürger der Bundesrepublik verbraucht im Durchschnitt heute eine Energiemenge, die der Leistung von 500 Arbeitssklaven der Antike entspricht.«

Einheit Europas

Milovan Djilas, jugoslawischer Schriftsteller: »Wenn man das Wesen und die vorherrschenden Strömungen im westlichen und im östlichen Block betrachtet – sowohl was die technologischen wie die wirtschaftlichen Tendenzen in ihnen betrifft –, dann gibt es eine Wahrscheinlichkeit, daß die westlichen und vor allem die westeuropäischen Staaten sich enger zusammenschließen werden, wobei sie ihre nationalen Identitäten nicht nur bewahren, sondern verstärken werden. Das wird zu einer Verselbständigung Westeuropas als Partner der USA führen. Zur gleichen Zeit werden die osteuropäischen Staaten, trotz Gorbatschows Forderungen nach verstärkter Einheit, sich auch weiterhin geistig verselbständigen. Die ökonomische Ineffizienz und Stagnation der Sowjetunion wird diese Länder dazu zwingen, ihre eigenen Formen und mehr Verbindungen außerhalb des Blocks zu suchen.« □

1987

Wer sind die besseren Schachspieler

Peter Blackwood

Ob durch Planung oder bewußtes Ausnutzen der menschlichen Natur oder durch Zufall, der letztendlich auf dasselbe hinausläuft, alle sind sich einig, daß »die Lage noch nie so ernst war«. Oder sind Sie bereit, aus Mitleid nur noch Coca-Cola zu trinken, einen Anzug aus Plastik »made in USA« zu tragen oder einen amerikanischen Wagen zu fahren? Wenn es schon Coca-Cola sein muß, dann würden Sie bestimmt die Aktien bevorzugen, das Getränk aber stehenlassen.

Wer kauft schon amerikanische Waren? Wer gibt schon sein Geld aus Mitleid für Ramsch und Kitsch aus Amerika aus? Die Tatsache, daß wir vielleicht sogar erleben, daß ein US-Dollar gleich eine Deutsche Mark ist, ändert nichts an unserem Achselzucken gegenüber Produkten aus den USA.

Niemand will US-Produkte

Die Vereinigten Staaten haben abgewirtschaftet, sie erleben das Schicksal wie viele andere Länder vor ihnen, die den Zionisten mit ihrem marxistischen Gesäusel über die Möglichkeiten einer One-World in die Hände gefallen sind.

Selbst wenn der Dollar nur eine Deutsche Mark kostet, ist das für die USA keine Exportgarantie mehr, da niemand sich nach US-Produkten reißt und auch nicht nach Agrarerzeugnissen. Die Zölle der Europäischen Gemeinschaft sind Gott sei Dank in dieser Hinsicht eine Wohltat, sie sind ein Stück der alten Denkungsart von der »eigenen Scholle«, die man nicht verkommen lassen darf.

Allerdings wäre eine Abwertung des US-Dollars auf eine Deutsche Mark für alle Schulden-Länder von Vorteil. Sie kämen von ihren Schulden herunter und von ihren menschenunwürdigen Zinsen. England wird in dieser Situation das Pfund weiter in den Keller fahren, damit ja keiner auf die Idee kommt, aus dem Dollar in das englische Pfund umzusteigen.

Das Umsteigen wird man den Deutschen als Hypothek auferlegen. Auf die Japaner kann man nicht zählen, sie können nicht mehr mitspielen, wenn sie ihren Export nicht – kopflastig wie er ist mit den USA – ruinieren wollen. Sie schütten also ihre Dollars zum Beispiel an Mexiko aus, die damit sofort wieder über die USA und deren Defizit zum Federal Reserve System, der privaten US-Bundesbank, fließen.

Krieg im europäischen Theater?

Die Deutsche Mark thront über einem Währungsblock, als wenn die Deutschen den Krieg gewonnen hätten. Es ist durchaus möglich, daß wir noch höhere Kurse für die Deutsche Mark sehen werden. Allerdings ist der Export nach den USA – außer für BMW – gefährdet. Er wird sich auf einen Anteil von zehn Prozent bei den entsprechenden exportorientierten Firmen beschränken.

Bevor allerdings der Dollar ganz baden geht, können die USA immer noch einen Krieg im »europäischen Theater« inszenieren, wofür sie wahrscheinlich die Sowjets, die sich inzwischen bestens mit den Bundesdeutschen liiert haben, nicht mehr gewinnen können. Auch die Chinesen sind zu klug, um sich vor den US-Kriegswagen gegen die UdSSR spannen zu lassen.

Also bleibt nur noch der Mittlere Osten. Israel, die Führungsmacht der Vereinigten Staaten, könnte uns alle in Teufels Küche bringen. Dagegen könnte eine Allianz politischer und wirtschaftlicher Vernunft Westeuropas mit der UdSSR, die sich vorher endlich einmal über den Ursprung und die Drahtzieher des Terrorismus einig werden müßten, glänzende Geschäfte machen.

Die Schulden werden gestrichen, es gibt keinen anderen Weg; die Aktien werden überleben. Und nicht von ungefähr kaufen die autorisierten Finanziers und Banker wie verrückt alles, was es an der Börse gibt. Das Abwertungsland USA dürfte per saldo für Aktien interessant sein. Japan, mit Ausnahme international produktiver Firmen wie Honda und Fuji-Foto, werden im kommenden halben Jahr gefährdet sein, wenn es allgemein bekannt ist, daß der Hauptexportmarkt USA wegen Zahlungsunfähigkeit ausfällt.

Europa dagegen wird für Aktien wegen der laufenden Aufwertung im großen und ganzen vorerst uninteressant sein. Ausnahme könnte England sein – eingeschränkt durch das vermutlich gering anzusetzende Risiko eines Comebacks der Sozialisten –, was ausgewählte Aktien und Staatsanleihen angeht.

Auf mehrere Jahre Sicht bleiben China und dann der Ostblock das Sicherheitsventil für den sich zu Tode verschuldenden Kapitalismus des Westens. Da die alttestamentarische Erfahrung, daß spätestens nach fünfzig Jahren alle Schulden im »Jobeljahr« gestrichen werden müssen, nicht Wirklichkeit werden wird, kann man weitere Jahre des Durchwurstelns voraussagen.

Die Pfründe der Banker

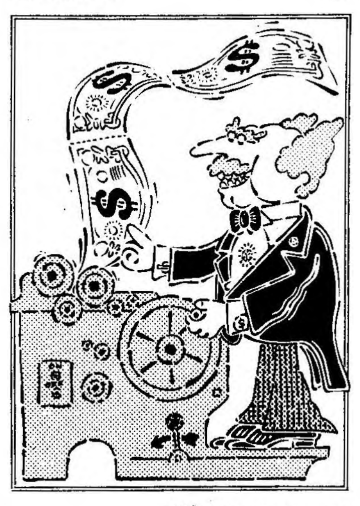
Auf jeden Fall bleibt es auch bei der unzureichenden Versorgung mit Risiko- oder Eigenkapital, damit die Parasiten nach jahrtausendealter Gewohnheit mit Kreditgeld – Gewinnabführung über Zins, risikolos über Abtretung von »Sicherheiten« wie unbelastetes Eigentum und Steueraufkommen zur Bezahlung von innerer und äußerer Staatsverschuldung an die Internationalen – letztendlich überleben können. Denn wäre genug Eigenkapital im Umlauf, fiele diese Pfründe der Banker zulasten der arbeitenden Bevölkerung weg.

Chinesen und Russen haben das eingesehen und wollen möglichst schnell mit von der Partie sein.

In der Zwischenzeit werden, wenn möglich, noch ein paar Geschäfte mehr oder weniger gemeinsam abgewickelt, wie die Verstaatlichung der südafrikanischen Bodenschätze und Sicherung des Auslandsvertriebs durch übernationale Gesellschaften, wie erfolgreich de Beers – jahrzehntelang offizieller Außenhandelsagent der UdSSR-Diamantenproduktion – und Lonrho, eine von Warburg kontrollierte Gesellschaft, vorexerziert haben.

Die kontrollierte Establishment-Presse sorgt in jedem Fall für die entsprechende Desinformation über vorgesehene Opfer wie Südafrika. Pannen wie in Chile, wo sich Allende tatsächlich einbildete, die verstaatlichten Kupferminen nicht bezahlen zu müssen, weil er meinte, mit der Einräumung des Exklusiv-Absatzrechts im Ausland an die von New York kontrollierten Unternehmen sei genug getan, führen zu zeitweiliger Aufhebung der Revolutionierung jahrhundertealter Eigentumsstrukturen in ethnisch oder kulturell geschlossenen Staaten.

Wer die Augen aufhält, kann in Zeiten großer Bewegung ordentlich verdienen, wenn keine Pannen auftreten. Allerdings sollte man den Wahlspruch der internationalistischen Banker nie übersehen: »Es ist besser, daß ein Mensch draufgeht und das Volk der Steuerzahler zahlt, als daß die Geldverleihung gefährdet wird.« □



Argumente

Die folgenden Argumente sind von Wolf-Dietrich Muswieck. Er legt sie Politikern, Institutionen, Parteien und Kirchen in den Mund. Er geht dabei davon aus, daß die Ausgesuchten so argumentiert haben könnten oder würden. Natürlich sind die Argumente von der heiteren, ironischen Seite her zu verstehen.

C-Parteien

Wir benötigen das »C« in unserem Partei-Namen, damit wir ein »christliches Erscheinungsbild« vorweisen, und um die religiöse »einfältige« Wählermasse für uns zu gewinnen.

Supermächte

Wir brauchen die Unterwürfigkeit der »Führenden« unserer »Verbündeten«, damit unsere Macht unendlich wird, und um auch deren Völker unterdrücken zu können.

Zufriedenheit

Wir brauchen kein Fernsehen, Telefon, Auto, den ganzen Wohlstandsklimbim, damit wir gut leben können, und um mehr Zeit füreinander zu haben.

Parteien

Wir brauchen die narrenfeindliche Unabhängigkeit, damit wir Begriffe und Gedanken bestimmen können, und um die Macht über die »mündigen Bürger« ausüben zu können.

Wahlen

Wir benötigen auch nach den »demokratischen« Wahlen als »mündige Bürger« unser Mitspracherecht durch Volksentscheid, damit wir nicht das Gefühl haben, einer Situation hilflos und sprachlos ausgeliefert zu sein, und um nicht seelisch krank zu werden.

Kredit-Karten

Wir benötigen die Kreditkarten, damit wir das Image der »oberen« Zehntausend genießen, und um unsere Minderwertigkeits-Komplexe überspielen zu können.

Versicherung

Wir brauchen die »absolute« Sicherheit, damit wir ruhig schlafen können, und um über das Schlafen das Denken zu verlernen.

Rotary

Wir brauchen aus jedem Wirtschaftszweig führende Persönlichkeiten in jeder Stadt, damit wir einen »indirekten« Einfluß auf das gesellschaftliche Leben ausüben können, und um »überstaatlich« die Ziele der Zionisten zu unterstützen.

Glauben

Wir brauchen den Glauben an das Leben nach dem Tod, damit wir mit Zuversicht an den Sinn des technischen Fortschritts glauben können, und um nicht über das Denken an das atomare Restrisiko am Leben im Diesseits verzweifeln zu müssen.

Irdisch

Wir brauchen eine gesunde Umwelt im Diesseits, damit wir und unsere Kinder »vernünftig« leben können, und um nicht auf das Leben nach dem Tod hoffen zu müssen.

Freimaurerei

Wir benötigen die »geistige« Bindung der »Reichen« überall, damit wir über die »Geselligkeit« unsere Ziele verfolgen können, und um den »profanen Mitgliedern« ihre Abhängigkeit nicht bewußt werden zu lassen.

Daten-Sammler

Wir glauben an die Unglaubwürdigkeit der Thesen von Orwell, damit wir mit der Zeit den Überwachungsstaat unauffällig aufbauen können, und um den »mündigen Bürgern« unsere Überwachungs-Praktiken über Gegenterror-Maßnahmen glaubhaft zu machen.

Optimismus

Wir brauchen die Existenz-Neugründungen auf »Zeit«, damit unsere statistischen Zahlen der neugeschaffenen Arbeitsplätze auf »Zeit« stimmen, und um dem Wähler die durch Pleiten verlorengegangenen Arbeitsplätze vorenthalten zu können.

Neureich

Wir brauchen Geld und Erfolg, egal wie auch immer, damit wir in »Erscheinung« treten können, und um unsere Dummheit nicht zeigen zu müssen.

Export

Wir benötigen die politische Unterwürfigkeit der Länder der dritten Welt, damit wir ihnen klarmachen können, nur wenn es uns gutgeht, können wir ihnen helfen, und um die Entwicklungshilfe-Politik als Sicherung unseres Wohlstandes entschuldigen zu können.

Bayern

Wir brauchen die CSU, den »Bayerischen Freistaat« und die grenzenlose Willenlosigkeit unserer Bayern, damit »I« den »Nordlichtern« zeigen kann, wie man mittels meiner mir hörigen Katholiken-Führer dem Volk klarmacht, daß wir Wackersdorf brauchen, um uns unsere eigene Atombombe bauen zu können, um im Fall, daß der Russe kommt, unseren Freistaat selbst verteidigen zu können.

CIA

Wir benötigen in Europa mehr militärische Stützpunkte, damit wir den von uns geschürten Weltterrorismus schneller bekämpfen können, und um der Menschheit unsere »teuflischen« Pläne durch geheuchelte Hilfeleistungen zu verschleiern.

Zukunft

Wir brauchen nur soviel zu arbeiten, damit für alle Menschen in Zukunft Arbeit zur Beschäftigung werden kann, und um für die Menschheit eine Lebensgrundlage in einer gesunden Umwelt zu schaffen.

Frauen

Wir brauchen echte Männer, damit wir uns vor unseren Kindern nicht zu schämen brauchen, und um der Zukunft die Wende zum Überleben der Menschheit geben zu können.

Männer

Wir brauchen die Hausfrau und Mutter, damit wir den Aufgaben der Zukunft gewachsen sind, und um unseren Kindern wieder gutes Familienleben geben zu können.

Unternehmer

Wir benötigen nicht so viele Banken- und Versicherungs-Tips, damit wir im Leben weiterkommen, und um im Endeffekt nur die Gewinne der Banken und Versicherungen zu maximieren.

Grenzwerte

Wir benötigen viel »Grenzwerte« und Meßgrößen für die Radioaktivität, damit dem »mündigen Bürger« die Gefahr verharmlost werden kann, und um die Wirtschaft auf Kosten der Gesundheit wachsen zu lassen.

Fürsprecher

Wir brauchen das Vitamin »B«, damit der Filz gedeiht, und um immer finanziell abgesichert zu sein.

Notärzte

Wir benötigen keinen Zivilschutz bei Atom-Katastrophen, damit der Bevölkerung geholfen wird und um im Endeffekt doch nur auf den Seelsorger angewiesen zu sein.

Vasall

Wir brauchen ein »Feindbild« für unsere Bürger, damit die Aufrüstung hingenommen wird und um unserem »Freund« im Westen stets zu Diensten zu sein.

Banker

Wir müssen unsere »Dritte-Welt-Kredite« auf kleine Banken »umschulden«, damit wir liquide bleiben und um später die dann in Schwierigkeiten geratenen kleinen Banken aufkaufen zu können.

Und letztendlich brauchen wir die bundesdeutschen Leisetreter. Darum: »Weiter so, Deutschland . . .« □



US-Dollar

Amerika sucht Hilfe

C. Gordon Tether

Vermutungen, daß die Konjunktur ihrem lange erwarteten Abschwung entgegengeht, müssen wahrscheinlich mehr als ernst genommen werden. Doch die jüngsten Gerüchte über das mögliche Wiederaufleben der Inflationsgefahr werden sich mit ziemlicher Sicherheit als unbegründet erweisen.

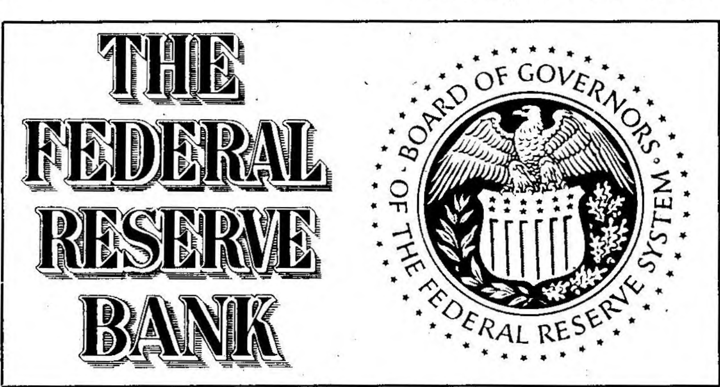
Die Umstände, so heißt es, verändern die Sachlage. Noch vor einem Jahr haben sich die zuständigen Stellen in den USA wie verrückt gegen die Vorstellung gewehrt, mit anderen Ländern zusammenzuarbeiten, um eine Lösung für die Wirtschaftsprobleme im eigenen Land und in den anderen westlichen Industrieländern zu finden. Diese Dinge, so hieß es, sollte man am besten sich selbst überlassen.

Es sieht immer düsterer aus

Ganz im Gegensatz fleht man die übrigen Länder jetzt geradezu an, sich an der Erarbeitung und Durchführung eines Weltwirtschafts-Belebungs-Programmes zu beteiligen.

Dieser Sinneswandel fand bestimmt nicht aufgrund einer plötzlichen Anwandlung von Altruismus in den amerikanischen Korridoren der Macht statt. Es ist in der Tat kein Geheimnis, daß sich die Erklärung dafür vor allem in der Entdekkung der Reagan-Regierung finden läßt, daß die Wirtschaft des Landes praktisch von allen Seiten her geschwächt ist. Sie ist in einem solchen Ausmaß geschwächt, daß Hilfe jeglicher nur denkbarer Art nötig sein wird, wenn sich ein Ausweg aus diesem Schlamassel finden soll.

Es besteht kein Zweifel daran, es sieht von Tag zu Tag düsterer aus. Das Defizit im amerikanischen Bundeshaushalt – was bisher so ungefähr als das einzige Wirtschaftsproblem der USA angesehen wurde, über das es sich zu reden lohnte – hat auf die Maßnahmen, die ergriffen wurden, um damit fertig zu werden, nur leicht angesprochen. Inzwischen ist hier noch ein weiteres Problem von möglicherweise umfangreicherer Bedeutung hinzugekommen: das ungeheuere Defizit in der amerikanischen Außenhandelsbilanz.



Anfangs nahm man an, daß das Loch auf die erhebliche Überbewertung des Dollars zurückzuführen war, die durch die Währungsexperimente der Reagan-Regierung Anfang der achtziger Jahre hervorgerufen wurde; das heißt, man ging wie selbstverständlich davon aus, daß es verschwinden würde, sobald die Vereinbarung zwischen den wichtigsten Ländern, die Mitte 1985 getroffen wurde, um den Dollar wieder auf ein realistisches Niveau herunterzusetzen, in Kraft träte.

Keine Besserung, aber verheerende Folgen

Leider ist inzwischen – ein Jahr, nachdem diese Vereinbarung geschlossen wurde – klar, daß die erhoffte Verbesserung nicht eingetreten ist. Seit Mitte des Jahres 1986 ist das Defizit zeitweise sogar noch weiter angestiegen.

Es stimmt, daß unmittelbar nach der Abwertung einer Währung eine weitere Verschlechterung in der Außenhandelsbilanz nicht ungewöhnlich ist. In diesem Stadium führt die Herabsetzung des Wertes der Währung zu einer Schrumpfung der Exporterlöse und einem gleichzeitigen Anstieg der Importkosten.

Erst wenn eine gewisse Zeit verstrichen ist und die Wechselkursänderung zu einem Anstieg der Verkäufe im Ausland und einem Sinken der Menge an importierten Gütern geführt hat, wird das Loch in der Außenhandelsbilanz allmählich kleiner.

Was im Fall der USA allerdings so beunruhigend ist, ist die Tatsache, daß diese verzögerte Reaktion so lange braucht. Die unvermeidliche Konsequenz daraus wäre die Frage, ob der Dollar ausreichend genug abgewertet wurde, um ihn auf einem wirklich realistischen Niveau wieder zu stabilisieren.

Bei der Suche nach einer »natürlichen Antwort« für dieses große Loch in der Zahlungsbilanz tauchen erhebliche Schwierigkeiten auf. Eine davon ist, daß die wichtigsten anderen Länder über die Vorstellung, den Dollar im Verhältnis zu ihren eigenen Währungen sinken zu sehen, gar nicht so glücklich sind wie noch vor einem Jahr, denn sie fürchten das amerikanische Problem plötzlich vor ihrer eigenen Haustür wiederzufinden.

Eine weitere Schwierigkeit – die von dem Vorsitzenden des amerikanischen Federal Reserve System, sozusagen der Bundesbank, Paul Volcker, besonders betont wird – ist, daß es angesichts eines weiteren stärkeren Verfalls des Dollars zu einer völligen Umkehr des großen Kapitalzuflusses kommen könnte, den die Vereinigten Staaten in den letzten Jahren erlebt haben, was verheerende Folgen für die Finanzstärke des Landes sowohl intern wie extern hätte.

Daraus ergibt sich, daß die amerikanische Wirtschaft in eine äußerst unsichere Phase eintritt, und schon das allein wird wahrscheinlich eine negative Auswirkung auf die Konjunktur haben. Wenn man sie unterstützt – und nehmen wir an, das Zahlungsbilanzdefizit würde sich dabei weiterhin nicht verringern –, würde damit durch sinkende Exporte und steigende Importe Druck auf die Produktion ausgeübt.

Trübe Aussichten für 1987

Volcker hat nicht übertrieben, wenn er vor kurzem sagte, während eine Rezession in Amerika zwar nicht unmittelbar bevorstände, so könnten die Aussichten für das Jahr 1987 trotzdem äußerst trübe werden, wenn der Handel keine Besserung zeigt.

Das ist also ein Grund, über die Perspektiven der US-Wirtschaft besorgt zu sein, der auch völlig gerechtfertigt scheint. Die Schwarzseher scheinen allerdings völlig daneben zu liegen, wenn sie hier das Schreckgespenst der Inflation ins Bild bringen, was einige der Weisen taten, indem sie behaupteten, daß es Angst vor dem künftigen Verhalten der amerikanischen Preise gewesen sei, die zu einem großen Teil für den starken Anstieg des Goldpreises und anderer Edelmetalle verantwortlich gewesen ist.

Erstens würde – zu einem Zeitpunkt, wo die Inflation fast völlig unter Kontrolle ist – ein Abwärtstrend der Konjunktur zwangsläufig zu einem Sinken der Preise allgemein führen.

Zweitens läßt sich der deflationäre Druck mit nichts wirksamer verstärken als durch ein großes Defizit in der Zahlungsbilanz eines Landes. Denn es bedeutet, daß es auf dem Binnenmarkt eine große Anzahl Waren gibt, ohne daß die entsprechende Kaufkraft erzeugt wird.

In voraussehbarer Zukunft kann man damit rechnen, daß der Einfluß dieses Faktors auf die Preise in den USA jeglichen Aufwärtstrend aufheben wird, der auf sie ausgeübt wird durch die Anhebung, die die Dollarpreise auf die importierten Waren durch die Abwertung erfahren haben. □

Frankreich

Keine Rechte gegenüber Zuwanderern

Beat Christoph Baeschlin

Es konnte nicht überraschen, daß arabische und jüdische Anti-Rassisten in harter Fehde aneinandergerieten. Das Unvermeidliche wurde Ereignis in der über ganz Frankreich ihr Wesen treibenden Kampfgruppe »SOS-Rassismus«. Diese aus dem Geist des Sozialismus geborene Organisation war in erster Linie das Werk der »Union der jüdischen Studenten Frankreichs«. Als Geburtshelfer dieser Organisation betätigten sich Bernard-Henri Lévi und Marek Halter, zwei jüdische Gralshüter der französischen Anti-Rassismus-Szene.

Wie es die beiden sozialistischen Regierungen getan haben, so bemüht sich auch die Regierung Chirac, durch große Geldspenden das Wohlwollen von »SOS-Rassismus« zu erkaufen. Und doch ist dieser Kampfverband im Innern durch harte Auseinandersetzungen zerrissen.

Aus dem Hintergrund manipuliert Algier

Denn dieser rabiaten Kampforganisation wird vorgeworfen, sie setze sich viel zu wenig für die Nordafrikaner und für draufgängerische Araber ein, wie jene starken Einwanderergruppen in Lyon, die jede Assimilation und jedes Versickern im französischen Volk strikt ablehnen.

So kam es zu dem verhältnismäßig krassen Zusammenprall zwischen Harlem Désir, dem Leiter von »SOS-Rassismus«, und der arabisch-nordafrikanischen Gefolgschaft.

Nachdem im Juli 1986 das neue Gesetz über eine wirksamere Verbrechensbekämpfung in Kraft getreten war, stimmten alle Einwanderungs-Befürworter ein großes Klagegeschrei an. Auch »SOS-Rassismus« hielt eine wütende Kundgebung ab, um die paar wenigen verschärfenden Bestimmungen als »Nazi-Terror« anzuschwärzen.

Ausgerechnet auf dieser Kundgebung wurde Harlem Désir als »Söldling des Zionismus« niedergeschrien, und er mußte die Veranstaltung fluchtartig verlassen. Es war aber nicht das erste Mal, daß es zu harschen Auseinandersetzungen kam, weil der israelisch-palästinensische Zwist in das französische Anti-Rassismus-Wesen hineinfunkte.

Abtrünnige von »SOS-Rassismus« haben nun eine neue Anti-Rassismus-Organisation gegründet, die sich »Generation 2001« nennt. Initiant dieser Neuschöpfung ist der entlassene Pressechef von »SOS-Rassismus«, ein Nordafrikaner. Ihm war vorgeworfen worden, er sei allzu Araber-freundlich, und er stehe im Dienst der algerischen Botschaft in Paris.

Nun ist es aber kein Geheimnis, daß »Generation 2001« überaus eng mit der Regierung Algeriens zusammenarbeitet. Denn Algier möchte mit Hilfe von »Generation 2001« die jungen Nordafrikaner in Frankreich kontrollieren.

Der Kampf gilt dem französischen Volkstum

Diese Zusammenhänge wurden durch ein unscheinbares Ereignis klar erkenntlich: die Organisation »Generation 2001« war am 5. Juni 1986 gegründet worden, und schon am 19. Juni 1986 erschien ein großer Artikel über diese Gründung, und ein ganzseitiges Inserat warb für den Beitritt. Beides war zu lesen in »Actualité de l'émigration«, der Zeitung aller »Algerischen Freundschaftsgruppen in Europa«. So nennt sich die offizielle Vereinigung, womit die algerische Regierung ihre Landsleute in Europa bei der Stange zu halten trachtet.

Die Organisation »SOS-Rassismus« ist eingeklemmt zwischen die Intrigen der algerischen Regierung, die ziemlich handfeste Überwachung durch die »Jüdische Studenten-Union Frankreichs« und die Einflüsse der Trotzkistischen Revolutionären Liga.

Harlem Désir selber ist weder Jude noch Araber. Sein Standort ist ideologischer Natur; er ist doktrinärer Marxist. Rassisch ist er väterlicherseits Neger und mütterlicherseits Germane, denn seine Mutter ist Elsässerin.

Die Gegensätze zwischen Juden und Araber schmelzen wie Schnee an der Frühlingssonne sobald es gilt, den eigentlichen Gegner oder Feind aufs Korn zu nehmen, das heißt, den Kampf zu führen gegen die alteingesessene Bevölkerung Frankreich.

Ermuntert durch alle politischen Linksgruppen machen die Einwanderer ihre Ansprüche lauthals geltend. Und diese Ansprüche sind nicht bescheiden. Sie wollen nicht ebensoviele Rechte wie die Alteingesessenen, sondern sie fordern mehr Rechte, und von Pflichten spricht überhaupt niemand.

Moralische Ächtung für LePen

Schon erfreuen sich die Zugewanderten vielfachen Schutzes, der auf Sondergesetzen beruht, die zu ihren Gunsten erlassen wurden. Schon wird die Kriminalität Fremdrassiger mit größter Nachsicht behandelt, denn wenn sich ein »Europäer« energisch zur Wehr setzt, kann er als Rassist angeklagt werden.

Zudem wird die Sozialgesetzgebung so gehandhabt, daß die Einwanderer finanzielle Wohltaten genießen, ohne jemals Zahlungen für die Sozial-»Versicherungskassen« geleistet zu haben.

Zu allen diesen Privilegierungen kommt noch der Umstand, daß die herrschenden vier politischen Parteien jede Diskussion über Einwanderungsprobleme kurzerhand abblocken. Daß LePen und seine Nationale Front dieses Tabu nicht respektiert, wird mit »moralischer« Ächtung beantwortet. Angeblich hat das Volk in der Demokratie kein Recht, sich Gedanken zu machen über die Invasion seines Lebensraumes durch fremde Zuwanderer. □



LePen und seine Nationale Front scheuen nicht die offene Diskussion über Einwandererprobleme.

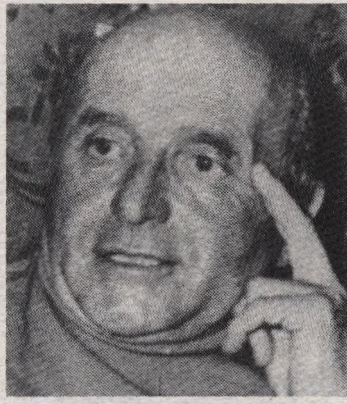
Frankreich

Barbie-Dilemma enthüllt

P. Samuel Foner

Klaus Barbie ist am Leben, doch es geht ihm nicht gut. Er siecht in einem französischen Gefängnis dahin, während die französische Regierung und François Mitterrand nach einem Weg suchen, ihn ohne die Peinlichkeiten, die mit einem Gerichtsverfahren verbunden sind, loszuwerden. Barbie wird der »Kriegsverbrechen« beschuldigt. In Amerika und anderswo wird er von den Establishment-Medien als der »Schlächter von Lyon« bezeichnet.

Die jüngste Entwicklung im Fall Barbie bedeutet keine Veränderung in seinem Status, sondern einen Riß im Schleier des Geheimnisses um die ganze Affäre, nach dem großen Hallo, mit dem seine Rückkehr nach Frankreich verkündet wurde. Die Regierung von Bolivien hatte Barbie vor etwa dreieinhalb Jahren an die französischen Behörden ausgeliefert.



Klaus Barbies Fall ist zu einer Affäre geworden: die französische Regierung wagt ihn nicht vor Gericht zu stellen. Der Fehler, ihn nach Frankreich geholt zu haben, ist nicht mehr rückgängig zu machen.

Es geht um die Resistance

Eine Schlagzeile in der Washington »Times« lautet: »Der Fall Klaus Barbie könnte für einige Franzosen unangenehm werden.« Dies ist eine Untertreibung größeren Ausmaßes. Die Geschichte bestätigt allerdings, was hier bereits vor zwei Jahren geschrieben wurde.

Wenn Barbie vor Gericht gestellt wird, sagt er alles – so zum Beispiel, wer im Zweiten Weltkrieg mit den Deutschen zusammengearbeitet hat. Barbie war ein deutscher Geheimdienstbeamter, der in Lyon stationiert gewesen ist. Bei einigen dieser Personen, die Barbie enthüllen würde, handelt es sich seinem Anwalt Jacques Verges zufolge um große Namen in der französischen Politik und Gesellschaft, die behauptet haben, Mitglieder der »Resistance« gewesen zu sein.

Wir berichteten in dieser Zeitschrift wie folgt: »Barbie, der beschuldigt wird, Tausende von Franzosen in einen grausamen und nutzlosen Tod geschickt zu haben, hat auch in den Vereinigten Staaten eine scharfe Kontroverse über die geheimdienstlichen Aktivitäten dieses Landes im letzten Jahr des Zweiten Weltkrieges und den Jahren danach ausgelöst.

Das geplante Gerichtsverfahren gegen Barbie hat sich für die Alliierten des Krieges als heißes Eisen herausgestellt. Die Enthüllungen aus diesem Verfahren könnten nicht nur in Frankreich, sondern in ganz Europa zu einem politischen Aufruhr führen. Die Behörden befinden sich in einem Dilemma. Mit einer öffentlichen Gerichtsverhandlung könnten die best-gehütetsten Geheimnisse des Krieges zutage treten.«

Ein teuflisches Duo

Was die Medien nicht erzählen ist die Tatsache, daß Barbie dem amerikanischen Geheimdienst nicht nur nach dem Krieg, sondern auch im Krieg geholfen hat. Er war und ist ein Antikommunist und hat den US-Beamten oft Informationen über die Aktivitäten der Roten in Frankreich weitergegeben.

Barbie und sein Anwalt Verges bilden ein teuflisches Duo. Verges ist ein ehemaliger führender französischer Kommunist, dem die kommunistischen Verbrechen in und nach dem Zweiten Weltkrieg wohl bekannt sind. Beide Männer wissen, wer ein »Kollaborateur« war, wer Befehle von Moskau entgegengenommen hat und wer wirklich Widerstand leistete.

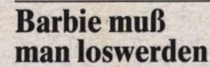
Wir haben an dieser Stelle immer wieder über das Schicksal Barbies berichtet. In diesen Artikeln wurde auch darauf hingewiesen, daß Barbie nicht – wie allgemein von den Establishment-Medien behauptet wird – der »Gestapochef von Lyon« gewesen ist.

Pierre de Pringet zufolge, dem Autor des Buches »Die Kollaborateure: Deutsch-Französische Kollaboration im Zweiten Weltkrieg«, hat ein solcher »Gestapochef« niemals existiert. Bei der Gestapo, wie sie allgemein, doch fälschlich genannt wird, handelt es sich um die Dienststelle IV des SD (Sicherheitsdienstes). Sie besaß in Frankreich im Krieg nur begrenzte Funktion.

Eigentlich war sie nur durch die Abteilung IV-B – die angeblich die jüdische Frage behandelte – repräsentiert, deren Aufgabe es war, dafür zu sorgen, daß die Verordnungen des Militär-Oberbefehlshabers in der besetzten Zone Frankreichs ordnungsgemäß durchgeführt wurden. In der nicht-besetzten Zone, zu der Lyon gehörte, führte IV-B die Gesetze und Verordnungen von Marschall Henri Petain aus.

Doch solche Informationen wird man in den Establishment-Medien wahrscheinlich nicht zu lesen bekommen.

Was man wohl eher zu lesen bekommen wird, ist, daß Barbie im Gefängnis starb, bevor er vor Gericht gestellt werden konnte. Verges behauptet, die französischen Behörden hätten bereits schon einmal versucht, seinen Klienten zu töten und werden es zweifellos wieder versuchen.



Barbie muß man loswerden

Allerdings könnte es den Beamten gelingen, Barbies Tod durch mangelnde ärztliche Versorgung und generelle Mißhandlung herbeizuführen. Verges sagt, die französische Regierung könne es sich nicht leisten, Barbie vor Gericht zu stellen. Darum muß sie einen Weg finden, dies zu vermeiden, denn der Fehler, Barbie nach Frankreich zu holen, lasse sich nicht mehr rückgängig machen. □



Rechtsanwalt Jacques Verges beim Betreten des St.-Joseph-Gefängnisses in Lyon, in dem Barbie einsitzt.

Europäische Gemeinschaft

Harte Haltung gegenüber USA und Japan

Oscar E. Boline

Die zwölf Länder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EG) sind entschlossen, jede Anstrengung von seiten der Koalition aus japanischen Industriezweigen und Großbanker in den USA, durch die sie finanziert werden, zu bekämpfen, die darauf abzielt die europäische Wirtschaft derart zu unterminieren, wie das in den Vereinigten Staaten bereits geschehen ist.

Diese Entschlossenheit um ihre eigenen Industriezweige, das Recht für ihre weiblichen und männlichen Arbeitnehmer auf Arbeitsplätze in der Industrie und die Erhaltung der traditionellen europäischen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Strukturen zu kämpfen, wurde sehr deutlich in dem »Moorhouse-Bericht«, der vom europäischen Parlament in Auftrag gegeben wurde und jetzt vorliegt.

Es wurde so deutlich, daß die Japaner von »Gegnerschaft« gegen ihr Volk gesprochen haben und Beamte des japanischen Außenministeriums äußerten gegenüber Tokio-Korrespondenten der »Financial Times«, Japan würde sich eventuell aus den Welthandelsgesprächen von Punte del Este zurückziehen, wenn eine derartige Gegnerschaft zu diesem Thema in diesen Gesprächen bliebe.

Am selben Tag, als der »Moorhouse-Bericht« im europäischen Parlament vorgelegt wurde, leistete sich Großbritanniens Premierministerin Margaret Thatcher nach Ansicht vieler den größten faux pas ihrer politischen Karriere und ließ damit offensichtlich ihre europäischen Verbündeten im Stich.



James Moorhouse (links), Mitglied des Europäischen Parlaments, im Gespräch mit Oscar Boline.

Bei einer Eröffnungszeremonie für den Baubeginn eines Nissan-Automobilwerkes in der Nähe von Newcastle, Nordengland, trug sie einen Arbeiter-Sicherheitshelm eben jener Autofirma und lüftete damit ein wohlbehütetes Geheimnis: Nissan wird für den Bau dieses Werkes, mit dem sie auf dem Automobilmarkt der EG Fuß fassen werden, von der britischen Regierung Hilfsgelder von fast 200 Millionen Dollar erhalten. Newcastle hat einen Hafen mit Verbindungen nach Hamburg, Rotterdam, Antwerpen und anderen führenden europäischen Hafenstädten.

Diese Ankündigung traf die Automobilhersteller in Europa wie eine Atombombe. Für sie und deren Händler bedeutet das der Beginn einer verheerenden Ära.

In Gegenwart einer lächelnden und zustimmenden Premierministerin kündigte der Chef von Nissan in Großbritannien, Toshiaki Tsuchryaiya an, daß bis zum Jahr 1991 in dem Werk jährlich 200 000 Fahrzeuge gebaut werden würden. Es wäre die größte einzelne Investition einer japanischen Firma in Europa. Bis zu diesem Tag jedoch hatte die britische Öffentlichkeit keine Ahnung davon, daß »ihre« Regierung daran beteiligt war.

Der Chef von Ford in Großbritannien, Derek Barron, fürchtet eine Wiederholung dessen, was in den Vereinigten Staaten passiert ist und verlangt nach einem EG-Überwachungssystem, um sicherzustellen, daß Nissan und andere Japaner keine »billige Eintrittskarte auf den europäischen Markt« bekämen, da die EG – wie es in dem »Moorhouse-Bericht« heißt – den Umfang der Bauteile für die Nissan-Fahrzeuge überwachen muß.

Nissan hatte zugesagt 60 Prozent der Bauteile aus Großbritannien und den Rest aus der EG zu beziehen. Es tauchte die Frage auf, die von Mrs. Thatcher oder Nissan jedoch nie beantwortet wurde, was dieser Prozentsatz genau zu bedeuten hat.

Bezog er sich auf den Einzelhandelspreis? Den Fabrikpreis? Enthielt er den Gewinn durch Nissan und die entsprechende Preiserhöhung?

In einem Interview mit James Moorhouse am Tag, als sein Bericht dem europäischen Parlament vorgelegt wurde und zwei Tage nachdem Mrs. Thatcher ihre finanzielle Unterstützung von Nissan verkündete, sagte Moorhouse mir:

»Ich bin sehr besorgt über dieses Werk, denn hier werden praktisch nur Teile zusammengebaut. Das heißt, die gesamte Konstruktion erfolgte in Japan, die ganze Forschungs- und Entwicklungsarbeit ist in Japan passiert. Jene Bauteile aus Großbritannien und Europa werden von niedriger Technologie sein. Die High-tech-Komponenten aus Europa werden von einer Firma produziert, die vielleicht britisch ist, doch eng mit einer japanischen Firma in Verbindung steht.«

Moorhouse ist keineswegs ein Durchschnittspolitiker; er wäre in der Tat so ungefähr der letzte, den man in der Politik vermuten würde. Er ist gelernter Ingenieur und hat als Flugzeugkonstrukteur, Projektingenieur einer Fluglinie und Führungskraft in einer Ölgesellschaft gearbeitet, bevor er in die Welt der Politik eintrat.

Somit hat er sich dem Problem der japanischen Handelspolitik genähert, wie ein geschulter und erfahrener technischer Experte eine Thematik angehen würde. Folglich handelt es sich bei dem »Moorhouse-Bericht« um eine meisterhafte Analyse der Handelspolitik Japans, die aus objektiver Sicht keineswegs eine Gegnerschaft zu diesem Land beinhaltet.

Die Japaner planen weitere Expansionen

Die Globalstrategien der japanisch, staatlich gelenkten Industriezweige hat bestimmte High-tech-Produkte zum Ziel sowie bestimmte Verbrauchs- und Industriegüter wie HiFi- und Fernsehgeräte, Videokassetten-Recorder, Computer, Telekommunikations- und Büroeinrichtungen, Automobile, Motorräder und Werkzeugmaschinen.

Es gilt so wenig wie möglich zu importieren, egal wie teuer es sein mag, die benötigten Produkte im Inland herzustellen. Im Grunde sollten nur Rohstoffe eingeführt werden, die dann für die export-orientierten Industriezweige Japans in Fertigprodukte verfeinert werden. So heißt es in dem »Moorhouse-Bericht«.

Ein Beispiel für diese Strategie sind die langfristigen Kredite, die von der Export-Import-Bank

den Japanern garantiert wurden, so daß sie in der Lage waren Kupfererz aus einer Mine in Montana, USA, nach Japan zu bringen, wo es für Radio- und Fernsehbauteile verwendet wurde. Diese Geräte wurden dann in den Vereinigten Staaten verkauft.

Bevor die Zahlungen der Kredite für das Kupfererz – fünf Jahre nach dem Datum der Aufnahme der Anleihen – fällig waren, war die Kupfermine nur noch ein leeres Loch in Montana und Bronxville, New York, die Heimat der amerikanischen Radio- und Fernsehindustrie war eine verwüstete Gegend. Die Japaner hatten aber bereits weitere Expansionen in anderen Industriezweigen im Auge.

Ein weiteres Beispiel sind die Holzverkäufe aus Oregon und Washington an die Japaner zu langfristigen Export-Import-Bankgarantien. Das Holz wurde in asiatischen Werken, die den Japanern gehören, zu Sperrholz verarbeitet und auf dem US-Markt verkauft.

Bevor die erste Zahlung auf die Kredite fünf Jahre später fällig wurde, hatte Japan einen erheblichen Anteil am amerikanischen Sperrholzmarkt erobert und hatte bereits in neue Bereiche investiert. Zu der Zeit, als die größten Export-Import-Bankgarantien vergeben wurde, war William Casey, der jetzige CIA-Direktor, Chef der Bank.

Alle die Handelsbanken, die die Gelder für die Anleihen aufbrachten, sind jetzt in Bankparadiesen im Ausland gut etabliert, von wo aus sie die Geschäfte der Japaner finanzieren, ohne Kontrolle durch die amerikanischen Regierungsbehörden und den CIA.

Von Kanada Besitz ergriffen

Kurz vor der Thatcher-Nissan Verlautbarung verkündete General Motors und Suzuki Motor Co. Pläne für den Bau eines 500-Millionen-Dollar-Werkes in Kanada, das ebenfalls bis zum Jahr 1991 voll in Produktion sein soll. Das bedeutet für den US-Markt das gleiche wie das Nissan-Werk für den EG-Markt.

Suzuki ist der erste Automobilhersteller aus Fernost, der sich auf die amerikanisch-kanadische Vereinbarung des Jahres 1965 bezieht, die Fahrzeugen mit einem »kanadischen Mindestanteil« von 60 Prozent zollfreien Zugang zum gesamten nordamerikanischen Markt gewährt. Es wird erwartet, daß der größte Teil der Produktion in die USA gehen wird.

Ein Direktor von Ford in Großbritannien brachte seine Besorgnis über diese Entwicklung zum Ausdruck ebenso wie über die Pläne von Toyota, Honda und dem südkoreanischen Automobilproduzenten Hyundai, als er mit mir in Straßburg sprach. Er fürchtet, daß mit einem General Motors-Suzuki-Werk, das bis zum Jahr 1991 jährlich 120 000 Kleinfahrzeuge und 80 000 Nutzfahrzeuge produziert, einem Toyota-Werk mit 50 000 und Honda und Hyundai mit Tausenden darüber hinaus das Angebot die Nachfrage weit übersteigen wird.

Er kritisierte, daß die Kanadier die General Motors-Suzuki-Werke mit 112 Millionen Dollar unterstützen. Er meint auch, daß hinter der General Motors-Ankündigung am Tag nach den Feierlichkeiten bei Nissan mehr stecke und daß General Motors wohl sein LKW-Werk in Bedford, nördlich von London, schließen werde.

Vielleicht sollte es dazu dienen, Nissan den Einstieg in den Markt zu erleichtern und die Wirkung von Mrs. Thatchers Subventionen an Nissan abfangen. Vielleicht wollte man auch um die Gunst der Japaner buhlen, denn bei General Motors sind »Überlegungen« im Gange mit ihnen in Großbritannien ein Toyota-Werk zu bauen.

Eines ist sicher: die Japaner müssen sich mit einem vereinten Europa auseinandersetzen und wie Moorhouse mir sagte, »einem hart gewordenen Europa«. Europa wird nicht »für alle offen stehen« wie das mit den Vereinigten Staaten der Fall war, wo die Banken, Politiker, Zeitungsleute und andere bereit waren, für Profite und Schmiergelder die industrielle Basis, die Arbeitsplätze und die Demokratie ihres Landes zu verkaufen.

Europa ist zu klein, zu nationalistisch und zu besorgt um seinen traditionellen Lebensstil, um sich von den Japanern einfach so überfallen zu lassen. □

Schweiz

Marxismus als »christliche« Botschaft

Beat Christoph Baeschlin

Das Deutsch-Schweizer Fernsehen vermittelt jeden Samstagabend eine kurze Sendung, die gewissermaßen den Sonntag einläuten soll. Da treten Geistliche auf oder Laien, die sich mit pastoral anmutenden Gebärden und Worten darzubieten vermögen. Die Auswahl der Teilnehmer wird von der Fernsehanstalt bestimmt.

Es gibt kaum eine deutschschweizerische Sendereihe, die so großen Widerspruch auslöst. Das Aufsehenerregende besteht darin, daß da christliche Kirche und christlicher Glaube weitgehend als Tarnkappen dienen, um marxistisches oder neo-marxistisches Gedankengut zu vermitteln. Mit dreister Anmaßung werden bürgerkriegs-ähnliche Parolen als »christliche« Botschaft ausgegeben.

Bemerkenswert ist, daß alle Proteste, alle Empörung, alle Vorwürfe erfolglos abprallen vor diesem unverfrorenen Mißbrauch christlich-kirchlicher Sendezeit. Würden der Schweizerische Evangelische Kirchenbund und die Schweizerische Katholische Bischofskonferenz diesen Fernseh-Unfug klar und eindeutig verurteilen, so könnte das üble Spiel nicht weitergehen.

Aber der Sozialismus gilt heute bei den Kirchenführern als christlicher denn das Evangelium. Darum darf das Polit-Evangelium weiterhin als »christliche« Verkündigung gelten.

Es wäre naiv, übersehen zu wollen, daß in dieser Provokation Methode steckt; die Feinde des Christentums und der Kirchen lachen sich ins Fäustchen. Gibt es doch kaum eine wirksamere christentum-feindliche Propaganda als die zahlreichen Ausrutscher im »Wort zum Sonntag«.

Fast alle westeuropäischen Radio- und Fernsehsender huldigen mehr oder weniger dem modischen persönlichkeits- und christentum-feindlichen Trend. Nicht alle geben es so offenherzig zu, wie das französische Fernsehen Antenne II.

Als der Parlamentsabgeordnete Roger Holeindre am letzten Pfingstmontag im Studio anfragte, ob keine Berichterstattung erfolgte über den Marsch von 15 000 Pilgern, die seit Pfingstsamstag von Paris nach Chartres zu Fuß unterwegs waren, bekam er nur ein erstauntes »Nein, keineswegs!« zu hören.

Holeindre erwiderte: »Wären 15 000 Mohammedaner in Frankreich unterwegs, würdet Ihr der Sache stundenlange Reportagen widmen . . . und doch ist Frankreich immer noch ein christliches Land!«

Da kam die schnodderige Antwort des »pluralistischen« Monopol-Fernsehens: »Gott sei Dank ist Frankreich immer weniger christlich!«

Der Verdacht ist nicht unbegründet, daß das, was hier dreist ausgesprochen wurde, in viel zu vielen westeuropäischen Fernsehsendern vorläufig nur im Flüsterton gesagt wird. □



Was geht bei der Bank of America vor?

Folger Addison

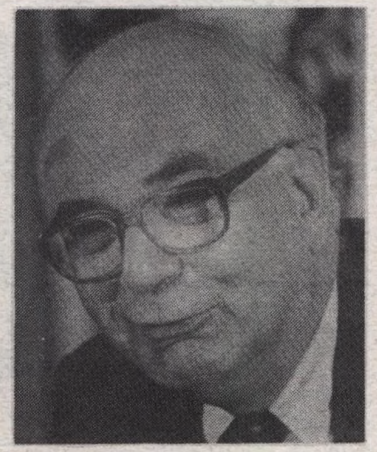
Wem gehört die Bank of America? Der Finanzgigant, die zweitgrößte Handelsbank in den Vereinigten Staaten, befindet sich in Schwierigkeiten. Bereits im zweiten Quartal 1986 verzeichnete sie einen Verlust von 640 Millionen Dollar und es gehen seit langem Gerüchte herum, daß ihr Zusammenbruch nahe bevorstünde. In der internationalen Finanzwelt war vor kurzem zum zweiten Mal innerhalb einer Woche die Rede, daß die Bank of America am Rande der Zahlungsunfähigkeit stünde und auf hoher Ebene Gespräche mit dem amerikanischen Federal Reserve System wegen einer möglichen Übernahme geführt würden.

Die US-Regierung sowie Bankvertreter wiesen die Gerüchte zurück und die Bank beantragte in aller Form, daß die Börsenaufsichtsbehörde, die New Yorker Börse, die Chicagoer Terminhandelsbörse sowie japanische und britische Bankkontrollbehörden die Quelle der Gerüchte überprüfen.

Die Bank ist wegen zunehmender Verluste und ihre Portefeuilles an kränkelnden Krediten, die sich weltweit auf unsichere Darlehen in Höhe von 11,5 Milliarden Dollar erstrecken, ins Gerede gekommen.

In den jüngsten Gerüchten wurden Spekulationen verbreitet, die Bank würde Konkursschutz beantragen, sie würde von der Citicorp – der Holding der Citibank, der größten amerikanischen Handelsbank – oder der First Interstate Bankcorp. aufgekauft oder das Federal Reserve System – die amerikanische Bundesbank – stünde kurz davor, eine öffentliche Verlautbarung zu geben.

Von einigen Experten wurde die Frage aufgeworfen, ob mehr an den Gerüchten sei, als Vertreter des Federal Reserve Systems, die Bank selbst und die Finanzwelt im allgemeinen zugeben wollen. Diese Spekulation zielte ab auf die finanziellen Zaubertricks des Präsidenten des Federal Reserve Systems, Paul Volkker, und die mögliche Rolle, die japanische Finanzinteressen im Zusammenhang mit der Bank of America gespielt haben.



Paul Volcker kannte die japanischen Finanzinteressen und die Schieflage der Bank of America.

Der Schock, den diese Gerüchte verursacht haben, war so groß, daß der Wert des Dollar gegenüber den Devisenkursen gefallen ist, doch er zog wieder an, nachdem die Bank die Gerüchte energisch dementiert hatte. Eine solche Auswirkung zeigt, daß ein Run auf die Bank of America ernste weltweite Folgen haben würde.

Die Japaner haben wiederholt auf den Finanzmärkten interveniert, um den Dollar zu stützen, denn sie hängen von einem starken Dollar ab, um ihre günstige Handelsbilanz mit den Vereinigten Staaten aufrechtzuerhalten.

Japan der größte Gläubiger der USA

Japaner sind die Hauptkäufer amerikanischer Staatsanleihen. Die Citibank, die diese Papiere offiziell vertreibt, hat vor kurzem Staatsobligationen in Millionenhöhe verkauft. Könnte es sein, so fragen Experten, daß diese Wertpapiere von den Japanern über die Citibank verkauft wurden, um so Gelder für den Einstieg bei der Bank of America zu beschaffen?

Wenn das der Fall war, wurde das Geld, das durch diese Veräußerungen hereinkam, in Dollar beim Federal Reserve System deponiert, um die uneinbringlichen Schulden der Bank-America – der Muttergesellschaft der Bank of America – zu decken?

Dann taucht die Frage auf: Wem gehört die Bank of America? Die Japaner haben ein wohlbegründetes Interesse an der Finanzstärke der Vereinigten Staaten, denn ihre Exportmärkte hängen davon ab. Auch ist der Dollar der grundlegende Handelsartikel auf den Geldmärkten der ganzen Welt und der Zusammenbruch der Bank of America könnte sowohl den Dollar als auch die Wirtschaft eines jeden Landes zugrunderichten.

Die Japaner sind bereits der größte einzelne Gläubiger der Vereinigten Staaten und sie haben noch eine Menge anderer Beteiligungen in den USA. »Gehört die Bank of America jetzt auch ihnen?«, fragen diese Experten.

Sie sind vor allem in Kalifornien präsent, das die meisten japanischen Importe verzeichnet. Bank-America und Atlantic Richfield Co. haben kürzlich den Verkauf ihres gemeinsamen Bürohauses in Los Angeles für 620 Millionen Dollar an die Shuwa Inc., eine Grundstückserschließungsgesellschaft aus Tokio, abgeschlossen.

Die Bank of America wäre aus der Sicht der Japaner ein ungeheuer attraktives Übernahmeobjekt, was ihnen eine noch dominierende Position in der Wirtschaft Amerikas verleihen würde.

Abschluß eines Handels

Der Abschluß eines solchen Handels läge sehr wohl im Rahmen der Möglichkeiten und Fähigkeiten des Präsidenten des Federal Reserve Systems, Paul Volcker. Für ihn wäre es ein notwendiger Schritt zur Sicherung der Stabilität der amerikanischen Finanzwirtschaft, und er würde alle nur erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um dies zu erreichen.

In der Finanzwelt fragte man sich auch, ob es das Ziel dieser Gerüchte gewesen ist, den Wert der Bank-America-Aktien zu drücken, der – wie sich herausstellte – im Zuge der Gerüchte um die Hälfte seines Buchwertes gesunken ist. Gerüchte sind »Betriebskapital« für Wertpapierhändler, die sich nicht darum kümmern, ob sie wahr sind oder nicht, wenn sie in Sekundenbruchteilen Entscheidungen treffen über Kauf oder Verkauf. Für sie ist nur wichtig, ob die Gerüchte plausibel sind und von anderen aller Voraussicht nach geglaubt werden.

Die Wertpapierhändler sind auf der ganzen Welt über eine direkte Telefonverbindung miteinander in Kontakt, die durch einfachen Knopfdruck zustandekommt; somit können sich Gerüchte in Sekundenschnelle von Tokio nach London und von Hongkong nach New York verbreiten.

Die niedrigeren Aktienkurse machen die Bank of America für eine Übernahme anfälliger, von der es zeitweise auch hieß, daß sie in naher Zukunft geplant sei.

Entbehren diese Gerüchte jeglicher Grundlage? Wurden sie absichtlich verbreitet, um die Aktienkurse zu manipulieren?

Oder hat ein Einstieg der Japaner bei der Bank of America, der durch Volcker zustandekam, tatsächlich stattgefunden?

Obwohl derzeit noch unbeantwortet, werden diese Fragen ganz sicher in den kommenden Wochen immer häufiger gestellt werden. □

Gold

Wer hat den Schatz gestohlen?

Tom Valentine

Es besteht wenig Zweifel daran, daß sich das Gold, das zuvor dem amerikanischen Schatzamt – Teil der Regierung der Vereinigten Staaten – gehörte, nicht mehr in Fort Knox befindet. Dieses wohlbehütete Geheimnis, für das anscheinend keiner der amerikanischen Staatsbeamten Interesse zeigt, ist skandalös. Doch noch schlimmer ist die Tatsache, daß das gesamte Gold, das die amerikanische Regierung besessen hat, im Jahr 1934 ohne jeglichen Gegenwert – vielleicht noch nicht einmal gegen Quittung – dem Federal Reserve System, einer privaten Bank, die nicht Teil der US-Regierung ist – übergeben wurde.

Diese ungeheuerliche Tatsache, über das die sogenannten Wirtschaftswissenschaftler und Weisen, denen es beliebt sich als Experten auf diesem Gebiet zu bezeichnen, Bescheid wissen sollten, was aber nicht der Fall ist, wird in dem Buch »The Federal Reserve and Our Manipulated Dollar«, einem Klassiker über Währungsanalysen, von Dr. Martin A. Larson dekomentiert. Das Buch ist leider vergriffen.

Eine betrügerische Übertragung

In diesem äußerst lesenswerten Buch von Dr. Larson heißt es: »Am 30. Januar 1934 kam dann der endgültige vernichtende Schlag. Nach verläßlichen Zeugenaussagen hat der Präsident das Gesetz über Goldreserven – für das kein bestimmter Verfasser zeichnete – tatsächlich nie gelesen. Er unterzeichnete es, weil es von Leuten vorbereitet worden war, in die er blindes Vertrauen hatte. Mit diesem Gesetz wurde das Gold als inländisches Zahlungsmittel abgeschafft; seine Prägung verboten; bestimmt, daß alle vorhandenen Goldmünzen in Barren verwandelt werden sollten; der Präsident ermächtigt, den Goldgehalt des Dollar um nicht weniger als 40 Prozent zu reduzieren; der Tausch anderer Währungsformen gegen Goldmünzen oder Goldbarren im Inland unter Privatpersonen verboten; doch ausländischen Regierungen und Zentralbanken erlaubt Gold zu 35 Dollar die Unze an das amerikanische Schatzamt zu verkaufen oder von ihm zu kaufen.

Das Gesetz sah auch vor, daß das Eigentum an dem gesamten Gold auf das Federal Reserve System übergehen sollte, was den Kongreßabgeordneten Louis T. McFadden zu folgender Erklärung im Parlament veranlaßte: ›Dieser Gesetzentwurf verleiht dem Federal Reserve System einen Rechtsanspruch auf das Gold und das amerikanische Schatzamt ist lediglich der Verwalter. Das ist eine betrügerische Übertragung.‹

Schließlich wurde das amerikanische Schatzamt mit dem Gesetz über Goldreserven ermächtigt, Gold ungeachtet jedweder gesetzlicher Bestimmungen über die Aufrechterhaltung der Parität zu jedem beliebigen Preis, der als gewinnbringend angesehen wird, im In- und Ausland zu verkaufen oder einzukaufen.«

Einen Reingewinn von 85 Milliarden Dollar

An anderer Stelle behandelt Larson die Auswirkungen, die diese Goldmanipulation durch Präsident Franklin D. Roosevelt hatte und die riesigen Profite, die die internationalen Banken und die Besitzer des Federal Reserve Systems in seiner Regierungszeit dadurch gemacht haben.

Larson schreibt: »Im und nach dem Krieg stiegen die Preise im Inland rasch an und das Gold, das bei 35 Dollar pro Unze lag, sackte immer mehr unter seinen Wert ab. Jetzt wurde der zweite falsche Goldstandard eingeführt.

Die europäischen Zentralbanken – die der gleichen Clique internationaler Banker gehörten, die auch über unser Federal Reserve System die Kontrolle ausübten – ließen die Goldbarren nicht mehr ihren Standort wechseln; sie verwahrten diese einfach in Sonderdepots für ihre ausländischen Besitzer. Im Jahr 1925 gehörten von den 4360 Millionen Dollar in Gold des Schatzamtes lediglich 22 Millionen ausländischen Besitzern, die im Depot verwahrt wurden; im Jahr 1930 waren es nur noch 8,8 Millionen.

Der Betrag erhöhte sich bis 1945 jedoch auf 4293 Millionen und betrug 1955 6941 Millionen Dollar. Die astronomische Zahl von rund 18 Milliarden Dollar Gold wurde 1982 erreicht, was bei einem Einkauf zu 35 Dollar pro Unze einen Reingewinn von etwa 85 Milliarden Dollar ergibt.

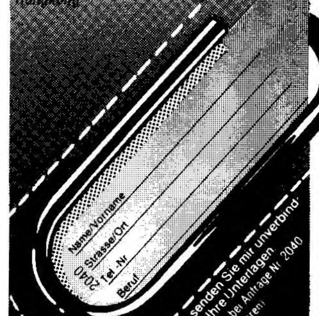
Dieser riesige Schatz von Goldbarren liegt in den Kellergewölben der New Yorker Filiale des Federal Reserve Systems; er gehört weder dem amerikanischen Volk noch dem US-Schatzamt, ja nicht einmal dem Federal Reserve System – sondern unbekannten ausländischen Kapitalgebern, für die es wahrscheinlich sogar kostenlos gelagert wird und die nach Paragraph 895 des amerikanischen, großzügigen Einkommenssteuergesetzes nicht nur von der Steuer für den Erlös aus seinem Verkauf befreit sind, sondern auch nicht zu fürchten brauchen ihre Identität preisgeben zu müssen.

Kurzum, niemand außer ein paar Eingeweihten wird jemals erfahren, wer das amerikanische Volk der über 80 Milliarden Dollar durch Manipulation des amerikanischen Goldbestandes im US-Währungssystem beraubt hat.« □









Gold

Der gelbe Götze

Erster Teil

Tom Valentine

Gold hat den Menschen schon von jeher fasziniert. Trotz oder vielleicht wegen dieses Interesses weiß der Mann auf der Straße jedoch nur wenig über dieses gelbe Metall. Vor allem, wo ist das ganze Gold geblieben, das über die Jahrhunderte hinweg gewonnen und weiter verarbeitet wurde? Wem gehört es? Wie sind die Eigentümer dazu gekommen? Würden die Antworten darauf die größten Betrügereien in der Geschichte aufdecken? Außerdem, was ist mit dem Gold in Fort Knox? Die Mehrzahl der Amerikaner ist der Meinung, daß die US-Regierung dort einen riesigen Schatz hortet. Wieviel ist davon wahr und wieviel ist erfunden? Ist das Gold, was einst dem amerikanischen Steuerzahler gehörte, angestachelt durch finanzielles Interesse, gestohlen worden? Ist hier nicht eine große Vertuschung im Gange? Mit diesem Artikel beginnt eine Serie, die die erstaunliche Wahrheit über diesen fiebererregenden, weithin angebeteten »gelben Götzen« Gold enthüllen wird.

Jene, die in einer so korrupten Welt wie dieser, das Gold anbeten, haben zumindest eine Sache, die sie als Begründung für ihre Vergötterung vorbringen können: die Macht ihres Götzen, der sich der Besonderheit rühmen kann, daß er überall auf der Welt verehrt wird, ohne auch nur einen Tempel zu besitzen und das durch Menschen aller Gesellschaftsschichten, ohne daß auch nur ein Heuchler unter ihnen wäre.

Gold war immer die Maßeinheit

Definition aus der World Book Encyclopedia: »Der Hauptzweck des Goldes liegt darin, den Geldwert zu bestimmen. Anfang des 20. Jahrhunderts existierte in den meisten Ländern der Erde die Goldwährung. Das bedeutete, daß man bei jeder Nationalbank oder jedem Bundesschatzamt gegen Banknoten aus Papier eine festgelegte Goldmenge erwerben konnte. In den Vereinigten Staaten hatte jeder Papier-Dollar beim Bundesschatzamt einen Wert von 1,67 Gramm Gold.

Im Jahr 1934 wurde der Goldwert des Dollars erheblich gesenkt. Die USA hatten die Goldwährung ein Jahr zuvor aufgegeben, das heißt, Banknoten aus Papier konnten nicht mehr in Gold eingetauscht werden. Doch Gold war immer noch die Maßeinheit.

In den Jahren 1972 und 1973 wurde der Goldwert des Dollar erneut gesenkt. Im Jahr 1973 legte man ihn auf 0,552398 Gramm Feingold für einen Dollar fest.

Seit dem Jahr 1933 sind keine Goldmünzen mehr in Amerika geprägt worden. Seit 1937 wird der größte Teil des Goldes in diesem Land in Fort Knox, Kentucky, unterirdisch gelagert.«

Goldvorräte heimlich verkauft?

Seit dem 1. Januar 1975 dürfen amerikanische Staatsbürger wieder selbst Gold erwerben. Ab 1935 war es von Franklin Roosevelt im Rahmen seines »New Deal« zum Staatseigentum erklärt und aufgerundet worden.

Die Gesetzesänderung, mit der Bürger wieder eigenes Gold besitzen dürfen, kam ironischerweise zu einem Zeitpunkt, als die »Mächte hinter dem Thron« Gold endgültig von dem in Umlauf befindlichen Papiergeld vollständig abgekoppelt hatten.

Sechs Monate vor der besagten Gesetzesänderung schrieb ich eine Artikelserie für ein Boulevardblatt, den »National Tattler«, der damals an zweiter Stelle hinter dem »National Enquirer« kam. Die Schlagzeile des »Tattler« vom 7. Juli 1974 war eine Riesensensation, die sich gut verkaufte.

»Kein Gold mehr in Fort Knox«, stand da in Großbuchstaben. Darüber hieß es: »Internationaler Währungsexperte schlägt Alarm«. Und darunter: »Landeszentralbank beschuldigt US-Goldvorräte heimlich an steinreichen David Rockefeller verkauft zu haben.«

Ich bin immer stolz darauf gewesen, diese Geschichte als erster gebracht zu haben, die zwar aus einer unglaubhaften Quelle stammte, aber dennoch überprüft worden war.

Die Artikel im »Tattler« zwangen das amerikanische Bundesfinanzministerium im legendären Fort Knox eine Pressekonferenz abzuhalten und Journalisten und Kongreßabgeordneten in das Innere eines Kellergewölbes hineinzulassen.

Ich verpaßte die Chance, die sich durch meine Artikelreihe ergeben hatte, weil ich mich zu der Zeit auf einer Reise nach Ägypten und den Pyramiden befand, doch der »Tattler« schickte einen Reporter, als Mary Brooks, die damalige Leiterin der Münzanstalt am 23. September 1974 für die Presse eine Führung gab.

Man zeigte den Journalisten ein Kellergewölbe, in dem ein mit schmutzigen Goldbarren beladener Schubkarren zu sehen war. Die Zeitschrift »Time« brachte ein Foto dieses Schubkarrens voller Gold mit der Bildunterschrift «Es gibt doch Gold in Fort Knox!«.

Die Führung war eine Farce

Dr. Peter Beter, ein Washingtoner Anwalt und der ursprüngliche »Tattler«-Informant, nannte die Führung eine Farce und blieb bei seiner Aufforderung, man solle seine Behauptung überprüfen, daß die Goldvorräte der Vereinigten Staaten aus den Kellergewölben in die Tresore der internationalen Banken verschwunden seien. Beters Behauptungen bezüglich des Verschwindens des Goldes erhärtete sich zwar durch anschließende Untersuchungen, doch spätere Aussagen, die er in anderen Angelegenheiten machte, stellte seine Glaubwürdigkeit sehr in Frage.



Tom Valentine veröffentlichte als erster 1974 die Geschichte über den heimlichen Verkauf der US-Goldvorräte.



Mary Brooks, die damalige Leiterin der Münze, zeigte Journalisten einige Goldbarren in den Gewölben von Fort Knox.

Die Führung ist tatsächlich eine Farce gewesen. Unsere Reporter fragten, warum die anderen 27 Kellergewölbe verschlossen blieben, wo es doch ein einfaches gewesen wäre, sie alle zu öffnen und jeglichen Zweifel darüber zu zerstreuen, daß die ganze Menge von 147 353 827 Unzen (oder ungefähr dieser Betrag) laut Büchern auch tatsächlich hier gelagert sei.

Mrs. Brooks versicherte den Reportern, daß das übrige Gold in den restlichen Gewölben gelagert sei, die teilweise »von anderen Regierungsbehörden genutzt werden; einige Gewölbe sind leer«.

Selbst Mrs. Brooks hat übrigens nie ein weiteres Gewölbe von innen gesehen als das, was gezeigt wurde. Alle anderen sind fest verschlossen. Es wird lediglich vorausgesetzt, daß Gold darin liegt. Bill Barnhill, unser Reporter vom »Tattler« hatte die ganze Prozedur so satt, daß er sogar die vom Staat nach der Führung kostenlos angebotenen Erfrischungen und den Imbiß ausschlug.

Barnhill wies darauf hin, daß die 36 326 Goldbarren, die man in dem Gewölbe hat sehen können, eher »wie Kupfer« ausgesehen hätten. Mrs. Brooks antwortete, dieser spezielle Goldvorrat, den man gesehen habe, würde aus 90 Prozent Gold und 10 Prozent Kupfer bestehen. »Das Kupfer gibt die rötliche Farbe«, fügte sie hinzu.

Dies stellte sich als »normal« heraus, weil es sich bei dem größten Teil der Fort Knox-Vorräte um »Münz«-Gold von 22 Karat handelt. Doch ob nun »Fein«-Gold oder »Münz«-Gold, die verfügbaren Beweise zeigen deutlich, daß sich hinter jenen dicht verschlossenen Gewölbetüren keine riesengroßen, geheimen Goldlager mehr befinden.

Thomas W. Wolfe, der damalige Direktor des US-Amtes für Inländische Gold- und Silberreserven, behauptete Beters Anschuldigungen seien »samt und sonders unhaltbar. Es ist kein Gold von Fort Knox an internationale Spekulanten verkauft worden. Nur eine Person hat die Befugnis Gold zu verkaufen und das ist der Finanzminister und er benötigt dazu die Genehmigung des Präsidenten«.

Der Beamte wußte nicht, wovon er redet. Er übersah eine private Organisation mit Namen Federal Reserve System.

Es gab nie eine vollständige Prüfung

Beter antwortete auf »die bürokratische Ignoranz« wie folgt: »Das amerikanische Finanzministerium hat nur zu etwa 1,5 Prozent der Goldreserven des Landes Zugang. Der Rat des Federal Reserve Systems hält Scheine, das heißt Titel, für die restlichen 98,5 Prozent, somit hat der Finanzminister nicht das Recht Gold zu verkaufen, doch jemand hat eine Menge von den Goldreserven dieses Landes verkauft.«

Die im »Tattler« erschienenen Artikel darüber, wie die staatlichen Schatzkammern systematisch und »legal«, wenn auch in gewisser Weise auf betrügerischem Weg, geplündert worden sind, führte zu einer sogenannten Revision sowie der ungewöhnlichen Führung von Presseleuten durch Fort Knox.

Unter Befragung durch den »Tattler« – die Establishment-Medien hielten sich sehr zurück – gab Mrs. Brooks zu, daß es sich bei der bevorstehenden Revision so ziemlich um das Gleiche handeln würde, wie bei der Farce der Presseführung, nämlich um eine »selektive Revision«.

Man ließ die Prüfer nur drei der Kellergewölbe untersuchen. Der Bundesrechnungshof, das US-Finanzministerium und Fachleute des Münzamtes sollten »ausgewählte Goldbarren einer Probe unterziehen«. Nun, eine große Sache?

Mrs. Brooks räumte ein, daß es nie eine vollständige Prüfung der Goldvorräte von Fort Knox gegeben habe und als sie von der Zeitung »Tattler« gefragt wurde, ob das Münzamt eine unabhängige Prüfung in Fort Knox durch Bürger genehmigen würde, antwortete sie mit einem ganz entschiedenen »Nein«. Sie gab jedoch keine Begründung dafür.

Die tatsächliche Revision, wenn man sie so kennen kann, war am 21. Oktober 1974 abgeschlossen. Die Prüfer hatten die Barren nicht angebohrt, um die Reinheit festzustellen, sondern stattdessen »Stücke« an das Metallurgische Institut nach New York zur Bestimmung des Reingehaltes gesandt. Die Stücke stammten von 99 Barren, die aus einer Gesamtmenge von 91 000 ausgewählt worden waren.

Es wurden allerdings nur 54 dieser Stücke untersucht und es hat nie einen Qualitätsbericht gegeben. Eine schöne Revision!

In meiner Eigenschaft als Redakteur beim »Tattler« verfolgte ich die von Beter präsentierte Geschichte, weil er in aller Öffentlichkeit eine Untersuchung der Reserven des Landes durch eine »bürgerliche Sonderkommission« verlangte und feierlich versprach, daß man ihn wegen »unrechtmäßiger Volksaufwiegelung« ins Gefängnis stecken dürfe, wenn sich herausstellte, daß er sich geirrt hat und die in den Kellergewölben gelagerten Goldreserven mit den Angaben in den Büchern übereinstimmten.

Die Informationen kamen aus dem Rockefeller-Kreis

Dr. Peter Beter äußerte in diesem Zusammenhang die unglaubliche Behauptung, daß eine seiner Informationsquellen eine »hochrangige Person in der Rokkefeller-Organisation« sei. Er bat allerdings den »Tattler« die Quelle vertraulich zu behandeln. Man kann jetzt allerdings verraten, daß Beter behauptete, es handelte sich um Louise Boyer, eine ehemalige Vorstandsassistentin von Nelson Rockefeller.

Mrs. Boyer starb am 4. Juli 1974, eine Woche nachdem die »Tattler-Story« veröffentlicht worden war, bei einem Sturz aus dem 11. Stock ihrer Wohnung in Manhattan.

Man fand die mit einem Nachtgewand bekleidete Leiche von Mrs. Boyer um 5 Uhr morgens in einem Hinterhof unter ihrem Fenster. Ihr Tod wurde unter der Rubrik »scheinbarer Selbstmord« geführt und später ist die Akte mit dem Vermerk »Selbstmord« geschlossen worden, obwohl nie eine Notiz gefunden worden ist, die auf Selbstmord hingedeutet hätte. Freunde äußerten, daß sie an Mrs. Boyer keinerlei Anzeichen von Mutlosigkeit oder Verzweiflung gekannt hätten.

Beter erklärte mir, daß er innerhalb der Rockefeller-Organisation einige unbedeutendere Kontakte habe und die Informa-

Gold

Der gelbe Götze

tionen, die er daraus besaß, in einer Rundfunksendung in New York geäußert habe. Nach der Sendung habe er dann einen anonymen Brief erhalten, in dem seine Behauptungen über die Rockefeller-Geschäfte und den US-Goldvorrat bestätigt worden sind.

»Schließlich erfuhr ich, daß Mrs. Boyer den Brief geschrieben hatte«, sagte Beter. »Wir kamen dann zusammen; es lief alles unter größter Geheimhaltung ab.«

Mrs. Boyer war mit den Rockefeller-Interessen seit 1944 verbunden. Unter Nelson Rockefeller hat sie im Zweiten Weltkrieg im Büro des Koordinators für inter-amerikanische Angelegenheiten gearbeitet. Sie war dann Leiterin der International Basic Economy Corp., ein Weltunternehmen, das im Jahr 1947 gegründet worden war; außerdem leitete sie den internationalen amerikanischen Verband für wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Beide Organisationen sind von den Brüdern Nelson und David Rockefeller gegründet worden.

Obwohl der Tod von Mrs. Boyer bei der New Yorker Polizei als Selbstmord geführt wurde, beschäftigte sich der »Tattler« mit dem Fall und fand ein paar beunruhigende Tatsachen heraus.

Der Reporter erfuhr zum Beispiel, daß sowohl der Pförtner als auch der Fahrstuhlführer in Mrs. Boyers Appartementhaus am selben Tag – dem Tag, an dem sie starb – beide zum ersten Mal seit etwa 14 Jahren freibekommen hatten. Sie kannten Mrs. Boyer so gut, um sagen zu können, daß sie am Tag vor ihrem angeblichen Todessprung mit Sicherheit keine Anzeichen von Verzweiflung oder Mutlosigkeit gezeigt hatte.

Wo ist das Gold geblieben?

Ungeachtet des tragischen Todes von Mrs. Boyer hat Beter seine Fort Knox-Beschuldigungen wie folgt dargelegt:

»Als das Gesetz 93 110 am 21. September 1973 von Präsident Richard Nixon unterzeichnet wurde und damit in Kraft trat, bedeutete das praktisch die Aufhebung von Paragraph 3 des US-Gold Reserve Act (amerikanisches Gesetz über Goldreserven) aus dem Jahr 1934. Mit diesem Gesetz wurde es wieder möglich, US-Gold mit Genehmigung eines ad hoc-Komitees, bestehend aus einflußreichen Personen der amerikanischen Politik und Wirtschaft, auf dem internationalen Markt zu verkaufen.

Mitglieder dieses ad hoc-Komitees waren Arthur Burns, Präsident des Federal Reserve Systems, George Shultz, ehemaliger Finanzminister, Henry Kissinger, Außenminister, Peter Flanigan vom Mitarbeiterstab des Präsidenten und Herbert Stein, ehemaliges Mitglied des Wirtschaftsratgeber-Ausschusses.«

Das war natürlich nur der Auftakt für die Gesetzesänderung vom Januar 1975, mit der den Amerikanern zum ersten Mal wieder erlaubt wurde, Gold zu besitzen, nachdem ihnen dieses Recht und ihr Gold im Jahr 1935 durch die Regierung Roosevelt genommen worden war.

Beter fuhr fort: »Zwischen dem 14. November 1973 und Mitte Januar 1974 wurden mit Genehmigung des obigen Komitees große Goldmengen aus Fort Knox und vier Bundesbanken verkauft. Der Wert des verkauften Goldes belief sich auf insgesamt mehrere Milliarden Dollar. Es wurde zu 42,22 Dollar pro Feinunze verkauft, zu einer Zeit, als sich der internationale Kurs zwischen 160 und 170 Dollar pro Unze bewegte.

Empfänger des Goldes waren 13 Einzelpersonen in Europa, die die amerikanischen finanziellen Interessen verkörperten. Der größte Teil des Goldes befindet sich derzeit in Holland.«

Inzwischen wurde bekannt, daß sogar noch mehr davon in London sein soll.

Beter, ein offenkundiger Rockefeller-Gegner, gab David Rokkefeller die Schuld an dem »Diebstahl unseres Goldes«. Ich rief ihn in New York an und schaffte es, David Rockefeller an den Apparat zu bekommen, nachdem ich seinem Presseagenten gesagt hatte, er würde beschuldigt, das ganze Gold von Fort Knox gestohlen zu haben. Rockefeller lachte und wies die Anschuldigungen zurück; er versprach mir ein Interview, wenn er nach Chicago käme.

Seine geplante Reise dorthin konnte er jedoch dann letztlich nicht einhalten, weil er sich in Japan bei einem Sturz den Ellenbogen verletzte.

Kreuzzug gegen die »Golddiebe«

Zu dem Zeitpunkt, als diese Geschichte herauskam, erfuhr ich, daß das US-Schatzamt 273 949 000 Unzen an Goldreserven im Gesamtwert von 11,5 Milliarden Dollar amtlich notierte, von denen sich 60 Prozent angeblich in Fort Knox befinden sollten.

Das Gold wird ein Mal pro Jahr einer »Bestandsprüfung« unterzogen, doch niemand bekommt den »Bestand« tatsächlich zu Gesicht. Die Prüfer untersuchen lediglich, ob die Wachssiegel an den Türen unbeschädigt sind, eine Inventur der Reserven wird nicht durchgeführt.

Das ist auch der Grund, warum die restlichen Kellergewölbe nicht für die Reporter geöffnet wurden; man wollte die kostbaren Siegel nicht aufbrechen. Wer diese Behauptungen schluckt, schluckt auch die Theorie, das Gold sei noch in Fort Knox.

Was hat das alles zu bedeuten? »Fort Knox« ist jahrzehntelang praktisch ein Synonym für »Gold« gewesen und »Gold« seit Jahrtausenden ein Synonym für »Geld« und nun erzählt man uns, daß wahrscheinlich gar kein Gold in Fort Knox ist und hinter unserem Geld nur Papier und Wunschträume stecken.

Einer der Männer, der Beters Anklagen recht ernst genommen hat, war Ed Durell, ein Fabrikant aus Columbus im US-Bundesstaat Ohio. Er unterstützte den Kreuzzug gegen die »Golddiebe«. Im Jahr 1977 veröffentlichte er ein Pamphlet mit dem Titel »52 unbeantwortete Fragen über die angeblichen Goldreserven der Vereinigten Staaten«.

Durell, ein Absolvent der Princeton-Universität und Hauptmann im Ersten Weltkrieg, fügte dem Pamphlet Briefe und Zeitungsausschnitte bei. Die Schlüsselfrage, die er vorbrachte, war von Beter in einem Brief an den Herausgeber von »Barron's« gestellt worden, der Beters Anklage gebracht hatte, nämlich, daß »einflußreiche Amerikaner« insgeheim zugelassen hätten, daß 20 Milliarden Dollar Goldreserven seit November 1973 aus Fort Knox an Einzelpersonen in Europa verkauft worden seien, die als Strohmänner für die amerikanischen finanziellen Interessen dienen würden.

Beter schrieb: »Ich möchte betonen, daß es bei dieser vermutlichen Unterschlagung nicht darum geht, ob sich in Fort Knox echte Goldbarren befinden oder nicht, oder ob der tatsächliche Betrag noch dort liegt oder nicht, sondern der Kernpunkt ist vielmehr: wer hat jetzt den Rechtsanspruch auf den Goldbestand unserer Nation.«

Beter betonte, daß der Rechtsanspruch auf das Gold 40 Jahre lang beim Federal Reserve System (US-Bundesbank) lag, wobei das US-Schatzamt das Verwahrungsrecht besaß.

»Dr. Arthur Burns, der Präsident des Federal Reserve Systems, gab zu, daß das Gold nicht zu den Aktiva der US-Bundesbank zählen würde, während es aber gleichzeitig in dem veröffentlichten Finanzstatus als solche ausgewiesen ist. Wer besitzt nun also den Rechtsanspruch auf das Gold der Nation? Etwa das US-Schatzamt?

Aus dem von ihnen veröffentlichten Rechenschaftsbericht geht hervor, daß das amerikanische Schatzamt nur 106 Millionen Dollar an Gold-Vermögen besitzt. Ich wiederhole: Wer hat also den Rechtsanspruch auf die 11,459 Milliarden Dollar Gold – der Wert nach dem offiziellen Preis von 42,22 Dollar je Feinunze –?«

Es besteht kaum ein Zweifel, daß hier Rechtsverdrehungen großen Stils stattgefunden haben und die Goldreserven des amerikanischen Volkes darin verwikkelt waren. Es hat einen »legalen« Ausverkauf des Goldes unter Insidern gegeben und den amerikanischen Steuerzahlern hat man dabei Gold in Milliardenhöhe geraubt. □

In der nächsten Ausgabe von »Diagnosen« veröffentlichen wir die zweite Folge der Serie »Der gelbe Götze«.

One-World-Bewegung

Lobpreisung der Welt-Mitbürger

James P. Tucker Jr.

Führende amerikanische Kongreßabgeordnete und Beamte kamen auf dem Kapitol in Washington zusammen, um sich über die Gewinne in ihrer Kampagne für eine Weltregierung zu freuen und einen raschen Fortschritt im kommenden Jahrzehnt zu geloben.

Der republikanische Abgeordnete Jim Wright aus Texas, Führer der Minderheit im amerikanischen Repräsentantenhaus und voraussichtlicher Nachfolger von Tip O'Neill als Sprecher des Hauses, der frühere republikanische Abgeordnete Paul Findley und der amerikanische Vize-Außenminister John Whitehead gehörten zu den herausragenden Persönlichkeiten, die den verstorbenen Verfechter einer Weltregierung, Clarence Streit, ehrten. Sie alle priesen Streits Weltkampagne, sprachen von einem großen Fortschritt in den letzten Jahren und sagten schließlich einen triumphierenden Sieg voraus.

Herzlicher Gruß von Reagan

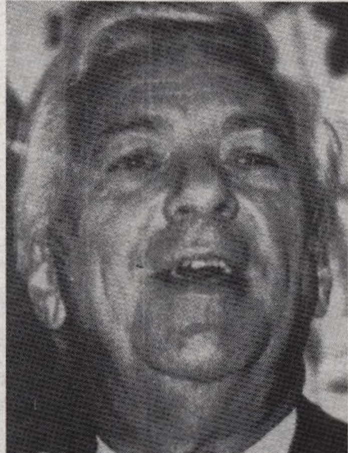
Ebenfalls anwesend waren die früheren republikanischen Abgeordneten Walter Judd und John A. Blatnik, die auch ihre Zustimmung zum Ausdruck brachten, obwohl sie nicht eigentlich dazu gehörten. Sie alle ehrten das Andenken von Clarence Streit, der am 6. Juli 1986 im Alter von 90 Jahren verstarb.

»Die Welt wird sich zwangsläufig auf Clarences Vorstellung zubewegen«, sagte der frühere amerikanische Präsident des Federal Reserve Systems, Arthur Burns. »In zehn Jahren, zu Clarences 100. Geburtstag, werden wir noch mehr Fortschritte erkennen können.«

Michael Palmer vom europäischen Parlament begrüßte die Menge als »Welt-Mitbürger«. Er nannte Streit »den großen Gründungsvater des modernen Föderalismus«.

Whitehead meinte, als er sich an ein Treffen mit Streit im Jahre 1939 erinnerte, als sein Buch »Union Now« (»Zusammenschluß Jetzt«) zum ersten Mal veröffentlicht wurde: »Präsident Ronald Reagan teilt Streits Überzeugungen«.

Reagan war als ein junger Demokrat, der sich damals als liberal bezeichnete, ein Mitglied des Welt-Föderalistenverbandes. Er sandte Streit zu dessen 90. Geburtstag am 17. Januar 1986 einen herzlichen Brief.



John Whitehead, US-Vizeaußenminister, lobte die Verfechter einer Weltregierung.

Frieden als Zugpferd

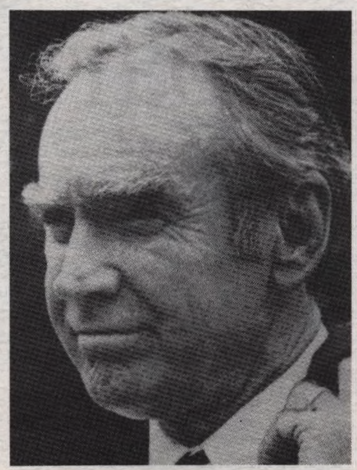
Wright nannte Streit einen »Träumer von Träumen, einen Soldaten für die Sache des Friedens, der die Verfassung als einen Plan für das Überleben der menschlichen Rasse ansah«. Er meinte, daß Streits »Bemühungen zu einer Weltdemokratie« führen würden.

Die Befürworter einer Weltregierung stellen sich seit Streits Arbeit in den dreißiger Jahren eine Welt in Frieden und unter einer weltweiten Demokratie vor, um den Gedanken schmackhaft zu machen. Ein sehr früher, ausgesprochener Vorkämpfer für eine Weltregierung war der amerikanische republikanische Präsidentschaftskandidat des Jahres 1940, Wendell Willkie.

Der Erfolg beim Verkauf der Weltregierung als einer edlen Sache für beide Parteien war bemerkenswert. Der Verband zum Zusammenschluß der Demokraten (der gegenwärtige Name von Streits internationaler Bewegung zur atlantischen Vereinigung) befürwortet seit fast einem halben Jahrhundert offen eine Weltregierung. Er hatte und hat unter anderem die Unterstützung von George Marshall, Dwight D. Eisenhower, Richard Nixon, Hubert Humphrey, Eugene McCarthy und dem republikanischen US-Abgeordneten Mark Hatfield.

Mehrere Sprecher stellten das Europa-Parlament und die NATO als Beispiel für den Fortschritt auf dem Weg zu einer Weltregierungs-Kampagne dar.

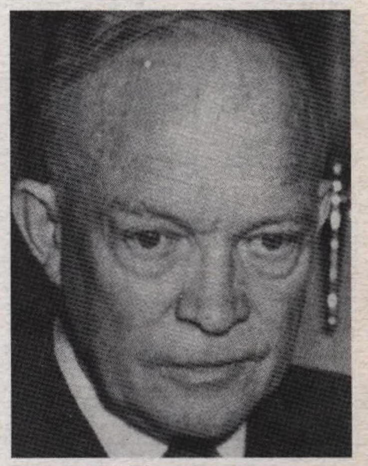
»Streits Buch hat mich beeinflußt«, sagte Wright. »Ich las es im Jahr 1939 als 16jähriger auf dem Gymnasium. Doch nur wenige von denen, die uns die wirklich großen Ideen vermittelt haben, lebten so lange, um deren Verwirklichung auch noch zu erleben.«



Der Abgeordnete Jim Wright schilderte die Bemühungen, die zu einer Weltdemokratie führen werden.

Doch Wright meinte bei der Voraussage einer Weltregierung in nicht allzu ferner Zukunft: »Streits Idee hat bereits einen ungeheueren Einfluß auf die Weltangelegenheiten gehabt.« Er meinte, die NATO sei von Streit angeregt worden und seine Ansichten führten zum »ersten gewählten europäischen Parlament, dem ersten föderalistischen Zusammenschluß«.

Wright erläuterte weiter, US-Präsident Dwight D. Eisenhower, Marshall und Anthony Eden, der frühere Premierminister Großbritanniens, wären allesamt für eine Weltregierung eingetreten und er erinnerte daran, daß Owen J. Roberts »im Jahr 1949 aus dem Obersten Bundesgericht der Vereinigten Staaten ausschied, um seinen Traum zu verwirklichen«.



Dwight D. Eisenhower war als US-Präsident ebenfalls für eine Weltregierung eingetreten.

»Es muß Realität werden«

Streits Anhänger veranstalten an der Georgetown Universität in Washington eine Konferenz über die »Verfassung und die internationale Ordnung«, um die Sache der Weltregierung weiter voranzutreiben. Es war die Feier des großen Fortschritts und die Voraussage eines letztlichen Triumphs und, um mit den Worten des ehemaligen amerikanischen Senators Mike Mansfield zu sprechen, der in einer Botschaft von seinem jetzigen Posten als US-Botschafter in Tokio aus meinte, Streits Vorstellung »wird und muß Realität werden«. □

Weltkontrolle

Nächster Schritt Welt-Regierung

Folger Addison

Wird Amerika von einer konservativen republikanischen Administration auf den Weg zu einer Weltregierung geführt? Wird es der populärste Präsident in der jüngsten Geschichte sein, von dem behauptet wird, er habe den amerikanischen Patriotismus wieder hergestellt und die individuellen Rechte verteidigt, der die Souveränität der Vereinigten Staaten preisgibt?

Oberflächlich betrachtet scheint dies lächerlich. Wir sind noch immer weit von der Verwirklichung dieses Traums der internationalistischen Linken entfernt. Doch die erstaunliche Tatsache ist, daß US-Präsident Ronald Reagan in seiner letzten Rede anläßlich der jährlichen Versammlung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington nach einer »wahren Weltwirtschaft« verlangte, eine Sache, die unmöglich ist, wenn nicht von einer Weltregierung überwacht.

Ein Ausweg für das Schulden-Problem?

Reagans jüngste Äußerung erinnert viele Beobachter an die Ziele der Föderalisten für eine vereinigte Welt, einer Gruppe, die auf eine Weltregierung hinarbeitet und der Reagan selbst einst angehörte. Inzwischen hat er sich allerdings von dieser Gruppe »distanziert«.

In seiner Ansprache sagte der Präsident: »Meine Freunde, ich glaube, der Aufbau einer wahren Weltwirtschaft ist die Herausforderung, der wir uns gegenüber sehen, einer Weltwirtschaft, die der Verschiedenartigkeit unserer Nationen Rechnung trägt, während sie gleichzeitig ungehinderten Handel und Investitionen unter unseren Völkern ermöglicht.

Wir sind in den letzten 40 Jahren einen weiten Weg gegangen, um an diese Stelle zu gelangen. Nun sind wir hier und es ist Zeit für eine Bestandsaufnahme, um in aufgeschlossener Haltung den nächsten Abschnitt der Reise zu planen und zu beginnen.«

In Reagans Vortrag kam zum Ausdruck, daß alle Nationen zusammenarbeiten müssen, um das Schuldenproblem der dritten Welt zu lösen, weltweites Wachstum zu fördern und die Handelsschranken zu beseitigen.

Die angebotene Lösung für die Schuldenkrise und alle anderen wirtschaftlichen Mißstände ist Wirtschaftswachstum. Angeblich werden die Schulden »verschwinden«, wenn die Volkswirtschaften der einzelnen Länder expandieren; sie werden aus den Exporterlösen bezahlt werden können.

Der Trugschluß dieses Arguments liegt in der Tatsache, daß die verschuldeten Länder Zugang zu ausländischen Märkten bekommen müssen. Die Vereinigten Staaten mit dem größten nationalen Markt auf der Welt sind natürlich Zielscheiben aller anderen Völker, die an Amerika verkaufen müssen, um die Devisen zu verdienen, mit denen sie die Zinsen für ihre Schulden bezahlen können.

Die rosarote Brille des Präsidenten

Damit wiederum werden die US-Industrien geschädigt, die ihre eigenen Anteile am amerikanischen Markt verlieren und entweder bankrott machen oder sich in Länder der dritten Welt verlagern, wo die Arbeitskräfte billig und in Hülle und Fülle vorhanden sind.

Wenn Reagan also den »neuen Kurs« pries, den die US-Wirtschaft bei seiner Amtsübernahme eingeschlagen hat, indem er sagte: »Heute ist der Prozentsatz an Beschäftigung in unserem Volk höher als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt in der Geschichte«, dann hat er dabei ein paar wichtige Tatsachen außer acht gelassen.

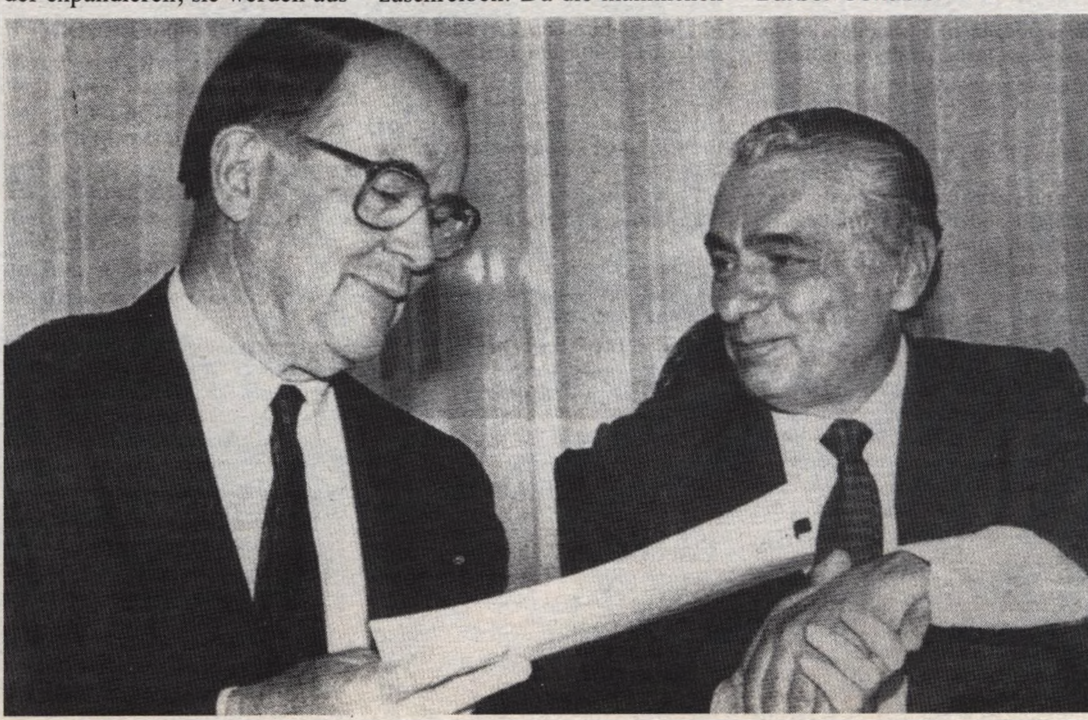
Der größte Zuwachs an Arbeitskräften ist dem Eintritt von Frauen in das Arbeitsleben zuzuschreiben. Da die männlichen Haushaltsvorstände relativ hochbezahlte Jobs in der Fabrikation aufgeben mußten und gezwungen waren niedriger bezahlte Aufgaben im Dienstleistungssektor anzunehmen, sahen sich viele Ehefrauen und Mütter durch die wirtschaftlichen Umstände – einschließlich Steuern und Inflation – genötigt, Stellen anzunehmen, damit man sich die wichtigsten Dinge des Lebens leisten konnte.

Während Reagan ein rosiges Bild von der amerikanischen Wirtschaft zeichnete und die unerfreulichen, familienzerstörenden Tatsachen beschönigte, führte er das Wirtschaftswachstum auf die Beseitigung »sämtlicher Arten von Interventionen in die Wirtschaft« zurück, auf die Kürzung »des Umfangs an Verordnungen«, die Herabsetzungen von Steuerbelastungen und die Senkung der »Zuwachsrate in den Staatsausgaben«.

Aber auch diese Aussagen werden durch die Fakten Lügen gestraft. Die Steuern sind tatsächlich gesenkt worden, doch nur für die Reichsten und für die Unternehmen. Die Mittelklasse hat davon kaum, wenn überhaupt etwas gespürt.

Die amerikanische Regierung hat tatsächlich aufgehört in die wirtschaftlichen Vorgänge ein-

Mexikos Finanzminister Gustavo Petricioli (links) dankt dem Weltbankpräsidenten Barber Conable.



zugreifen, doch vor allem im Kartellbereich, was zur derzeitigen Welle von Fusionen geführt hat, die sich geradezu zu einer Manie entwickelt und bei der ganze Industrien von Spekulanten aufgekauft werden, um marktbeherrschende Unternehmen zu bilden.

Der Rest der Welt schwimmt mit den USA

Die Folge: Es werden ungeheuere Schulden gemacht, um existierende Betriebseinrichtungen aufzukaufen. Es werden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen, viele gehen verloren und das freie Unternehmertum wird unterdrückt.

Während Reagan behaupten kann, »die Zuwachsrate an Staatsausgaben verringert zu haben«, was eigentlich die Staatsschulden sind, sieht es so aus, daß sich die Schulden der amerikanischen Bundesregierung unter seiner Amtszeit mehr als verdoppelt haben, nämlich von einer Billion Dollar auf über zwei Billionen Dollar angestiegen sind.

Es hat fast 200 Jahre gedauert – von der Gründung der Republik der Vereinigten Staaten von Amerika bis zu Reagans erstem Jahr der Präsidentschaft –, daß die öffentliche Schuld eine Billion Dollar erreichte. Nur vier Jahre danach hat sich diese Summe unter einem konservativen Präsidenten verdoppelt.

Reagan, ein überzeugter Anhänger des Freihandelssystems, versicherte den versammelten Finanzministern in seiner Rede, daß Amerika sein Bestes tun werde, um seine Wirtschaft auszudehnen ebenso wie seinen Inlandsmarkt, so daß der Rest der Welt in seinem Erfolgsstrom mitschwimmen und davon profitieren kann.

Reagan wörtlich: »Während die Expansion der Vereinigten Staaten von Nutzen sein wird, müssen die anderen Industrienationen auch ihren ehrlichen Anteil an der Gesundung tragen und eine wachstumsorientierte Politik einführen. Natürlich werden dabei vielleicht auch einige Störungen auftreten, doch wir müssen erkennen, daß wir alle zusammen auf dieses Ziel hinarbeiten müssen, wenn wir zusammen prosperieren wollen.« Oder anders gesagt, wenn wir prosperieren wollen, müssen viele von uns leiden.

Man muß davon ausgehen, daß die angesprochenen »Störungen« auch das Sterben amerikanischer Industrie beinhaltet und die Umwandlung in eine sogenannte Dienstleistungswirtschaft, was in vielen Bereichen der USA zu massiver Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung geführt hat und, wenn der Trend anhält, zu einer Erstickung der Volkswirtschaft führen muß, weil es die Vereinigten Staaten ausnahmslos vom Ausland abhängig macht.

Reagan sagte, seit dem Zweiten Weltkrieg haben die in der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds vertretenen Nationen »unter einer Wirtschaftsverfassung gelebt. Seit dieser Zeit haben wir größeren und mehr Länder umfassenden Wohlstand erlebt als je zuvor«. Die Bestandteile der »Verfassung«, so sagt er, sind die Weltbank, der IWF und das allgemeine Zoll- und Handelsabkommen.

Die größte Gefahr für die neue Welt

Der Anstieg Europas und Japans zu gemeinsamer, wirtschaftlicher Macht, der der Amerikas gleichkommt, und die sich abzeichnende Steigerung in der wirtschaftlichen Stärke der Schwellenländer, meinte Reagan, verlange nach neuen, koordinierten Maßnahmen aller Völker. Die größte Gefahr für das Wirtschaftssystem der neuen Welt, so sagte er, sei der Protektionismus.

»Ich habe die große Depression erlebt«, sagte der Präsident. »Ich sah, was der sogenannte Protektionismus der Welt gebracht hat. Nichts wurde damit geschützt, alles wurde zerstört.«

Obwohl Reagan zugibt, daß »kein Handelssystem überleben kann, wenn in den Handelsflüssen ein ungeheueres Ungleichgewicht herrscht«, meinte Reagan: »Die einzige Art, wie man ein Ungleichgewicht im Außenhandel beseitigt, ist durch erhöhtes Wachstum im Ausland, eine hohe Wettbewerbsfähigkeit für den US-Dollar oder beides, gekoppelt mit der Öffnung der Märkte.«

Im Gegensatz zu Reagans Überzeugung, die allen Anhängern des Freihandels gemeinsam ist, war der Protektionismus nicht der Verursacher der großen Depression. Es war vielmehr die finanzielle Spekulation und die Geld- und Kreditmanipulation der Banken in einem nie dagewesenen Ausmaß und einer Art, wie sie auch heute noch praktiziert wird, die den ursprünglichen Zusammenbruch verursachte.

Größere »Wettbewerbsfähigkeit« für den US-Dollar bedeutet, daß er in seinem gegenwärtigen noch zu hohem Wert im Vergleich zu den Auslandswährungen fallen sollte, wodurch der Preis der US-Exporte für ausländische Verbraucher attraktiver wird.

Die Märkte, die der Präsident angesprochen hat, sind die jener Länder, die gegen amerikanische Waren hohe Schranken errichten, während sie die USA mit ihren Produkten überschwemmen.

Der US-Präsident äußerte, die Länder müßten ihre Binnenmärkte für Waren aus dem Ausland öffnen und die Folge, ungehinderter freier Handel, würde Wachstum für alle bringen. Er berücksichtigte hierbei jedoch nicht, daß die einzige Nation, die am nächsten an so etwas wie freie Märkte herankommt, auf der ganzen Erde die Vereinigten Staaten sind und daß andere Staaten zwar ihr »Recht« am US-Markt teilzuhaben beanspruchen, ihre eigenen Märkte aber für amerikanische Güter geschlossen halten.

Es gelingt den Amerikanern vielleicht hier und da mit amerikanischen Agrarerzeugnissen oder Waren der Telekommunikation in einzelne Märkte einzudringen, doch kein Land öffnet seine Märkte vollständig.

Die Gefahr des Freihandels

Der amerikanische Präsident verlangt auch nach erhöhten Anstrengungen seitens der Weltbank und des IWF, um das Wachstum weltweit anzukurbeln. Das heißt, die US-Steuerzahler werden noch viele Milliarden mehr einzahlen müssen, die dann an die dritte Welt verliehen werden, um Industrien zu entwickeln und aufzubauen, die mit den amerikanischen eines Tages konkurrieren.

Die amerikanische Regierung muß erkennen, daß sie nicht für den Wohlstand auf der Welt oder dessen Fehlen verantwortlich ist. Sie hat in erster Linie die Verantwortung für das Wohlergehen ihrer eigenen Mitbürger, die nicht gezwungen werden sollten, die »Störungen« auszubaden, die sich aus den Bemühungen, die »Weltwirtschaft« zu stützen, ergeben.

Um eine »wahre Weltwirtschaft« zu errichten, an der alle Nationen beteiligt sind, ist eine starke Macht erforderlich, um sie durchzusetzen und daß sich alle an die Spielregeln halten. Ein Weltwirtschaftssystem mit strengen Durchsetzungs-Mechanismen wäre eine Weltregierung; an dieser Tatsache führt kein Weg vorbei.

Sobald einmal der Rahmen für ein Weltwirtschaftssystem geschaffen wäre, innerhalb dessen jede Nation einen Teil ihrer Freiheit preisgegeben hat, damit die wirtschaftlichen Entscheidungen getroffen werden können, die den Bürgern den höchsten Nutzen bringen, wird eine Weltregierung existieren, egal wie das ganze dann genannt wird.

Daß der »konservative« Ronald Reagan nach einem Weltwirtschaftssystem verlangt, ist eine Ironie, denn seit Jahren warnen konservative Gruppen lauthals auch in ihren Veröffentlichungen vor den Plänen einer Weltregierung seitens der Sozialisten und Liberalen. Und doch haben die Vereinigten Staaten heute einen konservativen Präsidenten, der diese höchst Konservativen in eine Weltregierung führt und nicht der geringste Protest wird im Land laut.

Leider haben weder die Konservativen noch die Liberalen je erkannt, was die Populisten wissen: Freihandelspolitik ist in Wirklichkeit ein Riesenschritt in Richtung Weltregierung, denn sie führt unvermeidlich zu den »internationalen wirtschaftlichen Vereinbarungen«, die jetzt von Präsident Ronald Reagan verlangt werden. □

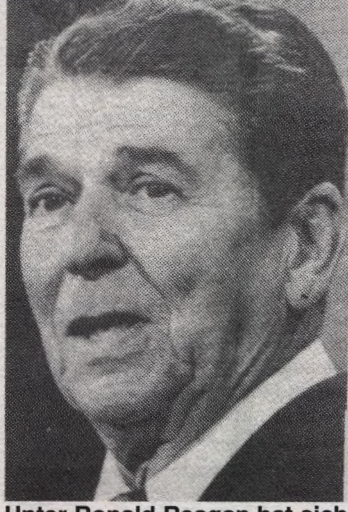
Weltkontrolle

Ein kommunistischer Plan

Peter Blackwood

Seit vielen Jahren warnen Antikommunisten und Patrioten in allen westlichen Ländern vor einer Weltregierung. Sie richten sich mit diesen Warnungen gegen die Internationalisten der verschiedensten Arten: die Kommunisten und Sozialisten, die wissen, was sie wollen und die Liberalen, die es nicht wissen. Ihr gemeinsames Ziel – das vielleicht löblich, doch unerreichbar ist – ist die Beseitigung aller nationalen politischen Grenzen sowie alle Gesetzesbarrieren auf dieser Erde.

Mit dem Ruf des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan nach einer »wahren Weltwirtschaft« gesellt sich zu diesen Aufrührern und Dummköpfen nun das konservative Establishment, was, gelinde gesagt, eine überraschende Entwicklung ist. Weltregierung bedeutet nicht weniger als die Beseitigung der Verfassung und der nationalen Souveränität aller Länder. Es bedeutet die Unterwerfung der Menschen aller Nationen unter eine fremde Kontrolle, die Befehle einer Kommandostelle entgegennimmt, die speziell dafür geschaffen wurde, auf »altmodische Loyalität« und »altmodischen« Patriotismus ein Auge zu haben.



Unter Ronald Reagan hat sich die öffentliche Schuld der USA von einer auf zwei Billionen Dollar verdoppelt.

Zwangsläufig das Ende der Freiheit

Weltregierung bedeutet Einschränkung oder Beseitigung der Macht der einzelnen nationalen Regierungen, das Ende der Unabhängigkeit der einzelnen Völker und Aufhebung des Rechtssystems der einzelnen Staaten. Ende der Demokratie für alle Nationen, die zwar noch wählen dürfen, deren Stimmabgabe aber keine Bedeutung mehr hat. Es bedeutet die Aufgabe der in der Verfassung festgeschriebenen Grundrechte, kurz gesagt, das Ende der westlichen Völkergemeinschaft.

Die Weltregierung ist ein kommunistischer Plan, doch er hat immer bei einer Vielzahl von Menschen mit verschwommenen Vorstellungen, die nicht klar sehen wollten, daß er zwangsläufig das Ende der Freiheit in den einzelnen Staaten bedeutet, große Zustimmung gefunden.

Mit seinem Ruf nach einem Weltwirtschaftssystem reiht sich US-Präsident Ronald Reagan erstaunlicherweise eindeutig in die Gruppe derer ein, die nicht die geringste Ahnung haben, wovon sie reden. Wenn er zwischen der amerikanischen Wirtschaft und den weltweiten Anforderungen eine gegenseitige Abhängigkeit sieht und befürwortet, dann entsagt er damit der Souveränität der USA und ihrer Freunde in der westlichen Welt. Es gibt viele, die seine Führung in diese Richtung als Hochverrat bezeichnen.

Natürlich ist Reagan kein Kommunist oder Sozialist. Wir sind der Meinung, daß er nie zu Ende gedacht hat, was bei diesem Weltwirtschaftssystem, für das er eintritt, logischerweise, zwangsläufig und mit Sicherheit herauskommen wird.

Warum macht Reagan solch unüberlegte Bemerkungen? Einfach, weil er ein Sprachrohr und Handlanger für jene ist, die seine Regierung kontrollieren: die internationalen Banker?

Die internationalen Banker sind dabei, die Vereinigten Staaten eifrig und immer tiefer in ein »Weltwirtschaftssystem« hineinzudrängen. Während die Marxisten und Internationalisten der verschiedensten Schattierungen die Weltregierung aus unterschiedlichen ideologischen Gründen haben wollen, wird sie von den Banken aus einem denkbar praktischen Grund angestrebt: wegen riesiger Profite.

Für die Leser dieser Zeitschrift sollte es keine Überraschung sein, wenn sie feststellen, daß Reagan dem Plan der Banken seit seiner Amtsübernahme gewissenhaft gefolgt ist. Die Banken sind schlau genug zu wissen, daß ein Weltwirtschaftssystem ihnen ungeachtet der politischen Schattierung in die Hände spielen wird. Sie haben das in den vergangenen Jahren hinreichend bewiesen.

Es ist ergreifend zu beobachten, wie die »konservativen Gruppen« sich mit der Tatsache herumschlagen, daß ihr Führer ins andere Lager übergewechselt ist. Was können sie, abgesehen von dem Abhalten von »Geschäftsessen zu Spendensammelzwecken«, bei denen sie sich für eingebildete und völlig illusorische Siege gegenseitig auf die Schultern klopfen, anderes tun, als ihrem fehlgeleiteten Führer in die andere Richtung zu folgen und nicht auf dem Weg, von dem sie glaubten, daß sie ihn gehen?

Warum bekämpfen mutige Bürger in den USA und anderen westlichen Industriestaaten nicht die Politik der Entindustrialisierung der westlichen Welt durch Freihandel, wie sie in den USA von den Republikanern betrieben wird. Warum warten sie nicht mit Zöllen auf, um die Arbeitsplätze, die Industrie und die Märkte der Führungsmacht der westlichen Welt zu schützen?

Warum kämpfen sie nicht gegen Reagans Politik der Verschuldung, an der noch viele künftige Generationen zu tragen haben werden? Was ist eigentlich unkonservativer als eine öffentliche Schuld der USA, die sich unter Reagan von einer auf zwei Billionen Dollar verdoppelt hat?

Hier ist die 64-Milliarden-Dollar-Frage: Warum hört man nicht auf, den Diktaten eines fremden Landes zu folgen und gibt zu, daß die einseitige amerikanische Nahostpolitik verhängnisvoll ist? Dadurch, daß die Macht dieser manipulativen, ausländischen Lobby nicht erkannt wird, muß man hinter allem, was sie sagen und tun Bestechung und Korruption vermuten.

Der Verrat am Westen

Dann ist da noch die Geschichte mit Nicaragua. Die USA möchten in das Land einmarschieren. Sie wollen einen schönen kleinen Krieg, den die Banken liebend gerne finanzieren würden. Natürlich würden sie nicht kämpfen. Dafür würden sie andere schicken. Warum unterstützt man nicht den Plan einer Seeblockade, den unblutigen Weg, um die Freiheit in Nicaragua wieder herzustellen?

Es gibt noch viele weitere Themen, zu denen die »Konservativen« in den Vereinigten Staaten und in den Ländern Westeuropas schweigen, oder bei denen sie effektiv auf der falschen Seite stehen.

Eigentlich sollte es jedem klar werden, worum es geht. Die Bürger der westlichen Welt werden verraten – es gibt kein anderes Wort dafür. Reagans Äußerung, daß er die USA und ihre Satelliten in eine Weltregierung führen wird, sollte jeden Bürger in den Vereinigten Staaten und Europa zutiefst schockieren. Jeder sogenannte »konservative Politiker«, der dem allem zustimmt und eine Weltkontrolle befürwortet, muß als jemand angesehen werden, der wissentlich auf die Zerstörung der Grundrechte, der Freiheit und der Souveränität der einzelnen westlichen Nationen hinarbeitet. □



Weltkontrolle

Das Problem Naher Osten

Titus Annius

Für jene, die planen die Welt zu kontrollieren, ist der Nahe Osten wahrscheinlich das strategisch wichtigste Gebiet. Hier laufen nicht nur drei Kontinente zusammen, sondern er birgt auch die Quelle für die größten, bekannten Vorkommen eines der gegenwärtig wichtigsten Rohstoffe, das Öl. Die Gründung des Staates Israel liefert den Weltkontrolleuren zwei wichtige Vorteile: Erstens, geographisch betrachtet ist Israel das Schlüsselgebiet, von dem aus seine Anrainer-Staaten unter Kontrolle gebracht werden können; zweitens, psychologisch betrachtet liefert ein Konflikt zwischen Israelis und Arabern einen Brennpunkt, einen Sammelpunkt für die Glaubensgenossen dieser Leute in allen anderen Ländern, so daß man sie aus der Assimilation herausholen und ihre Rolle in den Endphasen der Welt-»Eroberung« spielen lassen kann.

Die Regierung des Vereinigten Königreichs, Frankreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion stehen praktisch unter Kontrolle der Welt-»Eroberer«. Deshalb ist es nicht schwer sich vorzustellen, wie diese vier Länder – die alle scheinbar unabhängig voneinander handeln und den verschiedenen arabischen Staaten einerseits und Israel andererseits Hilfe und Rat gaben – aggressive Situationen aufbauen und sie in vorgezeichneter Art und Weise ausnutzen können. So kommen die arabischen Länder Schritt für Schritt immer mehr unter ihre Kontrolle, und das Territorium Israels läßt sich vergrößern.

Die Bedeutung der chinesischen Haltung

Da Frieden im Nahen Osten der Ausnutzung der obigen Vorteile zuwiderlaufen würde, werden diejenigen, die die Beherrschung der Welt anstreben, dem arabischen und israelischen Volk nie zugestehen einen Frieden auszuhandeln, wie sehr sich die Menschen, die in diesem Gebiet leben, dies auch wünschen mögen. Es ist nicht überraschend, daß terroristische Aktionen jedes Mal dann eintreten, wenn eine Friedensbemühung im Gang ist.

Der israelische Konflikt dient denen, die die Weltherrschaft anstreben, um den Kampfgeist und die Moral ihrer Glaubensgenossen aufrechtzuerhalten.

Frieden im Nahen Osten hängt also von der Haltung und den Vereinbarungen der anderen Nationen ab, die noch nicht unter der Herrschaft jener stehen, die die Weltkontrolle anstreben.

Es ist deshalb an der Zeit zu versuchen, eine Beurteilung dessen vorzunehmen, was man für die »tatsächliche« Weltsituation hält, insbesondere was die Länder des Nahen Ostens angeht.

Man ist der Meinung, daß sich die Pläne jener, die die Weltherrschaft anstreben, durch den Abfall Chinas erheblich verzögert haben. Es scheint Anzeichen dafür zu geben, daß sie als unmittelbare Folge davon den Einfluß auf ihre Glaubensgenossen verlieren; deshalb brauchen sie mehr als je zuvor die konsoli-

Weltkontrolle

Das Problem Naher Osten

dierende Kraft, die ein israelischer Konflikt schaffen kann.

Wer ihren Plänen in die Quere kommt

Man glaubt, daß der Abfall Chinas sie veranlaßt hat, ihre Kontrolle über die Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten, Frankreich und der Sowjetunion zu verstärken und daß die gemeinsamen Handlungen dieser Regierungen besser denn je koordiniert sind. Die arabischen Staaten und Israel sind wahrscheinlich Bestandteil dieser Aktionen.

Man vermutet, daß ein Teil der finanziellen und wirtschaftlichen Offensive gegen Deutschland und Japan darin besteht, diese Länder zu veranlassen größere Mengen ihrer Reserven einzufrieren. Israel wurde vielleicht dazu gebracht, diese Länder um umfangreiche Kredite und finanzielle Unterstützungen zu ersuchen, um den Frieden im Nahen Osten aufrechtzuerhalten und ein wirtschaftlich lebensfähiges Israel zu erhalten.

Die Lage im Nahen Osten ist für jene, die die Weltherrschaft anstreben, vielleicht von so großer Bedeutung, daß sie ihren subversiven Einfluß geltend machen könnten, um zu versuchen, die Regierung eines jeden Volkes aus dem Amt zu drängen, die ihnen bei ihren Plänen in die Quere kommt.

Eine Beurteilung der Situation im militärischen Sinn beginnt mit »Informationen über den Feind«. Wenn man jene, die die Weltherrschaft anstreben, als »den Feind« definiert, dann braucht man – um Informationen über ihn zu bekommen – eine Art »Nachrichtendienst«, denn der Feind kann sämtliche nur erdenklichen Maßnahmen ergreifen, um sich zu verbergen. An Informationen kann man nur herankommen, wenn man beispielsweise seinen Code entschlüsselt, durch Überläufer, durch Beurteilung der Folgen seiner Handlungen und durch Rückschlüsse.

Diese Methoden sind dem Feind natürlich wohlbekannt, und er gibt sich erhebliche Mühe, um jegliche undichte Stelle in seinem Sicherheitssystem zu verdecken, Verwirrung darüber zu stiften oder sie unbrauchbar zu machen. Werden aufgrund solcher undichter Stellen Aktionen unternommen, um ihn anzugreifen, wird er hier sehr wahrscheinlich mit seinen eigenen Kräften eingreifen, bis derartige Aktionen gestoppt werden.

Publikationen von Abtrünnigen

Glücklicherweise sind einige hervorragende Männer entweder so erzürnt gewesen über die Macht, die der Feind auf sie ausübte oder so entsetzt über seine Methoden und Absichten – oder beides –, so daß sie zeitweise abtrünnig geworden sind, um dem Rest der Welt eine Botschaft oder Warnung zu geben, bevor sie wieder in den Dienst des Feindes zurückkehrten.

Sir Winston Churchill und Dr. Carroll Quigley waren zwei von diesen Männern. Es ist interessant, kurz zu untersuchen, was diese beiden Männer geschrieben haben, und warum sie es taten.

Sir Winston Churchill schrieb den Artikel »Zionismus kontra Bolschewismus« 1920 im »Illustrated Sunday Herald«. Seine Familie hat seit einem Vierteljahrtausend dem Feindeslager angehört und als er diesen Artikel veröffentlichte, hatte er sich selbst kurz vorher vor einem englischen Gericht zu verantworten, weil er angeklagt war, in seiner Amtseigenschaft über den Ausgang des Kampfes um Jütland einen falschen Bericht gegeben zu haben, wodurch es seinem Finanzberater – einem der führenden, internationalen Banker – ermöglicht wurde an der New Yorker Börse einen Gewinn von rund 50 Millionen Dollar zu machen.

Vielleicht hatten ihn auch die Berichte über die Methoden der Terrorisierung des russischen Volkes während der Revolution beeinflußt und sein Gewissen hatte sich geregt, da er selbst im Burenkrieg in ähnliche Dinge verwickelt war und die Rolle kannte, die die britische Regierung in der russischen Revolution gespielt hat.

Unter dem Vorwand damit dem Zionismus zu dienen – wozu ihn der Feind vermutlich drängte – stellte er jene bloß, die ihn in seiner Gewalt hatten und brachte den Namen der Schriftstellerin Nesta Webster zur Sprache, so daß jene, die die Botschaft lasen, sie richtig verstehen konnten. Er unterschied auch genau zwischen dem Feind, den treulichen internationalen Juden und deren Anhängern sowie dem Rest der jüdischen Rasse, in deren Interesse sowohl sein Artikel als auch diese Aufzeichnung geschrieben worden sind.

Dr. Carroll Quigley schrieb das Buch »Tragödie und Hoffnung«, veröffentlicht 1966 in New York. Dr. Quigley, Professor für Geschichte an der Diplomatenschule der Georgetown Universität in Washington, hatte ein weitaus größeres Problem sein Geschichtsbuch zu veröffentlichen und unter jene Leute zu bringen, die er beeinflussen wollte als Winston Churchill, dessen einzelner Artikel in einer Sonntagszeitung gedruckt wurde.

Es ist deshalb nicht überraschend, daß er bei der Weitergabe seiner Botschaft viel subtiler und indirekter vorgehen mußte, zumal sie die Informationen selbst enthielt und nicht nur den Hinweis, wo sie zu finden sind, wie in Churchills Artikel.

Absichtlich negativer Pseudo-Sozialismus

Quigley weist in seinem Buch direkt auf die Rolle hin, die der Feind bei der Beeinflussung der US-Regierung gespielt hat sowie die Verbindung zu den Briten. Seine weniger direkten Botschaften lassen sich interpretieren als Informationen über die Kriegsgeschichte und den Verlauf des gegenwärtigen Kampfes. Es könnte die Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy gewesen sein, die Quigley möglicherweise schockiert und zu seinen Enthüllungen veranlaßt hat. Dies könnte als Teil einer generellen Veränderung in der Führung der einzelnen Länder der Welt angesehen werden, die der Feind beschlossen hat, da seine Pläne aufgrund der Haltung Chinas falsch gelaufen sind.

China erkannte, daß es sich bei dem sowjetischen Kommunismus um einen absichtlich negativen Pseudo-Sozialismus handelte und lehnte ihn ab. Ein religiöser Beobachter nannte die kommunistischen Chinesen »anonyme Christen«, denen es die westlichen Christen sehr wohl nachmachen könnten.

Der Schriftsteller G. K. Chesterton, der sein Buch »Ein kurzer geschichtlicher Abriß Englands«, 1917 in London erschienen, kurz nach der russischen Revolution begonnen hat, könnte ebenfalls eine Botschaft geliefert haben, als er vorschlug, wir sollten die Dinge völlig umkehren, um sie zu verstehen. Sein Verwandter A. K. Chesterton schreibt andererseits fast zu direkt, und obwohl das, was er schreibt, sehr wohl stimmen mag, könnte er durch seine bittere Einstellung die Wirkung seiner Schriften beeinträchtigen.

G. K. Chesterton geht relativ humorvoll die Probleme an. Er teilt sie in zwei Kategorien ein: erstens, die Informationen von treuen Juden, die etws über die Pläne des Feindes wissen, diese jedoch nicht unterstützen. Aufgrund ihrer heiklen Position betrachtet es der Autor als nicht fair, von ihnen Informationen zu erbitten. Die Forderung eines solchen Juden, der sehr gute Verbindungen besaß, bestätigte jedoch, was vorgeht. Sie lautete wie folgt: »Ich kenne Mr. Guy de Rothschild persönlich, ich weiß, was er vorhat und Ihr müßt ihn stoppen.« Dann zitierte er die Bibel, Könige 9,6.

Zweitens lernte Chesterton durch reinen Zufall – und er erkannte es zu dem Zeitpunkt nicht einmal – einen der führenden Geisteswissenschaftler und Gelehrten auf der Welt kennen, in einem Gebiet, das die jüdische Geschichte berührt und wurde somit selbst zu einem Insider. Er gab darauf etwas weiter, was eine wahre Insider-Geschichte gewesen sein muß, die er von einem anderen gelehrten jüdischen Freund hatte.

Entzifferung des feindlichen Codes

Das magische Losungswort brachte in der Haltung des anderen ihm gegenüber eine große Herzlichkeit und Wärme zur Entfaltung, und so erfuhr er im Austausch eine Reihe erstaunlicher Informationen. Sollte dies stimmen – und die Autorität, die

sie äußerte, war weltbekannt –, dann wird damit der gesamte zeitliche Maßstab und der geographische Umfang der Zivilisationsgeschichte verändert, was vor den Außenstehenden absichtlich verborgen gehalten wird.

Wenn man diese Informationen allerdings kennt, so ist man in der Lage, die normal aufgezeichnete Geschichte zu verstehen, und es klärt einige der versteckten Bedeutungen in Quigleys Buch. Diese Informationen ermöglichen einem auch, die Methoden zu studieren, die der Feind verwendet hat, um die historische Wahrheit zu verdecken und so auch künftig die Wahrheit von der Lüge zu unterscheiden.

Wie noch dargestellt wird, muß der Feind nicht nur unter sich kommunizieren, sondern auch mit seiner eigenen Rasse, um einen guten Kampfgeist aufzubauen und die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken.

Was G. K. Chesterton vielleicht gemeint hat, als er vorschlug, die Dinge völlig umzukehren, war, daß viel von der veröffentlichten Geschichtsschreibung Fiktion ist und viel von der Fiktion wahre Geschichte.

In der Encyclopeadia Britannica heißt es: »Der Begriff ›Romancz‹, der ursprünglich auf Lateinisch: einheimisch, Muttersprache, Landessprache bedeutet, wurde zunehmend für Werke historischen Inhaltes verwendet.« Das könnte darauf hindeuten, daß es sich bei den Geschichten von Vergils »Änäis«, Alexander dem Großen, Theben und Troja um Abhandlungen mit wahrem geschichtichen Hintergrund handelt.

Nach einer in privaten Kreisen zirkulierenden Vorlesung, die vor der Jewish Historical Society (Jüdische Historische Gesellschaft) 1887 gehalten worden ist, hat der »Roman« von König Artus seinen Ursprung in König David und seinen rund vierzig Lanzenträgern. Die isländischen Sagen sind offenbar Aufzeichnungen tatsächlicher Ereignisse in der Geschichte aller Völker.

Die Geschichte von Richard III. von England, wie sie in den Schulen gelehrt wird, basiert noch immer auf dem, was Sir Thomas More, der Autor von »Utopia«, geschrieben hat, dem nachgewiesen wurde, daß er aus Werken verschiedener, teilweise ausgezeichneter Autoren der letzten vier Jahrhunderten absichtlich gefälschte Daten verwendet hat.

Im letzten Werk unter dem Namen Josephine Tey »The Daughter of Time«, London 1951, werden entsprechende Parallelen zur IRA beispielsweise gezogen, wie sie gegenwärtig in Irland operiert, die dem Feind sehr wohl mißfallen haben könnten. Obwohl vielleicht kein Zusammenhang besteht, hat diese Autorin einen frühen Tod gefunden.

Informationen aus der arabischen Welt

Ein Teil des Codesystems besteht deshalb darin, zu wissen, was wahr und was falsch ist. Das läßt sich einfach feststellen, wenn man weiß, an wen die Botschaft gerichtet ist oder mittels eines Codes, der einen jahrhundertealten Symbolismus verwendet. Über diesen Weg werden die Adepten beispielsweise darüber informiert, daß »Die Abenteuer von Asterix, dem Gallier« wahr sind und deshalb auch die Konstruktionen der beschriebenen Ruder- und Segelschiffe aus dieser Zeit wahrscheinlich korrekt sind, was nicht der existierenden Literatur zu diesem Thema entspricht.

Es deckt sich allerdings mit den Informationen, die der oben erwähnte Gelehrte und Geisteswissenschaftler Chesterton gab und liefert wichtige Anhaltspunkte für die Geschichte.

Es wurden Codewörter, Symbole und Zahlen herausgefunden, die jüdischen Religionsbüchern, der Kabbala, der Literatur der Klassik und Romantik, den Sagen und der Mythologie entstammten, wobei die geläufigste Quelle der Geschichte und der Legenden über König David entspringt.

Da König Faysal auf der dritten Islamischen Konferenz vom 29. Februar bis 4. März 1972 in Djeddah auf diese ganze Frage Bezug nahm, wird angenommen, daß der arabischen Welt die Sache bekannt ist. Es wurden aus dieser Quelle jedoch bisher keine Informationen eingeholt.

Die Probleme, denen sich der Feind in seinem Bestreben Weltherrschaft zu erlangen, gegenübersieht, lassen sich wie folgt zusammenfassen: Erstens, auserwählte Personen anderer Rassen dazu zu bekommen für ihn zu handeln; zweitens, die Menschen anderer Rassen – abgesehen von einigen wenigen – über seinen Plan im unklaren zu lassen; drittens, Menschen der eigenen Rasse dazu zu bekommen für ihn zu handeln; viertens, die Menschen der eigenen Rassen hinreichend genügend über seine Pläne und Erfolge zu informieren, so daß sie eine spezifische Rasse bleiben und bei Bedarf mit vereinter Kraft handeln.

Es läßt sich leicht erkennen, daß es äußerst schwer sein wird Punkt zwei und vier miteinander in Einklang zu bringen. Es kann auch sein, daß die internen Probleme weitaus größer sind als die externen, wie das in großen Organisationen oft der Fall ist.

Spezielle Probleme des Feindes

Wenn die Analyse in Quigleys Buch korrekt ist und man im Jahr 1962 erkannte, daß das Abfallen Chinas eine Änderung des Plans erforderlich machte, dann könnte China sehr wohl das größte Problem des Feindes gewesen sein, was durch die Beseitigung John F. Kennedys als Präsident der USA, Chruschtschow aus dem Kreml und die anderen Veränderungen im Vereinigten Königreich, Kanada und Indien nicht gelöst worden ist.

Das könnte der Grund sein für Quigleys Bemerkung, daß »ab dem Jahre 1964 die Spaltung innerhalb der kommunistischen Bewegung unüberwindbar schien«. Deshalb wurde vielleicht auch die finanzielle und wirtschaftliche Offensive um das Jahr 1965 durch die Expansion des Euro-Dollars eröffnet.

Das Abfallen Chinas hat wohl eine Fortsetzung des Kalten Krieges und die strategischen Vorteile, die nach dem Plan des Feindes daraus zu ziehen gewesen wären, unausführbar gemacht. Deshalb mußte er auf seine andere Waffe, »die Finanzen«, zurückgreifen.

In wieweit das Veto General de Gaulles auf Großbritanniens Eintritt in den Gemeinsamen Markt auf den Versuch des Feindes zurückzuführen war, die Verbindung mit China durch die Beziehung zu Frankreich offenzuhalten, ist nicht klar, doch die Folge war, daß der Eintritt Englands um etwa neun Jahre verzögert wurde. Das könnte deshalb das Ausmaß sein, um das sich der gesamte Zeitplan des Feindes verzögert hat.

In dieser Zeit schlugen auch weitere Bemühungen mit China und der »Verständigungspolitik« der Vereinigten Staaten fertigzuwerden und die USA dazu zu bringen, in den indisch-pakistanischen Krieg einzutreten, fehl, doch Deutschland entwickelte seine eigenständige Ostpolitik, die erfolgreich gewesen ist.

In einem erneuten Versuch die Haltung Chinas zu ändern, verkündete die amerikanische Regierung im Juli 1971, daß der Präsident bereit sei Peking zu besuchen. Man hatte jedoch Japan nicht vorher konsultiert, das dagegen Einspruch erhob, so daß damit der Boden für die Wahl einer neuen japanischen Regierung geschaffen war, die sich dem Einfluß Amerikas entzog und sich China zuwandte.

Der Feind war im Mai 1973 in einer Lage, in der es nicht nur um China, sondern auch um Deutschland und Japan ging.

In einer Eskalation der finanziellen Offensive Anfang 1973 zwang der Feind sowohl Deutschland als auch Japan ihre Wechselkurse zu schützen, indem sie ihren Dollar-Bestand erheblich erhöhten, während ihre eigenen Währungen gegenüber dem Dollar aufgewertet wurden.

Gleichzeitig überzeugte der Feind Japan davon, seinen Dollar-Bestand durch erhebliche Investitionen im Ausland zu reduzieren, was zur Folge hatte, daß diese Reserven eingefroren wurden, ohne damit einen strategischen Vorteil oder kommerzielle Kontrolle zu erhalten. Deutschland hat der Feind angeregt, in der Sowjetunion sehr große Investitionen zu tätigen, die eine ähnliche Auswirkung auf Deutschlands finanzielle Position haben dürften.

Es hat den Anschein, als würde der Feind eindringlich versuchen die finanzielle Überlegenheit zu schmälern, die Deutschland und

Weltkontrolle

Das Problem Naher Osten

Japan durch den Fleiß ihrer Bevölkerung gesammelt haben. Man erinnert sich möglicherweise an das Jahr 1933 und fürchtet, daß Deutschland, Japan und China gemeinsame Vereinbarungen treffen könnten, die die beiden ersteren von internationalen Geldgebern und dem Wirtschaftsklima in anderen Ländern, insbesondere den Vereinigten Staaten, weniger abhängig machen würde. Deshalb mußte der Feind sicherstellen, daß Deutschland ein enger Bestandteil der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und insbesondere einer Währungsunion wurde und bleibt.

Verzögerung in der Zeitplanung des Feindes

Es ist begreiflich, daß es zur schwierigsten Aufgabe des Feindes gehört, die eigenen Glaubensgenossen weltweit weiterhin so zu begeistern, daß man bei Bedarf auf ihre uneingeschränkte Kooperation wird zählen können. Dieses Grundproblem ist heute wahrscheinlich nicht geringer als 586 vor Christus, wie es Professor S. W. Baron in seinem Buch »A Social and Religious History of the Jews«, erschienen 1952 bis 1962 in New York, beschreibt. Nach der Stimmenzahl zu urteilen, unterstützten 2 159 840 Personen im Jahr 1946 die zionistische Bewegung. Diese Zahl war auch im Jahr 1960 nicht höher, was ein Indiz dafür ist, daß man diese Methode der Stimmabgabe, die das Wachstum der Bewegung reflektieren sollte, bei den folgenden Versammlungen abschaffte.

Die zeitliche Verzögerung von neun Jahren in der Zeitplanung des Feindes, von der ausgegangen wird, könnte, wenn sie zutrifft, eine deutliche Wirkung auf den Aufbau der Moral gehabt haben, mittels derer die Leistung zu einem bestimmten Zeitpunkt auf eine konsolidierte Stufe gebracht werden sollte.

Inwieweit der israelisch-arabische Krieg von 1967 für dieses interne Problem des Feindes nötig gewesen sein mag, ist schwer zu beurteilen, doch Nahum Goldmans Rede vor dem World Jewish Congress 1953 in Genf ist in dieser Hinsicht interessant.

Gegenwärtig scheinen insbesondere in Großbritannien alle möglichen Arten von Medien wie Theater, Film, Fernsehen und Radio dafür verwendet werden, die Botschaften des Feindes darüber, wie erfolgreich seine Leute in der Vergangenheit gewesen sind, wie nahe die Revolution bevorsteht und wie unwirksam der traditionelle Einfluß der Kirchen- und Familiendisziplin ist, um sich dem zu widersetzen, an dessen Glaubensgenossen zu überbringen.

Es scheint beinahe, als wäre der Feind derart bedacht darauf die Botschaften herüberzubringen, daß er dabei sogar bereit wäre die Aufdeckung seiner lange verborgenen Absichten zu riskieren.

Die Behinderung Deutschlands

Wie oben erwähnt, ist es schwierig, das externe Problem 2 mit dem internen Problem 4 in Einklang zu bringen. Darum muß der Feind doppelt sichergehen, daß der Rest der Welt nicht nur über seine Pläne im unklaren bleibt, sondern daß man es auch nicht einmal wagt seine Existenz zuzugeben, wie es George Batault in seinem Buch »Le problème juif«, Paris 1919, so geschickt ausgedrückt hat.

Darüber hinaus zwang der Feind im Rahmen seiner Pläne Deutschland 1939 in den Krieg einzutreten, etwas, was sich schon zu einem früheren Zeitpunkt als erfolgreich herausgestellt hatte, um damit eine Kombination kurz- und langfristiger politischer Vorteile, verbunden mit einem finanziellen Profit, zu erzielen.

Ein Ziel bei diesem Vorgehen war die Stärkung der Macht des »Tabou«, wie von Batault beschrieben wird. Um dieses »Tabou« aufrechtzuerhalten, wurde die Art von Propaganda, mit der es heraufbeschworen wurde, fortgesetzt und jetzt – fast fünfzig Jahre danach – wird sie sogar noch verstärkt und gleichzeitig mit den Botschaften, zu denen sie gehört, in den bekannten Establishment-Medien herausgebracht.

Ein spezielles Phänomen, das sich diese Propaganda zunutzte gemacht hat, war die »Jagd auf die Kriegsverbrecher« und das »Holocaust-Geschäft«. Doch hierbei scheint dem Feind langsam Einhalt geboten zu werden. Trotzdem wird dieses Thema wachgehalten, was zur Strategie des Feindes gehört, Deutschland daran zu hindern, eine zentrale Macht in Europa zu werden.

Man kann wohl annehmen, daß der Feind die Führer der verschiedensten Staaten austauschen mußte, denn um mit dem Abfallen Chinas fertigzuwerden mußte er seine Kontrolle über die eigenen Staatsoberhäupter verstärken. Die allmähliche Verminderung des Kalten Krieges würde es den Staatsoberhäuptern der drei wichtigsten westlichen Mächte unter der Herrschaft des Feindes – Großbritannien, Frankreich und USA – wahrscheinlich leichter machen, mit dem Oberhaupt des feindlich kontrollierten sowjetischen Staates zusammenzutreffen.

In diesem Zusammenhang ist bekannt, daß das Auswechseln Chruschtschows von David Rokkefeller arrangiert wurde, da es wenige Tage nach der Rückkehr Rockefellers in die USA erfolgte, nachdem er in der Sowjetunion einen Urlaub verbracht hatte.

Die Auswirkungen der vermutlichen Durchkreuzung der Pläne des Feindes im Jahr 1962 könnten also einmal gewesen sein, daß damit der Einfluß, den er auf die Mehrheit seiner Glaubensgenossen ausgeübt hat, geschmälert worden ist, doch daß damit andererseits Disziplin und Koordination in den höheren Ebenen des Machtbereichs verstärkt wurden.

Bei den Herrschaftsbereichen des Feindes handelt es sich um das Vereinigte Königreich, Frankreich, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion. Die Länder sind in abnehmender Folge in bezug auf die Zeitdauer genannt, in der sie unter der Kontrolle des Feindes sich befanden.

Beschleunigung des Verfalls der USA

Die genauen Daten sind offen, doch es wird angenommen, daß das Vereinigte Königreich oder vielmehr England im 16. Jahrhundert in gewissem Maße unter Kontrolle geriet. Um 1700, als die Bank von England gegründet wurde, wäre wahrscheinlich ein sicheres Datum.

Da bestimmte Familien jedoch schon sehr viel länger unter dem Einfluß des Feindes waren, ließe sich der Beginn der Kontrolle Frankreichs etwa auf 1800 festlegen, während die Vereinigten Staaten gegen Ende des 19. Jahrhunderts stark von den Geldmächten beeinflußt waren, und diese Kontrolle verstärkte sich erheblich mit der Schaffung des Federal Reserve System im Jahr 1913.

1917 war Rußland noch ein Land, das die meisten Christen beherbergte. Winston Churchill schrieb dazu: »Im März 1917 war der Zar auf dem Thron; das russische Empire und das Volk standen aufrecht da, die Front war sicher und der Sieg gewiß.«

Der Feind konnte diese Menschen nur durch ein totales Terror-Regime unter seinen Einfluß bringen. Man weiß, daß diese Terrorherrschaft bis zum heutigen Tag anhält.

Man kann davon ausgehen, die Länge der Zeit, in der jeder Herrschaftsbereich unter der Kontrolle des Feindes gewesen ist, ist ein wichtiger Faktor für die Beurteilung der Art und relativen Ausgeklügeltheit seiner individuellen politischen Strategien. Dieser Faktor läßt sich auch zu den Methoden in Beziehung setzen, mit denen die einzelnen Personen in jedem Herrschaftsbereich gezwungen werden, das zu tun, was der Feind will, ob sie sich darüber nun im klaren sein mögen oder nicht.

Wenn man Erpressung außer acht läßt, beinhalten diese Methoden im allgemeinen materiellen Gewinn oder gesellschaftlichen Aufstieg oder eine Mischung aus beidem, obwohl in Rußland auch der Terror ein übliches Mittel ist.

Bei der Analyse der relativen Transparenz der Strategien in den einzelnen Herrschafts- oder Machtbereichen erscheinen die im Vereinigten Königreich als die verborgensten und deshalb womöglich als die gefährlichsten. Ein früherer deutscher Kanzler legte seine Strategie einst aufgrund seiner Interpretation der Haltung Großbritanniens fest, die sich dann als das genaue Gegenteil dessen herausstellte, was er angenommen hatte.

Die gegenwärtige Strategie Frankreichs in Europa dürfte sich nicht sehr von dem Anschein unterscheiden, den sie erweckt, da die Ziele so klar sind und sich mit dem vermutlichen Gesamtplan des Feindes zu dekken scheinen. Die politische und wirtschaftliche Macht Frankreichs wird offenbar mit Hilfe der übrigen Herrschaftsbereiche aufgebaut, so daß das Land in den geplanten »Vereinigten Staaten von Europa« eine dominierende Rolle wird spielen können.

Außerhalb Europas wäre es wahrscheinlich lohnenswert zu untersuchen, welche Aufgabe Frankreichs hier im Gesamtplan hat, insbesondere um herauszufinden, welche genaue Bedeutung es hat, daß sie derart auf den Atomtests im Pazifik bestehen. Hängt das mit China zusammen?

Die Vereinigten Staaten werden eindeutig als wichtigste wirtschaftliche Waffe im weltweiten Plan benutzt, und dabei könnte es sehr wohl sein, daß sie ihren eigenen Verfall im Zuge des evolutionären Kreislaufs absichtlich beschleunigen, wie es Quigley vermutete. Was erhofft sich David Rockefeller von China? Will er China durch langfristige Kredite binden?

Seit dem Rückgang des Kalten Krieges hat sich die Rolle der Sowjetunion und seine veränderte Beziehung zu China erheblich geändert. Der scheinbare Anstieg der US-Investitionen in seinen Satellitenstaaten könnte darauf hindeuten, daß es sich in dieser Operationsphase für den Feind in gewisser Weise mehr als Belastung denn als Hilfe erweist.

Analyse der Lage des Feindes

Was der Nahe Osten für jene verkörpert, die die Weltherrschaft anstreben und die in dieser militärischen Analogie als der »Feind« bezeichnet wurden, kommt bei einer Analyse der gegenwärtigen Lage des Feindes ganz klar zum Ausdruck.

Wegen des Abfallens Chinas mußte der Feind offensichtlich seine Pläne ändern, was zu einer zeitlichen Verzögerung von mehreren Jahren führte und eine negative Auswirkung auf seine Bemühungen hat, den Kampfgeist und die Moral seiner Glaubensgenossen aufrechtzuerhalten.

Ein israelischer Konflikt wird vom Feind als Stimulans für diese Moral angesehen und es wäre daher logisch, wenn seine Pläne darauf hinauslaufen, die Stärke des Konflikts so lange wie möglich so intensiv wie möglich zu halten. Gleichzeitig wird er wahrscheinlich versuchen, Israels Erfolge auf strategischem und wirtschaftlichem Gebiet zu verbessern, so daß er wie eine Fußballmannschaft seine vorhandenen Anhänger halten und neue dazugewinnen kann.

Aus dem gleichen fundamentalen Grund scheint der Feind seine Kontrolle über die verschiedenen Herrschaftsbereiche und deren Koordination verstärkt zu haben. Deshalb kann man damit rechnen, daß die gemeinsamen Operationen, die der Feind wohl im Nahen Osten in Gang setzt, um die einzelnen Machtbereiche dazu zu verwenden, die einzelnen arabischen Staaten und Israel selbst zu beeinflussen, noch besser und effizienter durchgeführt werden als zuvor.

In der Vergangenheit wurde Israels Wirtschaft durch Geld- und Darlehenszuwendungen aufgebaut, von denen einige ein gewisses Emotionselement aufwiesen. Es wäre deshalb nichts Außergewöhnliches, würde der Feind versuchen, seine vermeintlichen Ziele durch Bindung der finanziellen Reserven Deutschlands und Japans zu fördern, indem er Israel vorschlägt, sich zur Unterstützung seiner Wirtschaft wegen umfangreicher Kredite an diese Länder zu wenden, und zwar mit der Begründung, daß eine Stärkung seiner wirtschaftlichen Lebensfähigkeit eine Art wäre, Frieden im Nahen Osten zu bewahren.

Wenn die Vermutungen über die Existenz des Feindes und dessen Interesse am Nahen Osten korrekt sind, dann wäre die Lage dort für ihn so wichtig, daß er wahrscheinlich jede andere Nation an einer Nahostpolitik hindern würde, die mit seinen Plänen kollidiert. Der Gegenangriff des Feindes könnte darauf hinauslaufen, daß er seinen subversiven Einfluß in dem betreffenden Land dazu benutzen wird, die politische Partei oder Gruppe, die eine derartige Nahostpolitik verfolgt, auf die eine oder andere Art und Weise aus dem Amt zu drängen. □

Vereinte Nationen

Geld strömt weiter

Mike Blair

Nach dem, was wie der feste Entschluß wirkte, den US-Beitrag zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Vereinten Nationen drastisch zu kürzen, hat die Reagan-Regierung jetzt in einem Wortgefecht mit UN-Beamten wieder zurückgenommen und bemüht sich den Kürzungen Einhalt zu gebieten.

Erst vor kurzem hatte die amerikanische Regierung das Weltorgan kritisiert und sich über die zahlreichen Resolutionen und Programme, die den US-Interessen zuwiderlaufen würden sowie über seine aufgeblähte Bürokratie, die von der Sowjetunion oft zu Spionagezwecken mißbraucht wird, beschwert.





In Saus und Braus

Die Kürzungen durch den US-Kongreß beliefen sich auf bis zu 70 Prozent oder 149 Millionen Dollar der Gesamtsumme, die die Vereinigten Staaten an die Vereinten Nationen im Oktober 1986 zahlen sollten. Amerika zahlt einen Jahresbeitrag, der 25 Prozent des regulären UN-Haushaltes ausmacht. Das ist die Riesensumme von 1,97 Milliarden Dollar im Vergleich zur Sowjetunion und ihren 83,5 Millionen Dollar, mit denen sie immer im Rückstand ist. Die Vereinten Nationen haben ein Jahresbudget von etwa 8 Milliarden Dollar, ein Beispiel für Geld, das umsonst ausgegeben wird.

Nach ihrer Kritik an der Organisation hat die Reagan-Regierung jetzt den entgegengesetzten Kurs eingeschlagen, sieht in den Vereinten Nationen plötzlich einen Schlüsselfaktor für die amerikanischen Auslandsinteressen und verlangt vom amerikanischen Kongreß den Beitrag zumindest nicht in dieser vollen Höhe zu kürzen.

»Die Exekutive wird ihr Möglichstes tun, um einen Großteil dieser Kürzungen wieder rückgängig zu machen«, sagte ein amerikanischer Regierungssprecher. Er meint, die finanzielle Lage der Vereinten Nationen sei ernst und es könnte sein, daß Präsident Ronald Reagan persönlich beim Kongreß interveniert, damit die Geldmittel lokker gemacht werden. Andernfalls könnten diese Kürzungen zur Folge haben, daß die Vereinten Nationen 1986 17 Prozent weniger eingenommen haben.

Es scheint, daß die Vereinigten Staaten die Vereinten Nationen auf dem »Kieker« haben, denn US-Generalsekretär Javier Perez du Cuellar behauptet, diese Maßnahme Amerikas habe die »schlimmste finanzielle Krise in der Geschichte der Organisation hervorgerufen«.

Perez de Cuellar sagte, er habe drei Wochen der regulären Sitzungen der Vollversammlung streichen und Personalreduzierungen vornehmen müssen. Obwohl 142 Punkte auf der Tagesordnung stehen, meint ein UNO-Beamter, gäbe es eigentlich nur einen wirklichen Tagesordnungspunkt: Geld.

Mit 100 000 Dollar erbärmlich leben

Perez de Cuellar äußerte, es sei »nicht klar, ob die Vereinten Nationen für den Rest des Jahres 1986 zahlungsfähig bleiben werden«. In diesem Jahr ist der grundlegende Betrieb der UNO gefährdet, denn angesichts ausgeschöpfter Reserven sieht er sich mit der Wahrscheinlichkeit konfrontiert, daß das Mitgliedsland mit dem höchsten Beitrag – eben die Vereinigten Staaten – eine erhebliche Summe von ihrem festgelegten Anteil am regulären Haushalt vorenthalten.

Es bestehen gute Aussichten, daß das Sekretariat in den kommenden Jahren straffer und weniger kostenaufwendig geführt wird, meinte Perez de Cuellar. Die Mehrheit der Amerikaner würde Abstriche im Sekretariat als die besten Neuigkeiten begrüßen, die sie seit langem von den Vereinten Nationen gehört haben.

Obwohl die Gehälter der UNO-Beamten im allgemeinen nicht veröffentlicht werden, ist bekannt, daß Perez de Cuellar selbst ein Jahresgehalt von 163 000 Dollar plus einer »Angleichung« von 29 885 Dollar und einer Zulage von 22 500 Dollar erhält.

Außerdem hat er einen Mitarbeiterstab von 16 Verwaltungsdirektoren, die ein Bruttogehalt von jeweils 121 046 Dollar beziehen; mehrere Assistenten mit 107 089 Dollar, ein Aufgebot von Direktoren mit 90 606 Dollar und Hunderte von Beamten mit einem niedrigeren Status, die 82 986 Dollar Jahresgehalt erhalten.

»Ich kann Ihnen versichern, daß die UNO-Gehälter kein extravagantes Leben erlauben«, gab Perez de Cuellar an. »Sie reichen kaum für eine angemessene Wohnung.«

Von US-Außenminister George Shultz wird berichtet, er habe an wichtige US-Kongreßabgeordnete Schreiben versandt, in denen er mitteilte, daß mit solch umfassenden Kürzungen der »amerikanische Einfluß in den Vereinten Nationen untergraben werde«.

Welcher Einfluß? Lediglich in 22,5 Prozent der Fälle stimmen die Mitgliedsländer im Schnitt auf seiten der USA im Vergleich zu 84,9 Prozent der Fälle, in denen auf seiten der Sowjetunion abgestimmt wird.

Ägypten beispielsweise stimmt nur in 15 Prozent der Fälle auf seiten der USA ab, trotz der Tatsache, daß das Land allein 1986 von Amerika rund zwei Milliarden Dollar an Auslandshilfe erhalten hat. Ägyptens 15 Prozent sind lediglich 2,8 Prozent mehr als die 12,2 Prozent der Fälle, in denen die Sowjetunion selbst mit den Vereinigten Staaten abstimmt.

Ein Haufen von Spionen

Die Sowjets unterhalten in New York eine UN-Mission, die doppelt so groß ist wie jede andere, die Amerikas eingeschlossen. Dort sind ungefähr 300 Mitarbeiter beschäftigt, von denen in der Mehrzahl vermutet wird, daß sie in Spionage-Aktivitäten verwickelt sind, was die Gruppe von 25 sowjetischen Mitarbeitern, die auf Verlangen der US-Regierung das Land verlassen mußten, zu einer verschwindend kleinen Zahl macht.

Schätzungen zufolge soll das UNO-Hauptquartier in New York ein Stützpunkt für 1200 Spione aus dem Sowjetblock sein.

Fast sieben Jahre nach der sowjetischen Invasion und Besetzung Afghanistans steht eine namentliche Kritik der Sowjetunion von seiten der Vereinten Nationen noch immer aus, doch die Vereinigten Staaten wurden für ihre Intervention in Grenada bereits zwei Wochen später verurteilt.

Die UNO hat sich auch über die Besetzung des benachbarten Kambodschas und Laos durch das kommunistische Vietnam und die Tausende von kubanischen Truppen in Angola in Schweigen gehüllt.

Es sind 159 Mitgliedsländer in den Vereinten Nationen vertreten, plus die Vereinigten Staaten. Da jedes Land gleiches Stimmrecht wie Amerika hat, können sie ohne amerikanische Zustimmung darüber entschei-



den, wie das Geld auszugeben ist. Tatsächlich sind es 80 Länder, die zusammen für weniger als ein Prozent des Gesamthaushalts aufkommen, aber gemeinsam entscheiden können, wie die Gelder ausgegeben werden. □

Zionismus

Der totale Krieg

S. E. D. Brown

Zu den erschreckendsten Faktoren des täglichen Lebens in der heutigen Welt gehört die Tatsache, daß jegliche Fragen über Juden, Judenschaft und jene mysteriöse internationale Kraft, der politische Zionismus, auf keinem öffentlichen Forum erörtert werden dürfen. Doch das ist noch nicht alles. Sobald sich eine Diskussion jüdischen Fragen zuwendet, geben die Tonangebenden aller Schichten der Gesellschaft, einschließlich der Wortführer der Christenheit, sämtliche Vernunft, Urteilskraft und moralische Courage auf – von der intellektuellen Integrität ganz zu schweigen. Jegliche Diskussion der jüdischen Frage wurde effektiv aus dem Bereich der rationalen, offenen Erörterungen herausgenommen und ist heute auf private Gruppen beschränkt, da man ansonsten des Antisemitismus verdächtigt wird. Denn bedeutete nicht jegliche Diskussion über Juden und Judenschaft gleichzeitig Antisemitismus?

Der stets und ständige Aufschrei vom »Antisemitismus« haben es auch unmöglich gemacht, das überwältigende Rassenproblem in Augenschein zu nehmen, eine Tatsache, die den Niedergang der westlichen Nationen beschleunigt, und zwar nicht nur in die Anarchie, sondern auch in den unwiderruflichen Verlust der europäischen Kultur und des Rassengutes.

Kein biologisches oder politisches Problem

Die Rassenfrage darf heutzutage nur im Rahmen eines rechtlichen, verfassungsmäßigen, moralischen, psychologischen oder soziologischen Problems gesehen werden. Niemals darf sie in ihrem eigentlichen und eigenen Rahmen betrachtet werden, nämlich als ein biologisches und politisches Problem. Denn dies, so behaupten einheitlich alle »Experten« und »führenden Denker« der Welt, ist »Rassismus« und natürlich »Apartheid«.

Und sind nicht »Rassismus« und »Apartheid«, die der weiße Mann betreibt – aber nie der schwarze Mann und die Juden –, eben die Markenzeichen des »Nazi« und des »Antisemiten« mit ihrem Begleitumstand des »Genozid«?

In der Tat ist der Westen durch die Verleumdungen von »Rassismus«, »Antisemitismus«, »Nazismus« und »Apartheid« dermaßen eingeschüchtert, daß die Menschen des Abendlandes heute unterwürfig den Mund halten. Diese Begriffe werden nie definiert, wodurch sich das Opfer dagegen verwahren oder verteidigen könnte, sondern sie werden stets als die Anklage eines gemeinen Verbrechens hinausgeschleudert, die den Beklagten jenseits der Gerichtsbarkeit stellt und seine automatische Verurteilung ohne Gerichtsverfahren vorwegnimmt.

Ein Klima der Einschüchterung

In diesem Klima der Einschüchterung ist ein üppiger Wildwuchs gediehen, und der unaufhörliche Kriegsschrei des »Antisemitismus« ist heute zu einer der wirksamsten Waffen in dem Arsenal der Zionisten geworden. Und wie leicht haben sie es damit in den letzten 40 Jahren und mehr gehabt.

Fast alle Kommunikationsmedien in den Vereinigten Staaten und in den meisten anderen westlichen Ländern liegen vollständig in den Händen der Zionisten, und niemand ist da, um nein zu sagen, denn jeder, der ihre Fakten und Propaganda in Frage stellt, wird sofort als »Antisemit« beschmiert und zum Schweigen gebracht.
Und nicht nur das. Diese Beherrscher der Medien, mit ihren inzwischen perfektionierten Verdunkelungs- und Erstikkungsmethoden, sind höchst zuversichtlich, daß ihre Kontrolle über die Medien in aller Welt ewig anhalten wird. Eben weil sie sich auf ihr »antisemitisches Tabu« verlassen konnten, und auf das ganze Einschüchterungsklima, das jeden rationalen Denkansatz in der jüdischen Frage umgibt, sind die Zionisten in der Lage gewesen, jetzt endlich ihren globalen und totalen Angriff auf die weiße Nation Südafrikas aufzuziehen, und zwar im Namen der »Apartheid«.

Da man sich eben auf dieses »antisemitische Tabu« und auf die inzwischen perfektionierten Verdunkelungs- und Erstikkungsmethoden verlassen konnte, hat der Zionismus den Menschen des Westens seit langem daran gehindert zu erfahren, daß die moderne Welt von Männern in Schlüsselpositionen politisch regiert und wirtschaftlich gesteuert wird. Der über Männer in Schlüsselpositionen ausgeübte Einfluß ist oft entscheidender als Beschlüsse von Staatsoberhäuptern oder als Resolutionen von Parlamenten.



Zionismus

Der totale Krieg

Der Zionismus hat es stets verstanden, solche Schlüsselpositionen zu besetzen und für sich zu bewahren und sie entweder dazu zu benutzen, politische Macht an sich zu reißen oder aus den Kulissen zu regieren.

Eine der stärksten Kräfte für die Vorantreibung der kommunistischen Tyrannei in aller Welt ist beispielsweise die zionistisch beherrschte und jetzt zionistisch gesteuerte Regierung der Vereinigten Staaten gewesen. Man kann kein einziges Land nennen, angefangen mit Polen oder Jugoslawien bis zu China oder Kuba, Vietnam, Angola, Mozambique oder Rhodesien und ein Dutzend anderer, das in die kommunistische Versklavung gebracht wurde, wo die zionistisch beherrschte Regierung dabei nicht die entscheidende Rolle gespielt hätte.

Die Anfänge des Kommunismus

Dasselbe gilt für die Umwandlung der Vereinigten Staaten selbst – ein Prozeß, der noch anhält –, und zwar in einen totalitären Staat, der reif wird für die formale Einführung des Kommunismus und der zionistischen Herrschaft. Die an diesem Prozeß beteiligten Revolutionäre wurden überwiegend von den Behörden der amerikanischen Zentralregierung finanziert, protegiert und ermutigt.

Das Ausmaß der amerikanischen Kulissenregierung wurde zum Beispiel im Jahr 1978 von Senator J. William Fulbright zum Ausdruck gebracht, der in dem Programm »Pressekontakte« vor 28 Millionen Zuschauern auf eine Frage bezüglich Israel erklärte: »Da kann man gar nichts tun, weil über 60 Prozent des Senats von Juden kontrolliert werden.«

Ebenfalls belegt ist seine Äußerung: »Wir haben uns jedem Willen Israels unterworfen. Ich weiß von keiner ähnlichen Situation in der Geschichte, wo sich ein großes Land dem Willen eines kleineren unterworfen hat.«

Die US-Regierung, unter zionistisch-kommunistischer Dominanz, ist jetzt tatsächlich zum Feind von Europa und dem weißen Mann überall geworden, im politischen, militärischen und vor allem im kulturellen Leben.

Eine der signifikantesten Leistungen des »antisemitischen Tabus« und der perfektionierten Verdunkelungs- und Erstikkungsmethoden von Zion ist auch, daß viele der wichtigsten Fakten über den Ursprung, den Umfang und das Wesen des Kommunismus sowie über die Identität seiner Anführer, Gedankenväter und Lenker dieser satanischen Revolutionsbewegung in Vergessenheit geraten sind. Angaben über den Kommunismus, die vor 80 Jahren noch Allgemeinwissen waren, sind manchmal eine große Überraschung für diejenigen, die ihn heute studieren.

So erleben wir denn, daß der Kommunismus seine Zwecke noch immer hinter einem Schleier schamloser Märchenerzählungen verfolgt, die grundlegenden historischen Tatsachen verleugnet, die eigentlich jedes Schulkind kennen sollte.

Winston Churchill hat das Thema einmal aufschlußreich beleuchtet, als er sagte: »Seit den Tagen von ›Spartakus‹ Weishaupt bis zu jenen von Karl Marx und Trotzky (Rußland), Bela Kun (Ungarn), Rosa Luxemburg (Deutschland) und Emma Goldman (USA), ist diese weltweite Verschwörung zum Sturz der Zivilisation und zur Reorganisation der Gesellschaft auf der Basis gebremster Entwicklung, neidischen Übelwollens und unmöglicher Gleichheit stetig gewachsen.

Sie spielte, wie ein moderner Autor Mrs. Nesta Webster so überzeugend dargestellt hat, eine deutlich erkennbare Rolle in der Tragödie der Französischen Revolution. Sie ist die Hauptquelle einer jeden subversiven Bewegung des 19. Jahrhunderts gewesen; und jetzt hat schließlich diese Bande von außergewöhnlichen Persönlichkeiten aus der Unterwelt der Großstädte in Europa und Amerika das russische Volk bei den Haaren gepackt und sind praktisch die unangefochtenen Herren jenes enormen Imperiums geworden.

Man braucht die Rolle gar nicht zu übertreiben, die diese internationalen und zumeist atheistischen Juden bei der Erfindung des Bolschewismus und dem Zustandekommen der Russischen Revolution gespielt haben. Sie ist zweifellos sehr groß; wahrscheinlich größer als alle anderen.«

Deformierung des Christentums

Der sehr wirksame Gebrauch des »antisemitischen Tabus« sowie der perfektionierten Verdunkelungs- und Erstickungsmethoden haben ebenfalls den Umfang verborgen gehalten, in dem die Deformierung des historischen Christentums durch die derzeitigen christlichen Wortführer in den Vereinigten Staaten und im Westen, sowie seine Säkularisierung in eine Form jüdischen Glaubens vorgenommen worden ist.

Das Christentum, wie es einmal von unserer weißen Rasse angenommen wurde, und noch vor 70 Jahren eine Festung der westlichen Zivilisation war und auch noch vor 50 Jahren eine vitale Kraft hatte, befindet sich heute im Absterben. Was heute von den Kanzeln der meisten Kirchen als offizielle christliche Lehre gepredigt wird, wäre in den dreißiger Jahren eindeutig und deutlich als antichristlich betrachtet worden. Und zwar so sehr, daß fast alle die Kirchen, die heute in Amerika und anderswo als christlich bezeichnet werden, praktisch antichristliche Ketzerei darstellen.

Das Christentum – einst eine Religion, die für das Überleben des abendländischen Mannes, seiner Nationen und Zivilisation geeignet war – wird systematisch von den heutigen Wortführern der christlichen Welt unterminiert und zerstört. Dank dieser gegenwärtigen Wortführer wird das Christentum tatsächlich durch das »Judeo-Christentum« ersetzt, das von zionistischen und kommunistischen Juden entworfene subversive Credo zur Förderung ihrer eigenen global-politischen Ziele.

Die konsequente Ruinierung der westlichen Zivilisation, die heute von den Vereinigten Staaten und den zionistischen und kommunistischen Juden betrieben wird, die die Vereinigten Staaten aus den Kulissen regieren, ist ein direktes Ergebnis des vorherrschenden Wahnes, wonach die Vereinigten Staaten eine »judeo-christliche« Mission haben, die Welt zu zivilisieren und sie »sicher für die Demokratie« zu machen.

Ein durchsichtiger Schwindel

Man kann die christliche Literatur in den verschiedenen Jahrhunderten durchforsten, und nirgends wird man die Phrase von dem »judeo-christlichen Erbe« finden, sie ist erst vor wenigen Jahren aufgetaucht. Und zwar als die Anti-Defamation League der B'nai B'rith-Loge und der »American Jewish Congress«, mit den dazugehörigen Gruppen und Handlangern anfingen, dieses unheilvolle Märchen zu verbreiten.

Als Ergebnis wird heute dieser unselige Refrain papageienhaft wiederholt – von katholischen Priestern und Prälaten, von protestantischen Bischöfen und den Klerikern aller Konfessionen, die ermutigt werden, in dieser Phrase einen Meilenstein des gehobenen Liberalismus zu sehen und den Beweis, daß sie von der sogenannten Sünde des »christlichen Antisemitismus« völlig rein sind.

Darüber hinaus ist die Annahme des Namens »Israel« durch den Zionismusstaat, der 1948 in Palästina errichtet wurde – und der heute von ganzem Herzen durch evangelische und fundamentale Christen unterstützt wird – ein durchsichtiger Schwindel. Die modernen Juden sind keine Israeliten, noch haben sie irgendein Recht auf einen Staat Israel. Die korrekte Bezeichnung für ihren zionistischen Staat müßte heißen: Staat von Juda.

Die große Mehrheit der Israelis sind nicht-religiöse Agnostiker und Atheisten, die überhaupt nicht auf Evangelisierung ansprechen. Die große Mehrheit der Menschen, die heute als westliche Juden bekannt sind, sind nicht die ethnischen, semitischen, biblischen Juden Palästinas – sondern die meisten von ihnen sind Nachfahren der konvertierten Khazaren, die in Südrußland gelebt haben und die aus politischen Gründen, um 800 nach Christus, zum Judaismus übergetreten sind. Sie haben nicht einen Tropfen biblisch-jüdisches Blut in ihren Adern, und sie haben zuvor ihren Fuß nie ins Heilige Land gesetzt.

Es sind diese Khazaren, die sich heute in Israel am lautstärksten als »Gottes auserwähltes Volk« ausgeben. Ihr israelischer Staat wurde außerdem im Atheismus geboren und basiert auf Materialismus; er wird genährt vom »Antisemitismus«, geführt vom Kommunismus, regiert vom Chauvinismus und verläßt sich heute ausschließlich auf den Militarismus.

Die beiden Äste eines Baumes

Aber man kann den totalen, weltweiten Angriff auf das weiße Südafrika, der heute zusammen mit den von Kommunisten angeheizten Unruhen unter den Schwarzen und mit Gewaltakten überall im Land betrieben wird, nicht verstehen, wenn man nicht weiß und versteht, daß die beiden asiatischen Bewegungen, die im Ersten Weltkrieg entstanden sind und die den Nutzen aus dem Zweiten Weltkrieg gezogen haben, der sowjetische Kommunismus und der politische Zionismus sind. Diese beiden Revolutionsbewegungen, die einer gemeinsamen Wurzel in den russischen Ghettos entsprungen sind, sind nichts anderes als die beiden Äste ein und desselben Baumes.

Es hat nie irgendeine Uneinigkeit in Ideologie, Taktik und Zielsetzung zwischen diesen zwei weltrevolutionären Kräften gegeben und gibt sie auch heute nicht. Ihr Zweck besteht darin, alle Rassen, Nationen und Regierungen zu ent-nationalisieren und auf den Trümmern der westlichen christlichen Zivilisation eine kollektivistische neue Weltordnung zu errichten. Ihre Organisation und politisches Werkzeug ist die Organisation der Vereinigten Nationen (UNO), deren Charta, wie richtig erkannt wurde, nichts anderes ist als die Umformulierung des sowjetisch-totalitären Systems in eine international gebräuchliche Sprachweise, die westlichem Denken und Vorgehensweisen angepaßt ist.

Die Aufgabe der UNO ist die Konditionierung der Welt dahingehend, daß sie die totale, geplante Weltgesellschaft akzeptiert, die sich die Fabianer, Lenin, Trotzky und Dutzende andere Revolutionäre vorgenommen haben, eine Gesellschaft, in der Traditionen, Integrität und Souveränität aller Völker vernichtet sein wird – zusammen mit der westlichen Welt, wie wir sie heute kennen.

Dies ist dieselbe UNO, die sich heute ihrer mehr als 120 »Anti-Apartheid«-Ausschüsse und Unterausschüsse rühmt, deren Einfluß in alle Ecken der Welt reicht. Dies ist dieselbe zionistisch-kommunistisch beherrschte Weltorganisation, deren Diktate heute so getreu und gehorsam von der Botha-Regierung ausgeführt werden, die sich geschworen hat, alle Formen der Diskriminierung in Südafrika zu beseitigen.

Und hätten sich die zionistischen und kommunistischen Herren der UNO jemals ein wirkungsvolleres politisches Instrument erhoffen können als die Botha-Regierung, um die rassische und nationale Integrität der weißen südafrikanischen Nation zu unterminieren und zu zerstören, auf daß sie schlußendlich von den Mächten der kommunistischen Weltrevolution übernommen werden kann?

Weltmacht auf Spitzenebene

In Amerika und anderen westlichen Ländern hat der Aufstieg des Zionismus gleichzeitig mit dem Aufstieg des Kommunismus stattgefunden. Die Zionisten arbeiten von der Spitze aus, die Kommunisten von der Basis. Die Macht, die der Zionismus heute in der Welt ausübt, ist Macht auf der höchsten politischen Ebene; in Sachen Weltangelegenheiten ist sie Weltmacht.

Die Eroberung Palästinas war nicht einfach eine Rückkehr von Juden in eine »altgeschichtliche Heimat«, sondern ein Versuch dort Weltmacht zu etablieren.

Das wahre Wesen der Zionistenbewegung – der sich übrigens viele Juden widersetzen – ist und war nie bloß »humanitär«, eine Sache nach einem »Refugium« oder einer »Heimat« für die verfolgten Juden aus Europa, sondern eine aggressive, imperialistisch-expansive Macht, erfüllt mit einem Sinn für Rassenschicksal, das keine Grenzen kennt und keine Opposition gegen seinen Feldzug um Vorherrschaft und Weltmacht duldet.

In der Vergangenheit haben Imperien große Macht über weite Gebiete besessen, doch sie waren sichtbare Organe. Nicht so der Zionismus, der in allen Ländern der Welt mittels enormer Finanz- und anderer Kräfte vorangetrieben wurde, die bei führenden Politikern, Verlegern, christlichen Wortführern und Personen des öffentlichen Lebens generell angesetzt haben.

Der Einfluß der Zionistenorganisation reicht bis in die innere, die Politik bestimmenden Gruppen fast einer jeden Regierung in der Welt, insbesondere im christlichen Westen. Dieser Einfluß veranlaßt diese Gruppen, eine pro-zionistische und prokommunistische Politik zu verfolgen, die oft im Widerstreit zu den tatsächlichen Interessen und dem eigentlichen Überleben der Völker und Nationen steht, die diese regieren. Dieser Umstand ist in den Vereinigten Staaten, in Großbritannien, den meisten westlichen Ländern und jetzt auch in Südafrika gegeben. Sein Ausmaß ist so groß, daß er zu einer tödlichen Bedrohung für das Überleben des Westens und seiner Zivilisation geworden ist.



Titelblatt eines der ersten Hefte der Zeitschrift »Die Kommunistische Internationale«.



Schreckliche Macht des Geldes

Erreicht wurde diese mittels Geheimgesellschaften wie beispielsweise die Freimaurerei und andere; mittels dessen, was der Begründer des politischen Zionismus, Theodor Herzl, »die schreckliche Macht des Geldes« genannt hat; mittels offener und geheimer Revolutions-Aktivitäten mit dem Ziel, das politische und soziale Leben der westlichen Nationen in seinen Grundmauern zu untergraben – und generell mittels eines gegeneinander Ausspielens: Politiker gegen Politiker, Partei gegen Partei, Klasse gegen Klasse, Nation gegen Nation und Rasse gegen Rasse.

Und jeglicher Versuch, diese mächtigen und bestens organi-

Zionismus

Der totale Krieg

sierten Kräfte oder ihre Verbindungen und Beziehungen untereinander offenzulegen, heißt, sich der schnellen Vergeltung dieser Kräfte auszusetzen, womit effektiv sämtliche Oppositionen gegen den politischen Zionismus und Kommunismus unterbunden wird. Tatsächlich sind die Zionisten so erfolgreich in der Unterdrückung jeglicher öffentlicher Diskussion über sich selbst und ihre Aktivitäten, daß sie in den letzten 30 Jahren und mehr ihre anhaltenden und weltweit geführten Kampagnen gegen »Rassismus« und »Rassendiskriminierung« des weißen Mannes aufziehen konnten, während sie selbst die strengste rassische, nationale und religiöse Exklusivität praktizieren.

Hinsichtlich der »Weltregierung«, für deren Zustandekommen sie nichts unversucht lassen, wissen sie mit unfehlbarem Instinkt für ihren eigenen Vorteil, daß die einzigen Leute, die irgendeinen Grund zur Loyalität gegenüber dem »Weltstaat« hätten, Juden sind, weil sie, bei dem von ihnen betriebenen vollintegrierten Rassenbewußtsein, das einzige Volk wären, das seine eigene Identität behält, und sie somit selbst die »Weltregierung« stellen würden.

Profis der Kriegsführung

Die Zionisten und Kommunisten sind in der Kriegsführung derart erfahren, daß sie wissen, sie können ihr Ziel auf verschiedene Weise anpacken. Sie wissen, daß einige Nationen noch immer zu »rückständig« sind, als daß sie der Kollektivierung ihrer Wirtschaft mit Begeisterung entgegensehen. Diese Nationen muß man mit indirekten Methoden dahin bringen.

Und die Methoden, die von den Kommunisten und Zionisten mit der größten Aggressivität in den Vereinigten Staaten, in Südafrika und überall benutzt werden, ist der Weg über Rassenvermischung und Integration. Diese Phase des Nivellierungs- und Auslöschungsprozesses läßt sich jetzt mit einem Schuß moralischer Inbrunst verkaufen. Darüber hinaus hat sie den taktischen Vorteil, die historischen Verfassungsstrukturen der einzelnen westlichen Länder zu unterminieren und zu zerstören.

Der Kommunismus hat sein Erscheinen stets durch eine angeblich freie und natürliche, in Wahrheit aber selbstbewußte und tendenziöse Rassenvermischung signalisiert. Dadurch hat die Öffentlichkeit in Amerika und Südafrika intuitiv das Auftauchen des Kommunismus und seiner subversiven Aktivitäten entdeckt.

Die einfachen Leute nehmen oft elementare Dinge wahr, die die hochgebildeten nicht sehen können. Daß sie richtig lagen, als sie Rassenvermischung, »Bürgerrechts«-Kampagnen und die Feldzüge gegen »Rassismus« und »Rassendiskriminierung« als die Eröffnungstaktiken des Kommunismus identifiziert haben, steht jetzt außer Frage.

Die einfachen Leute können auch klar sehen, wie heute das »Anti-Diskriminierungs«-Programm des Staatspräsidenten Botha von den Kommunisten und Zionisten als Brechstange benutzt wird, um das Fundament der weißen Nation in Südafrika aufzureißen und zu zerstören.

Hintergründe der »Bürgerrechts«-Bewegung

Der Begründer der »Bürgerrechts«-Bewegung in Amerika und dem Westen wurde in Ungarn geboren. Er benutzte in der Öffentlichkeit den Namen Joseph Pogany. In der Kommunistischen Partei Ungarns hieß er John Schwartz. Später, in der KP Amerikas, hieß er Joseph Lang. Doch am weitesten ist er unter seinem amerikanischen Pseudonym bekannt: John Pepper.

Dieser Mann machte sich der Geschichte zuerst als ein Führer der kommunistischen Terroristengruppe bekannt, die 1918 den ungarischen Premierminister Istvan Tisza ermordet hat. Danach half er bei der Vernichtung der Regierung Karolyi. Und zusammen mit Tibor Szamuelly ist er einer der Gründer und Chefdenker jenes kurzlebigen, aber unvorstellbar grausamen kommunistischen Regimes gewesen, das Bela Kun den Kopf abschlug.

Als Bela Kun gestürzt wurde, floh Joseph Pogany nach Moskau. 1922 kam er als Moskaus Agent in die Vereinigten Staaten, um sich der amerikanischen Kommunisten anzunehmen. Nachdem er der Festnahme bei der Bridgman-Razzia entkommen war, hielt er sich einige Jahre versteckt.

Doch bis zum Jahr 1928 hatte er es in der Beherrschung der englischen Sprache zur wahren Meisterschaft gebracht. Und er veröffentlichte in einem Jahr, als John Pepper, das 16seitige Pamphlet »American Negro Problems« (»Amerikas Negerprobleme«), wodurch er und sein Boß, Stalin, das Langzeitprogramm der Kommunisten aufgestellt hatten, eine Negerrevolution zu nähren und zu benutzen.

Fast nichts, was heute unter dem Schlagwort »Bürgerrechte« geschrieben, gepredigt und unternommen wird, sowie in den damit verbundenen druckstarken Feldzügen gegen »Rasissmus« und »Rassendiskriminierung« – sei es in den USA oder anderswo, auch in Südafrika – das nicht den Planungen und Anweisungen entspricht, die dieser jüdische Kommunist vor fast 60 Jahren niedergelegt hat.

Eine andere Informationsquelle bezüglich derjenigen, die die Vermischung von Weiß und Schwarz forcieren, ist das folgende Zitat aus dem Buch »A Racial Programm for the Twentieth Century« (»Ein Rassenprogramm für das 20. Jahrhundert«), das 1912 von Israel Cohen geschrieben wurde.

Dieses Zitat wurde in das US-Kongreß-Protokoll vom 7. Juni 1957 aufgenommen und bedarf keiner Interpretation: »Wir müssen erkennen, daß die mächtigste Waffe unserer Partei Rassenspannung ist. Indem wir den dunklen Rassen ins Bewußtsein hämmern, daß sie jahrhundertelang von den Weißen niedergehalten wurden, können wir sie für das Programm der Kommunistischen Partei umformen. In Amerika werden wir auf einen subtilen Sieg hinarbeiten. Während wir die Negerminderheit gegen die Weißen aufhetzen, werden wir uns bemühen, den Weißen einen Schuldkomplex wegen ihrer Ausbeutung der Neger einzuimpfen. Wir werden den Negern helfen, gesellschaftlich überall in Vorrangstellungen aufzusteigen, in den Berufen und in der Welt des Sports sowie im Show-Geschäft. Mit diesem Prestige wird der Neger in der Lage sein, Mischehen mit den Weißen einzugehen, und dies wird einen Prozeß einleiten, der Amerika unserer Sache ausliefern wird.«

Sie sind der Adel der Welt

Bei ihrem universalen Feldzug für Rassengleichheit und gegen Rassendiskriminierung, der den Schwarzen gegen den Weißen aufwiegelt, haben zionistische und kommunistische Juden eine Doktrin gefunden, die es nicht nur für den kleinen Kern Juden in der Welt absolut sicher macht, ihre eigene strenge rassische und nationale Exklusivität zu praktizieren, sondern sie gleichzeitig auch ihre eigenen nationalen und internationalen Zielsetzungen verfolgen läßt.

Es ist eine Doktrin, die auch vor den nicht-jüdischen Massen der Welt eines der grundlegenden Ziele ihres ganzen Feldzuges für »Rassengleichheit« und gegen »Rassismus« effektiv verheimlicht – nämlich diese Sicherheit und Immunität für sich selbst.

Eine Rolle dieser Art, das heißt, den Weißen einen Schuldkomplex einzuimpfen und den Schwarzen ins Bewußtsein zu hämmern, daß sie von den Weißen niedergeschlagen werden, ist eben die Rolle, die Harry Oppenheimer und seine Progressive Federal Party (PFP) und sein englisch-sprachiges Zeitungsmonopol seit langem und wirkungsvoll in Südafrika gespielt haben.

Unter »Rassismus« verstehen Juden, daß jegliche Anerkennung der Rasse als einer Realität ohne Grundlage ist. Sobald »Heiden« auf die Bedeutung der Rasse hinweisen, werden sie von ihnen sofort als böse und eine Bedrohung für den Frieden und das Wohlergehen der Menschheit angegiftet. Derzeit gibt es kein Wort in der englischen Sprache, das so mit Ablehnung und Verurteilung beladen ist wie »Rassist«. Jeder, der irgendeine Unterscheidung zwischen zwei Menschen aufgrund von Rasse macht oder anregt, läuft Gefahr, als ein übler Verbrecher gegen die moralische Ordnung der Menschheit zu gelten.

Aber wenn man einmal genauer unter die Oberfläche schaut, wird sehr schnell offenkundig, daß diese Einstellung gegenüber der Rasse das direkte Ergebnis eines organisierten, koordinierten und kräftig finanzierten Feldzuges ist, der sich gleichzeitig auf den weißen Mann überall konzentriert, um sämtliche Rassenmotivationen aus seinem Bewußtsein zu vertreiben. Hinter all dem stehen die zionistischen und kommunistischen Juden.

Indessen haben die Juden selbst ein fanatischeres Rassenbewußtsein und eine versessenere Entschlossenheit, sich als ein Volk von allen anderen gesondert zu halten, als irgendein anderes Volk der Geschichte. Ihre Religion, die die Antriebskraft hinter dem Zionismus ist, lehrt sie, daß sie allein menschliche Wesen sind beziehungsweise, wie es Samuel Untermeyer 1933 etwas bescheidener ausgedrückt hat, als er sagte, sie »sind der Adel der Welt«. Im einen wie im anderen Fall wurde die Erde für sie erschaffen, auf daß sie sie beherrschen und die Heiden ihre Diener und Sklaven seien.

Rasse, Religion und Nation sind im Judaismus und Zionismus so miteinander verschmolzen, daß heute niemand mehr sagen kann, wo das eine anfängt und das andere aufhört. Sie sind versessen auf Rassenbewußtsein für sich selbst. Sie sind versessen gegen Rassenbewußtsein bei den Heiden.

Totaler Krieg mit den Heiden

Welche Erklärung kann es dafür geben? Sie liegt auf der Hand, wenn man sich die Zeit nimmt, nachzudenken.

Den Vorrang des Rassenbewußtseins hat William Gayley Simpson in seinem Monumentalwerk »Which Way Western Man?« mit den folgenden Worten sehr gut beschrieben: »Rassenbewußtsein und Diskriminierung aufgrund von Rasse sind für das Überleben jeglicher Rasse absolut wesentlich. Dies ist wesentlich für die Homogenität, die Solidarität und die ungeheure Stärke, ohne die ein Volk nicht lange überleben kann. Darum sind die Juden so versessen darauf – für sich selbst. Und zwar nicht nur deshalb, weil sie überleben wollen, sondern weil sie Herren werden wollen; sie sind entschieden dagegen – bei uns, weil wir das angepeilte Opfer sind, und sie wollen uns soweit aufweichen und lähmen, daß wir ihre Entschlossenheit, uns zu verknechten, nicht umwerfen können.

Wenn wir unser Rassenbewußtsein nicht zurückgewinnen und es bewahren und vergrößern und danach leben, werden wir sterben.«

Eben diese vorrangige Bedeutung des Rassenbewußtseins – über sein eigenes Volk und seine eigene Nation – will Südafrikas Präsident Botha mit seinen »Reformen« zerstören sowie mit seiner Entschlossenheit, sämtliche Formen der Unterscheidung in Südafrika abzuschaffen. Zudem tut er all dies in direkter Folge und trotz des totalen, globalen Angriffs auf »Apartheid« und die weiße südafrikanische Nation seitens aller Feinde unserer Rasse, Nation und Zivilisation.

Die westlichen Wortführer und der Mensch des Westens – einschließlich der Südafrikaner – sind noch immer vollkommen blind gegenüber den massiven Rassenaktivitäten, die die Zionisten betreiben und antreiben. Sie denken, sie haben es mit Individuen zu tun, während es in Wirklichkeit eine militante, rassistische und nationalistische Gruppe ist, die den Krieg gegen die Vorstellungen von Religion, Rasse und Nation des weißen Mannes und seine ureigenste Zivilisation erklärt hat.

In Verfolgung ihres selbstgegebenen Schicksals befinden sich der Staat Israel und die Zionisten in einem totalen Krieg mit der heidnischen Welt. Es ist ein Krieg ohne Kriegserklärung. Der Handschuh ist vor zweitausend Jahren hingeworfen worden. Je mehr die Heiden stürzen, Kompromisse machen oder abdanken, desto eher wird ihre Überherrschaft über alle Rassen in Erfüllung gehen: über Weiße, Schwarze, Braune und Gelbe.

Die politische Sicht der Zionisten ist auf Weltherrschaft im materiellen Sinn gerichtet. Sie sind eine internationale Nation. Allein dies, und sonst nichts, verleiht all ihren finanziellen, erzieherischen, propagandistischen und revolutionären Programmen in aller Welt seine Bedeutung.

Sie sind es, die damit angefangen haben und heute die Speerspitze und Ausführung des mehr als 40 Jahre währenden Zermalmungsansturms auf das rassenmäßige Rückgrat des weißen Südafrika übernehmen, dessen Höhepunkt jetzt der totale und völlig künstlich hervorgerufene globale Angriff auf die Apartheid und auf Südafrika bildet.

Unser offensichtliches Problem ist der schwarze Mann. Aber unser entscheidendes Problem ist der Zionismus. Er wird dafür sorgen, daß wir unser Problem mit den Schwarzen nicht lösen, und zwar aus dem einfachen Grund, weil der Schwarze als ein politisches Werkzeug eben eines der Hauptmittel ist, die die Zionisten gewählt haben, und von dem sie abhängig sind, um den Weißen seines Nationalbewußtseins und seiner Zivilisation zu entreißen und ihn aus dem Weg zu räumen.

Der Mensch des Abendlandes muß immer noch lernen, und das schnellstens, daß erstens der Zionismus schlicht und einfach Rassismus ist; zweitens, daß der weiße Mann, wo immer er lebt, sich in einem Rassenkrieg befindet – nicht in einem »Klassenkampf« oder einer nationalen Konfrontation –, und zwar mit den Kräften des Zionismus, die nicht nur ihre eigene »Rassenüberlegenheit« predigen, sondern deren Ziel auch die Kontrolle und die Vorherrschaft über alle anderen Rassen der Menschheit beinhaltet.

Amerika und der Westen – und auch Südafrika – befinden sich im Niedergehen; ihre Energien werden zur Förderung externer Interessen absorbiert, die nicht ihre eigenen sind. Tatsächlich beteiligen sie sich eifrig am eigenen Selbstmord als Rasse und Nation. Eine große Menge Mut ist von den Abendländern aufzubringen, um diese Fakten bis zu Ende durchzudenken und öffentlich zu ihnen Stellung zu beziehen.

Jeder, der den Hintergrund, die Anfänge und Motive der weltweiten Kampagne gegen »Rassismus« und »Rassendiskriminierung« und für Rassengleichheit studiert hat, wird wissen, daß, wenn Innen- und Außenpolitik auf solchen Umkehrungen und Karikaturen der Wahrheit basieren, es nur wenig Hoffnung für das Überleben des weißen Mannes gibt, von Stabilität oder Frieden in Südafrika oder in der Welt von morgen ganz zu schweigen.

Die Pfade des Menschen sind überall übersät mit den Ruinen toter Zivilisationen und gesprenkelt mit den Gräbern von vielversprechenden Völkern, die durch Rassenintegration und Verarmung ein vorzeitiges Ende fanden. Die Straße des südafrikanischen Pieter Willem Botha – und die seiner »reformistischen Regierung – führt geradewegs zu jenem Pfad des rassischen und nationalen Selbstmords.

Seine Beschwörung des Rubicon, die er in seiner viel kommentierten Rede im letzten Jahr von sich gab, könnte sich noch immer als nur allzu wahr erweisen, es sei denn, daß seine Regierung schnellstens die Macht abgeben muß. Nachdem Julius Caesar jenen Fluß in Norditalien im Jahre 40 vor Christus durchwatet hatte, folgten drei Jahre voller Hader und Bürgerkrieg und schließlich der Zusammenbruch des Römischen Reiches. □

Zionismus

Das Geschäft mit Spenden

Fünfter Teil und Schluß

Charles M. Fischbein

Dreh- und Angelpunkt zionistischer Macht auf dieser Welt ist New York City. Dort befinden sich die Nationalbüros der größten zionistischen Agenturen und hier werden auch die Kampagnen geplant, die die riesigen Geldsummen einbringen, mit denen der unersättliche Appetit des Imperiums der Zionisten gestillt wird.

Das Nationalbüro des Jüdischen Nationalfonds (JNF) liegt in einem Haus, das einen Wert von über drei Millionen Dollar hat. Es steht an der 69. Straße, direkt bei der prächtigen Park Avenue. Der geschäftsführende Vizepräsident des JNF hat ein Büro, das mit dem eines jeden Geschäftsführers einer Firma im Land konkurrieren kann. Offen gesagt, die meisten Firmen würden aus Furcht vor dem Zorn der Aktionäre ihren Geschäftsführern nicht erlauben, in solch einem Glanz und Herrlichkeit zu residieren. Von allen zionistischen Agenturen sind beim JNF die Unkosten nahezu am höchsten und die Wertschätzung für die Spenden, die sie erhalten, am geringsten.

Zentrum korrupter Macht

Vor ein paar Jahren sollte es auf nationaler Ebene eine Änderung in der Führung der Agentur geben. Einer der Spitzenfunktionäre der Agentur war ein New Yorker Rabbi, ein langjähriger Freund des leitenden Direktors.

Wenn Freunde des Rabbis ohne Arbeit waren, wurden sie eingestellt und bekamen im Nationalbüro eine hochbezahlte Stelle. In den Wintermonaten wurden dann zusammen mit den Familien »Geschäftsreisen« in die Städte des Südens der Vereinigten Staaten unternommen. Im Sommer fuhren sie mit ihren Bekannten nach Israel und machten dabei in vielen europäischen Städten einen Zwischenaufenthalt, um anderen Büros des JNF einen Besuch abzustatten.

Diese Seifenblase sollte jedoch bald platzen. Die Amtszeit des Präsidenten des JNF war vorüber und ein neuer sollte seinen Platz einnehmen. Ich war ein paar Wochen vor dem Amtsantritt dieses neuen Präsidenten – einer Frau – in New York.

Ich wartete vor dem Büro des geschäftsführenden Vizepräsidenten, und da ich rasch »einer von ihnen« wurde, wechselte er das Gesprächsthema nicht, als ich eintrat. Er hatte vor, für den kommenden Winter Fahrkarten im Wert von mehreren tausend Dollar für Reisen nach Florida, Südkalifornien, Dallas und in andere Städte des Südens der USA zu kaufen, und gab seiner Sekretärin gerade Anweisungen, Hotelbuchungen und Vorauszahlungen für Suiten in Spitzenhotels zu machen.

Die Direktoren rasten vor Wut

Als seine Sekretärin und Vertraute ihn fragte, warum er schon alles im voraus zahlen wolle, sagte er: »Schauen Sie, der Präsident macht alles, was ich ihm sage. Er wird alle Rechnungen, die wir ihm vorlegen, genehmigen. Doch bei der neuen ist es anders. Es wird eine Weile dauern, bis wir sie unter Kontrolle haben, und ich will nicht hier in New York festsitzen.

Ich möchte sichergehen, daß alles bezahlt ist und er noch die Schecks abzeichnet. Ach ja, und noch etwas, ich glaube, ich könnte einen neuen Wagen brauchen. Sehen Sie zu, daß das noch über die Bühne geht, bevor sie ihr Amt als Präsident übernimmt.«

Unmittelbar nach ihrem Amtsantritt begann die neue Präsidentin auch tatsächlich damit, Ordnung in die Agentur zu bringen. Als erstes besorgte sie sich einen neuen Rechnungsprüfer, der ihr direkt unterstellt war und der in sämtlichen Büros Kontrollen einführen sollte.

Innerhalb weniger Monate hatte er ein System eingerichtet, aufgrund dessen die Gehaltszahlungen vom New Yorker Büro aus erfolgten und nicht durch die Direktoren vor Ort, denen auch die Vollmacht zum Zahlen von Rechnungen genommen wurde.

New York ist ein internationales Finanzzentrum, doch nur wenige wissen um die Macht der dort ansässigen zionistischen Hauptquartiere.



Dadurch gingen den Mitarbeitern der einzelnen Büros Tausende von Dollar jährlich verloren, die sie nicht mehr stehlen konnten. Denn jetzt, wo die Gehälter von New York aus gezahlt wurden, konnten sie keine nicht existierenden Personen mehr auf die Lohnliste setzen und Ehefrauen und Bekannten keine Gehälter mehr für fiktiv geleistete Arbeit zahlen.

Da auch die Essenslieferanten und Druckereien vom Nationalbüro aus bezahlt wurden, war es ebenfalls schwieriger geworden, Schmiergelder zu bekommen. Und als ob dies noch nicht schlimm genug gewesen wäre, kam von der neuen Präsidentin eine Anweisung heraus, daß ab sofort sämtliche Reisen eines Direktors außerhalb der Stadt vor Antritt der Reise durch den Rechnungsprüfer in New York genehmigt werden müssen und daß alle Konten, die bei ortsansässigen Reisebüros geführt wurden, aufgelöst werden.

Die Direktoren rasten vor Wut; ebenso der geschäftsführende Vizepräsident. Er rief alle Direktoren an und bestellte sie nach New York. Man traf sich außerhalb des Büros, weil die Präsidentin und der Rechnungsprüfer nichts davon erfahren sollten.

Treiben sie ihn zum Wahnsinn

Bei dem Treffen sagte der geschäftsführende Vizepräsident: »Wir müssen dem ein Ende setzen. Das macht uns alle kaputt. Ich möchte, daß sie alle diesen Burschen in Arbeit ersticken lassen. Jedes Mal, wenn sie ein Taxi brauchen, rufen sie ihn persönlich wegen der Genehmigung an. Jedes Mal, wenn sie jemandem zum Essen einladen wollen, tun sie das gleiche.

Kaufen sie Kugelschreiber, Bleistifte und Büroklammern auf Rechnung und schicken sie jeden auch noch so kleinen Beleg zur Bezahlung nach New York. Rufen sie ihn an, um die Genehmigung für jedes Ferngespräch, das sie führen wollen, einzuholen. Treiben sie ihn zum Wahnsinn. Nur so können wir die beiden loswerden oder uns zumindest vom Halse schaffen.«

Es funktionierte. Nach drei Monaten drohte der Rechnungsprüfer zu gehen, wenn er keinen Assistenten bekäme. Der geschäftsführende Vizepräsident traf sich mit ihm und sagte ihm, er könnte entweder einer von ihnen und so reich wie alle anderen werden oder er müßte gehen. Heute ist er einer von ihnen und die Präsidentin ist zurückgetreten.

Der neue Präsident ist jetzt ein älterer Rabbi, ein enger Freund der Mitarbeiter, der mit der Zionisten-Mannschaft der Agentur Hand in Hand arbeitet und das Geld argloser Spender mit Freuden entgegennimmt, um es für persönliche Zwecke zu verwenden.

Der JNF ist nun eine der mächtigsten Agenturen in der Welt des Zionismus. Was die Ausgaben betrifft, haben die Direktoren jetzt auch wieder die volle Unterstützung New Yorks und können tun, was ihnen beliebt.

In einer Mitarbeiterversammlung, kurz bevor ich die Agentur voller Abscheu verließ, sagte man mir: »Die Präsidentin wird nicht mehr lange da sein. Diese alte Dame kümmert sich mehr um Israel, als sie sollte. Wenn irgend jemand von ihnen genauso denkt, möchte ich, daß er zusammen mit ihr geht. Ich kann ihnen Stellen bei anderen Agenturen beschaffen. Aber sie sollten wissen, daß ich den Laden hier dirigiere. Niemals wieder wird so jemand wie sie hier die Führung übernehmen.

Ich werde mir denjenigen heraussuchen, den ich haben will. Ich kann und werde den Vorstand kontrollieren, und wenn die Unkosten zu hoch werden, werde ich dem Vorstand etwas vorlügen. Falls irgendeinem von ihnen das nicht gefällt, kann er jetzt gehen. Sollten sie bleiben und das Spiel nicht mitspielen oder zu einem späteren Zeitpunkt beschließen, den geraderen Weg zu nehmen, habe ich so viel gegen sie in der Hand, daß ich jeden von ihnen ruinieren kann. Ich kann behaupten, sie seien Diebe, und dafür sorgen, daß sie völlig in Verruf geraten.

Es geht nur um die Wahrheit

Ich warne sie, entscheiden sie jetzt, ob sie dabeisein wollen oder nicht, und denken sie daran: wenn sie dabei sind, wird das eine tolle Sache, wenn nicht, dann gehen sie jetzt.«

Drei Wochen später gingen zwei andere Direktoren und ich. Als ich nach New York kam, um mein letztes Gehalt und die Pensionsansprüche abzuholen, was mehrere tausend Dollar ausmachte, wurde ich in das Büro des Vizepräsidenten gerufen. Dort befanden sich der Vizepräsident, der Rechnungsprüfer und eine dritte Person, die für die Einstellungen verantwortlich war.

Der Vizepräsident sagte: »Chuck, Sie wollen raus? Gut, hier ist Ihr Scheck. Bevor ich Ihnen diesen allerdings gebe, möchte ich, daß Sie diese eidesstattliche Erklärung hier unterschreiben. Es heißt darin, daß Sie den JNF auf eigenen Wunsch verlassen und niemals etwas über die Vorgänge in der Agentur schreiben oder sagen werden.

Im wesentlichen bedeutet das, daß Sie nie etwas sagen werden, was dem JNF schaden könnte. Entweder Sie unterschreiben das und bekommen den Scheck oder Sie gehen und werden keinen Pfennig von dem Geld sehen.«

Nachdem ich meinen Anwalt angerufen hatte, beschloß ich, die eidesstattliche Erklärung zu unterschreiben. Als ich den Scheck in Händen hielt, sagte ich dem Vizepräsidenten, daß ich nur die Wahrheit über die Agentur schreiben werde in der Zeit, als er sein Amt innehatte, und daß die Wahrheit vielleicht ihm schaden würde, aber der Agentur nur helfen könne, denn es würde unter Umständen dazu beitragen, daß wieder Ordnung hineinkäme. Er antwortete nichts.

Steuerhinterziehung und Quittungsbetrug

Die zionistische Bewegung ist in der Lage, jährlich Hunderte Millionen Dollar zu beschaffen. Ein Mittel, das dabei eingesetzt wird, ist die Manipulation der Steuergesetze durch die zionistischen Agenturen, und wenn sie die Gesetze nicht für ihre Zwecke zurechtbiegen können, dann brechen sie diese. Auch schon vor der Existenz des Staates Israel waren die Agenturen erfolgreich darin, einen steuerlich äußerst günstigen Status zu erzielen, indem sie Gemeinnützigkeit beanspruchten. In Wirklichkeit haben ihre Aktivitäten sehr wenig oder gar nichts mit wohltätigen Zwecken zu tun.

Die verwendeten Methoden, um in den Genuß hoher Steuervorteile zu kommen, sind von Agentur zu Agentur zwar verschieden, doch die meisten dieser privaten Organisationen übertreten ständig die Gesetze, wenn es um steuerliche Anreize geht, damit sie hohe Spenden kassieren können.

In New York City, wo die mächtigsten dieser Zentren ihren Hauptsitz haben, ist Steuerbetrug an der Tagesordnung. Der häufigste Trick besteht darin, eine weit über den Betrag hinausgehende Quittung auszustellen, so daß ein größerer Spender eine zusätzliche Schenkung machen kann, die ihn praktisch nichts kostet.

Das funktioniert so: Ein Geldsammler spricht einen reichen Spender, dessen jährlicher Betrag an die Agentur etwa in der Größenordnung von 50 000 Dollar liegt, an. Er erklärt ihm, daß er eine Quittung über 125 000 Dollar erhält, wenn er seine Spende auf 75 000 Dollar erhöht. Da nahezu alle diese wohlhabenden Leute einem Steuersatz von 50 Prozent unterliegen, ist die falsche Quittung 62 500 Dollar wert, wodurch ihn seine Spende nur noch 12 500 Dollar gekostet hat.

Um das Problem bei eventuellen Buchprüfungen zu umgehen, wird tatsächlich ein Scheck in Höhe von 125 000 Dollar ausgestellt, doch über ein geheimes Konto erfolgt eine entsprechende Rückzahlung. Die Leiter der Organisationen, die in diesem Geschäft inzwischen sehr viel Geschick entwickelt haben, verbuchen unquittierte und nicht verteilte Gelder einfach auf diese 125 000-Dollar-Spende, so daß das illegale Verhalten nicht aufgedeckt werden kann, falls sie zufällig von einem unfreundlichen Finanzamtsprüfer aufgesucht werden sollten.

Vorstoß oder Rückzug

Eine weitere häufig verwendete Methode: die Zionisten bekommen Vermögensgegenstände –

Zionismus

Das Geschäft mit Spenden

meistens Immobilien – plus Bargeld überschrieben. Da sie von der Steuer befreit sind, erhalten sie das Vermögen und die Grundstücksübertragungs-Urkunde und zahlen keinerlei Vermögenssteuer, noch nicht einmal eine lokale Grundsteuer dafür. Es geht bei diesen Spenden meist um Einkünfte aus Kapitalvermögen, wobei die Agentur normalerweise einen Handel mit dem Spender eingeht, der so aussieht, daß sie das behält, was der frühere Eigentümer an Steuern einspart, und ihm oder an einen von ihm eingerichteten Treuhandfonds den Gewinnüberschuß aus dem Vermögen überweist.

Ich war Zeuge, wie ganze Einkaufszentren, die jährlich Hunderte von Millionen Dollar machen, auf diese Weise überschrieben wurden und so die Gemeinden der Steuereinnahmen beraubt wurden, die sie für Schulen und andere wichtige Einrichtungen benötigen.

Die Methoden sind allerdings heute etwas weniger eklatant geworden. Man war in der Vergangenheit teilweise so unverschämt in der Ausstellung falscher Quittungen, daß US-Präsident Lyndon Johnson selbst sich moralisch verpflichtet fühlte, dieser Praktik Einhalt zu gebieten.

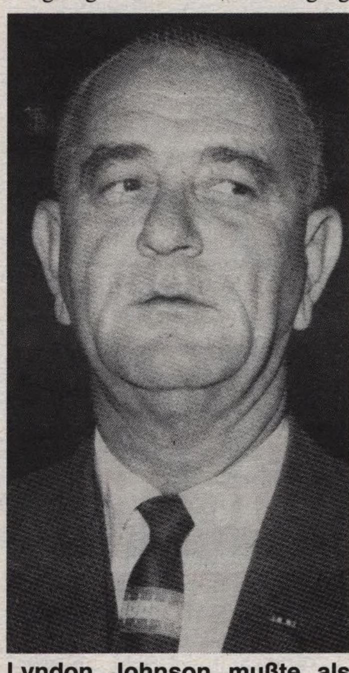
Kurz nachdem er Ende 1963 sein Amt übernommen hatte, erfuhr er, daß dieser »Absahntrick« die amerikanische Finanzkasse jährlich Hunderte Millionen von Dollar kostete. Johnson hatte enge Verbindungen zur zionistischen Gemeinde; insbesondere zählte Golda Meir, Israels damalige Außenministerin, zu seinen Freunden. Er sprach mit ihr direkt und sagte ihr, die Ausstellung falscher Quittungen müsse aufhören.

Golda Meir gefiel diese Anweisung nicht und sie machte das auch sehr deutlich. Anläßlich eines Besuches in Washington berief sie ein Treffen der Präsidenten der mächtigsten Zionisten-Organisationen in den Vereinigten Staaten mit ihr und Präsident Johnson ein.

In diesem Treffen gab Johnson letztlich klein bei. Man traf eine Abmachung, daß man die Anzahl unechter Quittungen einschränken würde. Präsident Johnson war machtlos und konnte die Machenschaften nicht stoppen, sondern mußte sich damit zufriedengeben, daß es ihm zumindest gelungen war, sie ein wenig einzudämmen und so dem amerikanischen Volk etwas Geld zu sparen.

Ein zügelloser Steuerbetrug

Während der Carter-Regierung jedoch erlebte die Sache einen Boom. Die Nachricht machte die Runde, daß es bei den zionistischen Agenturen für deren große Spender keine Steuerprüfungen geben würde, und so ging es in den Organisationen rund: Es wurden falsche Belege in der Größenordnung mehrerer Millionen Dollar ausgestellt.



Lyndon Johnson mußte als US-Präsident gegen die Steuertricks der zionistischen Spendensammler einschreiten und machte sich unbeliebt bei den Israelis.



Golda Meir gefiel Johnsons Verhalten nicht, sie machte das sehr deutlich anläßlich eines Besuches in den USA. Vom US-Geld hängt das Schicksal Israels ab.

Dieser zügellose Steuerbetrug schadet den Vereinigten Staaten nicht nur dadurch, daß das Land um die benötigten Steuereinnahmen beraubt wird, sondern verleiht dem zionistischen Geschäftsmann auch einen Vorteil gegenüber seinem amerikanischen Kollegen. Da er Steuerbefreiung für seinen Grundbesitz und andere Vermögenswerte bekommen kann, ist der Zionist in der Lage, in einer geschützten Umgebung zu operieren, ohne sich über Körperschafts- und Gewerbesteuern den Kopf zerbrechen zu müssen.

Sobald er diese Sorgen los ist, hat er die Möglichkeit, Riesengewinne in Expansions- und Diversifikations-Programmen zu reinvestieren.

Dieser Vorteil auf seiten zionistischer Geschäftsleute und auch anderer Berufssparten wird dafür eingesetzt, den legitimen Wettbewerb in den verschiedensten Dienstleistungsberufen zu behindern. Viele der Beratungs- und Gesundheits-Fürsorgezentren entstehen heute im ganzen Land unter der Leitung zionistischer Agenturen.

Wenn man eine dieser Organisationen wegen einer »Dienstleistung« aufsucht, so kann der Scheck auf die dahinterstehende Agentur, zum Beispiel auf den United Jewish Appeal, ausgestellt werden. Somit kommt die Person in den Genuß von steuerlichen Abzügen, weil sie Leute unterstützt, die mit zionistischen Zentren in Verbindung stehen – wodurch Berufskollegen, bei denen das nicht der Fall ist, erheblich benachteiligt werden.

In vielen Gemeinden geben Geschäftsleute und auch Angehörige anderer Berufssparten das von ihnen eingenommene Geld im Namen ihrer Kunden in Form von Spenden teilweise an zionistische Agenturen weiter und stellen diesen Kunden dafür Quittungen aus mit der Folge, daß die Dienstleistungen oder Waren für sie billiger werden als anderswo.

Somit ist es den Zionisten-Organisationen und ihren Freunden mit diesen Methoden möglich geworden, über weite Teile der amerikanischen Wirtschaft die Kontrolle zu bekommen.

Der Einfluß auf die Medien

Die zionistische Maschinerie, die die Gelder zur politischen und wirtschaftlichen Unterstützung Israels liefert, verschlingt jährlich Hunderte von Millionen Dollar. Stammen tun diese Gelder in der Mehrzahl von großen Firmen, die prominenten zionistischen Geschäftsleuten gehören oder von ihnen kontrolliert werden.

Die Unternehmen haben ihren Sitz in erster Linie in Chicago, Cleveland und New York – drei Städte, die sich Amerikas größter und am besten organisierter Zionisten-Gemeinden rühmen können.

In den letzten 20 Jahren allerdings hat die zionistische Geschäftswelt auch die Kontrolle über Dallas, Houston, Miami und Los Angeles übernommen. Sie beherrscht inzwischen sogar die wichtigsten Märkte in den 20 größten Städten der Vereinigten Staaten.

Diese Kontrolle bedeutet, daß die Zionisten-Organisationen nicht nur in der Lage sind, hohe Geldsummen für ihre direkten politischen Aktivitäten zu beschaffen, sondern sie können jetzt auch anfangen, die Medien in diesen Großstädten in ihre Gewalt zu bekommen und die »Nachrichten«, mit Hilfe derer die öffentliche Meinung gebildet wird, entsprechend einzufärben, was wiederum die Art der Stimmabgabe des Volkes beeinflußt.

Im Washingtoner Raum bestimmt die Zionisten-Clique nicht nur, was die Medien der Öffentlichkeit mitteilen können, sondern sie hat auch völlige Herrschaft über die amerikanischen Kongreßabgeordneten aus dem benachbarten Maryland und Virginia.

In einer kürzlich von dem Washingtoner Wirtschaftsmagazin »Regardie's« durchgeführten Erhebung wurden die 100 reichsten Leute in der amerikanischen Hauptstadt mitsamt den Unternehmen, die sie kontrollieren, ermittelt. Auf dieser Liste der ersten 100 standen 40 jüdische Geschäftsleute, die Millionen von Dollar der zionistischen Sache gespendet haben; von den verbleibenden 60 haben zumindest 30 die Aktivitäten der Zionisten unterstützt.

Die Untersuchung zeigte, daß der größte Automobilhändler, der größte Lebensmittelhändler, der größte Drogerie-Kettenbesitzer und die größte Grundstückserschließungs- und Baugesellschaft im Raume Washington führende Zionisten sind, die sich der israelischen Sache ganz und gar verschrieben haben.

Was aus der Erhebung nicht hervorging, war die Tatsache, daß von diesen Unternehmen jährlich zig Millionen Dollar für die Medienwerbung in Washington ausgegeben werden. Diese Einkünfte gehen an Zeitungen und andere Publikationen, an Radio- und Fernsehstationen, deren finanzielles Überleben völlig von den zionisteneigenen Firmen abhängt. Es wäre also töricht, zu glauben, daß diese Medien Meinungen oder Nachrichten bringen würden, die gegen Israel sind.

Die »erleuchtete« Rasse und die Wilden

Ähnliche Untersuchungen in anderen Großstädten zeigen, daß die von Zionisten kontrollierten Betriebe über 40 Prozent der 100 Spitzenunternehmen in den jeweiligen Gemeinden ausmachen. In Chicago, New York und Miami sind es sogar 70 Prozent. Bei einem wirtschaftlichen Reichtum, der sich derart hoch auf zionistische Gemeinden konzentriert, ist es den ortsansässigen Medien unmöglich, ein ausgewogenes Bild der Weltgeschehnisse zu präsentieren. Die meisten Verleger haben Angst, über die wahre Sachlage im Nahen Osten zu berichten, um nicht jene Geschäftszweige vor den Kopf zu stoßen, von denen der größte Teil ihrer Einnahmen abhängt.

Das gleiche gilt für die Fernsehstationen, die ihre Berichterstattung auf die Wünsche ihrer Werbungstreibenden zuschneiden, denn sie fürchten die Konsequenzen einer objektiven Nachrichtenübermittlung, wenn es um Israel oder den Nahen Osten geht.

Auch in Hollywood, wo Organisationen wie das Simon-Wiesenthal-Center und der Jewish National Fund (JNF) eine große Anzahl Unterstützer haben, fehlt die Objektivität. In den letzten fünf Jahren wurde dort eine Reihe von Filmen und Fernsehdokumentationen produziert, in denen die Araber als blutrünstige Wilde und die Israelis als »erleuchtete Rasse« dargestellt werden.

Für einen Autor ist es nahezu unmöglich, einen größeren Verleger zu finden, der ein anti-zionistisches Buch herausbringt. Selbst die Talk-Shows in Großstädten sind in dieser Richtung befangen.

In kürzlich geführten Gesprächen mit Führungskräften größerer Zeitungen und Fernsehstationen wurde mir darüber berichtet, wie stark der Einfluß der Zionisten auf die Medien sein kann. Eine Fernsehstation in Cleveland hatte einen Bericht über die Not der Palästinenser gebracht und die Israelis als Volk dargestellt, das jene brutal unter ihre Gewalt gebracht hat.

Kaum war die Sendung gelaufen, als auch schon eine Reihe von Zionisten ihre Werbeanzeigen bei der Fernsehstation stornierten, bis der Anti-Defamation League (ADL) Sendezeit für eine Reaktion auf den Film eingeräumt wurde, um die »Berichterstattung ins rechte Licht zu rücken«.

Medienkontrolle durch die Zionisten

In der Zeit, als ich Direktor der Abteilung für Handel und Dienstleistungen des United Jewish Appeal (UJA) in Washington und Umgebung war, nahm ich an vielen Besprechungen teil, wo zionistische Geschäftsleute den führenden Vertretern von Verlags- und Fernsehanstalten genau erklärten, wie sie sich die Berichterstattung vorstellten und welche Konsequenzen es hätte, wenn ihre Wünsche nicht erfüllt würden.

In dem eklatanten Versuch die Nachrichten-Übermittlung zu kontrollieren, zögern die ADL und andere Organisationen nicht mit wirtschaftlichen Repressalien gegen die Medien zu drohen.

Angesichts der großen Zahl zionistischer Unternehmer in den Vereinigten Staaten läßt sich das Ergebnis leicht vorhersagen: Israel wird von den Medien als ein Volk von Heiligen und Gelehrten hingestellt, während jene, die für eine ausgewogene US-Außenpolitik in Nahost sind, als »Neo-Nazis« oder »Antisemiten« bezeichnet werden. Sobald man einmal derartig etikettiert worden ist, ist es fast unmöglich, das wieder loszuwerden.

Selbst Juden, die es ablehnen, »linientreu« zu sein, werden als »sich selbst verhaßt« bezeichnet, die sich für Geld an die Araber verraten würden. Jeder Jude, bei dem Amerika an erster Stelle steht, hat es schwer, in einer Großstadt in den Vereinigten Staaten eine berufliche Tätigkeit ausüben zu können.

Der gefährliche Aspekt dieser Medienkontrolle durch die Zionisten liegt allerdings in dem Einfluß, der damit auf die Ansichten einer großen Anzahl von Amerikanern ausgeübt wird. Die meisten Bürger schenken der Sicht der Weltlage, wie sie ihnen von den Medien verkauft wird, Glauben und diese falschen Meinungen beeinflussen dann das Wählerverhalten eines wohlmeinenden, aber irregeführten Volkes.

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß große zionistische Organisationen wie die UJA und JNF in vielen anderen Ländern genauso vorgehen, dann wird das Konzept einer weltweiten zionistischen Verschwörung plausibel.

Zionistenführer in ganz Europa und Südamerika sind sich einig in der Vorstellung von »einer zum Nutzen Israels vereinigten Welt«. Bei dem Empire der Zionisten handelt es sich um die mächtigste internationale Polit-Maschinerie, die es je gegeben hat.

Der Zweck dieser Reihe war, zu zeigen, wie die Zionisten die öffentliche Meinung und Politik in den USA kontrollieren, wobei sie gleichzeitig ihre Taschen füllen, indem sie die eigenen Organisationen und den amerikanischen Steuerzahler ausnehmen. □

John F. Kennedy

Das Geheimnis gelöst

Alec de Montmorency

Im Leben von Journalisten gibt es Berufsrisiken, von denen einige ruhmreicher sind als andere. Unter die ruhmreichere Kategorie fiel die Berichterstattung über die Jungfernfahrt der »Titanic«. Zu den weniger ruhmreichen zählen die Bemühungen herauszufinden, wer den amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy ermordet hat.

Ein kürzlich veröffentlichtes Buch mit dem Titel »John F. Kennedy: The Mystery Unraveled« (»Das Geheimnis gelöst«), geht auf die Gefahren ein, die mit der Ermordung des Präsidenten verbunden sind. Eine der erwähnten Journalisten war Dorothy Kilgallen, eine landesweit in den Vereinigten Staaten auch durch das Fernsehen bekannte, unabhängige Kommentatorin.

Sie starb unter mysteriösen Umständen

Miß Kilgallen veröffentlichte im New Yorker »Journal American« Auszüge aus einer angeblichen Unterhaltung zwischen Chief Justice (Oberrichter) Earl Warren und Jack L. Ruby, dem überführten Mörder von Lee Harvey Oswald, der seinerseits wiederum John F. Kennedy getötet haben soll. Kurz danach starb sie – unter mysteriösen Umständen.

Ein amerikanischer Regierungsausschuß unter der Leitung des Oberrichters war dabei, die Ermordung zu untersuchen und einen umfangreichen Bericht zu erstellen, der noch erscheinen sollte. Der Warren-Ausschuß, wie er allgemein genannt wurde, ließ durchsickern, daß er über die Kolumne von Miß Kilgallen nicht gerade erfreut war.

In den Worten eines nicht mit Namen genannten Ausschußmitgliedes, der von der »New York Times« zitiert wird, heißt es: »Bei oberflächlicher Betrachtung schien der Artikel die wörtliche Zeugenaussage zu enthalten.«



Dorothy Kilgallen konnte das Geheimnis um den Mord lüften, sie starb jedoch vorher und ihre Manuskripte verschwanden.

Es handelte sich jedoch in Wirklichkeit nicht um eine Zeugenaussage. Ruby sprach mit Warren im Gefängnis. Es wurde zwar eine Niederschrift gemacht, doch stand Ruby nicht unter Eid.

Miß Kilgallens Artikel war am 18. August 1964 erschienen, einen Monat, nachdem Warren nach Dallas gefahren war, um Ruby zu interviewen. Am 7. Juni 1964 war Ruby im Gefängnis von Dallas durch Warren und andere verhört worden. Rubys Anwalt, Joe H. Tonahill, war ebenfalls dabei.

Wie viele andere Leute – Journalisten und Nicht-Journalisten – war Miß Kilgallen über die dürftigen, einander widersprechenden »Tatsachen« verwirrt, die von den Medien des Establishments über die Ermordung verbreitet wurden. So hatte sie begonnen ihre eigenen Nachforschungen anzustellen.

Es war ein Buch geplant

Freunden erzählte sie, daß sie an einem Manuskript arbeitet. Offensichtlich hatte sie die Absicht, über ihre Zeitungsberichterstattung hinaus ein Buch zu diesem Thema zu schreiben.



Jack Ruby wurde im Gefängnis von Oberrichter Earl Warren besucht und verhört; widersprechende Tatsachen wurden nicht geklärt.

Als sie von Warrens geplanter Reise nach Dallas erfuhr – sie besaß viele Kontakte in Washington –, verlor sie keine Zeit und verpflichtete die Stenografin, die den Oberrichter zu dem höchst ungewöhnlichen Interview begleiten sollte, vertraglich für sie einen Durchschlag mit anzufertigen.

Es war nichts Illegales an Miß Kilgallens Bitte; es sollte nur ein Interview sein und keine Art von schriftlicher Zeugenaussage, die Verfahrensvorschriften unterlegen hätte.

Auch der »Warren-Bericht«, wie er später bezeichnet wurde, sollte nichts anderes sein, lediglich ein Bericht und kein juristisches Dokument. Ursprünglich sollte er nur Interviews enthalten und keine eidlichen Aussagen.

Im Sommer des Jahres 1964 bestand großes Interesse an Jack Ruby. Er war im März jenes Jahres des Mordes an Oswald für schuldig erklärt und zum Tode verurteilt worden, ein Schuldspruch, der später rückgängig gemacht wurde. Doch während die amerikanischen Medien des Establishments sich völlig damit zu begnügen schienen mit dem Warren-Ausschuß zu kooperieren, war das bei der Auslandspresse nicht der Fall.

Zu den beunruhigendsten Meldungen, die im Ausland über die Sache erschienen, zählten die Dallas-Berichte von Julio Camarero, dem Korrespondenten von »El Pueblo« in Madrid und »La Voz de Espana«, die in San Sebastian erscheint.

Die Library of Congress (Kongreß-Bibliothek) bekam den »Pueblo« und legte ihn regelmäßig zusammen mit anderen ausländischen Presseerzeugnissen aus. Seltsamerweise wurde diese Zeitung genauso regelmäßig mutwillig verstümmelt, sämtliche Meldungen über die John-F.-Kennedy-Ermordung wurden herausgerissen.



Earl Warren war über die Arbeit von Dorothy Kilgallen nicht gerade erfreut, weil sie die wörtlichen Zeugenaussagen veröffentlichte.

Ein Blick auf den Mikrofilm dieser spanischen Zeitung aus jenen Tagen, der sich in der Bibliothek des Kongresses befindet, gibt ein offenkundiges Zeugnis von der Wißbegierde eines Lesers über diese Sache und dessen beharrliche Verstümmelung der Zeitung.

Trotz umfangreichem und aufmerksamem Personal im Lesesaal scheint kein Versuch unternommen worden zu sein, um diese kriminelle Handlung, Beschädigung von Staatseigentum, zu unterbinden.

Einer von Camareros aufsehenerregendsten Berichten – der auch in »La Voz« erschienen war und nicht in der Bibliothek des Kongresses auslag und auch nicht verstümmelt wurde – lautete, Ruby und Oswald wären Freunde oder seien es vor der Kennedy-Ermordung gewesen. Camarero zitierte einen Entertainer aus Rubys Nachtclub »The Carousel«, der gesehen haben will, wie sich die beiden Männer die Hand gegeben haben.

Die engen Freunde vom CIA

Kurz nachdem diese Meldung in Madrid und San Sebastian erschienen war, verschwand der Entertainer, der dafür offensichtlich Geld bekommen hatte, und fand schließlich in Ohio unter einem anderen Namen eine neue Arbeit.

Eine weitere, interessante Sache, die von Camarero damals berichtet wurde, war die Tatsache, daß Ruby beim YMCA (Christlicher Verein junger Männer) in Dallas aufzutauchen pflegte, wo er neue Leute auf einen Schießplatz mitnahm, um mit ihnen Scharfschieß-Übungen zu machen.

Ruby war kurzsichtig, wie jedermann leicht erkennen konnte, der den Film sah, wie er sein Gewehr in Oswalds Bauch stieß und abfeuerte. Warum dann das Interesse an Scharfschieß-Übungen?

Dem spanischen Korrespondenten zufolge bat Ruby neue Freunde in den hinteren Räumen seines Clubs, wo er sie mit CIA-Leuten bekannt machte, die professionelle Scharfschützen suchten.

Wie in dem Buch »John F. Kennedy: The Mystery Unraveled« ausführlich geschildert wird, war ein Mann, der den Namen »Lee Harvey Oswald« benutzte, in das kubanische Konsulat von Mexiko City gekommen – dort hingebracht von einem Mann aus der amerikanischen Botschaft, der von der mexikanischen Polizei als Mitglied des CIA identifiziert worden war.

All dies erklärt Dorothy Kilgallens Interesse daran zu erfahren, was Ruby dem Oberrichter erzählen würde. Es war Stadtgespräch, sowohl in New York – wo sich Miss Kilgallen befand –, als auch in Washington – ein offenes Geheimnis sozusagen –, daß beide, Oswald und Ruby, Verbindungen zum CIA hatten.

Das Buch enthüllt nähere Einzelheiten über die Aktivitäten einer verdeckten CIA-Operation mit Namen »Operation 40« und daran beteiligter Personen. Auch Oswald und Ruby waren darin verwickelt.

Eine mysteriöse Herzattacke

Miss Kilgallen war sich sicher, einen Bestseller schreiben zu können. Doch es kam anders. Erstens wurde das »Journal American«, das die Veröffentlichung zweier weiterer Folgen von Miss Kilgallens Enthüllungen über den Ruby-Warren-Dialog in Dallas angekündigt hatte, ohne weitere Erklärungen wortbrüchig. Keine andere Zeitung zeigte daran Interesse.

Sie verlor jedoch nicht die Lust daran ein Buch zu schreiben und sammelte weiterhin Informationen. Ein Jahr später, im November 1965, war sie fertig. Einem Freund erzählte sie, sie würde das Geheimnis im Fall John F. Kennedy »lüften«.

Drei Tage später wurde sie von ihrer Reinemachefrau im Bett tot aufgefunden. Der Gerichtsmediziner stellte als Todesursache eine Herzattacke, hervorgerufen durch Alkohol und Barbiturate, fest.

Was für eine heftige Herzattacke ist das, die ihr Manuskript über die Ermordung, das neben ihrem Bett lag, zusammen mit dem Durchschlag über die Warren-Ruby-Plauderei, den sie von der Stenografin Warrens erhalten hatte sowie alle anderen Notizen und Zeitungsausschnitte, die sie für ihr Buch sammelte, zum Verschwinden bringt? Nichts von Miss Kilgallens Material über die Ermordung von John F. Kennedy wurde je gefunden, ein Buch wurde nie veröffentlicht. □

Das Taschenbuch »John F. Kennedy: The Mystery Unraveled« ist über Liberty Library, 300 Independence Ave., SE, Washington, D.C. 20003, USA, für 6,95 Dollar erhältlich.

Nicholas Daniloff

Spion oder Journalist

Mark Lane

Die außergewöhnlichen Anstrengungen von US-Präsident Ronald Reagan, um die Freilassung von Nicholas Daniloff, einen Reporter der Zeitschrift »US News & World Report« zu erlangen, stehen in so scharfem Gegensatz zu der Haltung der US-Regierung im Zusammenhang mit den amerikanischen Geiseln von Beirut, daß es nur natürlich ist, wenn Fragen über die Bedeutung Daniloffs auftauchen.

Offenbar als Gegenleistung für die Freilassung Daniloffs erklärte sich die amerikanische Regierung zu einem Gipfeltreffen in Island bereit und revanchierte sich, indem sie einen sowjetischen Staatsbürger laufenließ, der der Spionage beschuldigt wurde.

Untersuchung von Morden

Diese bemerkenswerten Maßnahmen sind um so überraschender, wenn man sie mit der Laissez-faire-Haltung gegenüber den amerikanischen Bürgern vergleicht, die im Nahen Osten gefangengehalten werden. Zumindest einer der Amerikaner dort ist ein echter Journalist.

Es wird berichtet, daß Daniloff einen Vertrag mit einer sechsstelligen Summe unterzeichnet hat, um ein Buch über seine letzten 30 Tage in Moskau einschließlich der Tage, die er dort als Gast der US-Botschaft verbracht hat, zu veröffentlichen. Sehr wahrscheinlich wird das Buch kaum mehr über Daniloff und dessen Kontakte zum amerikanischen Geheimdienst enthüllen, als von der Presse bisher offenbart wurde.

Während die Medien in den Vereinigten Staaten einen entscheidenden Aspekt der Daniloff-Geschichte ignoriert haben – nämlich die Frage, wer Daniloff wirklich ist –, könnten einige Streiflichter der Aktionen, die er vor fast einem Jahrzehnt durchgeführt hat, einen Einblick vermitteln.

Am 17. September 1976 berief das amerikanische Repräsentantenhaus einen Sonderausschuß zur Untersuchung der Morde an Präsident John F. Kennedy und Martin Luther King ein. Der CIA und das FBI hatten alles in ihrer Macht Stehende getan, um diesen Beschluß zu verhindern, der von einer beispiellosen Bürger-Lobby gestützt wurde, die etwa eine Million Briefe, Telegramme und Petitionsunterschriften an den 94. Kongreß geschickt hatte.

Der Sonderausschuß wählte Richard A. Sprague, einen hervorragenden und unnachgiebigen Staatsanwalt aus Philadelphia aus, um die beiden Verbrechen zu untersuchen. Sprague hatte bereits geäußert, daß er die Tatsachen gerne aufdecken würde.

Unmittelbar danach begann eine koordinierte Medienkampagne, um Sprague in Verruf zu bringen und den Kongreßbeschluß rückgängig zu machen. Die Kampagne wurde von David Burnham von der »New York Times«, George Lardner jr. von der »Washington Post« und Jeremiah O'Leary, damals beim Washingtoner »Star«, jetzt bei der Washingtoner »Times« geführt.

Abstimmung im US-Kongreß

Im Januar 1977 war die erneute Einsetzung des Kongreßausschusses mit der Genehmigung, die beiden Morde weiter zu untersuchen, plötzlich in Frage gestellt.

Der republikanische Abgeordnete Harold E. Ford aus Memphis im US-Bundesstaat Tennessee fand heraus, daß das FBI ehemalige Agenten angeheuert

Nicholas Daniloff

Spion oder Journalist

hatte, um die Fortsetzung der Untersuchung zu torpedieren. Der CIA, der offenbar am meisten über den Präsidentenmord zu verbergen hatte, hatte eine intensive Pressekampagne gegen den Sonderausschuß laufen.

Am 2. Februar 1977 sollte im Kongreß über die Frage der Fortsetzung der Untersuchungen abgestimmt werden.

Als wir ankamen, waren es minus 19 Grad Celsius.

Im Verlaufe der Nacht tauchten mehrere Reporter auf, sprachen mit uns, berichteten wahrheitsgemäß, um was es bei der Wache ging. Eine Person brachte mir die Nachricht, daß Steve Krause vom Bostoner Büro von United Press International (UPI) mit mir sprechen wolle und ich ihn anrufen sollte. Ich tat es und sagte ihm, daß wir eine andachtsvolle, schweigende Wache abhalten würden. Er schien empfänglich dafür und fast bereit, die ganze Sache zu unterstützen.



Nicholas Daniloff gibt nach dem amerikanisch-sowjetischen Austausch von Spionen in Washington eine Pressekonferenz.

Am 1. Februar 1977, dem Vorabend der Abstimmung, sprach ich im Morse Auditorium der Bostoner Universität. Stunden zuvor telefonierte ich mit Dick Gregory, dem Vorkämpfer auf vielen sozialen Gebieten und Komiker, der sich für die Einsetzung des Ausschusses stark gemacht hatte, und schlug ihm vor, wir sollten zum Ausdruck der Unterstützung der Resolution irgendwo die ganze Nacht Wache halten. Gregory meinte, wir sollten das in Brookline vor Kennedys Geburtshaus tun.

Am Ende meiner Rede an der Universität von Boston kündigte ich an, daß Gregory und ich nach Brookline gehen wollten und dort die ganze Nacht vor Kennedys Geburtshaus schweigend verharren wollten, bis der neue Tag anbrechen würde, in der Hoffnung, daß wir bald erfahren, warum er gestorben war.

Zweihundert Menschen – Studenten, Professoren und andere Bürger – marschierten mit uns fast eine ganze Stunde lang durch diese kalte Winternacht.

Falschinformationen vom CIA

Am nächsten Nachmittag kam ich gerade rechtzeitig in Washington an, um die Debatte über die Resolution im Repräsentantenhaus mitzuerleben.

Die Schlußbemerkungen wurden vom Abgeordneten Robert E. Bauman gemacht, der eine Anschuldigung erhob, die große Beunruhigung hervorrief. Er sagte: »Ich bin mir sehr wohl darüber im klaren, daß diese Angelegenheit gewisse Emotionen hervorruft. In der vergangenen Nacht war der Sprecher des Repräsentantenhauses Tip O'Neill Gegenstand einer öffentlichen Demonstration in Massachusetts, in der folgenden Warnung laut wurde: ›Wir beobachten, was Tip O'Neill in dieser Angelegenheit tut‹ – eine Äußerung von Mark Lane, der ein Verfechter dieser Untersuchung ist.«

Die Behauptung, ich hätte O'Neill persönlich angegriffen oder bedroht – O'Neill, der unbestrittene Führer der Demokraten und Vertreter der überwältigenden Mehrheit im Repräsentantenhaus war –, gefährdete die Verabschiedung der Resolution ernsthaft und brachte die Untersuchung der Morde fast zu einem Ende.

Später am Tag fand ich heraus, daß Bauman die falsche Behauptung, die er gemacht hatte, auf eine UPI-Geschichte zurückführte. Da ich O'Neill nicht erwähnt hatte, da die Demonstration nicht gegen O'Neill gerichtet war, da weder ich noch Gregory von O'Neill gesprochen hatten und da die anderen Medienvertreter wahrheitsgemäß berichtet hatten, daß es sich bei der Nachtwache um ein schweigendes, andachtsvolles Verlangen handelte, war es schwer für mich, zu verstehen, wie es zu dieser UPI-Geschichte kommen konnte.

Es war klar für mich, daß durch das Desinformationsprogramm des CIA das Vorwärtskommen in den Untersuchungen nahezu verhindert worden war. Mein Interesse lag darin, Einzelheiten darüber zu erfahren, wie die UPI-Geschichte zustandegekommen war. Sie lautete wie folgt:

»In der Nacht vor der Debatte im Repräsentantenhaus führten der Komiker und Aktivist Dick Gregory und der Schriftsteller Mark Lane eine Gruppe von etwa 200 Leuten für die Abhaltung einer Nachtwache vor John F. Kennedys Geburtshaus in Brookline, Massachusetts. ›Mit dieser Nachtwache wollen wir Tip O'Neill wissen lassen, daß wir ihn im Auge haben‹, sagte Richard Feldman, ein Sprecher der Gruppe.«

Unter dem Artikel stand der Name seines Autors: Nicholas Daniloff.

Ich rief ihn an und fragte ihn, wer »Richard Feldman« sei, da es meines Wissens keinen Mann dieses Namens in der Gruppe gegeben hätte und die einzigen Sprecher Gregory und ich waren.

Kompromisse statt Untersuchungen

Daniloff antwortete: »Feldman? Sie haben mich ertappt. Ja, wer ist das?«

Ich war überrascht, daß Daniloff, der diesem Feldman ein historisches Zitat zugeschrieben hatte, nicht wußte, wer er war.

Ich wies auf die UPI-Geschichte hin, die seinen Namen trug. Er konnte keinen Urheber für das Zitat nennen, konnte sich an niemanden mit dem Namen Feldman erinnern, konnte nicht erklären, wieso Feldman ein »Sprecher« für die Gruppe war, und sagte wohl aus diesen Gründen. »Ich habe Feldman nie zitiert, wer auch immer er sein mag, und ich habe diese Worte auch nie in der Geschichte geschrieben.«

Daniloff meinte, die einzige Person, die an seiner Geschichte herumfrisiert haben könnte, ist Elizabeth Wharton, die Redakteurin bei UPI in Boston. Ich sprach mit ihr und sie stritt ab, das Feldman-Zitat hinzugefügt zu haben, und meinte: »Das ist seltsam. Das ist sehr seltsam. Alles, was ich dazu sagen kann, Mr. Lane, das kann eigentlich nicht vorkommen, doch es ist vorgekommen.«

Die Verfechter der fortgesetzten Untersuchungen waren gezwungen, Kompromisse einzugehen, und der Kongreß gab dem Sonderausschuß mit einem recht engen Spielraum eine zweimonatige Frist.

Schließlich bekamen die Geheimdienstorganisationen jedoch den Ausschuß in den Griff und der Nachweis, daß der Geheimdienst eine Mitschuld an den beiden Morden trägt, wurde begraben.

Es bleiben offensichtliche Fragen über Daniloff: War er an dem Bemühen des CIA beteiligt, die Resolution über die Fortsetzung der Untersuchungen über die Morde an Kennedy und King niederzuschlagen? Warum war sein Bericht so anders als die von den anderen Nachrichtenmedien veröffentlichten? War es Zufall, daß das Daniloff-Machwerk seinen Weg in die Hände von Bauman fand, der die Untersuchung fast zunichte machte, dadurch, daß er den Artikel im Kongreß zitierte.

Diese Fragen lassen sich am besten anhand einer Analyse von Leben und Werk Nicholas Daniloffs in den letzten zehn Jahren beantworten. □

KGB

Wie Daniloff hereingelegt wurde

Victor Marchetti

Die Hintergründe der Verhaftung des amerikanischen Journalisten Nicholas Daniloff in Moskau wegen Spionageverdachts sind ein deutliches Zeichen dafür, daß der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow als Kreml-Chef noch keine unumschränkte Position innehat. Das ist die Meinung vieler ehemaliger leitender US-Geheimdienstbeamten, die nach der Rückkehr Daniloffs in die USA befragt wurden.

Im Gegensatz zu der Theorie, die von den Establishment-Medien vertreten wird, Daniloff, der Leiter des Moskauer Büros des Nachrichtenmagazins »US News & World Report«, sei vom KGB als Vergeltung für die Festnahme des sowjetischen UNO-Beamten Gennadi Sacharov wegen Spionage durch das FBI in New York verhaftet worden, glauben diese Quellen, daß Daniloffs Gefangennahme seit langem geplant war.

Die Verfechter eines harten Kurses

Darüber hinaus sehen sie die Festnahme nicht als den Versuch an, US-Präsident Reagan Schwierigkeiten zu machen, sondern betrachteten es als eine Warnung an Gorbatschow, sich nicht so intensiv um das Gipfeltreffen mit dem US-Präsidenten und die Verhandlungen für ein Waffenabkommen mit den Vereinigten Staaten zu bemühen.

»Daniloffs Verhaftung zu einem Zeitpunkt, wo bereits feststand, daß es zwischen Gorbatschow und Reagan zu einem Gipfeltreffen kommen würde, war kein Zufall. Der KGB hat sich nicht geirrt. Außerdem läßt dies einige Schlußfolgerungen zu, daß es nämlich innerhalb der Kreml-Führung große Meinungsverschiedenheiten über Gorbatschows Politik geben muß, insbesondere im Hinblick auf die Beziehungen zu den USA.«

Nach näheren Einzelheiten befragt, sagte der Informant, ein langjähriger Experte für amerikanisch-sowjetische Beziehungen, der in der Vergangenheit mit vielen führenden Sowjetpolitikern zu tun hatte: »Ich denke, die Daniloff-Affäre zeigt, daß es im Politbüro eine starke Opposition gegen Gorbatschows ständige Anstrengungen gibt, mit uns ein strategisches Waffenbegrenzungsabkommen abzuschließen, indem er mit Reagan bei seinem Treffen in Island oder bei einem Treffen in den USA zu einer Verständigung gelangt.

Für die Verfechter eines harten Kurses im Kreml, die sich offenbar der Unterstützung der Militärs und des KGB sicher sein können, ist Gorbatschow Reagan gegenüber zu entgegenkommend und auf Einigung bedacht. Man würde es lieber sehen, wenn er herrischer und fordernder auftreten würde.

Es gibt meiner Meinung nach kaum Zweifel darüber, daß Daniloffs Festnahme vom KGB gesteuert war, um jegliche Chancen für ein Treffen mit Reagan in naher Zukunft zu sabotieren. Doch es sollte auch ein Signal sein für Gorbatschow, sich die Meinung der Militärs und der Verfechter eines härteren Kurses in den allgemeinen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten mehr zu Herzen zu nehmen.

Gorbatschow mag vielleicht große Pläne zur Wiederbelebung der sowjetischen Wirtschaft haben, doch er muß zuerst die Interessen der Militärs und anderer im sowjetischen System verankerten Elemente befriedigen.«

Ein weiterer früherer Geheimdienstler und Kenner der sowjetischen Verhältnisse, der in Moskau gearbeitet hat, sagte, der KGB habe mit Daniloffs Festnahme im Widerspruch zu seinen sonst üblichen Praktiken gehandelt. Auch er hat deshalb dem Zeitpunkt der Verhaftung und der Tatsache, daß Daniloff ein Journalist ist, besondere Bedeutung beigemessen.

»Im allgemeinen läßt der KGB die Finger von Journalisten«, meinte der Informant. »Obwohl sie eine ungeschützte Position haben, da sie keine diplomatische Immunität genießen und aufgrund ihres Berufes Erkundigungen einziehen und Informationen sammeln, haben KGB und sowjetische Regierung immer dazu geneigt, sie wie Diplomaten zu behandeln, die die gleiche Aufgabe erfüllen.

Die Sowjets betrachten sowohl die Diplomaten als auch die Journalisten als Kanäle zur Weiterleitung von bestimmten Informationen und Fehlinformationen an die Außenwelt. Sie versuchen insbesondere mit westlichen Journalisten sorgsam umzugehen, damit jene Standpunkte in die Auslandspresse gelangen, die sie aus politischen Gründen in der Öffentlichkeit nicht verkünden können oder die sie nicht gerne auf diplomatischem Weg weiterleiten möchten.«

Der Informant sagte weiterhin, er glaube nicht, daß es einen »echten« Zusammenhang zwischen der Festnahme Daniloffs und der von Sacharov gäbe, dem sowjetischen Wissenschaftler, der im Herbst 1986 wegen Spionage vom FBI verhaftet worden ist.

Von langer Hand geplant

»Ich wette darauf, daß die Affäre Daniloff von langer Hand vorbereitet war«, sagte er. »Er wäre auf jeden Fall verhaftet worden, ob sich nun ein zufälliger Vorwand wie die Entlarvung Sacharovs ergeben hätte oder nicht.

Doch jetzt, wo die Sowjets eine plausible Entschuldigung für ihre Handlungsweise haben, werden sie dies so gut wie möglich ausnutzen. Sie sind sich sehr wohl darüber im klaren, daß die Verknüpfung der beiden Verhaftungen Reagan in eine äußerst schwierige Lage bringen mußte. Egal, wie der US-Präsident mit der Situation fertig wurde, sie hinterließ sowohl bei ihm als auch in der amerikanischen Öffentlichkeit einen üblen Nachgeschmack.

Es hatte mit Sicherheit auch negative Auswirkungen auf die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und auf Gorbatschows neue Politik – ganz zu schweigen von dessen Position im Kreml. Das ist meiner Meinung nach auch genau das, was der Kreml ursprünglich mit der Festnahme Daniloffs erreichen wollte.«

Es besteht allerdings die Möglichkeit, daß der KGB aus eigener Initiative und eigenen bürokratischen Gründen heraus gegen Daniloff vorgegangen ist, wie ein Spionageabwehrmann meinte. Dieser Informant wies darauf hin, daß der KGB in den letzten Jahren nur symbolische Vergeltungsschläge als Reaktion auf die Entlarvung seiner Spione in den USA und Westeuropa ausgeführt hat. Selbst in jenen Fällen, wo die Briten und Franzosen nicht weniger als 100 sowjetische Beamte auf ein Mal ausgewiesen haben, reagierte der KGB lediglich mit der Ausweisung einiger weniger britischer und französischer »Agenten«.

Der Informant fuhr fort: »Normalerweise akzeptiert der KGB seine Verluste stillschweigend, bis er gleichziehen und dann einen Handel vorschlagen kann. Das hat zwar manchmal Jahre gedauert, doch die Sowjets neigen dazu, sich in diesen Dingen Zeit zu lassen. In manchen Fällen haben sie letztlich politische Gefangene freigelassen – wie Anatoly Scharanski –, um einen ihrer Leute zurückzubekommen. Doch normalerweise praktizieren sie kein ›wie du mir, so ich dir‹, wenn Spione festgenommen werden.«

Was auch immer der Zweck der Verhaftung und Freilassung des amerikanischen Journalisten durch den KGB gewesen sein mag, eines ist offensichtlich: Parteichef Gorbatschow hat in seiner eigenen Regierung eine Menge Probleme, die er bewältigen muß, bevor er sich auf dem internationalen Parkett fortbewegen kann. □

KGB

Noch mehr Spione?

Victor Marchetti

Nachdem sie im vergangenen Jahr von zwei aufsehenerregenden Spionagefällen heimgesucht wurde – dem Walker-Spionagering-Fall und der »Pollard-Affäre« –, befürchtet die US-Marine, daß sie vielleicht noch mehr Verräter in ihren Reihen hat. Ihre internen Sicherheitsbeamten konzentrieren die Suche nach möglichen weiteren Spionen auf zwei Bereiche: die U-Boot-Flotte und verschiedene andere nachrichtendienstliche Komponenten der Seestreitkräfte.

Äußerst besorgt sind die Rechercheure, die unter ungeheurem Druck infolge einer direkten Anweisung des Präsidenten-Ratgebers für nationale Sicherheit, Admiral John Poindexter, arbeiten, daß streng geheime amerikanische U-Boot-Strategien und Taktiken sowie Konstruktions-und Baupläne von U-Booten schon seit Jahren an die Sowjets durchgesickert sein könnten.

Ein Nest von Spionen

Wenn das der Fall ist, ist vielleicht Amerikas »Dreifach«-Abschreckung – sie besteht aus Interkontinentalraketen, Bombern und raketenbestückten U-Booten – ernstlich und eventuell sogar unwiderruflich vom sowjetischen KGB bloßgestellt.

»Noch vor zwanzig Jahren waren wir den Sowjets in jeder Phase der U-Boot-Kriegführung, mit Ausnahme der Marschflugkörper, weit voraus«, äußerte ein kürzlich ausgeschiedener Kapitän. Dieser ehemalige Marineoffizier verbrachte den größten Teil seiner Laufbahn in nachrichtendienstlichen Positionen im Pentagon.

»Doch«, sagte er, »jetzt haben sie uns in fast jeder Hinsicht eingeholt und sind uns sogar voraus in solchen kritischen Bereichen wie U-Boot-Bau, Nuklearanlagen und Unterwasser-Geschwindigkeit. Auch in den U-Boot-Bekämpfungs-Techniken haben sie uns in den letzten Jahren überholt. Seit geraumer Zeit schon habe ich das Gefühl, daß sie immer zu wissen scheinen, was wir planen oder tun. Dafür kann es nur eine Erklärung geben: wir haben in unseren Reihen ein Nest von Spionen.«

Zu diesem Nest gehört John Walker. Am Abend des 20. Mai 1985 wurde ein obskurer, doch scheinbar unbedeutender ehemaliger Unteroffizier der US-Marine in einem schmuddeligen Hotel eines Washingtoner Vororts vom FBI verhaftet. Es war John Walker, er wurde beschuldigt, streng geheime Informationen über die Marine an den sowjetischen Geheimdienst, den KGB, verkauft zu haben.

Aufgrund eines Hinweises von seiner ehemaligen Frau hatte das FBI den früheren U-Boot-Kommunikator seit ein paar Wochen unter Beobachtung gehabt. An diesem milden Frühlingsabend im Mai sahen die ihn beschattenden Beamten, wie er in einem abgelegenen Waldgebiet in der Nähe von Poolesville im US-Bundesstaat Maryland eine Einkaufstasche aus seinem Wagen warf, die kurz danach von einem Mann an sich genommen wurde, der ein Fahrzeug mit diplomatischem Kennzeichen fuhr.

Walker wurde sofort verhaftet und die Tasche beschlagnahmt. Der »Diplomat« stellte sich als Mitglied der sowjetischen Botschaft in Washington heraus und die Tasche war voll mit streng geheimen Informationen.

Zwei Tage danach verließ der Sowjetdiplomat – offenbar ein getarnter KGB-Beamter – Washington und kehrte nach Moskau zurück. Er besaß diplomatische Immunität und konnte vom FBI nicht zurückgehalten werden. Mit Walker und seiner Tasche voller Geheimdaten verhielt es sich dagegen anders.

Obwohl der Ex-Marineunteroffizier versuchte, sich dumm zu stellen, zeigte die Untersuchung des Tascheninhalts, den er dem KGB aushändigen wollte, daß er kein »einsamer Verräter« war.

Am gleichen Tag, als Walkers Kontaktmann nach Moskau zurückkehrte, wurde Walkers Sohn Michael, ein Deckoffizier, an Bord der »USS Nimitz«, eines Flugzeugträgers, wegen Spionage verhaftet. Eine Woche später verhaftete man Walkers Bruder Arthur, einen ehemaligen Offizier, der für eine Beratungsfirma auf dem Verteidigungssektor in Norfolk im Bundesstaat Virginia arbeitete, als Spion.

Ein paar Tage danach wurde Walkers langjähriger Freund Jerry Whitworth, ein früherer Marinekommunikator, der jetzt bei einer Rüstungsfirma in Davis, Kalifornien, arbeitete, vom FBI festgenommen. John Walker, Ex-Marineunteroffizier und U-Boot-Kommunikator, war der Kopf eines Spionagerings, der die Marine fast 20 Jahre lang ausspioniert hat.

Obwohl man über das Ausmaß und das lange Bestehen von Walkers Spionagering schockiert war, trafen Pentagon-Vertreter ein Abkommen mit ihm. Wenn er alles sagen würde, was er über die Geheimoperationen, die er all die Jahre über ausgeführt hat, weiß, so daß die Marine eine gründliche Beurteilung des Schadens vornehmen kann, den er und seine Mitverschwörer verursacht haben, würde die Regierung gegen ihn, seinen Sohn und seinen Bruder eine relativ milde Strafe verhängen.

Waren noch mehr darin verwickelt?

Walker ergriff die Gelegenheit beim Schopf und spielte seine Beteiligung und die seiner Familie an der Operation ziemlich herunter, während er die Hauptlast seinem Freund Whitworth in die Schuhe schob. Aufgrund seiner Zeugenaussagen wurde Whitworth dann auch zu 385 Jahren Gefängnis verurteilt, während die Walkers mit Strafen zwischen 25 und 40 Jahren davonkamen.

Doch als sich Beamte des Marinesicherheitsdienstes in den Fall vertieften, bekamen sie mehr und mehr den Verdacht, daß Walker nicht die ganze Wahrheit gesagt hat. Er wurde mehreren Lügendetektortests unterzogen und man fand heraus, daß er Falschinformationen geliefert hat.

Eine gutunterrichtete Quelle: »Es sieht jetzt so aus, als hätte Arthur Walker, Johns Bruder, als erster Geheimnisse an den KGB verraten, während er noch Offizier im aktiven Dienst war. Später rekrutierte er dann John, der schließlich die ganze Operation leitete.«

Ein anderer Informant äußerte: »Es scheint, als wäre noch mehr Marinepersonal in die Operation verwickelt gewesen, als bisher identifiziert wurde. Es gibt auch gute Gründe dafür, zu glauben, daß die Walker-Brüder darüber hinaus als Beobachter für den KGB gearbeitet haben.«

Mit Beobachter ist hier eine Person gemeint, die potentielle Agenten für die Rekrutierung durch einen Geheimdienst ausfindig macht.

»Kommunikatoren im Rang von Unteroffizieren, insbesondere bei der U-Boot-Flotte, waren dabei wahrscheinlich die Hauptziele«, sagte dieser Informant. »Wie viele haben Geheimnisse verraten? Wer weiß es?«

Die gleiche Quelle, die an dem Schadensbericht über den Fall Walker mitgearbeitet hat, meinte, daß die Einsatz- und Betriebsinformationen über die U-Boot-Flotte, die an den KGB weitergegeben worden sind, wohl von größerer Bedeutung waren, obwohl auch die verschlüsselte Informationen an die Sowjets durch den Walker-Spionagering sicher einen großen Verlust bedeuten.

Der Informant meinte weiter: »Die Sowjets wissen eine Menge über unsere Stationierungspläne und wie die Dinge auf dem Stützpunkt laufen, vor allem bezüglich unserer raketenbestückten U-Boote. Das kann man nicht so leicht ändern wie ein dechiffriertes Verschlüsselungssystem. Wir werden unsere gesamten Stationierungstechniken neu überdenken müssen.« □

Nahost

Israels Drohung mit Atomwaffen

Warren Hough

Der israelische »Atomverräter« Mordechai Vanunu soll von Agenten des Geheimdienstes Mossad entführt worden sein. Das meldete das amerikanische Nachrichtenmagazin »Newsweek«. Weiter heißt es dort, der 31jährige Atomtechniker sollte in seiner Heimat vor Gericht gestellt werden. Vanunu, der fast zehn Jahre lang in der israelischen Reaktoranlage Dimona gearbeitet hatte, war die Quelle für den sensationellen Bericht in der englischen Zeitung »Sunday Times«. Danach soll Israel seit 20 Jahren Atomsprengköpfe herstellen, jedes Jahr Plutonium für zehn weitere Bomben produzieren und auch in der Lage sein, Wasserstoffbomben zu bauen.

Entwickelt die israelische Regierung in ihrer Nuklearanlage von Dimona in der Negev-Wüste die Neutronenbombe? Das ist die beängstigendste und am stärksten unterdrückte Frage. In den Vereinigten Staaten erschien in der ersten Ausgabe der New Yorker »Post« vom 29. September 1986 auf der vierten Umschlagseite in großer Aufmachung ein derartig lautender Bericht. Doch nur wenige Minuten, nachdem die Druckmaschinen in dem Gebäude der »Post« an Manhattans schmutzigen Kai-Anlagen zu laufen begonnen hatten, wurden sie wieder zum Halten gebracht – was nur in seltenen Notsituationen geschieht.

Auswechseln der Schlagzeilen

Eine Untersuchung durch amerikanische Journalisten wenige Stunden später ergab, daß das Stoppen der Druckmaschinen auf telefonischen Befehl des »Post«-Eigentümers Rupert Murdoch erfolgt war, ein international einflußreicher Zeitungsverleger und langjähriger Unterstützer Israels.

Der Bericht, in dem der Kleinstaat mit der Herstellung von Waffen für den Massenmord in Verbindung gebracht wurde, wurde herausgenommen und durch zwei pro-israelische Zeitungsnotizen ersetzt. Eine trug die Überschrift: »Sadistischer Nazi in Israel vor Gericht.«



Der Wissenschaftler Mordechai Vanunu (links) mit Oscar Guerrero.

Doch in Europa, wo die in US-Medien übliche Methode jede implizierte Kritik an Israel mit lauthalsen »Nazismus«-Rufen zurückzuweisen, weniger geläufig ist, konnte die steigende Besorgnis über die neue Superwaffe des Kleinstaates weniger leicht gedämpft werden.

Durch verschiedene Interviews per Telefon mit einer Reihe vertraulicher Informanten in England und Spanien machten wir als Urheber für die zensierte Sensationsmeldung in der »Post« Oscar Guerrero, 36, einen bekannten internationalen Journalisten ausfindig, der zuletzt in Madrid gelebt hat. In der letzten September-Woche flug Guerrero nach London und holte insgeheim Angebote von drei großen britischen Presse-Konzernen für »die größte Geschichte seit Watergate«, wie er es nannte, ein.

Seine Geschichte basierte auf einem Interview mit einem Informanten, den er als israelischen Wissenschaftler bezeichnete, der vor kurzem sein Land verlassen und in Australien Asyl beantragt hatte.

Überläufer aus Gewissensgründen

Der israelische Flüchtling, ein junger Physiker, dessen Name mit Dr. Mordechai Vanunu angegeben wurde, war offensichtlich besorgt und erschrocken über die versteckten Vorbereitungen eines nuklearen Angriffs von seiten seiner Regierung, auf die er im streng bewachten Werk von Dimona aufmerksam geworden war, wo er nach eigenen Aussagen in der ersten Hälfte des Jahres 1986 gearbeitet hat.

Die israelische Regierung mobilisierte – scheinbar alarmiert durch Guerreros-Enthüllungen – ihr gesamtes Potential an Lobbyisten und »Doppelt-Loyalen« mit ungewöhnlicher Dringlichkeit, um diese Geschichte zu unterdrücken. Die Londoner Botschaft des Kleinstaates veröffentlichte eine offizielle Erklärung, in der bestritten wurde, daß Vanunu »oder irgend jemand eines ähnlichen Namens« jemals bei der israelischen Regierung für ein Nuklearprojekt oder in anderer Eigenschaft angestellt gewesen ist.

»Diesen sogenannten Vanunu gibt es nicht«, erzählte der israelische Generalkonsul den Londoner Journalisten.

Eine rasche generelle Überprüfung Guerreros ergab, daß dieser im Jahr 1982 in Westdeutschland offenbar kurze Zeit wegen Diebstahls verhaftet gewesen sein soll. »Guerrero ist ein Schwindler«, versicherten israelische Sprecher den Reportern.

Doch innerhalb von weniger als 24 Stunden nahm die Geschichte eine neue Wendung: von australischen Behörden wurde bestätigt, daß es Vanunu sehr wohl gibt. Sie nannten ihn einen Experten, der vormals für die israelische Regierung in einer Nuklearanlage gearbeitet hat und sich in Australien niederlassen möchte, »um von all dem wegzukommen«.

Wovor lief Vanunu davon? Nachdem die Identität des israelischen Dissidenten nun bestätigt worden war, erwachte das Interesse an Guerreros Bericht darüber, daß der flüchtige Physiker ein »Überläufer aus Gewissensgründen« war, den die aggressive Haltung seiner Regierung ernüchtert hatte und den die apokalyptischen Waffen, die sie entwickelte, erschreckten, von neuem.

Eine Welle von Fragen

Eine neue Welle von Fragen tauchte auf, als die israelische Botschaft in London ihre vorherigen Dementis zurücknahm und zugab, daß es Vanunu wirklich gibt. Es stellte sich heraus, daß er tatsächlich das war, was Guerrero behauptet hatte, nämlich ein ehemaliger Angestellter des Negev - Nuklearforschungszentrums. Doch Israels Regierung sagte, er sei kein Wissenschaftler, sondern lediglich ein Nukleartechniker und fügte hinzu, man habe ihn Anfang des Jahres wegen »labilen Verhaltens« entlassen.

Durch diese Enthüllungen angestachelt, versuchten britische, französische und spanische Reporter, Guerrero ausfindig zu machen. Sie mußten jedoch feststellen, daß der weitgereiste Journalist aus seinem Londoner Hotel verschwunden war und nicht aufgetrieben werden konnte. Noch alarmierender ist die Tatsache, daß australische Zeitungsleute, die Vanunu interviewen wollten, ebenfalls herausfanden, daß auch er aus seinem dortigen Schlupfwinkel verschwunden war.

Israel, von dem seit langem angenommen wird, daß es insgeheim Atomwaffen produziert und der Welt darüber Lügen erzählt, ist jetzt offiziell dem exklusiven Club der Atommächte beigetreten. Informierte Geheimdienstexperten warnen allerdings, daß Israels abschreckende atomare Stärke in einem taktischen Manöver durch das vor einigen Wochen zurückgetretene Kabinett von Premierminister Shimon Peres preisgegeben worden sein könnte.

Nahost

Israels Drohung mit Atomwaffen

Vanunus Aussagen ergänzten im Grunde Israels seit langem vermuteten – doch bisher nie offiziell zugegebenen – Drang zur Entwicklung nuklearer, militärischer Macht, um das Gleichgewicht auf der Erde zu verändern, um eine Reihe von erschreckender Details:

Fast 30 Jahre lang haben israelische Regierungen die Vereinigten Staaten und den Rest der Welt über ihren Entschluß, Atomwaffen zu bauen, angelogen. Die Tatsache, daß Israel Atomwaffen entwickelt hat, war der amerikanischen Regierung zumindest seit Dezember 1967 bekannt, als in dem inzwischen eingegangenen »Washingtoner Observer« darüber berichtet wurde.

In dem gleichen Zeitraum von 30 Jahren haben Agenten des Mossad, des israelischen Geheimdienstes, Diebstähle, Raub, Bestechungen, Schmuggel, Falschinformationen und wenn nötig, auch Morde und andere Gewaltakte auf ihrem Konto zu verbuchen, um ihrem Land die Rohstoffe und das Know-how für den Bau dieser Mordwaffe zu liefern.

Israels wichtigster Mitverschwörer in dieser Täuschungsaktion über Nuklearbewaffnung war Frankreichs Präsident Charles de Gaulle. Vanunus Aussagen bestätigen, daß Israels erster Atomreaktor aus dem Jahr 1957 von französischen Technikern gebaut wurde. De Gaulle beschrieb das Ziel dieses Programms mit der Erstellung eines modernen »Textilkomplexes«.

Vorräte für den Weltuntergang

Auf inoffizieller Ebene gab der französische Präsident gegenüber den Vereinigten Staaten zu, daß die Bauteile auch eine »Nuklearanlage« umfassen, doch er versicherte dem amerikanischen Präsidenten Dwight D. Eisenhower, daß sie nur »harmlosen Forschungsprojekten« und nicht militärischen Zwecken diene.

Dr. Egon Holzapfel, ein westdeutscher Physiker, der jetzt an Waffenkontrollstudien an der Princeton Universität arbeitet, sagte: »De Gaulle hat nicht nur seine Verbündeten getäuscht; er hat die ganze Menschheit verraten, als er Israel mit atomarer Schlagkraft ausstattete. Die Folge ist, daß diese manipulative, unbeständige, sich selbst verherrlichende, winzige Nation nun die Mittel hat, jedes arabische Land zu zerstören, um dann immer noch genug Reserven zu besitzen, daß es sich die Sowjetunion oder jede andere Macht zweimal überlegt, bevor sie zurückschlägt.«

Nach Meinung von Experten besitzt der Kleinstaat einen Vorrat von mindestens 100 bis 200 Atomwaffen mit einem Gewicht von jeweils 50 Kilo-Tonnen, das entspricht 50 000 Tonnen TNT an Sprengstoff.

Darüber hinaus enthüllte Vanunus Bericht, daß im KMG-Komplex Crash-Programme geplant sind, um Neutronenwaffen zu bauen, Wasserstoffbomben, mit denen die Bevölkerung eines ganzen arabischen Landes ausgelöscht werden kann, wie zum Beispiel Kuwait oder Saudi Arabien, ohne daß dabei die ölproduzierenden Stätten zerstört würden. Außerdem arbeiten die Israelis an der Endwaffe, der apokalyptischen H-Bombe.

Im Vergleich dazu, meinen Experten, verfügen andere bedeutende Mächte des »Atomclubs« über das folgende Arsenal: China besitzt wahrscheinlich 300 solcher Sprengköpfe, Frankreich zwischen 500 und 600 und Großbritannien 700. Die beiden militärischen Supermächte übertreffen sich gegenseitig; von den Vereinigten Staaten und der UdSSR wird vermutet, daß jeder zehntausende von diesen Nuklearsprengköpfen besitzt.

»Das israelische Lager ist kein Verteidigungsarsenal, sondern ein Angriffsarsenal«, sagte Dr. Mihaly Balint, ein Physiker von der Columbia-Universität, der Vanunus Bericht überprüfte, um sowohl dessen Glaubwürdigkeit und Auswirkung festzustellen.

»Es gibt keine Frage, der israelische Überläufer weiß, wovon er redet. Doch Neutronen- und andere Wasserstoffbomben sind nicht nur Instrumente für eine ungeheure Zerstörung. Es sind Waffen des Völkermords, mit denen Millionen von Menschen von einer Sekunde zur anderen in einem Holocaust vernichtet werden.

Israel ist ein Land, das nicht bereit ist, eine Vereinbarung oder ein Bündnis einzugehen, das das Ziel hat, die Menschheit vor atomarer Vernichtung zu retten.

Nun, da es solche Geschütze besitzt, hat es jede Hoffnung auf einen Mächte-Ausgleich in der Welt, den wir vielleicht gehabt haben mögen, zunichte gemacht.«

Interne israelische Intrige

Doch, so warnen Geheimdienst-Beobachter, dies war vielleicht eine der wirklichen Absichten, warum diese Fakten jetzt öffentlich bekannt wurden.

»Trotz seines wachsenden atomaren Arsenals hat sich Israel immer so verhalten, als würde es nur von konventionellen Waffen abhängen«, erklärte ein erfahrener Nahost-Militärexperte, der als Verteidigungsbeobachter der UN-Delegation seines Landes fungiert.

»Das heißt, um nur einen Nutzen zu nennen, daß es von den Vereinigten Staaten jährlich Milliarden an sogenannter Sicherheitshilfe erhielt, Gelder, mit denen die konventionellen Streitkräfte des Kleinstaates unterstützt wurden.

Vergessen Sie nicht, daß Israel die meisten dieser Geschütze nicht braucht, wenn es wirklich eine wichtige Nuklearmacht ist, denn der Zweck der konventionellen Waffen ist es angeblich, die militärische Überlegenheit gegenüber seinen Nachbarn aufrecht zu erhalten. Mit seinen apokalyptischen Bomben verfügt der Kleinstaat über einen permanenten Vorteil gegenüber jeder arabischen Regierung oder möglichen Bündnissen unter den arabischen Staaten.«

Doch warum sollte diese Regierung eine Kürzung seiner Militärhilfe aus den Vereinigten Staaten aufs Spiel setzen? »Weil die gegenwärtige israelische Regierung dabei ist zurückzutreten (es handelte sich dabei um den Rücktritt des Koalitionskabinetts von Labor-Premier Shimon Peres)«, meinte dieser ranghohe Informant.

»Eines, was Peres und der Arbeiterblock, den er führt, fürchtet und haßt, ist die enge Beziehung, die ihre Rivalen, die Likud-Koalition, angeführt von dem jetzigen Premier Yitzhak Shamir, zur Reagan-Regierung aufgebaut haben. Jahrelang haben Labor-Politiker die Vereinigten Staaten auf inoffizieller Ebene bedrängt, der Likud-Führung nicht so viel Geld zukommen zu lassen, die die Invasion in den Libanon im Jahr 1982 führten und denen jetzt neue Pläne für Militärexpansion nachgesagt werden.

Es gibt Berichte, die besagen, daß Peres und seine Labor-Mannschaft wollen, daß Israel sich ›wie die Atommacht verhält, die es ist‹, das heißt, seine Bomben dazu zu nutzen, um an den Verhandlungstisch zu kommen und nicht für blutige Schießereien mit den Arabern.« □


THE SUNDAY TIMES

Revealed: the secrets of Israel's nuclear arsenal

On October 5, Londoners found out what SPOTLIGHT readers have known for years; who's got "the bomb" in the Mideast.

Am 5. Oktober 1986 erfuhr die Weltöffentlichkeit, was eigentlich seit Jahren bekannt ist: »Enthüllt: Die Geheimnisse um Israels Atomarsenal«.

Mordechai Vanunu

Nach der Offenbarung verschwunden

Warren Hough

Mordechai Vanunu – der israelische Atomtechniker, der nach Australien emigrierte, zum Christentum konvertierte und vor einigen Wochen der Welt einen ersten genaueren Einblick in das geheime Atomwaffenarsenal des Kleinstaates im Nahen Osten vermittelte – ist aus seinem Londoner Hotel verschwunden.

Britische Journalisten und Sicherheitsexperten äußerten gegenüber Ausländern, sie hätten die Befürchtung, daß der 31 Jahre alte Wissenschaftler, der einiges zu offenbaren hatte und dabei war, mit einem britischen Verleger einen Vertrag über die Veröffentlichung eines Buches zu unterzeichnen, von Agenten des Mossad, dem israelischen Geheimdienst, entführt worden sei.

Handel mit dem Weltuntergang

Die Sorge um die Sicherheit und den Verbleib des Überläufers wuchs, als einer der führenden Wissenschaftler Europas ein Schlüsseldetail in Vanunus Geschichte bestätigte.

»Es war der verstorbene französische Präsident Charles de Gaulle, der in den Jahren 1957 bis 1960 die Technologie und das Material für die Herstellung von Atombomben an Israel verkauft hat«, sagte Professor Francis Perrin, der in der Ära de Gaulle Frankreichs Hochkommissar für Nuklearangelegenheiten war.

»Es war eine streng geheime Operation unter dem Deckmantel des Transfers einer kleinen physikalischen Forschungsanlage ohne militärische Zwecke.«

Perrin zufolge, der im Alter von 83 Jahren als der größte Atomphysiker der Nation hoch angesehen ist, hat sich de Gaulle insbesondere bemüht, seinen »Weltuntergangs-Handel« mit Israel vor der US-Regierung zu verbergen:

»Wir haben den Amerikanern nicht die Wahrheit erzählt über die Entscheidung, Israel zu helfen, ein Atomarsenal aufzubauen, weil die Vereinigten Staaten in jenen Tagen – im Hinblick auf Israel – gegen eine nukleare Verbreitung waren und wir in Frankreich wären aus dem ›Atomclub‹ ausgeschlossen worden, wenn unsere Komplizenschaft mit Israel bekannt geworden wäre«, sagte Perrin. »Insgeheim mochte de Gaulle die Vereinigten Staaten nicht und mißtraute ihnen.

Die Aussicht, daß ein atomar ausgerüstetes Israel immer in der Lage sein würde, Amerika zu erpressen, indem es sagt, ›unterstützt uns oder wir werden eine von diesen Megabomben fallen lassen‹, gab de Gaulle eine Menge Befriedigung.«

Traum von einem nuklearen Netzwerk

Jean Lacouture, der bekannte französische Journalist, der soeben eine aufschlußreiche Biographie über de Gaulle fertiggestellt hat, bestätigte, daß das alternde und großspurige französische Staatsoberhaupt in den letzten Jahren, in denen er an der Macht war, bezüglich Atomwaffen »größenwahnsinnig« wurde.

Nach Lacouture träumte de Gaulle von einem »nuklearen Netzwerk«, das von Frankreich beherrscht und es den französischen Streitkräften ermöglichen würde, die Rolle einer »Weltpolizei« zu spielen, die »überall auf der ganzen Welt« interveniert, um ihre Führung zu verteidigen. Was de Gaulle nicht voraussah, meint Lacouture, ist, daß eine zügellose Verbreitung von Atomwaffen wie das furchterregende Arsenal, das von Israel heimlich angehäuft wurde, schließlich eher zu einer Destabilisierung der Welt führen würde als zur Stärkung der Hegemonie der Kolonialmächte.

Was die Experten besonders beunruhigt, ist Vanunus Erklärung, daß Israel angefangen hat, Wasserstoffbomben zu produzieren, und zwar sowohl den Typ der Neutronenbombe als auch die »konventionelle« Version, die sogenannte H-Bombe.

Obgleich Israel vielleicht behaupten mag, es produziere Atomwaffen für Verteidigungszwecke, kann niemand behaupten, H-Bomben wären etwas anderes als Angriffswaffen, warnen Experten.

Neutronenbomben, die große Mengen an Strahlung freigeben, werden von Physikern als »besonders gemeine« Waffen zur Auslöschung der Bevölkerung ganzer Städte beschrieben, während die Gebäude und andere Infrastruktur meist verschont bleiben.

Nach Ansicht von Militärexperten der UNO handelt es sich dabei um Waffen, die ein Angreifer wählt, um die Bewohner eines bestimmten Landes auszulöschen, ohne sein Potential wie Ölfelder und Raffinerien zu zerstören.

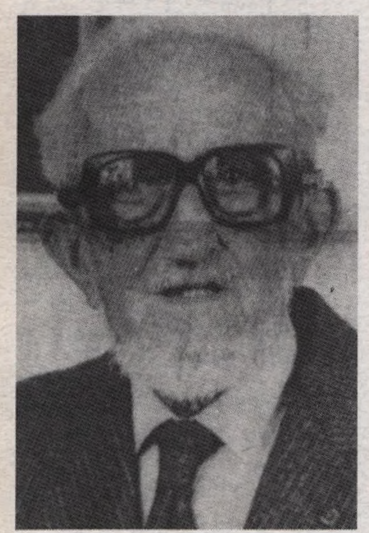
So werden Vanunus Aussagen über das schreckliche Atomwaffenarsenal seiner Nation – schätzungsweise 200 Atomsprengköpfe von beträchtlicher Größe – und die gegenwärtigen Bemühungen, noch gewaltigere H-Bomben zu bauen, durch angesehene Experten wie Perrin und Lacouture gestützt. Doch nachdem dieser »Zeuge aus Gewissensgründen« hinsichtlich der Nuklearstrategie der israelischen Regierung immer mehr an Glaubwürdigkeit gewonnen hat,

Charles de Gaulle, hier mit seiner Frau, überwachte persönlich den Transfer von Nuklearmaterial nach Israel.



Mordechai Vanunu

Nach der Offenbarung verschwunden



Professor Francis Perrin war in der Ära de Gaulle Frankreichs Hochkommissar für Nuklear-Angelegenheiten.

verschwand er aus seiner Londoner Unterkunft.

Einer der recherchierenden Reporter der Londoner »Sunday Times«, der in Verhandlungen über die Herausgabe von Vanunus Geschichte in Buchform stand, sagte: »Wir haben ihn am 30. September 1986 zum letzten Mal gesehen. Wir haben über ein größeres Kopplungsgeschäft im Zusammenhang mit seinem Buch gesprochen. Es enthielt die Zusage, Vanunu zu einem reichen Mann zu machen. Er sollte am 2. Oktober 1986 zurückkehren, um den Vereinbarungsentwurf abzuzeichnen. Doch wir haben ihn nicht wiedergesehen.

Opfer eines faulen Spiels

Auch niemand sonst hat ihn seither zu Gesicht bekommen. Wir müssen jetzt davon ausgehen, daß er entführt worden ist oder irgendeinem anderen faulen Spiel zum Opfer gefallen ist. Unsere Spekulationen – und auch die von Scotland Yard – konzentrieren sich auf die Rolle, die der Mossad bei diesem Verschwinden spielt.«

Im Juli 1984 öffneten mißtrauische Scotland Yard-Inspektoren einen großen Frachtcontainer, der in London soeben in ein nigerianisches Verkehrsflugzeug verladen werden sollte. Sie fanden im Inneren der Kiste einen gefesselten und geknebelten ehemaligen nigerianischen Minister. Neben dem entführten afrikanischen Staatsmann hockte ein israelischer Arzt, der dem Gefangenen mit einer Spritze ständig ein Betäubungsmittel injizierte.

Der Nigerianer war von Mitgliedern einer Mossad-Terrorgruppe wenige Stunden zuvor geschnappt worden, als er gerade seine Prachtresidenz in London verlassen wollte.

Nach einer Verzögerung von mehreren Monaten wurden der Mossad-Arzt und zwei weitere israelische Geheimagenten, die an der Entführung beteiligt waren, in London zu langen Gefängnisstrafen verurteilt. Doch der damalige britische Innenminister Leon Brittan, der für seine engen persönlichen und politischen Kontakte zu Israel bekannt ist, ordnete an, daß alle drei überführten Terroristen abgeschoben wurden.

So wurden die Mossad-Kidnapper den israelischen Behörden still übergeben, noch bevor sie überhaupt begonnen hatten, ihre Gefängnisstrafe abzusitzen.

»Das war eine gelungene Vertuschungsaktion«, sagte ein recherchierender Reporter des sogenannten »Insider-Teams«, der »Sunday Times«: »Doch bei dem Vanunu-Skandal ist es etwas anders: er wird auf nicht ganz so angenehme Weise aus den Schlagzeilen verschwinden. Zum einen haben die Aussagen dieses Überläufers über das Atommacht-Potential seiner Regierung die verbleibenden Hoffnungen der Menschheit auf die Nichtweitergabe von Nuklearwaffen – auf ein Gleichgewicht des Terrors sozusagen – zerstört.

Einige arabische Staaten schikken sich ans, diese Angelegenheit vor die Vereinten Nationen zu bringen. Sie verlangen eine vollständige Überprüfung der strategischen Implikationen, die durch Vanunus Aussagen hervorgerufen werden. Und sie wollen wissen, was mit ihm passiert ist. Dieses Mal wird Israel ein paar schwierige Fragen beantworten müssen.« □

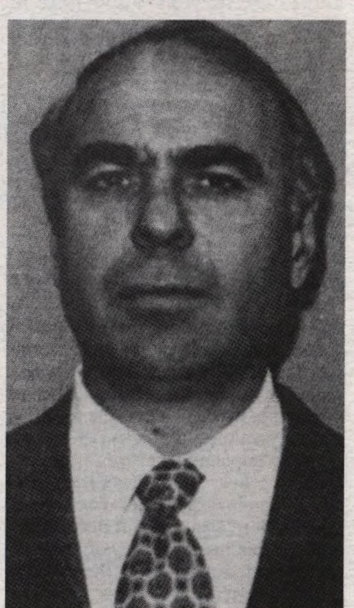
Camp-David-Abkommen

Profite im Nahost-Handel

James Harrer

Das berühmte Camp-David-Abkommen ist teilweise von führenden US- und ägyptischen Beamten ausgehandelt worden, die insgeheim aus den großzügigen Geschenken der USA, die aus dem Vertrag folgten, Schmier- und Bestechungsgelder in Millionenhöhe eingesteckt haben. Diese alarmierende Entdeckung ergab sich aus einer Untersuchung, die über die geheime Vorgeschichte des weithin bekannten Paktes angestellt wurde, mit dem Ägypten 1979 aus dem arabischen Lager auf die Seite Isreals hinüberwechselte.

Der Vertrag, der von Beamten der Regierung von Jimmy Carter zwischen den beiden Nahost-Staaten vermittelt worden war, ist damals als ein »Riesenschritt in Richtung auf eine Versöhnung« in der zerstrittenen Region und als ein »historischer Einstieg« in eine neue »Ära des Friedens« gepriesen worden. Neue Beweise, die jetzt durch die Untersuchung zutage kamen, die Interviews mit Schlüsselfiguren der siebziger Jahre sowie eine erneute Überprüfung von Gerichtsakten umfaßte, die nie an die Öffentlichkeit kamen, deuten darauf hin, daß der Vertrag von hohen amerikanischen und ägyptischen Regierungsbeamten ausgenutzt worden ist, die ihn als Einstieg in persönlichen Reichtum ansahen.



Edwin Wilson, langjähriger CIA-Agent, finanzierte die heimliche Firma für Waffengeschäfte mit 500 000 Dollar.

Die Verschwörung bezog sich auf Milliarden Dollar

Der Verfasser erfuhr, daß es sich bei zwei der Schlüsselfiguren in diesem angeblichen kriminellen Komplott um Erich von Marbod, den damaligen Direktor der Pentagon-Behörde zur Unterstützung der Verteidigungssicherheit (Defense Security Assistance Agency, DSAA) und Generalmajor Richard V. Secord, damaliger stellvertretender Assistent des Verteidigungsministers für den Nahen Osten und Südostasien gehandelt haben soll.

Aus Dokumenten, die im Lauf der Untersuchung beschafft werden konnten, geht hervor, daß Richard Secord der Verantwortliche für die Aushandlung der wichtigsten Details der Verteidigungsbestimmungen des Abkommens war.

Ein verläßlicher Informant, der damals sowohl mit Secord als auch mit Marbod engen Kontakt hatte, äußerte gegenüber dem Verfasser dieses Artikels, daß beide eine private Vereinbarung miteinander getroffen haben, bevor sie sich in die Verhandlungen über den Camp-David-Vertrag begaben. Es war dieser Quelle zufolge geplant, Secord und Marbod sowie mehrere andere hochrangige Kollegen zu Millionären zu machen, wenn

und Reedereigeschäft unbekannt war. Sie verfügte auch über keinerlei Beziehungen auf dem Versicherungs- und Zollsektor, wie das für große Spediteure der Fall ist.

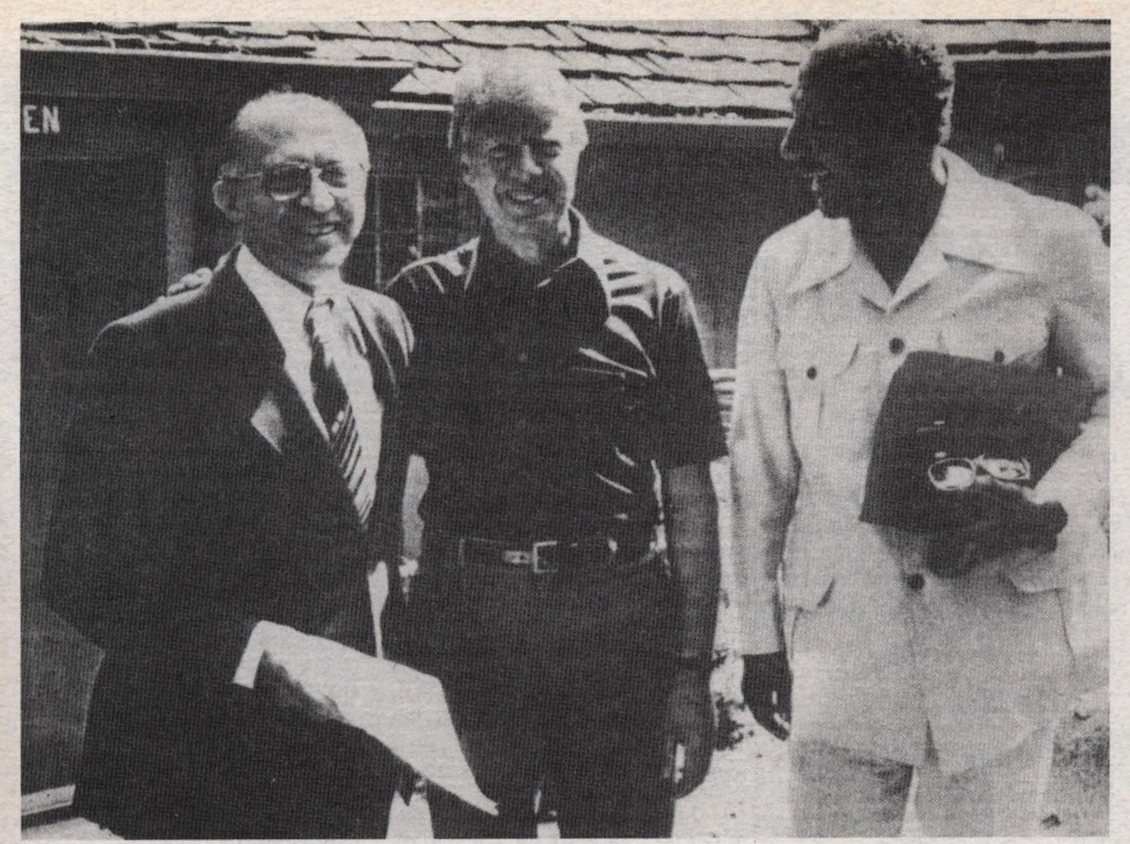
Eatsco erhielt sowohl von der amerikanischen wie auch der ägyptischen Regierung den Alleinauftrag für dieses Riesengeschäft, weil es sich um die Scheinfirmen handelte, die Monate zuvor von den vier stillen Teilhabern – Secord, Marbod, Shackley und Clines und mit der Finanzierung des fünften, Wilson, der als Inhaber fungierte – gegründet worden war.

Ägypten, wo Beamtenkorruption ein altehrwürdiger, nationaler Brauch ist, zahlte sich für Eatsco genauso aus wie das Pentagon, das die stille Teilhaberschaft hinter jener Firma schützte, als die amerikanische Bundes-Marineverwaltung im Jahr 1982 eine Untersuchung von Eatscos überhöhten Transportrechnungen verlangte.

Sowohl der ägyptische Außenminister Hassan Ali als auch der Verteidigungsminister Abu Ghazala warnte die Reagan-Regierung, daß die ägyptische Regierung sich vor den Kopf gestoßen fühle, weil man den Hintergrund oder die Rechnungslegung von Eatsco prüfen wolle.

Wie aus vertraulichen Quellen zu erfahren ist, sollen ägyptische Beamte über einen eigenen Verbindungsmann, einen ehemaligen ägyptischen Geheimdienstbeamten mit Namen Hussein K.Salem, der Teilhaber bei Eatsco wurde, ebenfalls ungeheure Schmiergelder aus den Erlösen des Camp-David-Waffenabkommens eingesteckt haben.

»Sehen Sie diese Unterlagen hier? Sie beziehen sich auf die Eatsco-Schmiergeldaffäre«, sagte mir ein wichtiger Informant in einem kürzlich gegebenen Interview und zeigte mir dabei eine braune Mappe. »Der wirkliche Skandal ist nicht, daß korrupte Beamte in dieser Transaktion Millionen kassiert haben; der Skandal ist, daß ich Ihnen diese Unterlagen hier zeige und nicht einem Kongreßausschuß. Senat oder Repräsentantenhaus müssen hier eine Untersuchung in Gang setzen, sonst wird die ganze Reagan-Ära mit einem Makel behaftet sein.« □



US-Präsident Jimmy Carter (Mitte) vermittelte den Camp-David-Friedensvertrag zwischen dem israelischen Premierminister Menachem Begin (links) und Ägyptens Präsident Anwar Sadat (rechts). Das Bündnis wurde mit US-Zuschüssen in Milliardenhöhe besiegelt.

die Vereinbarung abgeschlossen ist.

Die Verschwörung bezog sich auf die Milliarden Dollar an neuerlicher Militärhilfe, die Ägypten vom amerikanischen Steuerzahler nach diesem Abkommen erhalten sollte. Da die Vereinbarung von Regierungsbeamten der Carter-Administration aufgesetzt wurde, war der Steuerzahler »der einzige Verlierer«, wie ein Informant meinte. Die beiden anderen Vertragspartner, Israel und Ägypten, erhielten unerwartete Profite in Milliardenhöhe.

Über Scheinfirmen in das Waffengeschäft

Um sicherzustellen, daß sie ebenfalls ihren Anteil an diesem lukrativen Unternehmen abbekommen würden, bildete Secord und Marbod mit mehreren anderen Spitzenbeamten in Machtpositionen ein geheimes Konsortium. Einer davon, Theodore Shackley, der stellvertretende Leiter des CIA für diesen Geheimdienstbereich, stand dem sogenannten »Sonderstab« der Spionageorganisation vor, der sich mit Schlüsselaspekten der Beziehungen zwischen Ägypten und Israel befaßte.

Es gab noch zwei weitere Personen, die an diesem geheimen Konsortium beteiligt waren. Einer von ihnen, Thomas Clines, war leitender Beamter, Direktor für Training und Entwicklung, im Geheimdienstbereich des CIA und arbeitete direkt unter Shackley.

Der andere, Edwin Wilson, war ebenfalls ein langjähriger CIA-Agent. Er war im Jahr 1975 ausgeschieden und hatte sich dem internationalen Waffen- und Sprengstoffhandel zugewandt.

1978 wurden bereits Ermittlungen wegen angeblicher Verletzungen der amerikanischen Rüstungsexportgesetze gegen ihn durchgeführt.

Es wurde vereinbart, daß Wilson 500 000 Dollar in eine geheime Firma einschießen würde, die über Scheinfirmen in das Waffengeschäft einsteigen sollte. Es ist niemals festgelegt worden, wie diese geheime Firma genau aufgebaut war.

Der Verfasser erfuhr jetzt in einem Interview, das er mit einem Informanten geführt hat, der über diesen Handel Bescheid wußte, daß jeder zu gleichen Teilen beteiligt war. Secord, Marbod, Shackley, Clines und Wilson gehörten jeweils 20 Prozent des Konsortiums und der Riesenprofite, die erwartet wurden.

In den zwei Jahren vor dem Abkommen – 1977 und 1978 – erhielt Ägypten von der Carter-Regierung im Durchschnitt jährlich etwa 900 Millionen Dollar Zuschüsse. 1979, als die Vereinbarung geschlossen wurde, stieg diese Summe auf 2,5 Milliarden Dollar und hat sich die ganzen Jahre hindurch weiter erhöht.

Die ägyptische Regierung machte auch umgehend Gebrauch von diesen großzügigen Geldern und bestellte in dem Jahr nach den Camp-David-Vereinbarungen Militärgüter im Wert von über 2,2 Milliarden Dollar. Den Verschiffungsauftrag für diese Lieferungen erhielt die amerikanisch-ägyptische Transport und Service Corp., genannt Eatsco.

Schmiergelder aus dem Waffenabkommen

Eatsco besaß keinerlei Erfahrung im Gütertransportgeschäft. Es handelte sich um eine ganz neue Firma, die im Speditions-

Ägypten

Zwischen Armut und Schulden

Martin Burns

Mit einer Größe von ungefähr tausend Quadratkilometern und schätzungsweise über 48 Millionen Einwohner liegt Ägypten im nordöstlichen Teil des afrikanischen Kontinents. Die Ägypter zählen normalerweise zu den Arabern und nicht zu den Schwarzen. Doch der Vergleich mit den Bruderstaaten unterhalb der Sahara ist nur allzu angemessen.

Ägypten wird von einer korrupten Oligarchie mit Selbsterhaltungstrieb regiert. Der Großteil der Bevölkerung ist arm. Demokratie im westlichen Stil ist unbekannt und die Gewerbefreiheit, die theoretisch existiert, wird in Wirklichkeit durch eine Bürokratie eingeschränkt, die Bestechung und Konformismus verlangt.

Hoffnungslos verschuldet

Ägyptens wirtschaftliche Zukunft ist voller Gefahren und wird durch zwei entscheidende Kräfte bedroht: die eine, der Zusammenbruch der Ölpreise, liegt außerhalb seiner Kontrolle; die andere, der Friedensvertrag mit Israel, läßt sich nicht so leicht rückgängig machen. Durch den ersten Faktor wurden die Deviseneinnahmen drastisch reduziert, der zweite hat eine Entfremdung zwischen Ägypten und seinen arabischen Nachbarn hervorgerufen, wodurch es seine traditionelle Führungsrolle in der arabischen Welt eingebüßt hat.

In den glorreichen Tagen von Gamal Abdel Nasser war Ägypten nach der erfolgreichen Verstaatlichung des Suez-Kanals der unumstrittene Führer in der arabischen und vielleicht auch in der gesamten dritten Welt. In den ruhmreichen Tagen der OPEC wurde Kairo nach dem Zerfall des Libanon und seiner Hauptstadt Beirut zum auserwählten Finanzzentrum der arabischen Welt.

Zu Zeiten israelischer Hegemonie im Mittleren Osten kehrt Ägypten nun zu einem Lebensstandard und Status in der Welt zurück, wie ihn Bangladesch oder Zaire »genießen«.

Wie so viele andere Länder der dritten Welt ist Ägypten hoffnungslos verschuldet. Im Jahre 1985 beliefen sich seine Auslandskredite auf 34,5 Milliarden Dollar. Dies bedeutet eine Zunahme um 3,5 Milliarden im Vergleich zu 1984. Im Jahr 1985 betrugen die Zinsen 1,6 Milliarden Dollar und die fälligen Kapitalrückzahlungen 1,9 Milliarden Dollar, was eine Gesamtsumme von 3,5 Milliarden ausmacht.

Aufgrund der vergünstigenden Wirkung vieler Militär- und Entwicklungsdarlehen ergibt dies einen Effektivzinssatz von 4,63 Prozent für Ägyptens gesamte Schuldenlast. Dennoch ist das Land bei weitem nicht in der Lage, diesen Verpflichtungen nachzukommen. Im Jahre 1985 erhielt es von den Vereinigten Staaten eine zusätzliche Unterstützung von 500 Millionen Dollar, um einen Zinsverzug bei den internationalen Banken abzuwenden.

Mit anderen Worten, die Vereinigten Staaten gaben Ägypten diese 500 Millionen Dollar, um die Fiktion aufrechtzuerhalten, das Land hätte seine Schulden bezahlt. In Wirklichkeit haben die USA nur die Banken bezahlt.

Eine komplizierte Charade

Warum diese komplizierte Charade? Einfach, weil die Darlehen, für die diese Zinsen fällig waren, als amerikanisches Vermögen angesehen werden, ebenso wie das Gold in Fort Knox oder die Holzvorräte in den amerikanischen Wäldern. Wenn man formell anerkennen würde, daß dieses Vermögen – die von amerikanischen Steuerzahlern an Ägypten vergebenen Darlehen – in Wirklichkeit wertlos ist, hätte man die Gelder, die

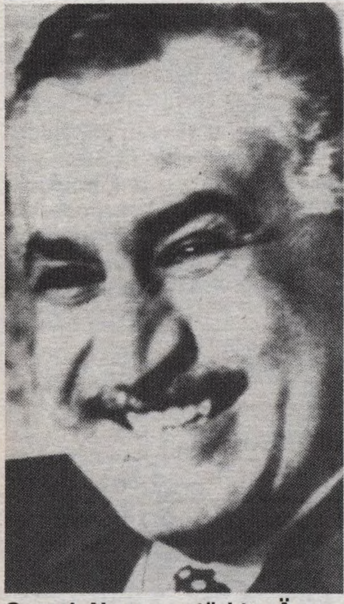
Ägyptens Bevölkerung führt einen harten Kampf um ein karges Leben. Das Land ist hoffnungslos verschuldet. Es wird mit Almosen aus den USA und von den Ölstaaten unterhalten.



bei der Vergabe der Darlehen verschwendet wurden, als Ausgaben verbuchen müssen, was das amerikanische Haushaltsdefizit erhöhen würde.

Als man die Darlehen damals vergab, wurden sie nicht als Regierungsausgaben verbucht und erscheinen somit weder im kumulativen Gesamtdefizit noch unter dem Defizit eines bestimmten Jahres. Mit der eigenartigen Logik, die dem öffentlichen Finanzwesen eigen ist, haben die USA sogar »Geld gespart«, als sie Ägypten weitere 500 Millionen Dollar in den Rachen warfen.

Natürlich werden die Verhältnisse immer schlimmer und nicht besser. In den Jahren 1975 bis 1984 erhielt das Land in Form von Überweisungen ausgewanderter ägyptischer Arbeiter Kapitalzufluß aus ölreichen arabischen Ländern und durch Ölverkäufe im Sinai, das Gebiet, das sie aufgrund des »Friedens«-Vertrages von Israel zurückerhalten haben – unerwartete Deviseneinnahmen.



Gamal Nassar stärkte Ägyptens Einfluß in der arabischen Welt durch die Inbesitznahme des Suez-Kanals.

Doch die Ölpreise sind am Boden. Arbeiter aus Ägypten verlieren ihre Jobs am Persischen Golf. Der Kapitalfluß ist geringer und die Einnahmen aus Ölexporten haben sich um die Hälfte reduziert. Im Jahre 1986 waren die Deviseneinkünfte um 3 Milliarden Dollar – von 9,6 Milliarden im Jahr 1985 auf 6,6 Milliarden – gefallen. Es ist nicht schwer zu erraten, wer für den Fehlbedarf aufkommen muß? Natürlich, der amerikanische Steuerzahler und der anderer westlicher Industriestaaten.

Ägypten ist eines von zwei Ländern, das permanent im amerikanischen Haushalt vertreten ist, Israel ist das andere Land und Mexiko scheint das dritte zu werden. Im vergangenen Jahrzehnt betrug die von Amerika an Ägypten geleistete Hilfe insgesamt 18 Milliarden Dollar; 1986 belief sie sich auf 2,7 Milliarden Dollar.

Eine Bestechung des gegenwärtigen Regimes

Die amerikanische Hilfe hat die Unterstützung aus arabischen, ölproduzierenden Staaten ersetzt, die Ägypten großzügige Almosen einbrachte. Von 1973 bis 1976 erhielt das Land offiziell 5,5 Milliarden Dollar von reicheren arabischen Ländern auf bilateraler und multilateraler Basis und schätzungsweise 4 Milliarden Dollar an »geheimer« Militärhilfe aus den gleichen Quellen.



Anwar Sadat verspielte das Ansehen bei den Arabern, als er eine »Friedensvereinbarung« mit Israel unterschrieb.

Das Hauptergebnis des Friedens zwischen Ägypten und Israel war eine Reduzierung an arabischer Hilfe und die Vereinigten Staaten hatten die zweifelhafte Ehre, diesen Platz einzunehmen.

Die Unterstützung der USA ist nichts anderes als die Erweiterung amerikanischer Hilfe an Israel – 4 Milliarden Dollar jährlich mit steigender Tendenz. Es handelt sich dabei um eine Bestechung des gegenwärtigen Regimes, die Camp-David-Vereinbarungen von 1979 weiterhin einzuhalten – vor allem den formellen Vertrag, der es Ägypten verbietet, in einen Krieg einzutreten, den Israel mit einem anderen arabischen Staat führen könnte.

Kein arabisches Land – auch nicht mehrere zusammen – hätten, abgesehen von Ägypten, die Chance, in einem Militärkonflikt mit Israel die Oberhand zu gewinnen. Selbst wenn Ägypten eingreifen würde, wären die Aussichten gering, denn Israel kann auf sein Kernwaffenarsenal zurückgreifen, wenn ein konventioneller Krieg unglücklich verlaufen sollte oder sich hinziehen würde.

Es ist schlimm genug, daß die USA dem Regime von Präsident Hosni Mubarak Schmiergelder zahlen, doch noch schlimmer ist, daß das Geld einfach verschwendet ist. In den sechziger Jahren verbündete sich Ägypten unter Nasser mit der Sowjetunion und beschritt einen »sozialistischen Pfad der Entwicklung«. Unternehmen wurden verstaatlicht, Land beschlagnahmt und der Kapitalverkehr und die Devisentransaktionen strengen Bestimmungen unterworfen.

Rasche Industrialisierung und Importbeschränkungen wurden zu nationalen Zielen – jedoch unter Ostblock-Vorzeichen. Das unvermeidliche Ergebnis waren Ineffizienz, Korruption und Armut.

Eine Parallele sind die Philippinen

Wie bei so vielen anderen Ländern der dritten Welt ist das Potential für dramatische Verbesserungen gering. Es gibt keinen magischen Zauberstab zu schwingen, mit dem die strukturellen Fehler in der ägyptischen Wirtschaft korrigiert werden oder Reichtum und Arbeitsplätze, die jetzt nicht existieren, geschaffen werden können. Und eine dramatische politische Veränderung – wie beispielsweise eine islamische Revolution im Stil des Iran – ist gleichermaßen unwahrscheinlich.

Die bürokratische und polizeiliche Macht in Ägypten ist allgegenwärtig. Keiner Opposition kann es gelingen, ausreichende politische Schlagkraft, Unterstützung in der Bevölkerung oder finanzille Mittel zu erhalten, um eine ernsthafte Herausforderung für das derzeitige Regime darzustellen. Die Machtübernahme durch Ajatollah Rudollah Khomeini im Iran war eine Anomalie – dort mußte ein todkranker Schah die schockierende Erfahrung einer großen Opposition in seinem Land machen und er erteilte nicht den Befehl zur Einsetzung der Kräfte, die für die Rettung des Thrones erforderlich gewesen wären.

Eine wahrscheinlichere Parallele sind die Philippinen, wo die internationalen Banken und das amerikanische Außenministerium einer Machtverschiebung vom Marcos-Regime zum lokalen Business- und Banken-Establishment Vorschub leisteten oder Mexiko, wo die herrschende revolutionäre Partei routinemäßig Wahlen torpediert und sich durch öffentliche Mittel Unterstützung erkauft.

In Ägypten wird der islamische Klerus mit Staatsgeldern unterstützt und politisch gefügig gemacht. Das Militär – 445 000 Mann stark mit weiteren 139 000 an paramilitärischem Personal – bildet das Rückgrat des Regimes. Das Unternehmertum stützt ebenfalls die Regierung, insbesondere seit Mubaraks Vorgänger, Anwar Sadat, im Jahr 1972 die sowjetischen Militärberater des Landes verwies und Nassers sozialistische Wirtschaftspolitik aufgab.

Eine wirkliche Änderung kann nur von innen heraus kommen und dabei am allerwahrscheinlichsten durch einen Militärputsch. Aber Mubarak ist nicht Marcos. Er wird persönlich gestützt von den Vereinigten Staaten und Israel mit amerikanischen Geldern. Ja, Israel beschwert sich, Mubarak erfülle den Friedensvertrag von 1979 nicht in vollem Umfang, doch sie möchten es lieber mit ihm zu tun haben als mit der rechtsgerichteten Moslemischen Bruderschaft oder einer Gruppe linksgerichteter Generäle. Somit bleibt die politische und wirtschaftliche Prognose für Ägypten schlecht. □

Afrika

Elfenbeinküste – einst blühende Kolonie

Martin Burns

Von den ehemaligen französischen Kolonien in Afrika wird die Elfenbeinküste gewöhnlich als das Land mit dem größten Erfolg in der Unabhängigkeit bezeichnet. Bei einer Bevölkerung von 9,4 Millionen wurden in der Elfenbeinküste die politischen rassischen Exzesse vermieden, die die Mehrheit des übrigen schwarzregierten Afrika begangen hat.

Der Konservative, frankophile Präsident Felix Hophouet-Boigny hat das Regierungsruder seit der Unabhängigkeit im Jahr 1960 fest in der Hand. Auswanderer, hauptsächlich Libanesen (150 000) und Franzosen (60 000) spielen eine beherrschende Rolle in der Wirtschaft des Landes; sie sind die Manager von großen Unternehmen und die Eigentümer von kleineren Geschäften.

Der Erfolg liegt in der Währung

Dies hat zu einem effizienten kommerziellen Sektor geführt sowie zu Einrichtungen, die die Hauptstadt Abidjan – Einwohnerzahl 1,7 Millionen und das Paris von Afrika genannt – zu einer brauchbaren Stadt im schwarz-regierten Afrika gemacht hat, was ihre Attraktion als Zielort für Geschäftsreisende und Touristen angeht. Eine weitere bevorzugte Stadt ist Nairobi in Kenia.

Ein Grund für den relativ großen Erfolg der Elfenbeinküste ist die Währung, der CFA-Franc, der eine harte Währung und in den französischen Franc konvertibel ist, und zwar zu einem festen Kurs von 50 CFA gleich ein französischer Franc. Dies ist eine erhebliche Erleichterung für den Außenhandel der Elfenbeinküste.

Der CFA-Franc ist auch die gemeinsame Währung in noch elf anderen ehemaligen französischen Kolonien in Afrika. Er wird von zwei verschiedenen »Zentralbanken« herausgegeben, die eine bedient die ehemaligen Kolonien des alten Französisch Westafrika, die andere die ehemaligen Kolonien von Französich Äquatorialafrika.

Diese Währung ist voll konvertibel innerhalb der Franc-Zone und damit im Westen allgemein. Der CFA-Franc erzielt regelmäßig ein beträchtliches Aufgeld auf dem Schwarzmarkt gegenüber anderen Währungen Schwarzafrikas, darunter auch der einst stolzen nigerianischen Nira.

Oberflächlich betrachtet hat die Elfenbeinküste viele Dinge richtig gemacht. Sie hat sich auf die Landwirtschaft konzentriert, und nicht wie so viele andere der soeben unabhängig gewordenen Länder auf eine unwirtschaftliche Schwerindustrie. Als ein landwirtschaftliches autarkes Land exportiert die Elfenbeinküste Rohnahrungsmittel in ihre weniger effizienten Nachbarländer gegen Bezahlung in harter Währung.

Die Elfenbeinküste ist der Welt größter Exporteur von Kakao und übertrifft darin das benachbarte Ghana, dessen Wirtschaft am Boden liegt und dessen Kakao-Plantagen stark zurückgehen. Sie ist der Welt zweitgrößter Kaffee-Exporteur, gleich hinter Brasilien.

Als man in den siebziger Jahren vor der Küste Erdöl entdeckte, wurde die Elfenbeinküste auch in der Ölversorgung autark und konnte sogar bescheidene Mengen Erdöl ausführen.

Banken verursachten Niedergang

Heute befindet sich die Elfenbeinküste in Schwierigkeiten, weil sie bei den internationalen Banken verschuldet ist. Im März 1986 beliefen sich die Auslandsschulden des Landes auf 7,09 Milliarden Dollar. Gleichzeitig erreichten ihre Devisenreserven nur winzige 13 Millionen Dollar, weniger als die von Burundi (29 Millionen Dollar) oder Tanzania



Eine Schulklasse in der Republik Elfenbeinküste. Bonn fördert im Rahmen der Entwicklungshilfe Lehrerausbildungs- und -fortbildungsmaßnahmen, Schulbauten und Beratung von Schulverwaltungen.

(23 Millionen Dollar) und genausoviel wie die von Mali und dem Sudan, die wirtschaftlich alle am Ende sind. Im Oktober 1985 betrugen die Reserven nur noch 6,1 Millionen Dollar.

Diese Schulden in Höhe von 7,09 Milliarden Dollar sind, in absoluten Zahlen gesehen, gering im Vergleich zu Brasilien (115 Milliarden Dollar) oder Mexiko (100 Milliarden Dollar), aber auf einer Pro-Kopf-Basis sind sie mit den Großschulden dieser unglücklichen Nationen vergleichbar. Jedenfalls geht es über die Kraft der Elfenbeinküste, die 7 Milliarden Dollar zurückzuzahlen.

Gedrückte Weltmarktpreise für Kakao und Kaffee – erst jüngst wieder steigend – haben zu den Wirtschaftsschwierigkeiten der Elfenbeinküste beigetragen, allerdings schwanken Warenpreise schon immer, und es folgen den schlechten Jahren gute. Als der Weltmarkt für Rohwaren, einschließlich Kaffee und Kakao, in den Jahren zwischen 1975 und 1978 eine Hausse erlebte, hat die Elfenbeinküste ein ehrgeiziges Programm zur Entwicklung der Infrastruktur begonnen. Das Entwicklungsprogramm wurde mit geliehenem Geld finanziert.

Auch die Elfenbeinküste machte den klassischen Fehler, langfristige Kredite aufzunehmen, und zwar auf der Grundlage der, wie sich herausstellte, nur vorübergehenden Warenhochkonjunktur. Ein Teil der Auslandskredite war für gesunde Projekte bestimmt, aber andere hatten eine wenig solide Planung.

Ein groß angelegtes »Entwicklungsprogramm« war die Zukkerrohrgewinnung, die sowohl mit Diversifikation als auch Selbstversorgung begründet wurde. Doch am Ende mußte die Elfenbeinküste feststellen, daß ihr Anbau von Zuckerrohr dreimal so teuer war wie der Weltmarktpreis.

Die einzige Eislaufbahn in Schwarzafrika

Die Hauptstadt Abidjan erhielt eine moderne »Skyline«, komplett mit Wolkenkratzern, die sich jedoch in einem besseren Zustand befinden als ähnliche Gebäude anderswo auf dem schwarzen Kontinent. Auch verfügt sie über ein mehr als reichliches Hotelzimmer-Angebot, darunter das Hotel Intercontinental Ivorie, das mit 750 Zimmern das größte in Schwarzafrika ist. Dieses mit israelischer Hilfe gebaute Hotel besitzt ein kaum genutztes Konferenzzentrum und die einzige Eislaufbahn in Schwarzafrika.

Das größte nutzlose Projekt der Elfenbeinküste ist jedoch die Entscheidung von Präsident Hophouet-Boigny gewesen, von der Nationalversammlung kritiklos ratifiziert, die Hauptstadt zu verlegen, und zwar 166 Meilen nordwestlich von der derzeitigen Metropole in das Dorf Yamoussoukro, in dem er vor mehr als 80 Jahren geboren wurde.

Außer der persönlichen Eitelkeit des Präsidenten gibt es nicht den geringsten wirtschaftlichen oder politischen Grund für diesen sehr kostspieligen Umzug.

Doch die Verschwendung der knappen Ressourcen, die sich das Land nicht leisten kann, ist bereits weit fortgeschritten. Es wurden achtspurige Autobahnen gebaut, die irgendwo anfangen und irgendwo aufhören; es gibt eine Golf-Anlage, auf der niemand spielt, und einen Riesenpalast an der Stelle des bescheidenen Hauses, in dem der Präsident geboren wurde, der mit kostbaren persischen Teppichen ausgestattet ist – ein Geschenk des Schahs von Persien.

Zu diesem beabsichtigten Umzug kann man sagen, daß auch andere afrikanische Länder sich in diesen Wahnsinn gestürzt haben: Nigeria, Tanzania und Malawi verlegen ebenfalls ihre Hauptstädte in den Busch, ebenfalls mit hohen und vor allem unnützen Kosten.

Die Elfenbeinküste ist auch nicht immun gegen die Ineffizienz und Korruption, die den übrigen Kontinent unter schwarzer Herrschaft plagen. Die staatlich geleitete Raffinerie, die Elektrizitätsgesellschaft und die staatliche Erdölagentur sind alle mit Personal überbelegt, ineffizient und dem Bankrott nahe.

1983 hatte der Präsident zugegeben, daß er Milliarden von Franc auf Banken in der Schweiz und im eigenen Land deponiert habe und der größte Erzeuger von Ananas, Avocados und Geflügel des Landes sei.

1978 betrug das Pro-Kopf-Einkommen in der Elfenbeinküste 1200 Dollar; 1985 waren es nur noch 710 Dollar. Für 1986 beanspruchte der Schuldendienst schätzungsweise 1,1 Milliarden Dollar für Tilgung und Zinsen. Das sind 36 Prozent der Exporteinnahmen.

Man kann den Transfer der Ressourcen der Elfenbeinküste an die multinationalen Banken direkt vor den eigenen Augen sehen. Aber »La conjoncture« – die Rezession – hält an.

Keine Entschuldigung für die Banker

Wenn man darüber nachdenkt, dann kann man noch die Überschuldung, sagen wir an Mexiko, Indonesien oder Nigeria verstehen, die nachweislich Erdölreserven besitzen; man kann einem Banker die Hoffnung verzeihen, daß die Ölkonjunktur andauern wird. Doch was die Banken im Fall der Elfenbeinküste getan haben, ist unverzeihlich. Es gibt keinen Zweifel, daß die Banken der Elfenbeinküste die Kredite zugeschoben haben wie ein Drogenhändler das Heroin einem Süchtigen.

Oder wie es die respektierte »International Currency Review« ausdrückt: »Dieses Land hat sich in einem Maß überschuldet, wie es für den normalen Menschen unverständlich ist, wäre da nicht eine Einsicht, daß viele Kreditbeauftragte der westlichen Banken in den siebziger Jahren ausschließlich darum besorgt waren, ihre persönlichen Provisionen zu verdienen und nicht auf die eingegangenen Risiken ihrer Institute zu achten.«

Die Elfenbeinküste hatte einst, 1978, eine glänzende Zukunft: ihre Wirtschaft blühte, ihre Devisenreserven standen bei 425 Millionen Dollar, was für ein kleines afrikanisches Land sehr viel war. Doch ein eitler und autokratischer Präsident und die internationalen Banker haben das alles aufs Spiel gesetzt. Die Elfenbeinküste kann unmöglich ihre Auslandsschulden zu den derzeitigen Bedingungen zurückzahlen, und eine Restrukturierung kann nur den unausweichlichen Tag der Abrechnung hinauszögern.

Die Elfenbeinküste und viele andere bankrotte Staatsschuldner werden in Verzug geraten, schon aus eigenem nationalem Interesse. Damit wird eine Rettungsaktion für die Banken ausgelöst werden sowie der Transfer dieser Schulden an die amerikanischen und anderen westlichen Steuerzahler.

Wichtige Fakten über das Land

Ethnisch ist die Bevölkerung des Landes höchst verschieden. Es gibt mehr als 60 Stämme. Religionsmäßig sind rund 12 Prozent Christen, vorwiegend römisch-katholisch, 23 Prozent Moslems und 65 Prozent praktizieren Animismus. Trotz der seit 1960 stetigen Industrialisierung ist das Land immer noch vorwiegend landwirtschaftlich ausgerichtet.

Im 16. Jahrhundert haben die Portugiesen Handelsposten entlang der Küste errichtet, und andere Europäer schalteten sich in den blühenden Handel mit Sklaven und Elfenbein ein. Im Jahr 1842 setzte eine französische Militärmission ein Protektorat an dem Küstenstreifen ein; 1893 wurde die Elfenbeinküste zur Kolonie.

Das Vordringen der Franzosen stieß auf den erbitterten Widerstand der Eingeborenen, und erst nach dem Ersten Weltkrieg ist den Franzosen die Kontrolle über das Hinterland gelungen. Im Zweiten Weltkrieg ist die Elfenbeinküste ein Vichy-Gebiet der Franzosen gewesen.

Heute ist die Elfenbeinküste ein Ein-Parteien-Staat. Sie war eines der wenigen afrikanischen Länder, die Biafra anerkannt haben, als jene Region einen Sezessionskrieg gegen Nigeria geführt hat. Diese Tat, sowie das Eintreten des Staatspräsidenten Hophouet-Boigny für den Dialog mit dem weiß-regierten Südafrika hat das Land vielen anderen afrikanischen Staaten etwas entfremdet.

In den sechziger und frühen siebziger Jahren gehörte die Regierung zu den stabilsten in den neuen afrikanischen Nationen. Die Wirtschaft erlebte eine enorme Expansion, und das Bruttosozialprodukt verdoppelte sich. Kaffee, Holz und Kakao sind die Hauptexportgüter. Die Elfenbeinküste erfreut sich einer Bildungsrate von 20 Prozent, während die Lebenserwartung 64 Jahre beträgt. □



US-Dollar

Die neue Wirtschafts-Depression

Zweiter Teil und Schluß

C. B. Baker

Im Jahr 1914 hat der amerikanische Kongreß den Clayton-Anti-Trust-Act verabschiedet, mit dem die US-Regierung das Recht und die Pflicht erhielt, das freie Unternehmertum und den wirtschaftlichen Wettbewerb zu verteidigen, indem Monopole aufgebrochen werden. Es ist kein Zufall, daß sich die von den Trilateralen beherrschte Reagan-Regierung systematisch geweigert hat, die bestehenden Anti-Trust-Gesetze durchzusetzen und entschieden für die Vorantreibung der Errichtung von Monopolmacht eingetreten ist. Infolgedessen sieht sich Amerikas freies Unternehmertum ernstlich mit seiner Vernichtung bedroht sowie einem nationalen Wirtschaftszusammenbruch, der zum Teil durch die fusionsbedingten himmelhohen Schulden hervorgerufen wird.

Im »Time Magazine« war zu lesen: »Unter dem toleranten Auge der Reagan-Regierung haben Amerikas Konzerngiganten Fusionen in nie gekanntem Tempo vorgenommen. Jetzt will es das Weiße Haus noch leichter machen, daß sich Firmen zusammenschließen. In der letzten Woche haben Offizielle einen durchgreifenden Plan zur Überholung der Anti-Trust-Gesetze offenbart, die seit Beginn des 20. Jahrhunderts in Kraft waren. Die vorgeschlagenen Änderungen sehen eine Milderung der Strafen bei Wettbewerbsprozessen von Firmen untereinander vor und erschweren es den Gerichten, eine Fusion mit der Begründung zu verhindern, daß die zusammengeschlossene Firma schließlich ein Monopol werde.«

Für die Ausbreitung von Monopol-Macht

Das beste Beispiel für den durch Monopole verursachten Schaden ist die OPEC, die Organisation der erdölexportierenden Länder. Weil die OPEC einen so hohen Prozentsatz an der weltweiten Erdölproduktion hielt (1973), konnte sie die Preise von rund 3 Dollar je Barrel Erdöl auf rund 40 Dollar ja Barrel (1981) erhöhen. Als eine Folge davon erlebte die Mehrzahl der westlichen Volkswirtschaften schwere Rezessionen. Erst als sich ausreichende, neue, nicht-OPEC-verbundene Produktionsmöglichkeiten zu Beginn der achtziger Jahre auftaten, wurde der Wettbewerb endlich wieder hergestellt und die Preise fingen erst dann an, zurückzugehen.

Die »New York Times« schrieb über die neuen monopol-freundlichen Gesetze, wie sie von der Reagan-Regierung vorgeschlagen werden: »Das neue Gesetz bedeutet die Kodifizierung der Regierungspolitik, die Restriktionen für Fusionen zu lockern. Es bedeutet eine Lockerung der Restriktionen für Direktoren, die im Vorstand von konkurrierenden Firmen sitzen.«

Die für die Fusion und Übernahme von Unternehmen verwendeten Mittel sind Gelder, die von den Investitionen in Produktivunternehmen abgezweigt werden, und dringend für die Modernisierung von Betrieben innerhalb der Vereinigten Staaten vonnöten sind. Somit fördert die Fusionswelle einen großen Wirtschaftskrach, weil dadurch im großen Stil Eigenkapital gegen Schulden getauscht werden.

In der »Washington Post« heißt es dazu: »In den Konzernbilanzen treten in rasant zunehmendem Maße Schulden anstelle von Eigenkapital oder Aktien. Im Gegensatz zu Dividendenzahlungen, die freiwillig sind, müs-

sen Zinsen für Schulden bezahlt werden, oder eine Firma muß sich finanziell neuordnen, das heißt, den Bankrott erklären.«

Die Zeitung äußerte weiter: »Mit jedem Dollar Schulden, den ein Unternehmen gegen einen Dollar Eigenkapital ersetzt, erhöht sich die Anfälligkeit des Unternehmens.«

In der »New York Times« hieß es: »Eine Studie der New Yorker Börse bemerkt, daß es 1984 zu einem Anfall von ›Fusionsfieber‹ gekommen ist, wobei Eigenkapital in Höhe von schätzungsweise 84 bis 100 Milliarden Dollar gegen Schulden eingelöst wurde. Damit ist 1984 die Kapitalbasis der Unternehmen mindestens um 72 Milliarden Dollar zurückgegangen. Fusionen beziehungsweise gestrichene Fusionen haben 1984 die gesamte Innenfinanzierung in den letzten sechs Jahren verrechnet. Einige Wirtschaftler befürchten, daß die mit Schulden finanzierten Fusionen und Aufkäufe der übrigen Wirtschaft Kredit entziehen.«

Dieser riesige Kreditentzug ist tatsächlich nur einer von vielen Bereichen, in denen sich der Kreditentzug abspielt. Eine derartig vielfältige und weitverbreitete Kreditverknappung hat in der Vergangenheit stets zu großen Wirtschaftszusammenbrüchen und Wirtschaftsdepressionen geführt.

Um sich gegen feindliche Übernahmeversuche und Monopolaktionen zu schützen, sind viele Unternehmen gezwungen gewesen, einen großen Teil ihrer eigenen Aktien zurückzukaufen; dafür mußten sie einige ihrer besten Aktiva verkaufen und ihre Schulden enorm aufstocken, um für den Rückkauf der Aktien bezahlen zu können. Die große Gefahr, die dieser Fusionwahnsinn verursacht hat, wäre niemals eingetreten, wenn die Reagan-Regierung nur die bestehenden Anti-Trust-Gesetze durchgesetzt hätte.

Riesenbeträge für die Betreibung von Übernahmen

Die »New York Times« berichtete: »Die Tabelle des Federal Reserve Systems über die Geldströme zeigt, daß allein 1984 die Schulden von nicht-finanziellen Unternehmen um 256,9 Milliarden Dollar netto gestiegen sind, womit sich ihre Nettoschulden auf über 2 Billionen Dollar belaufen, das ist doppelt soviel wie 1977. Ihre kurzfristigen Schulden schnellten auf 51 Prozent ihrer Gesamtverpflichtungen hoch.«

Wenn die Inflation plötzlich wieder einsetze oder es käme zu einer Anhebung der Zinssätze – zum Beispiel durch Heraufsetzung der Bankkapital-Reservenforderung –, dann könnte eine große Anzahl von amerikanischen Unternehmen mit wenig verbliebenem Eigenkapital oder wenig verbliebenen Vermögenswerten sehr schnell bankrott gehen.

Es gab 1985 rund 250 Aufkäufe. Wie die »New York Times« berichtete, hat John S. R. Shad, Vorsitzender der Börsenaufsichts-Kommission, erklärt: »Mit einer Anzahl dieser Transaktionen wird im wesentlichen die Konzernbilanz von 60 Prozent Eigenkapital auf 80 Prozent Schulden umgebildet. Und je höher die Kosten für Aufkäufe sich belaufen, um so mehr Pleiten wird es morgen geben.«

Bei einem Aufkauf werden sämtliche Aktien von den Aktionären durch die Geschäftsführer und Finanziers aufgekauft. Dean Witter Reynolds Inc. schätzt, daß 1984 »Aktien mit einem Kurswert von 800 Milliarden Dollar aus dem Markt genommen wurden«.

Andrew C. Sigler, Hauptgeschäftsführer der Champion International Corp., erklärte: »Das abgezogene Eigenkapital bewegt sich in der Größenordnung der amerikanischen Staatsverschuldung. Durch diesen Betrag wird die Wirtschaft angeschlagen.«

Die »New York Times« berichtete: »Die Schulden der Unternehmen übersteigen jetzt die Gesamthöhe des Netto-Eigenkapitals der Unternehmen.«

Viele der internationalen Bankgiganten haben Riesenbeträge für die Betreibung von Übernahmen kassiert: »Allein bei einer Übernahme wurden 100 Millionen Dollar für Rechts- und Investitionsgebühren gezahlt. Wenngleich bei solchen Transaktionen große Vermögen ausgetauscht werden, so wird doch keins erzeugt.«

Die Gründe für die hohen Aktienkurse

Die »New York Times« nannte einen der Hauptgründe für die jüngste Hausse auf dem Aktienmarkt: »Kritiker sagen, daß diese Verringerung der Gesamtmenge der den Investoren zum Kauf zur Verfügung stehenden Aktien, den Wert aller übrigen öffentlichen Aktien künstlich in die Höhe treibt.«

Weiter heißt es: »Zwischen dem 1. Januar und dem 12. Dezember 1985 haben die verfügbaren Wertpapiere schätzungsweise um 13 Prozent oder 150 Milliarden Dollar abgenommen. Die angeheizte Fusions- und Übernahmetätigkeit, sowie der Rückkauf von Aktien durch Unternehmen, trägt dazu bei, insgesamt die Durchschnitte in die Höhe zu treiben, weil sie den Investoren sehr viel mehr Geld in die Hand gibt und gleichzeitig die ihnen zur Verfügung stehenden Aktien verringert.«

Die »New York Times« erklärte: »Edward S. Hyman jr., Volkswirt bei Cyrus J. Lawrence Inc., New York, sagt: ›Die schlechten Nachrichten bestehen darin, daß es ganz danach aussieht, als würden wir Ende der achtziger oder Anfang der neunziger Jahre eine Depression haben.‹ Das deutlichste Signal für eine Wirtschaftsdepression und einen Kollaps des Hausse-Marktes wird kommen, wenn der spekulative Investitionswahnsinn so virulent geworden ist, daß ›jeder glaubt, daß ihn nichts aufhalten kann‹.«

Ein solch virulentes Kauffieber herrscht jetzt vor und signalisiert, daß der Rand der Klippe erreicht ist.

Eine Ursache ist die Überproduktion

Die kletternden Aktienkurse und eine große Revision der Margin-Käufe sind gewichtige Indikatoren, daß sich das Börsenkrach-Szenario von 1929 wiederholt. Der große Krach 1929 wurde durch die massive Kreditbeanspruchung für den Aktienkauf auf Margin-Basis beschleunigt. Eine unendliche Anzahl von Amerikanern, die auf Margin-Basis gekauft hatten, waren ruiniert, als die Aktienpreise fielen. Einige haben sogar Selbstmord begangen.

Die »New York Times« schrieb darüber: »Der Margin-Kauf befindet sich in diesen Tagen auf Rekordhöhe, da viele Investoren versuchen, ihre Aktienmarktgewinne zu erhöhen, ohne zusätzliches Bargeld aufzubringen. Spezialisten auf dem Gebiet sind angesichts der Gefahren, die das Margin-Kaufen mit sich bringt, über den Trend besorgt.

Ende Dezember 1985 führten Mitgliedsfirmen der New Yorker Börse insgesamt 2,6 Millionen Margin-Konten, während sich die Schulden auf kräftige 28,4 Milliarden Dollar beliefen.

Das Margin-Kaufen verstärkt innerhalb kurzer Zeit die Auswirkung von steil ansteigenden oder fallenden Kursen erheblich und kann somit zur Beschleunigung des Prozesses beitragen, der zu einem großen Krach führt.«

Zu den traditionellen Ursachen für eine Wirtschaftsdepression gehört die Überproduktion, bei der erheblich mehr Güter hergestellt werden, als Nachfrage vorhanden ist.

Die Großbanken verleihen Riesenbeträge, für die Amerikas Steuerzahler bürgen, an Länder der dritten Welt, um die Produktion von allen möglichen Arten von Waren neu aufzubauen; diese stehen in direktem Wettbewerb mit in Amerika und anderen westlichen Ländern hergestellten Gütern. Damit sind die Steuerzahler der USA und anderer westlicher Nationen von verräterischen Politikern gezwungen worden, wirtschaftlichen Selbstmord zu begehen, indem sie nämlich ihre eigene Konkurrenz subventionieren.

Zuerst wurden Fabriken in der dritten Welt gebaut, dann wurde der Rohstoffanbau erweitert, und in jüngster Zeit wurde auch die Landwirtschaft verstärkt. Gleichzeitig wurde in Amerika die Produktion drastisch gesenkt, und zwar über die trilateralen Initiativen und ihre Drahtzieher, die ihre Fabriken und Gruben in die dritte Welt verlegen.

Doch entgegen dem Plan der Trilateralen hat ein signifikanter

US-Dollar

Die neue Wirtschafts-Depression

Teil der amerikanischen Wirtschaft auch weiterhin Güter hergestellt. Da sich Amerikas unabhängige und für die freie Marktwirtschaft einstehenden Erzeuger nicht hingelegt haben und gestorben sind – wie sie es nach dem Szenario der Großbanken hätten tun sollen –, hat die gesamte Weltproduktion auf einigen Schlüsselsektoren der Wirtschaft zu einer gigantischen Schwemme aus der Überproduktion geführt, die die gesamte Weltnachfrage bei weitem übersteigt. Daher erleben wir rückläufige Preise, die ihrerseits dazu beitragen, eine neue Weltwirtschaftskrise zu schaffen.

Wie das »Business Week Magazine« berichtete, sagt C. Fred Bergsten, ein höchst einflußreiches Mitglied der Trilateralen Kommission, daß die Metallpreise auf dem Weltmarkt drastisch fallen, weil »wie im Fall von Erdöl, eine Menge neuer Erzeuger hinzugekommen sind. Jetzt sind viele so fest an den Dollar gebunden, daß sie produzieren, auch wenn es unwirtschaftlich ist«.

»Business Week« erklärt weiter: »Ähnliche Dynamiken haben die Preise für Agrarprodukte auf einen Tiefstand seit neun Jahren fallen lassen. Gemäß Morgan Guaranty Trust Co. steht eine ›umfassende und wachsende Überproduktion‹ in den Industrieländern einschließlich Amerika einem starken Anwachsen der Landwirtschaft in China, Indonesien, Indien und anderen Entwicklungsländern gegenüber, ja, eigentlich überall, bis auf Afrika.

Das Gesamtergebnis: Konkret gesprochen, so die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, befinden sich die Preise für nicht ölabhängige Waren fast auf ihrem Tiefstand seit Ende des Zweiten Weltkrieges.«

An anderer Stelle schreibt »Business Week«: »Es herrscht weltweit eine ungeheure Schwemme an Halbleiter-Chips, Stahl, Öl, Weizen, Baumwolle, Zinn, Getreide und vielen anderen Produkten.«

Ist es ein Jahrhundert-Tief?

Ein anderes Zeichen für den künftigen Wirtschaftszusammenbruch sieht man in dem drastischen Rückgang der Schifffahrt. Die »New York Times« greift dazu ein Beispiel hieraus: »Hier, wie auch andernorts am Mississippi, ist das Frachtvolumen an den einst geschäftigen Docks um 30 Prozent zurückgegangen, und zwar seit dem Spitzenjahr 1978. Hunderte von Frachtkähnen liegen fest und warten vergeblich auf Ladungen. Viele der Schlepperschiffer, die einst ihren Lebensunterhalt damit verdienten, daß sie Getreide, Petrochemikalien und Kohle nach New Orleans verschifften, sind Pleite gegangen oder schlagen sich kaum noch durch.«

Ein Schlepper-Schiffer erklärte: »Wir sitzen in einem Jahrhundert-Tief«, das heißt, daß die Dinge in vielen Sektoren noch viel schlechter stehen als zur Zeit der großen Depression in den dreißiger Jahren.

Amerikas Exportprodukte, die einst in großen Mengen über die Flüsse transportiert wurden – Kohle, Getreide, Petrochemikalien und Stahl –, werden jetzt alle in Ländern der dritten Welt hergestellt. Der Plan der Trilateralen zur De-Industrialisierung Amerikas ist Wirklichkeit geworden.

Die »New York Times« beschreibt, wie diese Schwemme sich von selbst fortsetzt und den Preiskollaps beschleunigt: »Da die Schwemme die Preise nach unten drückt, halten jene schuldenbeladenen Länder der dritten Welt an ihren Produktionshöhen fest in der Hoffnung, dasselbe Einkommen mit ihrer Leistung zu erzielen.«

Das Ränkespiel zum großen Ölpreiskrach

Der OPEC-Anteil an dem Gesamtweltumsatz von Erdöl ist von zwei Drittel in den späten siebziger Jahren auf heute nur noch ein Drittel zurückgegangen. Wie die »New York Times« berichtete, hat Sharif Ghalib, ein Vizepräsident und Volkswirt der Chase Manhattan Bank, geschätzt, daß die Erdöleinnahmen Saudi-Arabiens von ihrem Höchststand von 110 Milliarden Dollar im Jahr 1981 auf 33 Milliarden Dollar im Jahr 1985 gesunken sind.

»Nach Ghalibs Schätzungen würden die Saudis ihre Öleinnahmen maximieren und ihre Devisenverluste minimieren können, wenn der Preis pro Barrel Erdöl bei 15 Dollar liegt«, was noch unter den Produktionskosten des meisten amerikanischen Erdöls liegt.

In der »Washington Post« wird berichtet, daß der saudische Erdölminister Ahmed Zaki Yamani erklärt habe, daß ein Ölpreiskrieg den OPEC-Anteil vergrößern würde, was dann den trilateralen Monopolisten helfen würde, die Ölpreise weltweit noch höher zu treiben.

Aufgrund der enormen Steigerung der OPEC-unabhängigen Ölproduktion und allmählich rückläufigen Ölpreisen weltweit in den Jahren 1984 bis 1986 haben die größten OPEC-Ölproduzenten und die internationalen Banker enorme Macht- und Einkommensverluste erlitten.

Saudi-Arabien und die Großbanker haben ein verzweifeltes »Würfelspiel« unternommen, um ganz schnell die Gesamtweltproduktion zu expandieren, um so plötzlich die Preise auf ein derartig niedriges Niveau zu drücken, wo es die unabhängigen Ölproduzenten bankrott macht und vernichtet. Später, wenn das Monopol wiederhergestellt ist, werden die Preise wieder in die Höhe schießen.

Dazu heißt es im »Wall Street Journal«: »Die saudische Ölproduktion ist in den Monaten von rund zwei Millionen Barrels pro Tag auf fünf Millionen Barrels pro Tag gestiegen; dieser Trend hält noch immer an.«

Einige der Großbanker befinden sich potentiell in Schwierigkeiten, weil die Ölpreise gesunken sind. Wegen ihrer trilateralen Freunde innerhalb des Federal Reserve System, der Reagan-Regierung und dem amerikanischen Kongreß ist den großen internationalen Banken allerdings unbegrenzter Schutz sicher. Die Federal Reserve Banken sind bereit, die Druckpressen anzustellen, um die Bankgiganten zu verteidigen.

Der Blanko-Scheck der Banker

Die »Washington Post« erklärt dazu: »Das Federal Reserve System ist bereit, die unbegrenzten Geldmengen zu verwenden, die es hat oder schaffen kann, um diese Banken vor dem Untergang zu bewahren.«

Wie die Zeitung berichtete, hat der Vorsitzende des Federal Reserve System, Paul Volcker, erklärt, daß er, falls notwendig, »alle Kräfte der Vereinigten Staaten nutzen werde, um jene Banken zu retten«.

Damit haben die Bankgiganten einen Blanko-Scheck von dem Federal Reserve System und dem amerikanischen Schatzamt.

Aufgrund der ihnen garantierten totalen Sicherheit vor dem Bankrott, werden die internationalen Bankgiganten in der Lage sein, große Vorteile aus dem sich auftuenden Wirtschaftskrach zu ziehen, den sie und ihre Verbündeten überhaupt erst verursacht haben.

Die sehr engen Arbeitsbeziehungen zwischen den OPEC-Anführern und den Bankgiganten wurde in dem Buch von Steven Emerson »The American House of Saud – The Secret Petrodollar Connection«, erschienen 1985, beschrieben:

»Per 31. Dezember 1982 beliefen sich die Einlagen der ölproduzierenden Länder des Mittleren Ostens in den überseeischen Filialen auf 13,3 Milliarden Dollar. Diese Zahl enthält keine Einlagen bei den amerikanischen Stellen der Großbanken. Von diesen Einlagen befanden sich 74 Prozent oder 9,8 Milliarden Dollar in den Händen von nur sechs amerikanischen Bank-Multis: Bank of America, Chase Manhattan, Chemical Bank, Citibank, Manufacturers Hanover und Morgan Guaranty.«

Somit der Beweis für die Verschwörung. Ohne einen detaillierten Aktionsplan, zu dem auch die Regierungsgarantien für diese Großbanken gehören, hätte Saudi-Arabien niemals angefangen, Ende 1985 den Welt-

markt mit Öl zu überschwemmen. Die Saudis hätten niemals absichtlich ihre eigenen Einlagen aufs Spiel gesetzt, ohne im voraus zu wissen, daß die amerikanische Regierung die Großbanken in dem kommenden Wirtschaftskrach schützen würde, der teilweise auf eine plötzliche Überschwemmung mit Erdöl aus der erhöhten Produktion Saudi-Arabiens zurückzuführen ist.

Für die unabhängigen Ölproduzenten kommt der Ruin

Der gravierende Schaden, den Amerikas unabhängige Ölproduzenten erlitten haben, als die Saudis plötzlich den Weltmarkt überschwemmten, wurde in »Nightly Business- Report« beschrieben, eine Sendung des amerikanischen Public TV Network: »Die inländische amerikanische unabhängige Erdölindustrie macht aufgrund rückläufiger Ölpreise eine ihrer härtesten Zeiten durch. Im Durchschnitt kostet es rund 15 bis 20 Dollar, um ein Barrel Erdöl aus dem Boden in Amerika zu holen. Dem stehen die fast bedeutungslosen Kosten der Ölgewinnung in einigen OPEC-Ländern gegenüber – zum Beispiel nur 25 Cents pro Barrel in Saudi-Arabien. Doch hier in den Vereinigten Staaten bohren die unabhängigen Ölproduzenten rund 80 Prozent ihrer Brunnen und verkaufen den Großteil ihrer Funde an große Ölgesellschaften. Sie würden sich nur ungern auf Bohrungen einlassen, wenn sie wirtschaftlich nicht tragfähig wären.

Die Kosten für die Erschließung eines neuen Brunnens in Amerika liegen zwischen 750 000 und einer Million Dollar. Bei sinkenden Ölpreisen werden die Produzenten einfach weniger bohren.

Ein unabhängiger Ölproduzent erklärte, daß, wenn die Preise weiter fallen, wir wahrscheinlich unsere Zelte abbrechen müssen und die Bohrungen ganz einstellen.«

Falls Amerikas Unabhängige die Produktion bremsen oder stark zurückschrauben, wird dies die jetzt schon niedrige Versorgung in den USA weiter mindern, und das könnte dazu führen, daß Amerika immer mehr in die Abhängigkeit der OPEC und anderer Auslandslieferanten gerät, was dann zu Ölpreisen von 100 Dollar je Barrel führen wird.

Wie das »Wall Street Journal« berichtete, rechnen einige Warenspezialisten damit, daß die Weltpreise für Öl zunächst fallen werden. Ein solcher Preisrutsch würde alle, bis auf die allergrößten Produzenten völlig ruinieren. Die einzigen überlebenden Ölgesellschaften würden die multinationalen Konzerne sein, die mit den Großbanken liiert sind.

Im Februar 1986 berichtete »Wall Street Journal«, wenn die Preise bei 10 Dollar je Barrel liegen, »würde über die Hälfte der rund 620 000 amerikanischen Ölbrunnen mit dem Pumpen aufgehört haben oder dabei sein, zu schließen«. Fast alle unabhängigen Ölproduzenten, die für Amerikas nationale Sicherheit und Energie-Unabhängigkeit so lebenswichtig sind, wären vom Markt verdrängt.

Texas und einige andere Staaten haben Umweltgesetze, die verlangen, daß stillgelegte Brunnen versiegelt werden. Wayne E. Swearingen, ein Ölexperte aus Tulsa, erklärte: »Angesichts der Kosten für eine Wiederaufbohrung und Entsiegelung sind die Brunnen auf immer verloren. Es sei denn, der Ölpreis klettert auf 70 oder 100 Dollar je Barrel.«

Der plötzliche und schwere Zusammenbruch der Ölpreise stellt eine gefährliche Bedrohung für viele mittlere und kleine Banken dar, sowie für energiebezogene Unternehmen und für die auf die Energiesteuern angewiesenen Landes- und Kommunalregierungen.

Der Profit aus einer Depression

Die Frage nach dem Gesagten stellt sich: Wie profitieren die internationalen Banker aus all den angeführten Tatsachen? Dazu ein Zitat aus der »Washington Post«: »William M. Isaac, der ehemalige Vorsitzende der Federal Deposit Insurance Corporation, der jetzt eine Bankberatungsfirma leitet, äußerte, daß, wenngleich südwestliche Banken mit großen Engagements in energie-abhängigen Krediten wahrscheinlich von einem gravierenden Ölpreisrückgang etwas hart getroffen werden, andere Banken gewinnen werden.«

Infolge des massiven Anstiegs der schlechten Schulden aus nicht energie-abhängigen Krediten – wie zum Beispiel in der Landwirtschaft und bei Immobilien – stehen jetzt Tausende von anderen kleinen Finanzierungsinstituten vor einem durch Kettenreaktion ausgelösten Krach. Die trilateralen Abräumer stehen bereit, zuzugreifen und die kleinen Banken, eine nach der anderen, zu übernehmen – wie die Aasgeier, die ihre Beute verschlingen.

Martin Feldstein war einst Vorsitzender des Rates der Wirtschaftsberater von US-Präsident Ronald Reagan. Er ist jetzt ein führendes Mitglied der Trilateralen Kommission von David Rockefeller. Im Februar 1986 veröffentlichte die »Washington Post« einen höchst aufschlußreichen Artikel, in dem der Mitautor Feldstein sagte:

»Es wird schwierig sein, mit den finanziellen Verlusten der kleinen amerikanischen Banken fertig zu werden. Es ist nur eine Frage der Zeit, bevor der drastische Preisverfall beim Erdöl den Bankensektor in Staaten wie Texas, Oklahoma und Louisiana gravierend in Mitleidenschaft zieht.«

Feldstein befürwortete »ein nationales Bankensystem, in dem große Banken Filialen in ganz Amerika haben«, ähnlich wie eine Riesenkrake, die ihre Schlingarme in jedes Nest und jede Nische in Amerika steckt, um der Nation das Lebensblut auszusaugen.

Feldstein attackierte die Anti-Monopolgesetze heftig, die in den dreißiger Jahren entstanden sind und ausdrücklich das Interstate Banking (ein übergreifendes Banksystem über mehrere US-Staaten) verhindern. Er beklagt sich darüber, wie schrecklich es ist, daß Amerika »ein System mit 14 000 örtlichen Banken hat, die sehr empfindlich auf die Probleme der örtlichen Wirtschaft reagieren«.

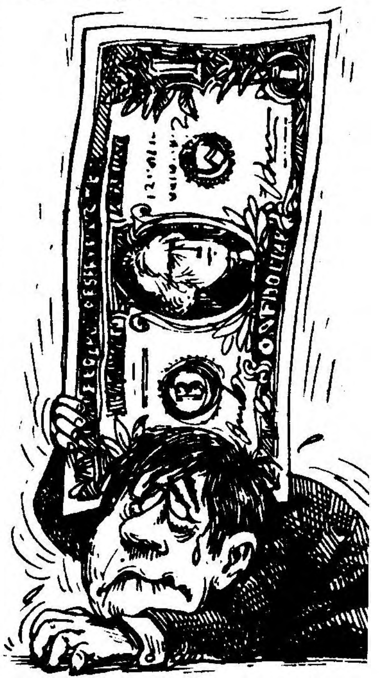
Rockefellers altes Spiel

Es ist offensichtlich, daß, wenn die Wünsche von Feldstein und der anderen Trilateralen verwirklicht sind – via eines kontinentweiten Banksystems –, die Bedürfnisse der örtlichen Komunen total ignoriert werden, während die örtlichen Einlagen herausgezogen und in die dritte Welt, kommunistische und andere antiamerikanische Länder transferiert werden.

Der Kollaps der Ölpreise wird tatsächlich den multinationalen Konzerngiganten Gewinn bringen, die mit den trilateralen Banker im Bunde stehen. Wie das »Wall Street Journal« berichtete, glauben einige der führenden Investitionsberater, daß Exxon, Royal Dutch Shell und Mobil gute Käufe sind – trotz des Ölpreissturzes.

Die »New York Times« schrieb dazu: »Exxons ungeheurer Cash-flow und geringe Schuldenlast könnte eine historische Gelegenheit für die größte Ölgesellschaft der Welt sein, noch soviel größer zu werden.«

Ölexperten sagen voraus: »Exxon dürfte interessiert sein am Aufkauf von in Not geratenen Unabhängigen mit wertvollen Reserven oder von Ölwerten, die von verwundbaren Firmen abgeworfen werden. Sie haben die finanzielle Stärke zur Bewahrung ihres Imperiums, indem sie produzierende Werte kaufen, die andere verkaufen müssen. Rockefeller schuf seinen ursprünglichen Konzern, indem er schwächere Firmen geschluckt hat. Exxon hat die gleiche Gelegenheit.« □



NASA

Entdeckung im Weltraum

Tom Valentine

Normalerweise befassen wir uns nicht mit Sensationsmeldungen über UFOS noch mit der Betonung des »Übernatürlichen«. Trotzdem möchten wir heute auf dieses Thema eingehen, weil es so aussieht, als würde die amerikanische Regierung wieder einmal Obstruktion betreiben und Tatsachen sowie Informationen vorenthalten über Zusammenhänge, die sie eine Menge Geld kosten. Interessant ist, was die amerikanischen Astronauten von Apollo 11 auf dem Weg zum Mond gesichtet haben.

Wenn Wes Bateman, ein privater Rechercheur aus Südkalifornien, Recht hat und die NASA Unrecht hat oder Dinge vertuscht, dann haben wir einen Teil der Antwort für eines der größten Räsel dieses Jahrhunderts: »das Bermuda-Dreieck« und das seltsame Verschwinden von Flugzeugen und Schiffen in diesem Zusammenhang.



Dieses Foto mit dem unidentifizierten, vereisten Objekt in der Erdumlaufbahn nahm die Mannschaft von Apollo 11 auf.

Was geschah mit den Flugzeugen?

Die größte einzelne Tragödie in Verbindung mit den schrecklichen Vorfällen im sogeannten Bermuda-Dreieck ereignete sich am 5. Dezember 1945, als fünf TBM-Flugzeuge (Grumman-Avenger-Torpedo-Bomber) und ein Martin-Mariner-Flugzeug der US-Marine von irgend etwas in der Gegend »verschluckt« wurden, für das man keine Erklärung hatte.

In zahlreichen Büchern wurde die Geschichte von der unglücklichen Trainingsstaffel der Marine, Flug 19, erzählt. Es waren fünf TBMs. Eines mit zwei Mann Besatzung, die anderen vier jeweils mit drei Mann. Der Pilot des Mariner-Flugzeuges flog allein. Insgesamt 14 Menschen verschwanden also mitsamt ihren Flugzeugen.

Bei der Mission ging es um den Abwurf von Bomben ins Meer und es hat Spekulationen gegeben, daß die Explosionen eventuell etwas mit den unerklärlichen Geschehnissen zu tun hatten, die darauf folgten.

Der Führer der Staffel, Charles C. Taylor, funkte zum Stützpunkt, daß die Staffel in irgendwelchen Schwierigkeiten sei. Offenbar hatte man sich »verirrt«, und die Verwirrung dauerte etwa eine Stunde, danach wurde die Funkverbindung immer schwächer, bis sie schließlich völlig abbrach.

Der Funkverkehr zwischen Leutnant Taylor und dem Stützpunkt hatte in Auszügen folgenden Inhalt:
Taylor: »Wir haben uns anscheinend verirrt.«
Kontrollturm: »Dann müssen Sie in Richtung Westen fliegen.«
Taylor: »Wir wissen nicht, in welcher Richtung Westen liegt. Nichts funktioniert mehr richtig. Es ist verrückt. Wir kennen uns überhaupt nicht mehr aus – selbst das Meer sieht seltsam aus.«

Danach sind die Aufzeichnungen verstümmelt. Gesprächsfetzen der Piloten untereinander waren zu hören und einigen Berichten zufolge waren die letzten Worte, die von Flug 19 zu hören waren:
»Wir kommen in weißes Wasser. Wir haben uns völlig verirrt.«

Von Reporter Art Ford war zu hören, daß noch eine weitere Unterhaltung stattgefunden hat, die das Rätsel nur noch vergrößerte. Dem Bericht nach wurde Taylor von seinem Leutnant F. Cox angefunkt, der ihn fragte: »Auf welcher Höhe fliegen Sie. Ich werde südlich fliegen, um Sie zu treffen.«

Taylor hat angeblich geantwortet: »Kommen Sie nicht hinter mir her, die sehen aus wie Außerirdische, kommen Sie nicht hinter mir her.«

Die Tatsache, daß alle fünf Flugzeuge gleichzeitig nicht mehr richtig funktionierten und daß Taylor ständige Anweisungen, sein Funkgerät auf Notfrequenz zu schalten, nicht befolgte, vergrößert das Rätsel nur noch.

Niemand – und wirklich niemand – weiß, was mit den fünf Flugzeugen und dem Suchflugzeug, das nach ihnen Ausschau halten sollte und dabei verschwand, passiert ist.

Jetzt glaubt ein Rechercheur aus Kalifornien, der ein starkes Interesse an UFO-Phänomenen hat, daß eines der vermißten Flugzeuge etwa 6000 Meilen entfernt im Weltraum gesichtet wurde, nur die Astronauten, die es gesehen haben, haben es damals nicht erkannt. Bateman machte seine Entdeckung ziemlich durch Zufall am Abend des 16. August 1985, als er dabei war, Video-Aufnahmen von angeblich gesichteten UFOs zu redigieren.

Er brachte eine Darstellung der im Bermuda-Dreieck im Jahr 1945 verschwundenen Flugzeugen mit Fotos und Filmaufnahmen , die US-Astronauten im Weltraum gemacht hatten, miteinander in Zusammenhang. Als er an eine Aufnahme kam, die von der Mannschaft der Apollo 11 am 16. Juli 1969 auf dem Weg zur ersten Mondlandung gemacht worden war, fesselte die seltsame Form des UFOs, auf das sie gestoßen waren, seine Aufmerksamkeit.

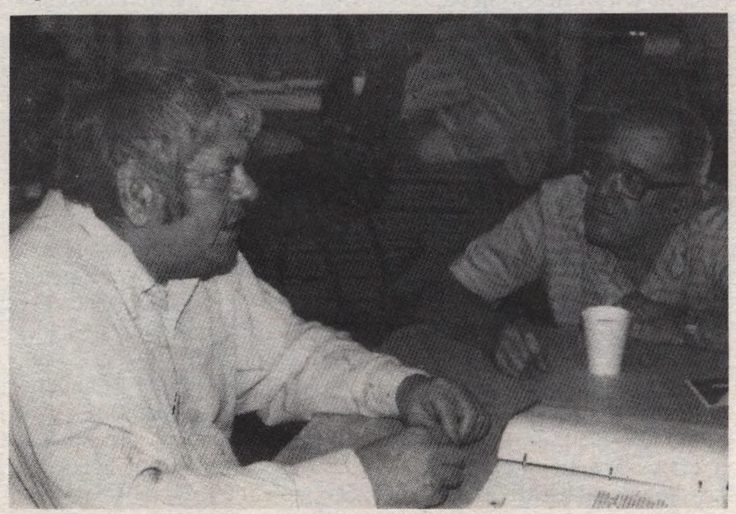
Bateman erläuterte dazu: »Obwohl die Form des UFOs ungewöhnlich war, kam sie mir bekannt vor. Ich wußte, daß ich so etwas schon einmal gesehen hatte. Plötzlich wurde mir klar, daß das sogar kurz vorher gewesen war, als ich an den anderen Aufnahmen gearbeitet hatte. Das UFO hatte die Form eines Flugzeuges, das von Eis oder etwas Ähnlichem umschlossen war.«

Mehrere Rollen Film für das UFO

Bateman folgte den Konturen des UFOs von der Kanzel bis zum Rumpfende und lokalisierte etwas, was wie ein stumpfer Bug erschien, ein langgezogenes Dach über einem zweisitzigen Cockpit, den Heckstand und schließlich den hochgezogenen Schwanz eines Grumman-TBM-Flugzeuges.

Er beschloß eine gründliche Untersuchung durchzuführen und begann damit bei jenen Leuten, die er kannte und die über das NASA-Programm des Jahres 1969 Bescheid wußten.

Nolan Luftus hatte die Verantwortung über den ersten Mond-



Wes Bateman (links) erläutert Vincent Gaddis, der Bücher über das »Bermuda-Dreieck« geschrieben hat, seine Theorie.

flug und er erinnerte sich an Berichte aus erster Hand über das Sichten und Fotografieren des UFOs.

»Das unidentifizierte Objekt befand sich in etwa 6000 Meilen Höhe in der Umlaufbahn. Zunächst glaubte die Apollo-Mannschaft, es handele sich um ihre abgestoßene Startrakete, doch später stellte sich heraus, daß diese zu jenem Zeitpunkt etwa 6000 Meilen entfernt war«, sagte Luftus.

Die Startrakete hatte eine Länge von etwa 12 Metern, sie war also etwa genauso lang wie ein TBM-Flugzeug.

»Die Mannschaft der Apollo«, meinte Luftus weiter, »hat mehrere Rollen Film verbraucht, um das UFO zu fotografieren. Wegen der Bedeutung der Mission wurde allerdings wenig über das Sichten gesagt oder unternommen, bis die Mannschaft mit den Fotos wieder auf der Erde war. Nach der Analyse der Aufnahmen erklärte die NASA offiziell, bei dem UFO handele es sich um eine Eisformation.«

Batemann betonte: »Obwohl zahlreiche Fotos gemacht worden sind, ist offenbar nur eine Aufnahme überall weitergereicht worden.«

Bateman sagte der NASA, man solle seine These, daß es sich dabei um eines der verschwundenen TBM-Flugzeuge handele, ernst nehmen.

»Anfang September«, berichtet Bateman weiter, »bat ich Luftus, das gesamte Fotomaterial über das Apollo-11-UFO zu besorgen.« Am 10. September erhielt er ein Bild von ziemlich schlechter Qualität auf einem Blatt Papier mit der folgenden Aufschrift: »Bei dem Objekt handelte es sich wahrscheinlich um irgendwelche Überreste von Apollo 11 selbst. Nach der Kameraart und Einstellung der Brennweite zu urteilen, war es etwa drei Meter vom Aufnahmeort entfernt.«

»Dann wäre das UFO nur etwa 15 bis 20 Zentimeter lang«, sagte Bateman und schüttelte ungläubig den Kopf.

Im NASA-Land ist etwas faul

»Das Foto wurde wahrscheinlich mit einer von Hand gehaltenen Hasselblad-Zweilinsen-Kamera unter Verwendung eines normalen 80368/70-Millimeter-Farbfilms aufgenommen. Die Kamera selbst soll auf ›unendlich‹ eingestellt gewesen sein.«

Das fragliche Foto wird bei der NASA unter der Nummer AS-11-36-5319 geführt. Was ist mit all den anderen Fotos?

Warum gibt die NASA diese anderen Bilder nicht zur Analyse frei? Bateman meint dazu: »Wenn sie es wollten, hätten sie die Aufnahmen natürlich einfrieren können. Ich bin kein Berufsfotograf, aber wenn Erde und UFO auf einem solchen Bild scharf eingestellt sind, könnte ich die Aufnahme des UFOs schon so frisieren, daß sie unscharf wirkt, daß es so aussieht, als wäre das Objekt tatsächlich klein und würde sich nahe bei dem Apollo-Raumschiff befinden.«

Bateman zeigte einen Ausschnitt aus einer Fernsehsendung, die vor einigen Jahren gesendet worden war. Rod Serling brachte einen Bericht über UFOs. Er erzählte: »Vielleicht die bedeutendste und spektakulärste Sichtung eines UFOs fand an Bord von Apollo 11 auf deren Weg zur ersten Mondlandung statt. Das Raumschiff war seit einem Tag draußen im Weltraum, als es am 16. Juli 1969 ein ungewöhnliches Objekt sichtete. Es war von beträchtlicher Größe. Zuerst glaubte die Mannschaft, es handele sich um ihre Saturn-4-Rakete und bat Houston um Bestätigung.

Houston teilte ihnen mit, daß die fragliche Startrakete rund 6000 Meilen entfernt war. Das Objekt ist noch immer ungeklärt.«

Bateman zuckt frustriert die Schulten: »Sollen wir nun glauben, daß drei geschulte Beobachter wie die Astronauten der Apollo 11 die Größe eines Objekts nicht ausmachen konnten, das sie lange genug beobachteten, das heißt von dem Zeitpunkt, als es zum ersten Mal gesichtet wurde, bis es außer Sichtweite war?«

Batemann ist überzeugt, daß »im NASA-Land« etwas faul ist. Vielleicht kam es tatsächlich aus dem Bermuda-Dreieck. □

Medizin-Journal

Seife oder Badezusätze für das Baby?

Für Neugeborene und Säuglinge werden immer mehr Badezusätze und Waschlotionen angeboten, die der gewöhnlichen Babyseife in puncto Hautfreundlichkeit und Keimabtötung angeblich überlegen seien. Ob dies tatsächlich zutrifft, untersuchten englische Wissenschaftler um M. E. Cowan.

Wie die Hamburg-Mannheimer-Stiftung für Informationsmedizin mitteilt, zeigt ihre Studie deutlich, daß für gesunde Neugeborene ein Bad mit gewöhnlicher Seife völlig ausreichend ist. Sie schützt die zarte Babyhaut ebensogut vor Infektionen mit den verschiedensten Keimen wie die meist wesentlich teureren Spezial-Baby-Badezusätze. Nach Meinung der Wissenschaftler bringen sie gegenüber der herkömmlichen Seife keinerlei Vorteile für das Baby. □

Nichtrauchen spart Lebensenergie

Häufig beobachten Raucher, die ihr Laster aufgegeben haben, daß sie nicht unerheblich an Gewicht zunehmen. Eine Erklärung für dieses Phänomen glauben jetzt schwedische Wissenschaftler um Angela Hofstetter gefunden zu haben. Sie maßen den Energieverbrauch von Rauchern, die sie in einen sogenannten »Stoffwechselkäfig« steckten.

An bestimmten Tagen durften die Raucher ihre normale Anzahl Zigaretten rauchen, an anderen Tagen mußten sie abstinent bleiben. Stets bekamen sie das gleiche Essen und mußten zu gleichen Bedingungen am Laufband ihre Kalorien abstrampeln.

Nun zeigte sich, daß der Körper offenbar während der Rauchphase erheblich mehr Hormone produziert – zum Beispiel Adrenalin, Noradrenalin –, die den Stoffwechsel antreiben, als in rauchfreien Perioden. Das Nikotin steigert somit den Energieverbrauch. Mit anderen Worten, der Raucher verheizt seine Lebensenergie. □



Langes Stehen oder Sitzen in überheizten Räumen fördern die Bildung von Krampfadern. Will man Beschwerden auf natürliche Weise vorbeugen, sollte man »Varilind«-Stützstrümpfe tragen, die es in Apotheken gibt.



Gezielte Wärme lindert viele lästige Beschwerden. Dieses Nakken-Heizkissen von Quelle wird wie ein Kragen um den Hals gelegt. Es versorgt die Nackenzone direkt mit wohltuender Wärme. Quelle-Versand, D-8510 Fürth.

Auch alte Männer sind noch fruchtbar

Zwar läuft bei den meisten Männern über 50 Jahre die Produktion der Samenzellen nicht mehr auf Hochtouren, doch müssen auch betagte Senioren durchaus nicht unfruchtbar sein. Zu diesem Schluß kam der Urologe Dr. G. Kleinhans aus Münster. Er untersuchte die Hoden von mehr als 70 älteren und alten Männern. Waren diese Männer gesund, so waren auch ihre Samenzellen normal. Litten sie dagegen an einer Krankheit oder mußten sie über einen längeren Zeitraum hinweg Medikamente einnehmen, so war die Zahl ihrer Keimzellen in den Hoden, die für die Samenzellenproduktion verantwortlich sind, deutlich eingeschränkt.

Grundsätzlich, so meint der Wissenschaftler, kann die Hodenfunktion bis ins hohe Alter hinein uneingeschränkt bestehen bleiben, sofern nicht chronische Krankheiten vorliegen beziehungsweise eine Schädigung durch Medikamente oder Nikotin. □

Hoher Salzverbrauch wird gelernt

Wie die Hamburg-Mannheimer-Stiftung für Informationsmedizin mitteilt, stellten der britische Wissenschaftler Dr. Graham A. MacGregor und sein Mitarbeiterteam anhand einer Untersuchung an vier- bis sechsjährigen Kindern fest, daß deren Salzverbrauch bereits in diesem Alter erheblich zu hoch ist. Da man weiß, daß bereits bei wenige Monate alten Säuglingen der

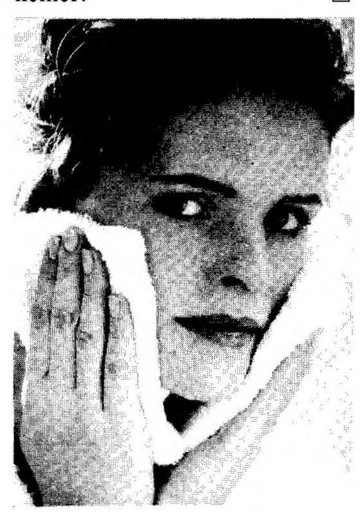
Bluthochdruck um so höher ist, je mehr Salz ihnen mit der Nahrung zugeführt wird, sehen die Wissenschaftler in einer zu salzreichen Ernährung von Kindern und Säuglingen einen Grund für die besorgniserregende Anzahl von immer jüngeren Blutdruckkranken.

Ihrer Meinung nach werden bereits Säuglinge und Kleinkinder durch übermäßig gesalzene Nahrungsmittel gewissermaßen zu einem »Salzhunger« erzogen. □

Kondome vermindern Infektionsrisiko

Wie der englische Mediziner Professor M. F. Rein anhand umfangreicher Untersuchungen feststellte, erhoffen sich Kondombenutzer nicht nur Schutz vor unerwünschtem Kindersegen, sondern auch vor sexuell übertragbaren Krankheiten. Diese Hoffnung sei – so der Wissenschaftler – mit Einschränkungen berechtigt. Ein korrekt angelegtes Kondom kann nämlich seinen Benutzern einen hochgradigen Schutz vor Gonorrhoe (Tripper) oder einer Infektion mit sogenannten Trichomonaden bieten.

Einen vollkommenen Schutz aber bietet das Kondom nicht vor Infektionen, bei denen Hautverletzungen etwa am Penisschaft oder im Schamhaarbereich auftreten. Hierzu gehören etwa die Syphilis und die in letzter Zeit immer häufiger auftretende Infektion mit dem Herpes-Virus. Allerdings ist auch in diesen Fällen ein nicht hundertprozentiger Schutz besser als gar keiner. □



Reinigen Sie Ihre Gesichtshaut im Winter besonders behutsam. Vermeiden Sie alkoholhaltige Gesichtswässer. Konsequent milde Waschlotion oder Waschsyndets, zum Beispiel Basis pH, reizen die Haut nicht.

Künstliche Herzklappen auch bei älteren Menschen sinnvoll

Wie Professor Dr. B. J. Messmer von der Herz- und Gefäßchirurgischen Abteilung der Technischen Hochschule Aachen und seine Mitarbeiter berichten, ist auch bei 60jährigen, die an einem Herzklappenfehler leiden, der Einsatz einer künstlichen Herzklappe durchaus sinnvoll.

Die Wissenschaftler überprüften die Operationsergebnisse von 182 Patienten mit Herzklappenfehlern, die älter als 60 Jahre waren. Sie stellten fest, daß selbst bei 70jährigen Patienten das Risiko der Operation nicht wesentlich höher war als bei jüngeren Patienten.

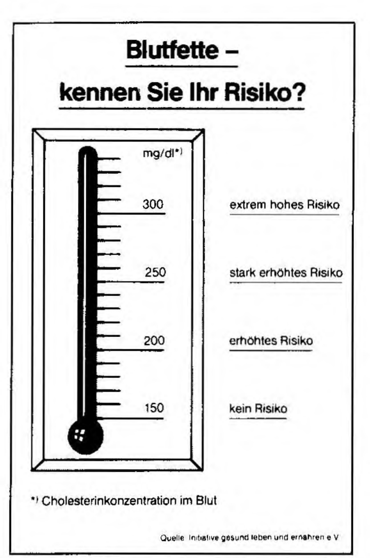
Die Besserung nach dem Herzklappenersatz war bei den über 70jährigen Patienten ebenso deutlich wie bei den jüngeren. Aus ihren Untersuchungsergebnissen ziehen die Ärzte den Schluß, daß auch bei älteren Menschen mit Herzklappenfehlern der Einsatz von künstlichen Herzklappen nicht bis zum Auftreten von Ruhebeschwerden und einem fortgeschrittenen Krankheitsverlauf aufgeschoben werden sollte. □

Laufen gegen Depressionen

Daß der Körper selbst Stoffe produziert, die dem Morphium nicht unähnlich sind, ist in der wissenschaftlichen Welt seit einiger Zeit bekannt. Diese sogenannten Endorphine beziehungsweise Enkephaline senken die Schmerzempfindlichkeit, vermindern Angst, Spannung und depressive Verstimmung, steigern das Wohlbefinden und können regelrechte euphorische Stimmungen erzeugen.

Wie Dr. Johannes Wildmann vom Max-Planck-Institut für experimentelle Medizin und Professor Dr. A. Krüger vom Institut für Sportwissenschaften in Göttingen anhand eigener Untersuchungen feststellten, erhöhen sich nun diese vom Körper selbst produzierten »Rauschmittel« während eines Ausdauertrainings etwa in Form von Langstreckenläufen.

Unter anderem führen aus diesem Grund Langstreckenläufe oder andere Ausdauersportarten bei depressiv verstimmten Menschen oder bei Suchtkranken meist zu deutlichen Stimmungsaufhellungen. Nicht selten wird sogar das Ausdauertraining selbst zur »Sucht«. □



Ein erhöhter Cholesterinspiegel ist einer der entscheidenden Risikofaktoren für Herz- und Kreislauferkrankungen. Ab 200 mg/dl beginnt bereits die Gefährdung, der man durch bewußte Ernährungen vorbeugen kann.

Unkontrollierte Einnahme von Vitaminen nicht ungefährlich

Die Gesundheitswelle hat sie in unser Bewußtsein geschwemmt: die Vitamine. In Gesundheitsläden, Apotheken und Drogerien gibt es fast wöchentlich neue Renner: Mal ist es Vitamin C, dann Vitamin A, dann Vitamin E. Bei den meisten Konsumenten herrscht die Meinung vor, wenn es schon nichts nützen sollte, dann schadet es auch nicht. Diese Meinung ist jedoch falsch.

Besonders in Amerika und England nehmen die Berichte von regelrechten Vergiftungen durch Vitamine erschreckend zu. Schon Kinder, die beispielsweise unter Lernschwierigkeiten oder Konzentrationsmängeln leiden, werden mit Vitaminen in großen Mengen vollgestopft. Die englischen Wissenschaftler C. D. H. Evans und J. H. Lacey berichten in diesem Zusammenhang von keineswegs harmlosen Nebenwirkungen der verschiedenen Vitamine wie Leberschädigung, Hautausschlag und Haarausfall durch Vitamin A, Magengeschwüre, Herzrhythmusstörungen durch Vitamin B3, Nierensteine durch Vitamin C oder Nervenleiden durch Vitamin B6 und vieles mehr.

Über einen längeren Zeitraum hinaus sollten Vitaminpräparate nur dann eingenommen werden, wenn sie vom Arzt verordnet wurden. □

Nichtrauchen schützt vor Impotenz

Für die männliche Impotenz gibt es verschiedene Gründe. Psychische Krisen, Medikamenten- oder Alkoholmißbrauch und zunehmendes Alter gelten als die bekanntesten hierfür. Häufig jedoch sind auch Durchblutungsstörungen schuld am Schwinden der Potenz.

Ein französisches Forscherteam um R. Virag untersuchte an 440 impotenten Männern zwischen 21 und 73 Jahren die Hauptursachen ihrer Durchblutungsstörungen. Neben zu hohen Blutfettspiegeln, der Zuckerkrankheit und Bluthochdruck stellte sich besonders das Rauchen als starker Risikofaktor für die männliche Potenz dar.

Nikotin greift nicht nur die Gefäßwände der Herzkranzgefäße oder der Beingefäße an, sondern in erheblichem Maße auch die Penisarterien. Diese kleinen Gefäße reagieren sogar besonders sensibel auf das Gefäßgift. Noch ehe diese Patienten über Herz- und Kreislaufbeschwerden oder Durchblutungsstörungen der Beine klagten, traten bei ihnen bereits Potenzstörungen auf. □

Naturarzt

Vorsicht Gelbsucht!

Alfred Vogel

Man sollte eine Gelbsucht niemals leichtnehmen, denn sie ist gefährlicher, als man glaubt. Eine entsprechende Diät und Behandlung müssen deshalb sehr sorgfältig beachtet werden. Nur zu oft bleibt nach der Gelbsucht eine starke Empfindlichkeit zurück. Läßt man sie unbeachtet, kann dies zu erneuten Schwierigkeiten führen. Es ist daher angebracht, sich in vorbeugendem Sinne einzustellen, denn wer eine Gelbsucht überhaupt umgehen kann, hat gesundheitlich viel, sehr viel gewonnen. Wer aber davon befallen wurde, muß sowohl während der Krankheit als auch im Anschluß daran recht große Vorsicht walten lassen, um nachhaltige Schwierigkeiten verhindern zu können.

Wer unter Gelbsucht leidet, kann die Stauungsgelbsucht oder infektiöse Gelbsucht haben, beide sehr ernst. Wie die Bezeichnung Stauungsgelbsucht verrät, handelt es sich dabei um eine Gelbsucht, die durch Stauungen in Erscheinung getreten ist. Infolge schwerer seelischer Belastungen, hervorgerufen durch Ärger und Sorgen, kann sich eine Verkrampfung einstellen, die so stark sein kann, daß die durch die Leber zurückgestaute Galle ins Blut getrieben wird, wodurch die erwähnte Gelbsucht in Erscheinung tritt. Die infektiöse Gelbsucht wird indes durch Viren verursacht.

Eine Ursache kann Verwurmung sein

Es kann auch vorkommen, daß eine Gelbsucht von einer Metallvergiftung herrührt, dies ist jedoch selten der Fall. Hierbei spielt das Kochgeschirr eine große Rolle. Kupfer sollte beispielsweise vom gesundheitlichen Standpunkt aus als Kochgeschirr ausgeschaltet werden, denn es oxydiert sehr leicht. Da sich die Leber bekanntlich mit allen Giftstoffen befassen muß, die ihr von den Verdauungsorganen durch die Pfortader zugeführt werden, kann sie durch regelmäßige Mengen von Metalloxyden oder Metallsalzen so geschädigt werden, daß sich dadurch eine Gelbsucht ergeben kann.

Eine weitere Ursache der Gelbsucht kann in der Verwurmung des Patienten liegen, denn es kann vorkommen, daß Darmparasiten durch die Gallenwege in die Leber gelangen, wodurch sie eine Gelbsucht hervorrufen können, aber auch dies ist selten.

Die Behandlung der Gelbsucht bleibt bei jeder Entstehungsart gleich. Zuerst kommen zwei bis drei Fastentage, an denen nur Lehmwasser mit Lachesis D12 im Wechsel mit Nierentee und Nephrosolid getrunken wird. Die Unterstützung der Nierentätigkeit ist bei dieser Krankheit von Anfang an unbedingt notwendig. Nach diesen Fastentagen kann man mit Säften beginnen. Täglich sollte man mindestens 1 bis 2 Deziliter Karottensaft einnehmen. Abwechselnd kommen auch der rohe Heidelbeersaft sowie der schwarze Johannisbeersaft in Frage. Alle diese Säfte sind nicht nur nahrhaft, sondern auch heilwirkend.

Nach günstigem Verlauf dieser Safttage dürfen wir allmählich auch Heidelbeeren und Heidelbeermüsli genießen. Auch Bittersalate wie Löwenzahn und Zichorie werden uns neben anderen bitteren Kräutern bekömmlich sein. Gut wirken auch roher Spinat- und junger Lauchsalat sowie alle Kressearten. Dem Karottensalat kann noch etwas Meerrettich beigefügt werden.

Auch der Rettich sollte nicht fehlen, da ganz kleine Mengen als Heilmittel wirken, während ein Zuviel Störungen verursacht. Es heißt also dabei vorsichtig sein. Alle Salate werden mit unraffiniertem Öl und Molkosan zubereitet. Allmählich können wir zu den Salaten auch Naturreis geben, denn er ist leicht verdaulich. Wir müssen ihn aber ohne Fett zubereiten. Mit Tomatensauce und Küchenkräutern kann er gewürzt werden.

Artischocken sind ebenfalls sehr günstig, da sie heilwirkend sind. Mit der Zeit fügen wir unserer Mahlzeit auch noch Quark als vorzüglichen Eiweißlieferanten bei, und gelegentlich darf auch abwechselnd Joghurt gegessen werden. Günstig als Beigabe sind belegte Brötchen aus Vollkornbrot, mit Quark bestrichen und mit etwas Schnittlauch oder anderen Kräutern belegt.

Alle Nahrung muß mäßig eingenommen werden, und alles, was Störungen verursacht, meidet man. Gutes Einspeicheln und gründliches Kauen sind Grundbedingung. Auch die Säfte müssen langsam getrunken und eingespeichelt werden. Fettgebakkene Speisen kommen unter keinen Umständen in Frage; auch darf die Nahrung nicht mit überhitztem Fett oder Öl in Berührung kommen.

Tierische Fette meiden wir, auch verwenden wir nur rohe, naturbelassene Fettstoffe. Wer auch nach der Wiedergesundung diese Grundregeln in seiner Ernährung weiter beachtet, wird weniger Rückfälle und Schwierigkeiten haben.

Es geht in erster Linie darum, die ganze Zeit hindurch auf die Nierentätigkeit kräftig einzuwirken, und zwar mit Nierentee, dem die Nierentropfen Nephrosolid oder auch nur Solidago virgaurea (Goldrute) beigegeben werden. Auch Zinnkraut, Schließgraswurzeln, Birkenblätter und die mild wirkenden Hagebutten sind zur Anregung dienlich.

Gerstenwasser hilft bei Gelbsucht

Wenn der Darm nicht richtig arbeitet, muß mit Kräuterklistieren nachgeholfen werden, denn auch die Darmreinigung spielt bei der Pflege der Gelbsucht eine Hauptrolle. Die Galle muß so rasch als möglich aus dem Blut ausgeschieden werden, da sie die Blutkörperchen angreift. Je länger und je konzentrierter sie im Blut verweilt, um so schlimmer wirkt sie sich aus. Nachträglich soll zum Verflüssigen der Galle noch Chelidonium D4 und Podophyllum D4 oder Boldocynara genommen werden.

Auch ein konzentrierter Karottensaft ist der Leber sehr nützlich. Wasseranwendungen unterstützen die Kur vorteilhaft und sollten nie fehlen. Man legt entweder heiße Kräuterwickel auf die Lebergegend oder duscht sie warm ab. Feuchtheiße Kompressen führt man aus, indem man ein mit Zinnkraut oder Kamille gefülltes Baumwollsäckchen überbrüht, leicht ausdrückt und jeweils 30 bis 40 Minuten auf der Leber liegen läßt. Bevor es abkühlt, muß es erneuert werden. Diese Anwendung wiederholt man täglich.

Es ist vorteilhaft, diese Wasseranwendungen selbst dann noch durchzuführen, wenn die Krankheit bereits überwunden zu sein scheint. Nach den Wasseranwendungen lassen wir Kohlblätterauflagen im täglichen Wechsel mit Lehmwickeln folgen.

Wenn alle Ratschläge gewissenhaft befolgt werden, dann kann man mit einer weit kürzeren Dauer der Krankheit rechnen, nämlich mit zwei bis drei Wochen statt mit sechs bis acht Wochen bei chemotherapeutischer Behandlung. Es muß aber auch der Nachkur die größte Sorgfalt entgegengebracht werden. Befolgt man diesen Rat, dann wird die Heilung nicht nur gefestigt, es werden sich auch keine üblen Folgen einstellen.

Es muß noch erwähnt werden, daß bei Gelbsucht auch die Gerste ihre Hilfe anbietet. In den Tropen ist es allgemein bekannt, daß bei einem inneren Brand und bei Fieber Gerstenwasser vorteilhaft wirkt. Man bereitet es aus dem ganzen Gerstenkorn. Die Nieren werden bei fieberhaften Zuständen dadurch entlastet, und auch die Leber zieht reichlich Nutzen daraus.

Daß dies jedoch nicht nur für die Tropen gilt, sondern auch bei uns entsprechend angewendet werden kann, bestätigt der Bericht einer an schwerer Gelbsucht erkrankten Frau, die sich

durch Gerstenkörner kurierte. Diese Frau nahm auf drei bis vier Liter Wasser eine Tasse Gerstenkörner und ließ sie langsam bis zum Weichwerden kochen. Das auf diese Weise gewonnene Gerstenwasser trank sie tagsüber. Der Urin wurde dadurch ganz klar und die Gelbsucht verschwand.

Da also auch für uns in diesem bescheidenen Mittel eine beachtenswerte Hilfe liegt, können wir es zusätzlich mit den anderen Naturmitteln gebrauchen und dadurch die allgemeine Kur bei Gelbsucht noch wesentlich unterstützen. Wer nichts anderes als Gerste zur Verfügung hat, sollte versuchen, allein damit auszukommen, und je nach den Umständen und seiner gesundheitlichen Grundlage kann es sein, daß er, zusammen mit den physikalischen Anwendungen und der Diät, damit durchkommen kann.

Verdauungsstörungen durch Gelbsucht

Eine Gelbsucht kann nach Jahren noch unliebsame Auswirkungen haben. Dies bekam einer meiner Kollegen auf besondere Weise zu spüren. Bei einem Besuch bei einer Tante in der Stadt wurde er, wie dies seit seiner Kindheit üblich war, mit ausgezeichnetem Apfelkuchen bewirtet. Noch immer war die ältere Dame eine gute Köchin, die es verstand, einen Teig zuzubereiten, der so zart war, daß er auf der Zunge fast verging, denn sie sparte nicht an Butter und verwendete für den Guß zudem noch reichlich Rahm.

Von klein auf war dieser Kuchen ein besonderer Leckerbissen für meinen Freund gewesen, und er verspürte nach seinem Genuß auch nie irgendwelche Störungen. Um so eigenartiger mutete es ihn deshalb an, daß dies plötzlich nicht mehr so sein sollte. Nachdem er nämlich den Kuchen mit der üblichen Wertschätzung und gutem Appetit gegessen hatte, stellten sich Störungen ein, unter denen er früher nie zu leiden hatte. Erst wollte er die Reise mit ihrer Aufregung, das viele Erzählen und das späte Zubettgehen dafür verantwortlich machen.

Als sich aber die gleichen Störungen nach dem Genuß dieses Kuchens wiederholten, beriet er sich deshalb mit mir. Wir beide kamen zum gleichen Schluß.

Weil die Leber vor der Gelbsucht gut arbeitete, verhalf sie auch dazu, den schmackhaften Kuchen gut zu verdauen, denn es war wirklich ein ausgezeichneter Kuchen, der auf naturreiner Grundlage hergestellt war.

Nichts Künstliches war verwendet worden, nur wie üblich Mehl, Zucker, Äpfel, reichlich Butter sowie feiner Rahm und geriebene Mandeln. Worauf waren also die Störungen zurückzuführen?

Zuerst meldete sich ein leichtes Unwohlsein, dann stellten sich Darmgas und Gärungen ein, die nicht aufhören wollten. Als Folge war am anderen Tag der Stuhl graugelb, zerfetzt und sehr schlecht im Geruch.

Noch eigenartiger muteten diese Störungen an, wenn mein Freund bei einer anderen Tante, die als Bauersfrau ihre Kuchen einfach nur mit Brotteig und Butter zubereitete, ohne Bedenken seinen Appetit stillen konnte. Wohl war das Gebäck nicht so zart wie jenes von der Tante in der Stadt. Auch der Rahm fehlte auf dem Guß, der mit etwas Milch, Honig und geriebenen Mandeln zubereitet war.

Bei sachlichen Überlegungen kommt man von selbst zu der logischen Folgerung, daß die Leber unbedingt einwandfrei arbeiten muß, wenn man eine Zusammenstellung von Mehl, Zucker und Butter, vielleicht sogar von Schweinefett oder Nierenfett störungsfrei verdauen will.

Selbst eine gesunde Leber wird durch eine solche Kombination belastet, da diese im gebackenen, gekochten oder erhitzten Zustand Stoffe frei werden läßt wie Fettsäure, Buttersäure und anderes mehr. Wenn damit auch eine gut arbeitende Leber fertig wird, sind diese Stoffe für eine nicht gut funktionierende Leber wie ein ziemlich stark wirkendes Gift. Die akute Störung, die sich einstellt, ist ähnlich einer regelrechten Vergiftung. □

Sauerstoff – Element des Lebens

Ohne Sauerstoff ist bekanntlich das menschliche Leben nicht möglich. Deshalb können wir weder unter Wasser noch außerhalb der Atmosphäre leben. Sämtliche Stoffwechselvorgänge in unserem Organismus hängen von der Sauerstoffzufuhr ab. Und je mehr Energie wir benötigen, das heißt, je größer unsere Leistung sein soll, desto mehr Sauerstoff müssen wir zuführen.

Ohne Atmung, also ohne frischen Sauerstoff, kommt der Mensch nur wenige Minuten aus, ohne daß wichtige Organe bleibend geschädigt werden oder gar der Tod eintritt. Leider ist es aber trotz ausreichender Atmung möglich, daß gewisse Körperzellen nicht in ausreichendem Maße mit Sauerstoff versorgt werden. Welches sind die Ursachen, welches sind die Folgen?

Genügend Luft, aber doch zu wenig Sauerstoff

Der Mensch atmet vor allem durch die Lungen, die die Aufgabe haben, dem Blut mit jedem Atemzug frischen Sauerstoff zuzuführen und die verbrauchten Stoffe auszufiltern. Der frische Sauerstoff gelangt mit Hilfe der roten Blutkörperchen, die ihn an sich binden können, in die einzelnen Zellen, wobei auch dem Vitamin E eine wichtige Schutzfunktion zukommt.

In der Zelle ermöglicht der Sauerstoff die für den Stoffwechsel notwendigen Verbrennungsvorgänge. Gelangt nicht genügend Sauerstoff dafür in die Zelle, so entstehen Gärungsprozesse, die krebsauslösend sein können. Diese Zusammenhänge wurden bereits in den dreißiger Jahren entdeckt, aber leider viel zu wenig therapeutisch nutzbar gemacht.

Eine Ausnahme bildete dabei der in der DDR lebende Physiker, Manfred von Ardenne, der die im Kampf gegen den Krebs eingesetzte Sauerstoff-Mehrschritt-Therapie entwickelte, die auch im Westen immer mehr Beachtung findet.

Aber nicht nur Krebs resultiert aus einer Unterversorgung der Zellen mit Sauerstoff, auch andere negative Entwicklungen können die Folge sein, wie zum Beispiel vorzeitige Alterungsprozesse, Arteriosklerose, Erschlaffung der Bindegewebe, Knochenschäden, die Bildung von Blutgerinnsel (Trombosen), Krampfadern und Hämorrhoiden.

Es gibt verschiedene Gründe, die dazu führen, daß unsere Lungen nicht mehr genügend Sauerstoff aus der Luft aufnehmen und an das Blut abgeben können. Dabei spielt ohne Zweifel die Luftverschmutzung eine wichtige Rolle, indem sie nämlich dazu beiträgt, daß die Luft ganz allgemein an einem Mangel an negativ geladenen Ionen leidet.

Nun ist aber auch bekannt, daß Sauerstoff nur dann biologisch verwertet werden kann, wenn er ein negativ geladenes Ion darstellt. Unter einem Ion haben wir uns in der Luft frei schwebende, positiv oder negativ geladene verschieden große Moleküle vorzustellen. Die negative Aufladung dieser Moleküle entsteht durch die intensive, ultraviolette Sonnenbestrahlung in großen Höhen.

Unter dem kalten Wassertropfenhagel

Eine positive Aufladung erfolgt durch Schmutzpartikel, durch »verbrauchte« Luft, wie dies öfters in geschlossenen Räumen geschieht, oder durch Erwärmung, wie sie zum Beispiel bei Föhn durch das rasche Absinken der Fallwinde und die dadurch zustande kommende Kompression der unteren Luftschichten entsteht.

Ein Mangel an negativen Ionen bedeutet ein Sauerstoffdefizit und dies wiederum begünstigt das Entstehen von Blutgerinnseln. Es ist darum nicht weiter verwunderlich, daß sich ganz besonders bei Föhnlagen die Fälle von Herzinfarkt und Gehirnschlägen häufen. Außerdem werden dadurch Wetterfühligkeit, Migräne sowie auch das Entstehen einer allgemein geschwächten Abwehrlage gegen Infektionskrankheiten aller Art gefördert.

Zur Herstellung von negativen Ionen dienen elektrische Apparate, mit denen man einen Raum mit negativen Ionen aufladen kann. Sie liefern sogenannte »trockene Ionen«, die von den Lungenbläschen ziemlich langsam aufgenommen werden, so daß solche Klimageräte rund um die Uhr in Betrieb gehalten werden müssen.

Eine natürliche Art der Produktion negativer Ionen geschieht durch Wasserfälle. In der Nähe jedes Wasserfalles herrscht deshalb ein ausgesprochen gesundes Klima. Auf diese Tatsache stieß bereits vor ungefähr 40 Jahren der im zaristischen Rußland geborene deutsche Naturwissenschaftler und Biologe Dr. Dr. Konstantin von Brunowsky. Er stieß durch Zufall in den kaukasischen Bergen auf eine Gruppe von Menschen, die in der Nähe eines kleinen, aber sehr hohen Wasserfalles lebten, sich durch eine außerordentliche robuste Gesundheit auszeichneten und von denen die Ältesten überdies ein geradezu biblisches Alter von weit über 100 Jahren aufwiesen.

Mehr Widerstandskraft gegen Krankheitserreger

Ihr Gesundheits-Rezept bestand darin, daß sie jeden Morgen den Wasserfall aufsuchten, sich dort auszogen und sich unter dem kalten Wassertropfenhagel wälzten, um anschließend auf den Steinplatten die wasserstaubreiche Luft zu inhalieren, bevor sie wieder nach Hause gingen, um sich ihrer Arbeit zu widmen.

Spätere Nachforschungen ergaben dann, daß sich die Fähigkeit der vollen Verwertung des eingeatmeten Sauerstoffs durch die Körperzellen, wie sie dank der reichlich zugeführten negativen Ionen erfolgt, sogar vererben läßt. Und es konnte nachgewiesen werden, daß das Einatmen von Luft, wie sie durch den Wasserfall entsteht, also den sogenannten Hydro-Ionen, in Form von mehr oder weniger kurzen Inhalationen täglich die Körperzellen derart anregt, daß diese auch den biologisch neutralen Sauerstoff besser verwerten können.

Auf der Basis dieser Erkenntnisse wurden Hydro-Ionisatoren entwickelt, wie zum Beispiel den Troma-Ion-Hydro-Ionisator, mit denen in kurzer Zeit die so wichtigen Hydro-Ionen-Stöße eingeatmet werden können. Sie führen zu einer erhöhten Sauerstoffverwertung und damit zu einer robusteren Gesundheit sowie zur erhöhten Widerstandskraft gegen Krankheitserreger aller Art. Außerdem wirken sie Alterungsprozessen entgegen. □



Der Ionisator regt durch mehr oder weniger kurze Inhalationen die Körperzellen an, daß sie den biologisch neutralen Sauerstoff besser verwerten können.

Naturheilkunde

Mehr Energie, mehr Vitalität

In einer wissenschaftlichen Studie von Professor Dr. E. Dörling aus Hamburg mit dem Titel »Psycho-physische und mentale Leistungssteigerung durch Einsatz eines biologischen Hefe-Phytokonzentrats am Beispiel von PK 7« konnte erstmalig nach streng wissenschaftlichen Maßstäben der Nachweis erbracht werden, daß eine Steigerung der menschlichen Leistungsfähigkeit durch Gabe rein biologischer Substanzen möglich ist.

Seit längerem beschäftigt sich Professor Dörling mit der Problematik des wissenschaftlich exakten Wirksamkeitsnachweises von sogenannten Tonika. Diese Arzneimittel oder Nahrungsergänzungsmittel dienen zumeist der Behebung leichterer Befindlichkeits-Störungen wie Leistungsverlust im Alter, mangelnde Konzentrationsfähigkeit, Verdauungs- und Kreislauf-Schwäche und Nervosität. Auch zum Ausgleich leichter Mangelzustände, zur Verbesserung der Widerstandskraft, zur allgemeinen Leistungssteigerung oder zur Beschleunigung der Gesundung nach überstandenen Krankheiten werden sie gerne eingesetzt.

Trennung der Spreu vom Weizen

Die Schwierigkeit bei der wissenschaftlichen Beurteilung solcher Mittel: Die vielfältigen Wirkungen und die teils sehr umfangreichen und komplizierten Zusammensetzungen derartiger Präparate erschweren und verteuern die Prüfung. Trotzdem wird besonders von Medizinern und Apothekern eine »Trennung der Spreu vom Weizen« immer häufiger und nachdrücklicher gefordert.

Die Überprüfung von medizinischen Werbe-Aussagen ist dem Laien nicht möglich. Daher schien es trotz der angesprochenen Schwierigkeiten dringend erforderlich, zumindest den Versuch einer wissenschaftlichen Kontrolle zu unternehmen.

Professor Dörlings Wahl fiel auf ein natürliches Nahrungsergänzungsmittel der Firma Strath Labor in Donaustauf. Dieses war bereits von unabhängigen Instituten eingehend hinsichtlich seiner Zusammensetzung und biologischen Reinheit untersucht worden, was die Prüfung vereinfachte.

Das mit dem Neuform-Zeichen ausgestattete Präparat PK 7 besteht aus einer Kombination von in einem Spezialverfahren aufbereiteten Hefekulturen, Blütenpollen, Weizenkeimen, einer Mischung ausgesuchter Kräuter, schwarzen Johannisbeeren, Karotten sowie Malz und Zitronenpulver.

Die chemische Analyse weist eine umfangreiche Palette von Vitaminen, Aminosäuren (hochwertige Eiweißbaustoffe) und mineralischen Elementen nach.

Ein traumhaftes Ergebnis

Geprüft wurden folgende Wirkungen des Präparates: Steigerung der körperlichen Leistungsfähigkeit, Steigerung der Aktivität, Verbesserung der Konzentrationsfähigkeit, Abbau von Nervosität, Erhöhung der nervlichen Stabilität, Verbesserung der Verdauung und Erhöhung der Widerstandskraft.

Die Prüfung wurde als sogenannte Doppelblind-Studie durchgeführt, das heißt die freiwilligen Probanden wurden per Los in zwei gleich große Gruppen aufgeteilt. Eine Gruppe erhielt das Präparat PK 7, die andere ein wirkungsloses aber völlig identisch aussehendes sogenanntes Scheinpräparat. Weder der Prüfer noch die Probanden wußten, wer nun das echte PK 7 und wer das Scheinpräparat erhalten hatte.

Alle Probanden wurden per Fragebogen zu Beginn der Untersuchung eingehend befragt und machten sodann folgende Tests zur Feststellung ihrer körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit: Reaktionszeitbestimmung, Belastungstest mit Fahrradergometer, Messung der Konzentrations- und Merkfähigkeit durch Tachistoskopie und Körperbeherrschungstest durch Prüfung der Zweihandkoordination.

Die Tests wurden im Verlauf einer zwölfwöchigen Untersuchung viermal wiederholt, am Abschluß stand eine erneute Befragung aller Probanden.

Das Ergebnis überraschte in seiner Klarheit sogar die Wissenschaftler der Herstellerfirma: Sämtliche Tests wie auch die subjektiven Angaben der »Prüflinge« ergaben eindeutige Verbesserungen. Sowohl die körperliche als auch die geistige Leistungsfähigkeit wurden meßbar und spürbar gesteigert.

So erbrachte die Messung der Erholungszeit nach körperlicher Belastung der PK-7-Gruppe eine Verbesserung bei 67 Prozent der Probanden; das waren 37 Prozent mehr als bei der Kontrollgruppe. Vergleichbares zeigte sich auch bei der Reaktionszeit, einem Maßstab für die geistige Leistungsfähigkeit – zum Beispiel sehr wichtig für Autofahrer –: Eine Verbesserung trat bei 63 Prozent der PK-7-Probanden ein.

Die Langzeitkonzentration und Merkfähigkeit – besonders ein Problem älterer oder gestreßter, nervöser Menschen – erbrachte unter Einnahme von PK 7 bei 57 Prozent eine Besserung. Ein geradezu »traumhaftes« Ergebnis, wenn man weiß, daß viele Wissenschaftler eine medikamentöse Verbesserung der Merkfähigkeit für unmöglich halten, erst recht mit einem natürlichen und absolut unschädlichen Präparat wie PK 7.

Die Naturheilkunde ist kein Märchen

Die Ergebnisse der Tests deckten sich auch mit den Aussagen der Patienten: Die Kontrollgruppe merkte keine nennenswerte Veränderung, während 49 Prozent der PK-7-Gruppe eine Verbesserung ihres Zustandes beobachtete. Dies ist besonders bemerkenswert, da sich alle Probanden bereits zu Beginn der Untersuchung in einer altersgemäß gesunden körperlichen und geistigen Verfassung befanden.

Es ist also das »Kunststück« gelungen mit PK-7-Hefekonzentrat das Gute noch entscheidend zu verbessern. Um wieviel beeindruckender müssen da die Erfolge sein, wenn dieses Präparat von geschwächten und leistungsgeminderten Patienten genommen wird. Dies zu untersuchen wird Ziel einer weiteren breit angelegten Patientenstudie sein. Man kann gespannt sein, was sie erbringen wird.

Eines steht fest: Allen Spöttern, Skeptikern und Gegnern der Naturheilkunde sei eine Umorientierung anzuraten. Das Märchen von der Naturheilkunde, die nur wirksam sei, wenn man daran glaube, kann so pauschal von niemandem mehr aufrechterhalten werden. Es wäre zu wünschen, daß auch andere Firmen der biologisch-pharmazeutischen Industrie sich so verantwortungsvoll verhalten wie die Firma Strath-Labor, und ihre Präparate von unabhängigen und seriösen wissenschaftlichen Instituten untersuchen lassen. Sie würden damit der Naturheilkunde einen unschätzbaren Dienst erweisen. □

Das Präparat PK 7 gibt es in Apotheken und Reformhäusern. Weitere Informationen erhalten Sie vom PK-7-Vertrieb, Postfach 20, D-8405 Donaustauf.



Strahlung

Wirkungen von elektromagnetischen Wellen

Wolfgang Volkrodt

Im letzten Jahrzehnt wurde erkannt, daß das Universum nebst Materie und Strahlung eine Art von schwingender Energie enthält, die die früher als angenommenen Räume zwischen Atomkern und Elektronen ausfüllt. Sie ist an vielen Wechselwirkungen, so auch Lebensvorgängen, beteiligt. Um mit vereinheitlichten Theorien alle physikalischen Vorgänge mathematisch behandeln zu können, bedarf es einer zehndimensionalen Betrachtungsweise. Sie entzieht sich unserer Vorstellbarkeit. Diese zehn Dimensionen seien holographisch, ähnlich einem in sich verwundenen Gartenschlauch, ineinander eingefaltet, heißt es.

Der Nobelpreisträger Karl H. Pribram deutet seine Forschungsergebnisse als Beweis, daß sich unser Bewußtsein nicht in unserem Körper und Gehirn, sondern in den uns durchdringenden und umgebenden Feldern befindet. Was in unserem Gehirn und Nervensystem installiert ist, sind lediglich Antennen und Auswertsysteme, die die aus den Feldern empfangenen Informationen unseren Sinnen verständlich machen.

Der Mensch eine Art Meßinstrument

Man kann vorbenannte Felder nicht verallgemeinernd als »elektromagnetisch« bezeichnen. Es gibt den Effekt, daß sich frequenzgleiche, phasenverschobene elektromagnetische Wellen gegenseitig auslöschen. In einer solchen Interferenzzone taucht die in zwei interferierenden Wellen enthaltene Energie quasi in eine andere, mit unseren herkömmlichen Meßgeräten nicht erfaßbare Dimension unter, wird »virtuell«.

Ähnliche Vorgänge treten bei technischen Wechselströmen bei Phasenverschiebung zwischen Strom und Spannung auf. Zur mathematischen Behandlung bedient man sich konjugiert komplexer Größen, ordnet somit einer realen eine weitere imaginäre Bezugsebene zu und verdoppelt damit die Anzahl der Dimensionen.

In welchen Ebenen und Dimensionen sich die »Bewußtseinswellen« aller Lebewesen befinden, ist wissenschaftlich wegen fehlender Meßinstrumente noch nicht hinreichend geklärt. Daß der Mensch selbst eine Art Meßinstrument für Anomalien von ihn durchdringenden Wellen zum Beispiel im Gefolge von Wasseradern oder Verwerfungen ist, beweisen die Erfahrungen der Radiästhesie. Hierbei werden im Körper von Menschen durch Felder ausgelöste Nerven- und Muskelreflexe in einen Ausschlag von Wünschelruten und Pendeln umgesetzt.

Eine exakt wissenschaftliche Erklärung für solche bewiesene und reproduzierbare Phänomene fehlt. Man weiß noch zu wenig über die Wechselwirkungen unseres Nervensystems mit den uns und das gesamte Universum durchdringenden energiereichen Wellen. Bisher liegen nur Mosaiksteine vor.

Wenn Zellen miteinander »flüstern«

Zwei hiervon haben mit ihren Ergebnissen eine herausragende Bedeutung erlangt: Zum einen der Nachweis, daß zum Beispiel Pflanzenkeimlinge mit Hilfe elektromagnetischer Wellen Informationen übertragen. Zum anderen die Theorie von Fröhlich, die »mikrowellengetriggerte Prozesse« postuliert. Das sind Vorgänge, bei denen extrem schwache Mikrowellenschwingungen ausreichen, um die im biologischen Bereich vorkommenden natürlichen Schwingungen anzuregen, auszulöschen oder zu verändern. Eine Reihe vorliegender Versuchsergebnisse ist nur mit dieser Theorie vernünftig erklärbar.

Wie es allen lebenden Zellen gelingt, auf einem unvorstellbar niedrigen Energieniveau Informationen untereinander auszutauschen, versucht man sich mit Hilfe des Josephson-Effekts zu erklären. Hierbei tritt durch Gitterschwingungen in Zellen elektrische Supraleitung auf.

Als Modell für die Informationsweitergabe von Zellen kann man sich einer Reihe von hintereinander aufgestellter Dominosteine bedienen. Wird der erste Stein durch geringfügiges Antippen zum Umfallen gebracht, so kippt schließlich die gesamte lange Reihe um. Zu Störungen kann es kommen, wenn zwischendurch ein Stein in der Reihe quer steht.

Einige Homöopathen bedienen sich mittlerweile der Vorstellung, daß es ausreicht, diesen einen querstehenden Stein mit geringstmöglichem Medikamentenaufwand wieder in Reih und Glied zu stellen. Bei der herkömmlichen, weit überdosierten Medikamentation werden hingegen erst einmal alle vor dem querstehenden Stein befindlichen anderen Steine umgeworfen, bevor eine Korrektur des »Querstehers« erfolgt. Das sei unnötig und gefährlich.

An die natürlichen elektromagnetischen Wellen, die zum Beispiel als Pulsstrahlung mit Feldstärken von einigen 100 Mikrovolt aus Mikrogewittern in der Atmosphäre auf uns niedergehen, haben sich alle Lebewesen in den zurückliegenden Jahrtausenden und Jahrmillionen gewöhnt. Gegenüber diesen natürlichen Umweltbedingungen lassen die in Deutschland gültigen DIN-Grenzwerte eine millionenfach höhere Belastung von Mensch und Umwelt durch elektromagnetische Wellen zu.

Der Grund hierfür liegt in einem Mißverständnis vor etwa 20 Jahren. Damals kannte man nur die thermischen Wirkungen der Hochfrequenz und nutzte sie therapeutisch als Kurz- oder Mikrowelle zur Gewebedurchwärmung, wobei die Zeit und Energiemenge auf ein ungefährliches Maß begrenzt war. Ausgehend von diesen Erfahrungen setzte man für Menschen, die sich dauernd in Hochfrequenzfeldern befinden, eine DIN-Toleranzgrenze fest, durch die die äußere Hochfrequenz-Wärmezufuhr auf den gesamten Körper auf etwa ein Zehntel der Wärmeabstrahlung des Körpers eines Menschen im Rahmen seines Stoffwechsels begrenzt wurde.

Wirkungen sehr schwacher Felder

Mittlerweile befinden wir uns in einer Revolution der Biophysik. Man hat die Wirkungen sehr schwacher Felder – »weak fields« – endlich erkannt. Die Experten drängen auf eine Überarbeitung bestehender westlicher, viel zu hoher Toleranzgrenzen. Man solle wenigstens hier im Westen die Toleranz auf die bei einem Tausendstel niedriger liegenden Grenzwerte der UdSSR absenken, wird gefordert.

Im Ostblock war man von Anbeginn vorsichtiger im Umgang mit elektromagnetischen Wellen, nicht nur bei Hochfrequenz, sondern auch bei 50 Hertz Netzfrequenz. So dürfen in der UdSSR Hochspannungsleitungen wegen erwiesener Schäden nicht über Wohn- und Arbeitsstätten geführt werden.

Mit einer baldigen Herabsetzung der bei uns viel zu hohen Toleranzgrenzen ist in absehbarer Zeit nicht zu rechnen. Das US-Pentagon befürchtet laut offizieller Verlautbarung, daß jegliche Verminderung des Leistungsvermögens von den Hochfrequenz-Kommunikationssystemen die nationale Sicherheit der USA bedroht, ganz gleich, ob inzwischen die Gesundheit der Zivilbevölkerung Schaden nimmt.

Es ist ein persönliches Pech der Deutschen, daß sie an der Nahtstelle zwischen West und Ost

sich im größten Hochfrequenz- und Mikrowellensmog der Welt befinden. Solange wir der NATO angehören, unterliegen wir den Weisungsrechten des US-Pentagons. Ändern kann sich an unserer bösen Situation erst dann etwas, wenn in die allgemeinen Abrüstungsgespräche auch das Thema Verminderung der für die Zivilbevölkerung nicht länger erträglichen Hochfrequenzbelastung einbezogen wird.

Das kann noch recht lange dauern. Folglich müssen wir uns auf eine weiter ständig wachsende Zahl von Menschen mit durch überdosierte Hochfrequenz verursachten Schäden einrichten und Möglichkeiten zur Hilfe schaffen.

Wie bekannt, ist es die Aufgabe von Blättern und Nadeln, Licht einzufangen. Mit Hilfe der Photosynthese, Kohlensäure, Wasser und Spurenelementen werden Nährstoffe und neue Zellen produziert, hieß es bisher. Man beschränkte sich bei allen Forschungsarbeiten nur auf die kurzen Licht- und Wärmewellen.

Es kommen aber von der Sonne, aus dem Weltraum und aus den Mikrogewittern auch Wellen im Zentimeter- bis Meterbereich bis zur Erdoberfläche. Auch diese Wellen werden laut neuerer Theorien von den Blättern und Nadeln unserer Bäume unter Nutzung der für Wasser und seine Dissoziationsprodukte typischen Eigenresonanzen biophysikalisch verwertet.

Neue Theorien zum Waldsterben

Nun wurde die natürliche Strahlung durch Fernsehen, Richtfunk und Radar auf das Millionenfache überhöht. Das ist zuviel und schädigt Blätter und Nadeln.

Vorbenannte molekulare Resonanzabsorption ist besonders kritisch bei genetischem Material, insbesondere der DNA im Zellkern. Die kann 400mal soviel Energie absorbieren wie der überwiegend aus Wasser bestehende übrige Organismus. Dies wird bei den auf den Gesamtkörper zugeschnittenen westlichen Toleranzgrenzen nicht berücksichtigt.

Stand der Wissenschaft ist, daß elektromagnetische Felder, die weit schwächer als das Erdmagnetfeld sind, die Entwicklung des Embryos beeinträchtigen. Die Rundfunkgeräte-Reparateure sowie Amateurfunker haben ein deutlich erhöhtes Krebsrisiko.

Es sollte für jedermann ein Gebot der Klugheit sein, nicht in der Nähe von Hochspannungsleitungen, Rundfunk- und Fernsehsendern oder von Radar- und Satellitenfunkstationen zu wohnen und zu arbeiten, meint der US-Wissenschaftler W. Ross Adey.

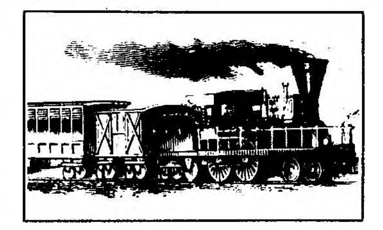
Nach dem gegenwärtigen Erkenntnisstand bestehen folgende Zusammenhänge: Erstens, relativ geringe Strahlenbelastung durch UKW-, Fernseh-, Richtfunk- und Radar-Sender sowie unter Hochspannungsleitungen. Folge: Häufige Kopfschmerzen, Müdigkeit, Reizbarkeit, Schlafstörungen, Hautreizungen, Augenbeschwerden allgemein vermindertes Konzentrations- und Leistungsvermögen.

Zweitens, nach längerer oder stärkerer Einwirkung: Herzrhythmusstörungen, erhöhte Infarkt- und Emboliebereitschaft, Meningitissyndrom, bleibende Augenschäden, ungünstiger Schwangerschaftsverlauf, Fehl- und Mißgeburten.

Drittens, starke Bestrahlung im Nahbereich von Hochfrequenz-Anlagen: Deutlich erhöhtes Krebsrisiko, Hautmelanome, Leukämien und Erbschäden.

Selbstredend können vorbenannte Krankheitsbilder auch andere Ursachen als überhöhte elektromagnetische Strahlen haben. Doch sollte man grundsätzlich bei der Ursachenklärung den Patienten nach Indizien für die zu hohe Hochfrequenz-Belastung am Wohnsitz oder Arbeitsplatz befragen. □

Weitere Informationen und Literaturhinweise beim Verfasser: Dr. Wolfgang Volkrodt, Waldsiedlung 8, D-8740 Bad Neustadt.



Naturheilmittel

Das hilft der Potenz

Nikolaus Bergmüller

Die durch zahlreiche Erfahrungen und Studien belegte Wirksamkeit des Phytotherapeuticum »Regazell Energen«, zum Beispiel in der Rheumatologie, Immunologie, zur physischen und psychischen Leistungssteigerung im Sport, zur Regeneration und bei Tumorpatienten, sowie die beeindruckende Vermehrung von menschlichen Zellkulturen, gaben Anlaß der Frage nachzugehen, ob Potenzstörungen des Mannes durch dieses Präparat ebenfalls günstig beeinflußt werden kann.

Die ältere Bezeichnung impotencia coeundi (Unvermögen des Beischlafs), heute dem Überbegriff der erectilen Dysfunktion (ED) gleichzustellen, beschreibt alle Potenzstörungen, die auf einer mangelhaften Erektion des männlichen Gliedes basieren. Die Aufrichtung des Penis bei Erregung wird durch einen komplizierten Steuermechanismus des vegetativen Nervensystems unter der rational-bewußten Einflußnahme durch das Großhirn bewerkstelligt.

Steigerung des sexuellen Verlangens

Dabei führen optische, akustische und sensitive Reize über eine Stimmulation der sympatischen und parasympatischen Nerven durch Weitstellung der Penisarterien und Schließen arterio-venöser Shunts zu einem vermehrten Bluteinstrom in die paarig angelegten Schwellkörper, gleichzeitig muß durch Drosselung des venösen Abflusses ein positiver Druckgradient in den corpora cavernosa aufgebaut und erhalten werden.

Damit wird verständlich, daß sowohl psychische Alterationen, eine organische Einengung der arteriellen Gefäßlumen der Penisarterien, als auch ein vermehrter venöser Blutabfluß aus den Schwellkörpern (venöses Leck) zu Störungen der Erektion führen können.

Eine medikamentöse Einflußnahme auf die erectile Dysfunktion, das heißt, eine Erektionsverbesserung ist demnach zum Beispiel durch Stabilisierung des psychischen Gleichgewichts infolge besserer Streßbewältigung möglich, wodurch eine effektivere Reizantwort am Gefäßsystem (Mehrdurchblutung) und eine Steigerung des sexuellen Verlangens (Libido) zu erwarten ist.

Über die Stoffwechselanregung und Aktivierung der Biosynthese kann die Hormonproduktion ansteigen. Bei langfristiger Anwendung ist das Ziel die Erhaltung des Gefäßlumens durch Verhinderung degenerativer Gefäßwandprozesse.

In einer zunächst kleinen vergleichenden Studie vor und nach Einnahme von »Regazell Energen« wurden die Ermittlungen an männlichen Patienten im Alter von 35 bis 72 Jahren durchgeführt, die an einer nicht abgeklärten erectilen Dysfunktion litten. Zur Auswertung kamen die Ergebnisse von neun Patienten.

Nach Abschluß der auf 20 Tage verkürzten »Regazell-Energen«-Kur bei einer verdoppelten Tagesdosis von zwei Trinkampullen und dreimal zwei Kapseln, gab es doch sehr beachtliche Ergebnisse.

Vorab muß erwähnt werden, daß eine repräsentative oder signifikante Aussage dieser Untersuchung bei der geringen Anzahl von Patienten und für diese Problemstellung sicherlich zu kurzen Behandlungszeit von 20 Tagen nur mit Vorbehalt möglich ist.

Trotzdem ist ein positiver Eindruck in mehrfacher Hinsicht unverkennbar: Die im Rahmen der Prüfkriterien nicht erfaßten allgemeinen subjektiven Angaben der Patienten, die übereinstimmend über eine Steigerung des Wohlbefindens, mehr Ausgeglichenheit und eine Schlafverbesserung berichteten.

Die Ergebnisse zeigen ferner in der Reihenfolge ihrer Häufigkeit eine deutliche Zunahme der unbewußten nächtlichen Erektionen, Anstieg des Testosteron, eine subjektive Erektionsverbesserung bei objektivierbarer Verbesserung der Erektion im Erektiometertest sowie eine Steigerung der Spermienzahl und eine Zunahme der Libido und qualitative Verbesserung der Spermien-Morphologie.



Auch in der Liebe kann Streß herrschen und das Verlangen kann größer als die Leistung sein.

Erkennbar sind die Zunahme des Ejakulatvolumen, der Masturbationshäufigkeit sowie subjektive Verbesserung beim Geschlechtsverkehr, die in erster Linie die Häufigkeit des ausgeübten Geschlechtsverkehrs betrafen.

Besonders hervorzuheben ist das Ansprechen von »Regazell Energen« bei allen Patienten – nachgewiesen durch eine oder mehrere positive Veränderungen der Prüfparameter –, obgleich die Untersuchten bezüglich der erectilen Dysfunktion nicht vorselektioniert wurden und somit keine primäre Aussage über die Gründe der erectilen Dysfunktion möglich war.

Optimierung des Zellstoffwechsels

Das gleichzeitige Vorkommen von Übergewicht und Herz-Kreislaufstörungen könnte zum Beispiel ein Hinweis auf einen arteriosklerotisch bedingten mangelhaften Inflow sein. Bei Auffälligkeiten im Genitalbereich korrelierten lediglich die erniedrigten Testosteronwerte mit der Feststellung einer Hodenatrophie.

Die auffallende Besserung der Spermiogrammbefunde zeigt wohl am deutlichsten den primär zellulären Angriffspunkt des biologischen Heilmittels.

Wie bereits durch andere Studien für zahlreiche Einsatzgebiete bewiesen ist, bringt die Behandlung mit »Regazell Energen« auch für diese Problemstellung infolge Optimierung von Zellstoffwechsel und Biosynthese einen subjektiven und objektiven Vorteil. Der Einsatz dieses Naturheilmittels bei Potenzstörungen über einen Zeitraum von drei Monaten ist erfolgversprechend. □

Weitere Informationen erhalten Sie von Ihrem Apotheker oder durch Bio-Naturkraft GmbH, Gruber Straße 64, D-8011 Poing.

Therapie

Vitaminbombe gegen Strahlengift

Das Hochzeitsgeschenk des Jahres hat eine Hamburgerin sich selbst und ihrem Bräutigam gemacht. In einer heimlichen Blitzaktion knabberte sie sich zehn Kilogramm Speck vom reichlich molligen Leib. Und schwebte dann schlank wie ein Teenager zum Traualtar.

Ute Jung, 30 Jahre alt, Einzelhandelskaufmann, berichtet voll Stolz: »Acht Wochen vor der Hochzeit wog ich noch 69 Kilo bei Körpergröße 1,54 Meter. Am schlimmsten war der Rettungsring um die Hüften, da wurde mir selbst Kleidergröße 42 zu eng. So konnte ich mich doch meinem Bräutigam nicht mehr unter die Augen trauen. Deshalb mein Entschluß: zum Standesamt gehe ich mit Größe 38, und ich habe es tatsächlich geschafft. Mein Mann war begeistert, er fand es einfach wunderbar.«



Ute speckte zur Hochzeit mit Knabber-Tabletten auf die Schnelle zehn Kilo ab, um ihrem Mann zu gefallen.

Entgiften der Leber

Das »Wunder« vollbrachten Knabbertabletten mit Fruchtextrakten aus Orangenschalen und Hagebutten. Das in Apotheken erhältliche Präparat »Basis 2000« wurde von deutschen Arzneimittelexperten entwickelt. Nach einem ersten Test an übergewichtigen, gleichzeitig verdauungsgestörten Patienten berichtete Chefarzt Dr. Herbert Mahr von der Schwarzwald-Klinik in Villingen:

Die Patienten nahmen innerhalb von zehn Tagen bis zu 5 Kilo ab. Zu ihrem Knabbertabletten durften sie vollwertige Kost verzehren – insgesamt 1200 Kalorien pro Tag. Zu trinken gab es Mineralwasser und Obstsäfte, zwischendurch auch ein Glas trockenen Wein.

Ute: »Ich knabberte während meiner Schlankheitskur pro Tag bis zu sechs Basis-Tabletten, verzichtete kurz mal auf meine geliebten Spaghetti und Kohlrouladen, trank dafür reichlich Mineralwasser, versuchte es außerdem mit Bauchgymnasik und Joggen. Und erlebte, wie ich mich von Tag zu Tag leichter und gesünder fühlte.«

Kein Wunder, behaupten erfahrene Naturmediziner. Nach ihren Beobachtungen haben die in »Basis 2000« enthaltenen Orangen- und Hagebutten-Extrakte mit ihrem Quell- und Fülleffekt weit mehr als nur schlankmachende und verstopfungslösende Wirkung.

Schutz vor Strahlengift

Der mexiaknische Professor Nicolas Capó: »Speziell die Inhaltsstoffe der Orangen entgiften die Leber, lindern Blasen-, Nieren- und Gallensteinbeschwerden, hemmen sogar Entzündungen der Bauchspeicheldrüse.«

Nicht nur das: Gerade die in Hagebutten und Orangen enthaltenen hohen Konzentrationen an Vitamin C und E können wahrscheinlich sogar vor den Folgen radioaktiver Abfälle im Essen schützen. Nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl rieten Ernährungsforscher: möglichst viel Vitamin C und E auf den Tisch. Die beiden Vitamine ergänzen sich beim Schutz der Körperzellen vor Strahlenschäden. Der Körper kann dadurch seine Abwehrkräfte gegen das Gift in strahlungsverseuchten Nahrungsmitteln besser entfalten. □

Therapie

Heilen mit Edelsteinen

Joachim Roller

In früheren Zeiten war es nur Eingeweihten, geistigen und weltlichen Mächtigen vorbehalten die kosmischen Kräfte in den kostbaren Edelsteinen zu nutzen. Durch die Wiederentdeckung alten Wissens, in Verbindung mit moderner Technologie, scheint es möglich zu sein, Krankheit und Leiden auf feinstofflicher Ebene zu beeinflussen.

Schon im Altertum wurden Edelsteine für Heilmittel, Kosmetik und als von Planeten und Sternen beeinflußte Glücksbringer verwendet. Neueste Forschungen haben ergeben, daß die Heilwirkungen der Edelsteine, ernstzunehmenden Erfahrungsberichten zufolge, größer sind als bisher angenommen. Ein Team von Fachleuten, ein Naturheilarzt, Heilpraktiker, Apotheker, eine Musikpädagogin, ein Edelsteinforscher, Astrologe und Elektronik-Ingenieur hat in langjähriger Forschungsarbeit Edelsteinmittel und Geräte entwickelt, die die Anwendung der Edelsteine in der Naturheilkunde ermöglichen. Die Erfolge übertreffen die Erwartungen bei weitem.

Wissenschaft des Lebens

Das Wissen über die Heilkräfte der Edelsteine stammt aus dem Ayur-Veda, der Naturheilkunde der Inder. Ayur-Veda heißt »Wissenschaft des Lebens«. Die ältesten schriftlichen Berichte stammen von den legendären Ärzten Charaka, Susruta und Vagbhata.

Nach dem Ayur-Veda ist Gesundheit ein Zustand, in dem sich Geist, Körper und Umwelt im Ausgleich mit der uns umgebenden kosmischen Strahlung befindet. Nirgendwo in der Natur stehen die kosmischen Strahlen so geordnet, rein und konzentriert zur Verfügung wie in den Edelsteinen.

Die Edelsteine sind die Bausteine der Schöpfung, denn aus ihrer elementaren Existenz entwickelt sich das Mineral-, Pflanzen- und Tierreich, was wiederum die Voraussetzung der Evolution menschlichen Bewußtseins ist. Edelsteine sind Manifestationen der sieben Qualitäten des Lichts und enthalten die Lebenskraft in Samenform.

Damit die gewaltige elementare Lebensenergie in den Edelsteinen wieder frei wird, müssen die Kristalle durch ein besonderes Verfahren so verfeinert werden, daß die darin enthaltenen Spurenelemente in Lösung gehen und so aus dem anorganischen Material der Edelsteine für unseren Organismus verwertbare Spurenelemente verfügbar werden.

Die Verfeinerung muß bis in den Lichtwellenbereich erfolgen, um mit den lebensfördernden Qualitäten des Lichts in Verbindung mit den höchsten reinen, höchst geordneten und höchst konzentrierten Spurenelementen den Selbstheilungs-Mechanismus anzuregen.

Heiler erzielen gute Ergebnisse

Ein Bericht von Dr. A. Süßenguth in der süddeutschen Apothekerzeitung bestätigt dies. Süßenguth schreibt: »Wir wissen heute von Hochleistungs- und Spurenelementen, die für den menschlichen Organismus von hohem Werte sein können. Bei Eisenpräparaten zum Beispiel ist der ›verunreinigende‹ Gehalt an Mangan, Kobalt, Kupfer von direkt ausschlaggebender Bedeutung. Nun enthalten wenigstens die meisten der aufgeführten Edelsteine solche Spurenelemente. Sie sind es ja, die den Steinen ihre schöne Farbe geben. Da sind zum Beispiel Mangan, Titan, Chrom, Kobalt, Nickel, Eisen, und es kann kaum noch einem Zweifel unterliegen, daß Spuren dieser Metalle bei der geschilderten Vorbehandlung der Edelsteine in Lösung gehen.«

Beachtlich sind Fluorgehalte zum Beispiel beim Topas und der Berylliumgehalt des Smaragds. Besondere Erwähnung bedarf der Flußspat, dessen einzelne Sorten atomares Kalzium enthalten: die dunklen Sorten, sowie atomares Fluor; stets wohl auch Barium und Strontium. Sollte die besondere Beliebtheit des Hyazinth auf den Gehalt an Zirkonium zurückzuführen sein?

Der Chrisolith enthält Titan, Nickel, Mangan, Fluor und ist noch obendrein durch Salzsäure (Magensaft) aufschließbar. Lapis Lazuli gibt durch Säurebehandlung Schwefel frei, wird also auch im Magen zerlegt.

Harmonie zwischen Geist und Materie

Man sieht an diesen Beispielen, daß es nicht angeht, die Edelsteinmedizin in Bausch und Bogen so zu verurteilen oder verächtlich zu machen, wie es seither geschehen ist. Forschungen in dieser Richtung fehlen. Sie würden, wenn man überhaupt noch zu einem definitiven Urteil gelangen wollte, erst einsetzen müssen.

Inzwischen werden durch intensive Forschung hoffnungsvolle Ergebnisse erzielt, die von Naturheilärzten, Heilpraktikern und Patienten gemacht wurden. 99 Prozent unseres Körpers werden aus nur elf Elementen gebildet. Trotzdem können wir auf das restliche Prozent nicht verzichten. Im Gegenteil: In diesem Prozent sind nämlich alle Elemente enthalten, die man zu den Spurenelementen zählt. Auf diesem einen Prozent baut sich der Gesamtorganismus auf.

Die Ayur-Veda-Edelsteintherapie wirkt im feinsten Elementarbereich der Schöpfung und stellt die ursprüngliche Harmonie zwischen Geist und Materie auf feinstofflicher Ebene wieder her. Im feinsten Bereich muß kosmische Ordnung herrschen, um die Ursache einer Krankheit zu beseitigen. Mit Ayur-Veda-Edelsteintherapie kann das kosmische Strahlungsgleichgewicht wieder auf sanfte Weise hergestellt werden.

Der Mensch erhält seine Lebensenergie aus einer feinstofflichen Hülle, die ihn umgibt und »Aura« genannt wird. Aus der Aura werden die kosmischen Lebenskräfte durch feinstoffliche Energiezentren, »Chakras« genannt, in unseren Körper aufgenommen. Wenn die sieben Hauptenergiezentren »in Ordnung« sind, fühlen wir uns gesund.

Die sieben Hauptenergiezentren

Leider ist das bei den wenigsten Menschen der Fall. In dem Maß, wie unsere Energiezentren undurchlässig sind, kann die kosmische Lebensenergie nicht eindringen und die im Bereich der Energiezentren liegenden Organe und Drüsen werden krank. Die Funktion der Energiezentren wird durch Unwissenheit und Nichtbeachtung der Gesetze des Lebens eingeschränkt.

Ruhe und Aktivität, die Schritte des Wachstum der Evolution, die sich am deutlichsten im Tag-und-Nacht-Rhythmus erkennen lassen, werden vernachlässigt. Die Folgen sind: Überanstrengung, einseitiges materielles Leistungsdenken und entsprechendes Handeln, eine egoistische Ellenbogengesellschaft, Einschränkung der geistigen Fähigkeit, Überlebensangst, Überleben auf Kosten des Schwächeren (Mensch und Tier), falsche, nicht lebensfördernde Ernährung, Mißbrauch von Genuß- und Suchtmitteln, Krankheit, Kriminalität, Verlust des Wissens über die Naturgesetze, Immunschwäche des Systems, trostloses Leiden und hoffnungsloser Tod.

Die Ayur-Veda-Edelsteintherapie macht eine Regeneration von Grund auf möglich. Sie umfaßt bei ganzheitlicher Anwendung die Diagnose mit den Edelsteinstrahlern am dritten Auge zwischen den Augenbrauen, die Bestrahlung der geschädigten Energiezentren, Edelsteinpulver zur Nahrungsergänzung, Edelstein Yantras, Mandalas aus Edelsteinen, die auf den mangelhaften Energiezentren getragen werden, Edelsteinkosmetik zur Pflege und Schönheit. □

Weitere Informationen über die Ayur-Veda-Edelsteintherapie vom Institut für Ayur-Veda, Blumenstraße 7, D-7401 Neustetten.

Baubiologie

Blauer Engel als Freibrief

Hermann Fischer

Die Lack- und Farbenindustrie ist nicht nur ein bedeutsamer Zweig der chemischen Industrie, sondern auch deren historische Wurzel. Nahezu alle international bedeutsamen Chemiekonzerne sind im 19. Jahrhundert als Fabriken zur Herstellung von synthetischen Farben entstanden.

Die in den vergangenen etwa fünf Jahren stark zunehmende Diskussion der Umweltvergiftung infolge Herstellung und Verwendung von Chemikalien ist deshalb an der Problematik der chemisch erzeugten Farben und Anstrichmittel nicht vorübergegangen. Im Gegenteil: Eine breite Öffentlichkeit beginnt erst jetzt zu erkennen, daß zahlreiche dieser Produkte zur alltäglichen Verwendung im und am Haus wesentliche Quellen für die Belastung durch Umweltchemikalien darstellen.



Die Hersteller von chemischen Holzschutzmitteln, Imprägnierungen, Lasuren, Lacken und Dispersionsfarben sind daher zunehmend dem Verbraucher und dessen kritischen Interessenvertretern gegenüber in die Defensive geraten. Eine sehr mangelhafte Informationspolitik dieser Branche – mit einer Mischung aus Herunterspielen von Problemen, Verleugnung von Tatsachen und Verhöhnen von Kritikern – hat sicher nicht dazu beigetragen, das Vertrauen der Verbraucher in chemisch-synthetische Lacke und Farben zu fördern.

Die enorm steigende Nachfrage nach Naturfarben ist sicher ebenfalls zum Teil dadurch zu erklären, daß viele Endverbraucher, aber auch Verarbeiter, gegenüber jeder Art von Material aus der Retorte skeptisch geworden sind und sich lieber auf Produkte aus natürlichen Rohstoffen verlassen.

In dieser Situation erschien für manchen Hersteller herkömmlicher Chemieprodukte im wahren Wortsinn der »rettende Engel« in Gestalt des Umweltzeichens der Vereinten Nationen (»Blauer Engel«), das für sogenannte »schadstoffarme« Farben und Lacke verliehen werden kann. Ursprünglich war dieses Zeichen – ein Relikt aus der sozial-liberalen Regierungszeit – übrigens von der Lackindustrie kurioserweise energisch befehdet worden; erst jüngst haben es viele als willkommenes Alibi gegenüber dem umweltbewußten Verbraucher entdeckt.

Da werden denn auch gleich alle Register der manipulativen Werbung gezogen. Die Fachzeitschriften für Maler, Lackierer und Schreiner sind neuerdings den Broschüren des Blumengroßhandels zum Verwechseln ähnlich. Überall sind doppelseitige Vierfarb-Hochglanz-Inserate mit prächtigen Bäumen, blühenden Wiesen und anderen Bio-Signalen beziehungsweise dem, was jede durchschnittliche Werbeagentur darunter versteht.

Es wimmelt nur so von Begriffen wie »Natur«, »Umwelt«, »Giftfrei«, »Schadstoffarm«. Auch manche verschämte »Bio«-Vorsilbe ist zu entdecken. Gleichzeitig wird die Gelegenheit benutzt, es den Naturfarben kräftig heimzuzahlen. Diese besäßen ja den »Blauen Engel« nicht, damit wäre bewiesen, daß sie sogar eine potentielle Gefahr darstellten.

Wo es selbst noch an den nötigen Minimal-Voraussetzungen für die Erlangung des »Blauen Engels« mangelt, hat man sich einen anderen Trick ausgedacht: Da stehen im Regal von einem Hersteller nebeneinander scheinbar lauter Produkte mit »Blauem Engel« auf dem Etikett. Erst bei genauem Hinsehen erkennt man, daß auf vielen Dosen in Wahrheit ein Zeichen prangt, das dem Umweltzeichen in Farbton, Größe, Aufmachung und Text verblüffend nahekommt, aber eben einfach eine eigene Kreation der entsprechenden Firmengraphiker ist – ein selbstverliehender Engel sozusagen.

Die Illusion, die Industrie habe die Chance zum Umdenken genutzt, kann man sich also abschminken. Man gießt nur den alten Wein (Umweltchemikalien) in neue Schläuche (öko-etikettierte Dosen) und hofft, daß es niemand merkt.

Glücklicherweise läßt sich der aufgeklärte Verbraucher auf diesen Schwindel nicht ein. Er kann einfach nicht glauben, daß eine Branche, die sich über Jahrzehnte ein unrühmliches Image als Giftmischer der Nation erworben hat, nun so schnell vom Wolfs- in den Schafspelz gekrochen sein sollte. Andererseits ist die Art von Verbraucher ja leider immer noch in der Minderzahl.

Ursprünglich war dem »Blauen Engel« eine ganz andere Aufgabe zugedacht gewesen. Er sollte in Bereichen, in denen besonders umwelt- und gesundheitsgefährliche Produkte zur Anwendung kamen, eine Möglichkeit zur »freiwilligen Selbsterziehung« leisten und dem Verbraucher die Möglichkeit geben, zwischen Produkten von mehr oder minder großer Gefährlichkeit zu wählen. Die Industrie jedoch hat die Gelegenheit genutzt und den »Blauen Engel« in eine besonders raffinierte Form der Sympathie-Werbung für chemische Produkte umgewandelt.

Bei dieser Absicht hilft der Industrie die politische Wetterlage sehr. Regierung und regierungs-

Baubiologie

Blauer Engel als Freibrief

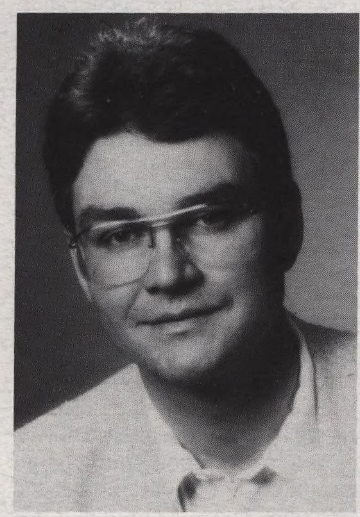
nahe Institutionen sind – nach dem Katalysator-Debakel und anderen politischen Öko-Pannen – krampfhaft auf der Suche nach vorzeigbaren Erfolgen im Umweltbereich. Da kommt dieser Anlaß, »mehr Sympathie für die Chemie zu schaffen« (Bayer), gerade recht.

Was einmal als »ein Stück gezielte Umweltaufklärung« gedacht war (Umweltbundesamt), ist zum billigen Reklametrick verkommen. Alle, die auf den »Blauen Engel« Hoffnung gesetzt hatten, besonders einige Mitglieder der das Zeichen vergebenden Jury, sind darüber enttäuscht, daß viele Verbraucher das Zeichen als »Gesundheitszeichen« mißverstehen – was übrigens auch im Verband der Lackindustrie intern durchaus als ein Problem erkannt worden ist. Man weiß, daß beim Verbraucher, wenn der tatsächliche Wert dieser Auszeichnung einmal herauskommt, die Befremdung um so größer sein könnte.

Der verunsicherte Konsument hat diese Situation wieder einmal auszubaden. Er meint – und wird darin durch offizielle Verlautbarungen noch bestärkt – mit Produkten, die den »Blauen Engel« tragen, habe er einen aktiven Beitrag zum Schutz der Umwelt oder seiner Gesundheit geleistet.

Was er nicht weiß, weil es ihm niemand sagt: Die Chemieprodukte mit »Blauem Engel« sind nach wie vor Chemikalienmischungen – allerdings jetzt in wasserverdünnbarer Form. Übler ökologischer Nebeneffekt: Viele, die früher noch vor der »Entsorgung« von Farb- und Lackresten durch das Toilettenbecken zurückschreckten, weil die Produkte auf Lösungsmittelbasis häßliche Ränder und Flekken daselbst hinterließen, fühlen sich durch die Wasserlacke und -lasuren regelrecht herausgefordert, ihre Resteprobleme unter dem Wasserhahn zu lösen – technisch aufgrund der Segnungen der Chemie kein Problem, für das Abwasser eine Katastrophe.

Auch in anderer Hinsicht gibt es Ungereimtheiten, die den ursprünglichen mit dem »Blauen Engel« verfolgten Absichten völlig zuwiderlaufen. Da gibt es Produkte, die hatten vor der »Blauen Ära« einen Lösungsmittelgehalt von 45 Prozent und einen Verbrauch von 80 Milliliter pro Quadratmeter. Nach der Umformulierung auf »schadstoffarm« sind es zwar nur noch 15 Prozent Lösemittel, die das Produkt enthält – dafür hat es aber einen höheren bis zu doppeltem Verbrauch als vorher pro Quadratmeter.



Hermann Fischer plädiert für chemische Produkte aus natürlichen und gesunden Rohstoffen.

Effekt für die Umwelt: Null. Im Gegenteil, der ökologisch sinnlose Verbrauch von Ressourcen wird eher noch gefördert.

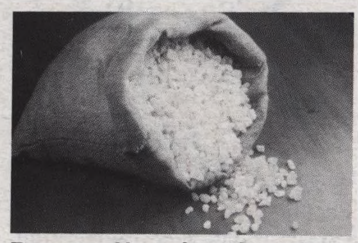
Wer weiß denn schon als Konsument, daß in einem wasserverdünnbaren, vorgeblich umweltfreundlichen Lack zwar mindestens ein problematischer Stoff, nämlich das Lösemittel, reduziert (nicht völlig beseitigt) worden ist, daß aber dafür mehrere neue Chemikalien hinzugekommen sein können, die vorher nicht nötig waren: Emulgatoren, Konservierungsmittel, Filmbildungs-Hilfsmittel, Entschäumer und was sonst noch an Retorten-Produkten nötig erscheint.

Nur ein Schlagwort zur Volksbeschwichtigung?

Die Problematik des Komplexes »Blauer Engel für Lacke und Farben« kann nur angedeutet werden. Das Umweltzeichen soll hier keineswegs völlig in Frage gestellt werden. In vielen anderen Bereichen hat es ausgezeichnete Dienste geleistet, so bei der Förderung asbestfreier Brems- und Kupplungsbeläge.

In einem so vielschichtigen Produktbereich wie bei Farben und Anstrichmittel grenzt es jedoch an eine umweltpädagogische Katastrophe, wenn man wegen der Reduzierung eines problematischen Inhaltsstoffes (von möglicherweise Hunderten) einem ganzen Industriezweig quasi einen Freibrief ausstellt.

Die unbeabsichtigten Folgen sind von vielen, denen Umweltschutz mehr als nur ein Schlagwort zur Volksbeschwichtigung bedeutet, erkannt worden. Es gibt Ansätze, die Kriterien für die Vergabe des Umweltzeichens wesentlich zu verschärfen –, so weit, daß möglicherweise die überwiegende Zahl der Lakke und Farben, die das Zeichen heute noch tragen, in den enger geknüpften Maschen hängenbleiben werden.



Dammar-Harz ist ein gesunder Rohstoff zur Herstellung von Naturfarben und Lacken.

Es gibt auch Überlegungen, in der öffentlichen Präsentation des »Blauen Engels« die Grenzen seines Aussagewertes deutlicher zu machen und den offensichtlichen Wildwuchs in der Werbung mit diesem Zeichen zu beschneiden; die ersten Abmahnungen sind bereits erfolgt. Der Verbraucher soll erkennen können, daß er zwar mit dem Umweltengel ein – im Vergleich mit dem früher angebotenen – umweltfreundliches Produkt erhält, daß aber damit über die »absolute Umweltfreundlichkeit« noch gar nichts ausgesagt ist; daß sich auch ein »Blaues Produkt« im Zuge der wachsenden Langzeiterfahrungen aufgrund irgendeines Inhaltstoffes als sehr problematisch herausstellen kann.

Wichtig wäre es auch, daß in der Öffentlichkeit die »konkurrenzlos umweltfreundlichen« Naturfarben nicht in einen Topf mit dem Umfeld des »Blauen Engels« geworfen werden. Die von Industrieseite hämisch aufgeworfene Frage: Warum bekommen »Bio-Lacke« keinen Umwelt-Engel? – ist einfach falsch gestellt.

Erstens wird sich ein konsequenter Naturfarben-Hersteller möglichst vor der Silbe »Bio« hüten, da diese weder einheitlich definiert noch rechtlich geschützt ist und folgenlos auch auf jedem Chemieprodukt stehen könnte.

Die Naturfarben-Hersteller wollen den »Blauen Engel« auf ihren Produkten nicht. Sie brauchen ihn für ihre Produkte nicht, sondern gerieten im Gegenteil durch ihn in ein völlig unangemessenes Raster hinein, das ihren Qualitäten überhaupt nicht gerecht würde.

Ihre natürlichen Rohstoffe gehören seit Urzeiten zur Umgebung des Menschen, sie haben ihre biologisch-ökologische Bewährung vor einer ganz anderen »Jury«, nämlich vor der Evolution selbst, längst bestanden. Die von interessierten Kreisen geförderte Diskriminierung von Naturstoffen ist somit ein durchsichtiges Ablenkungsmanöver.

Kriterien zur Vergabe

Aus dem bisher Gesagten ergeben sich eine Reihe von Forderungen an die Stellen, die die Kriterien zur Vergabe des »Blauen Engels« aufstellen und damit auch ändern könnten.

Erstens, beim Abschluß des Zeichen-Nutzungsvertrages muß sich jeder Hersteller verpflichten, entweder auf dem Produktetikett oder in einer für jeden Verbraucher leicht erreichbaren Broschüre sämtliche Inhaltstoffe des Produktes positiv und eindeutig, sortiert nach Mengen-Klassen, zu deklarieren. Die Deklaration muß nachvollziehbar sein, das heißt, zum Beispiel die chemische oder pharmazeutische Bezeichnung des Inhaltsstoffes statt des entsprechenden Marken-Namens enthalten.

Dieser Forderung kann sich eigentlich guten Gewissens kein Hersteller, der mit der Umweltfreundlichkeit seiner Produkte wirbt, entziehen. Wenn er vorgebliche »Betriebsgeheimnisse« auch bei einer so weitmaschigen

Mengenstaffel noch vorschiebt, zeigt er damit nur, daß es ihm auf eine grundlegende Änderung überhaupt nicht ankommt. Außerdem herrscht in der Lack-Industrie intern eine so hohe Transparenz, daß ohnehin keine »Geheimhaltung« möglich ist.

Die führenden Naturfarbenhersteller jedenfalls haben sich verpflichtet, eine solche Positivdeklaration – soweit nicht bereits geschehen – zu vollziehen. Möge der Verbraucher – oder seine kritischen Interessenvertreter – dann selbst entscheiden, was für Produkte er sich ins Haus holt.

Zweitens, der Hersteller muß sich ebenso verpflichten, jede Form von Negativ-Deklaration – z. B. »Garantiert frei von Pentachlorphenol und Lindan« – zu unterlassen. Mit einer solchen Nicht-Aussage ist überhaupt nichts gewonnen. Die Zahl der möglichen chemischen Ersatzstoffe ist so ungeheuer groß, deren Gefährlichkeit kann soviel größer sein als die des herausgenommenen Stoffes, daß eine solche bloße Negativ-Deklaration im Zusammenhang mit dem Umweltengel den Verbraucher nur in falscher Sicherheit wiegt.

Hier können die Hersteller von »Bio-Waschmitteln« zum Vorbild genommen werden, für die die Ablehnung einer solchen Negativ-Deklaration heute bereits Standard geworden ist.

Drittens, der Hersteller muß sich verpflichten, bei jeder Form von Werbung mit dem »Blauen Engel« die Grenzen der Aussagefähigkeit des Zeichens offenzulegen und jede Art von »Freibrief«-Charakter zu unterlassen. Es ist geradezu grotesk, wenn für ein solches Produkt mit riesigen, penetrant riechenden Vierfarb-Hochglanz-Plakaten auf schneeweißem, kunststoffbeschichtetem Kunstdruckpapier geworben wird.

Eine Art Ablaßbrief für die chemische Industrie

Viertens, der Hersteller muß sich verpflichten, bei jedem wasserverdünnbaren Produkt einen deutlichen Warnhinweis auf mögliche Gewässerschäden beim Auswaschen der Werkzeuge und beim Weggießen von Resten anzubringen.

Fünftens, bei der Vergabe muß untersucht werden, ob nicht auf dem Wege einer stark erhöhten Verbrauchsmenge der beabsichtigte ökologische Effekt wieder zunichte wird.

Sechstens, der Hersteller muß sich verpflichten, in der Werbung und bei der Kennzeichnung des Produktes auf die vordringliche ökologische Priorität – einen möglichst sparsamen Umgang mit allen Farben und Anstrichmitteln – hinzuweisen.

Siebtens, der Hersteller muß sich verpflichten, keinerlei andere Zeichen auf seinen Produkten zu verwenden, die mit dem Umweltzeichen auch nur entfernt assoziiert oder verwechselt werden können.

Achtens, die Vergabekriterien für den »Blauen Engel« müssen umgehend dahingehend erweitert werden, daß die volle »Biographie« des Produktes mit untersucht wird, nicht nur sein Zustand im Augenblick der Abfüllung. Gerade bei der Gewinnung der Rohstoffe, bei der Herstellung der chemischen Ausgangsprodukte, gibt es in Form von Nebenreaktionen, anfallendem Giftmüll, Emissionen in Luft und Wasser so vielfältige Probleme, daß ein umweltfreundliches Produkt unbedingt auf das Umwelt- und Gesundheitsverhalten in jeder Phase seiner Entstehung, seiner Verarbeitung und auch seines Abbaus untersucht werden müßte.

Vom »Bundesverband Gesundes Bauen und Wohnen e. V.« sind solche ganzheitlich orientierten Prüfkriterien zum Beispiel ansatzweise entwickelt worden.

Es kann nicht im Sinne der Erfinder sein, daß das Umweltzeichen der Vereinten Nationen zu einer Art Ablaßbrief für die chemische Industrie pervertiert wird, mit dem in der Tasche man munter weiter sündigen darf. Es bestände sonst die Gefahr, daß der »Blaue Engel« auch auf den Gebieten, auf denen er sich schon als segensreich erwiesen hat, seine positive Ausstrahlungskraft bald verlöre. □

Dipl.-Chem. Dr. Hermann Fischer ist Geschäftsführer der AURO-Pflanzenchemie GmbH, Postfach 1220, D-3300 Braunschweig.

Diagnosen

Das zeitkritische Magazin

Verlag DIAGNOSEN GdbR, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11

Herausgeber und Chefredakteur: Ekkehard Franke-Gricksch

Redaktion: Gunther Burkhardt, Heinz M. Schwan

Layout: Grafik Design Team

DIAGNOSEN erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.

DIAGNOSEN hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitschrift »The Spotlight«, einer wöchentlichen populistischen Zeitschrift aus Washington. Im Rahmen dieses Abkommens werden eine Reihe nationaler und internationaler Beiträge übernommen und in die deutsche Sprache übertragen. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Corporation, 300 Independence Ave., S. E. Washington, D. C. 20003, USA.

DIAGNOSEN kostet als Einzelheft DM 6,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 60,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 60,– zuzüglich DM 12,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

DIAGNOSEN darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

DIAGNOSEN kann im Abonnement bezogen werden. Bestellungen nimmt jedes Postamt entgegen oder der Verlag DIAGNOSEN, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

Vertrieb Handel im In- und Ausland: Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Herstellung: Greiserdruck (Satz und Reproduktionen). Karlsruher Straße 22. D-7550 Rastatt.

Druck: Medro-Druck GmbH, D-6951 Obrigheim

ISSN 0171-5542

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift DIAGNOSEN erhalten Sie am 28. Januar 1987 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er DIAGNOSEN nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.

Briefe

Betr.: In eigener Sache »Wie gebildet ist eine deutsche Staatsanwältin?«, Nr. 11/86

Ich hoffe, Sie werden diesen Brief ganz lesen. Ich möchte auch nur ermahnen, betrachten Sie mich bitte nicht als einen Lehrer oder irgendeine Art von »Guru«.

Als ein Irdischer, ein Bewohner dieses wunderschönen Planeten – auch die Israelis und die Araber leben auf diesem Planeten –, erachte ich es als meine Pflicht, daran zu erinnern, daß der Krieg nicht der richtige Weg zur menschlichen Evolution ist.

Bitte beachten wir, daß Frieden nicht das Ergebnis von politischen Verhandlungen oder Kriegen ist, sondern lediglich eine Existenzebene, die von unserer Bewußtseinsstufe abhängt.

Es wird niemals »äußeren« Frieden geben, wenn wir innerlich keinen Frieden haben. Sehen wir ein, daß wir wahren Frieden niemals erreichen werden angesichts der amerikanischen und sowjetischen apokalyptischen Waffen.

Nur unsere geistige, innere Verfassung ist entscheidend. Im Namen unseres ewigen Schöpfers bitte ich: Erweitern wir unser Bewußtsein und stoppen wir den Krieg, bevor es zu spät ist.

Im Namen all jener Opfer, die in den Tausenden von Jahren menschlicher Evolution bereits gefallen sind, bitte ich die Israelis und die Araber, keinen »neuen« Krieg, kein neues Blutvergießen, keine neue Tragödie, keinen neuen Niedergang zu beginnen.

Israelis und Araber sollten erkennen, daß der Kosmos – die große Ordnung – unser Heim, unser einziges Zuhause ist und wir die Kinder dieses Kosmos sind, der jetzt auch freie Energie genannt wird.

Alles gehört uns – den Israelis und auch den Arabern –, weil wir eins sind. Wir sind eine Familie in diesem Kosmos. Wir sind Kinder desselben Schöpfers. Das gleiche Leben ist in uns und in den Arabern. Es gibt nur ein Leben und wir haben dieses heilige Leben.

Araber und Israelis sollten verstehen und anerkennen. Sie sind selbst eine Lebensform. Ich meine damit eine intelligente, göttliche und kosmische Lebensform. Sie sollten das gleiche Leben und den gleichen Gott in ihren Mitmenschen erkennen.

Araber und Israelis sollten verstehen, daß jede geistige und körperliche Trennung eine ungesunde, eine unnatürliche Situation schafft, die nach dem Gesetz von Aktion und Reaktion ein Ende haben muß.

Israelis und Araber sollten anfangen, ein neues Zeitalter des Friedens zu schaffen mit Hilfe der ihnen innewohnenden, positiven Energie. Sie können dabei Gott, Allah, Licht, Vishnu oder eine Art zu leben nennen. Nur Frieden kann uns eine Chance zum Leben geben und um diese kosmische Energie mehr und mehr zu entwickeln. Doch als erstes müssen wir aufhören, im Namen unserer Menschenrechte und Interessen zu töten.

Krieg ist keine Diskussion für fortgeschrittene Wesen, wie wir es sind. Und wenn wir uns für den Frieden entscheiden und anfangen, den Massen dies zu verstehen geben, dann gewinnen wir damit auch die Unterstützung anderer Wesensbereiche.

Denken wir an Hiroshima! Denken wir an Nagasaki! Schauen wir auf die Sterne der sogenannten Asteroiden! Es sind ärmliche Überbleibsel früherer Planeten, die nach dem Einsatz satanischer Energie und tödlicher Waffen explodierten.

Araber und Israelis sollten die kosmischen Gesetze von Aktion und Reaktion verstehen. Wir sollten an unsere eigenen Kinder denken. Leben ist Liebe! Ein Mensch, der ein Kriegsdokument unterzeichnet, übernimmt heute die Verantwortung für die menschliche Rasse und die Zerstörung des Friedens in unserem gesamten Sternenbild.

Israelis und Araber sollten jegliche bewaffnete Konfrontation stoppen. Fangen wir an, der restlichen Welt ein Beispiel zu setzen. Laßt Frieden in eure Herzen strömen – und von dort wieder nach draußen.

Ich glaube tief und innig, daß auf eine solche Aktion nur eine positive Reaktion folgen wird. Laßt uns zusammen eine neue Ära des Friedens betreten und des Verstehens ohne Bedingungen. Dieser Planet ist unser und ist für uns alle gemacht. Das ist eine absolute Wahrheit.

Die Menschen schaffen sich ihre Rechte und Regeln, doch sie sind nicht ewig. Nur ein Gesetz ist ewig, und das ist das Gesetz der Einheit, das Gesetz des Friedens, das Gesetz des Verstehens und der Liebe.

Geht aufeinander zu und reicht euch die Hände, ohne weitere Bedingungen daran zu knüpfen. Araber und Israelis sollten den anderen Politikern sagen, ihren kosmischen Brüdern: »Kommen Sie, lassen Sie uns die Vergangenheit vergessen. Leben ist ständige Veränderung. Lassen Sie uns die Geschichte verändern. Die Vergangenheit ist Staub. Jetzt wollen wir beginnen, zusammen zu leben. Heute beginnt unsere Zukunft. Laßt uns diesen Planeten für die kommenden Generationen vorbereiten. Es gibt genug Trümmer auf der Welt. Laßt uns diese wunderschöne Zukunft mit der Energie der göttlichen Kraft, die in uns wohnt, schaffen! Wir sind eins!«

O ja, meine Freunde, so leicht ist das. Versuchen Sie es! Ich stehe Ihnen jederzeit zur Verfügung, um Ihnen dabei zu helfen, die normalen Bedingungen zu entwickeln, die nötig sind, um eine neue – so lang ersehnte – Ära des Lichts zu schaffen.

Und zu Diagnosen: Es gibt Juden (Jesus) und Juden (zum Beispiel Rabbi Kahane), Deutsche und Deutsche, Araber und Araber. Ich glaube und weiß dies aus höherer Ebene: Es handelt sich nur um die geistige Entwicklung der Seele, da die Nationalität nur äußerlich ist und schon vielmals von dämonischen Kräften ausgenutzt wurde, um Chaos und Zwistigkeiten zu stiften. Ich wünsche Ihnen alles Gute und Erfolg. Wir alle haben eine kosmische Mission zu erfüllen hier auf Erden und die Wahrheit der Menschheit näherzubringen. Tun Sie das Beste! Alles Liebe aus Israel!

Roman Nacht, Lotem, Israel



Auch Tscherno-Bâle ist überall!

Betr.: Südafrika »Bothas Gottesgeschenk«, Nr. 10/86

Die Konservative Partei (KP) will Neuwahlen erzwingen, weil sie glaubt, daß die gegenwärtige Zusammensetzung des Parlaments nicht mehr die wahre Meinung der weißen Südafrikaner widerspiegelt. Das Vorstandsmitglied der KP Dr. Ferdi Hartzenberg beschuldigt die Regierung Botha, daß der vor vier Jahren eingeschlagene Weg der Machtteilung bereits verheerende Folgen für Südafrika gezeitigt habe.

Bezeichnend für die Aufbruchstimmung, die im rechten Lager der Buren, aber auch der englischsprachigen Rechten in Südafrika herrscht, war eine Massenversammlung beim Voortrekker-Denkmal bei Pretoria, wo sich 25 000 Teilnehmer versammelten, um »gegen den Verrat an Weiß-Afrika« zu protestieren.

Die Führer der Konservativen versicherten bei dieser Gelegenheit, die Südafrikaner würden den Kampf ums Überleben aufnehmen. Zu Gehör gebracht wurden Tonbandaufzeichnungen mit den Reden der früheren Premierminister Malan, Strijdom und Verwoerd.

KP-Führer Dr. Andries Treurnicht warnte, daß die Buren nunmehr genug hätten von radikalen Gewaltdrohungen und der Doppelzüngigkeit überdrüssig seien, mit der man allen Nationen Selbstbestimmung verspreche, mit Ausnahme der weiß-afrikanischen.

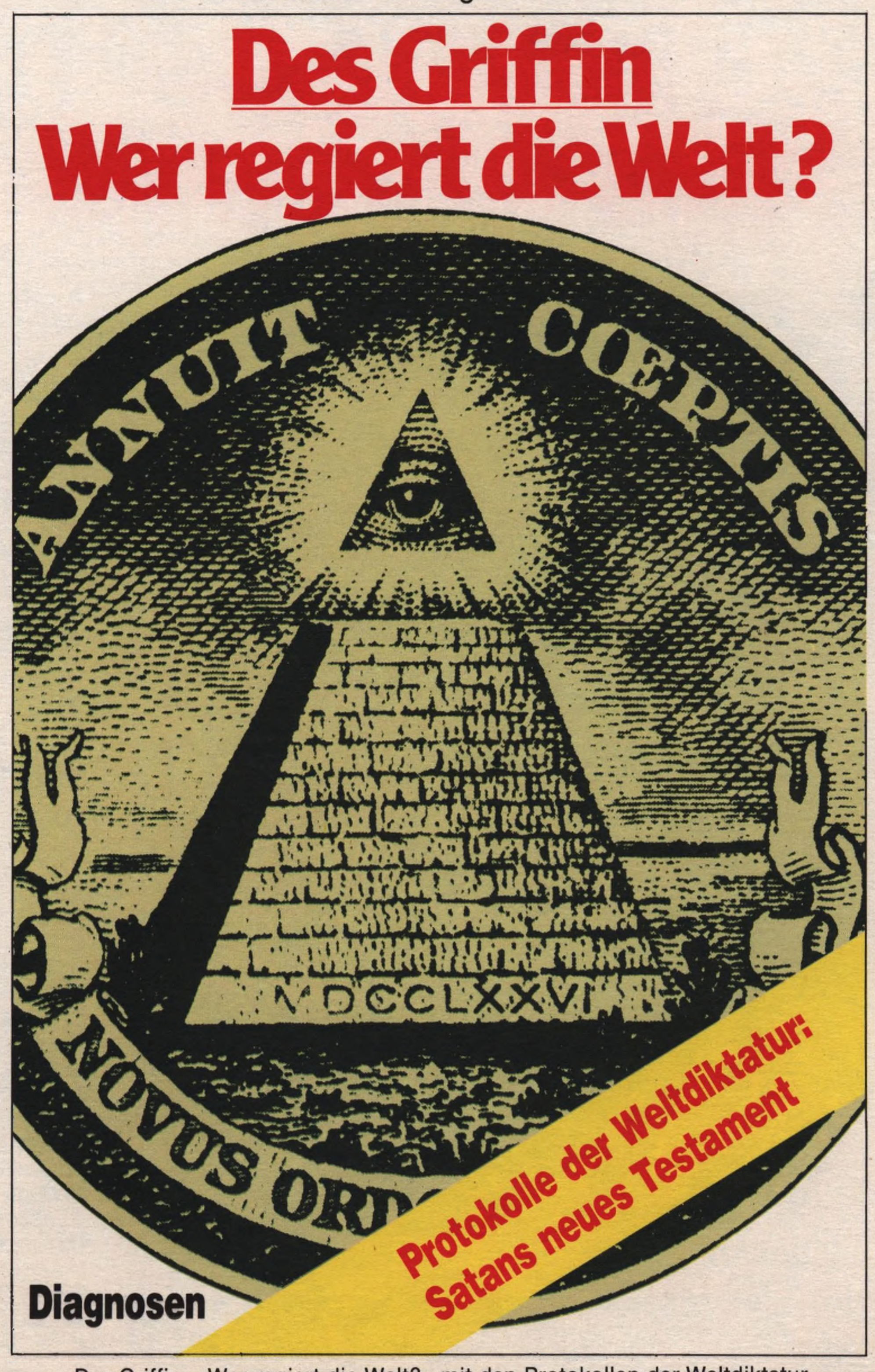
Der Vorsitzende der Reformierten Nationalen Partei (HNP) Jaap Marais erinnerte daran, daß die Kriege der Engländer gegen die Buren zeigten, daß es nicht vergeblich ist, gegen eine stärkere Macht zu kämpfen.

Die Afrikaaner seien die wahren Freiheitskämpfer, weil sie für ihre Ehre, ihre Selbstachtung, die Selbstbestimmung und Souveränität ihrer Nation kämpfen, sagte der Vorsitzende der Afrikaner Weerstandsbeweging (AWB) Eugene Terre'Blanche (42): »Dies ist unser gelobtes Land und wir können es nicht weggeben, noch haben wir das Recht dazu. Wir leben hier und werden unser Vaterland alleine regieren . . . Wir behalten, was unser ist, und wir stehen hier als die wahren Freiheitskämpfer«.

Zeitungskorrespondenzen bestätigen, daß die AWB neuerdings besonders unter der Jugend Zulauf habe. Die militante Bewegung soll auch bei Armee und Polizei über erhebliche Anhängerschaft verfügen. Aber nur, wenn die beiden Parteien KP und HNP sich in einem Wahlbündnis zusammenschließen, hat die oppositionelle Rechte derzeit eine Chance gegen Bothas Nationale Partei (NP).

Dr. Karl Spiess, Coburg

»Die Welt wird von Persönlichkeiten regiert, die sehr anders sind, als man meint, wenn man nicht hinter die Kulissen schauen kann«, meint Benjamin Disraeli. Dieses Buch informiert über diese massive Verschwörung – einer »verborgenen Hand«, einer »geheimen Kraft«, die die Nationen der Erde in den endgültigen Zusammenbruch führt, damit eine gottlose, totalitäre »Weltherrschaft« errichtet und rücksichtslos durchgesetzt werden kann.



Des Griffin: »Wer regiert die Welt?« mit den Protokollen der Weltdiktatur.
328 Seiten mit 60 Abbildungen. DM / SFR 22,– ISBN 3-923864-01-9
Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg · Zu beziehen über den Buchhandel